*E*x*p*r*e*s*s* ZEITUNG
Ausgabe 62 | September 2024

Eine Ausgabe • Ein Thema • Ein Mosaikstein hin zum großen Bild



«Ersetzungsmigration»

als Titel des 177-seitigen UN-Dokuments zur Lösung des demographischen Problems in den westlichen Staaten:

Replacement Migration

Screenshot

Liebe Leser

Es dürfte inzwischen dem einen oder anderen bewusst geworden sein, dass wir – die indigene, europäischstämmige Bevölkerung westlicher Länder – einem komplexen Trommelfeuer unsichtbarer, hybrider Kriegsführung ausgesetzt sind, deren Existenz wir in vielen Fällen noch nicht einmal erahnt haben. Man denke nur an die millionenfache Tötung ungeborener Kinder, die als Ausdruck emanzipatorischer Selbstbestimmung zugunsten sexueller Freizügigkeit oder beruflicher Selbstverwirklichung gerechtfertigt wird. Oder an die bereits an Universitäten propagierte Auflösung der Geschlechter, deren natürliche Rollen die eigentliche Grundlage für das Fortbestehen des Lebens und damit der Gesellschaft bilden. Oder an den medial gefeierten freiwilligen Verzicht auf Nachwuchs, sei es aus Angst vor einem vermeintlich menschengemachten Klimakollaps oder aus dem Schuldgefühl heraus, diesen gar noch zu befeuern. Zu Ende gedacht, lassen sich wohl die meisten unserer Ausgabenthemen in diese Kategorie einordnen, da sie auf die eine oder andere Weise – direkt oder indirekt – unserer Gesellschaft schaden und langfristig zu ihrer Auflösung beitragen, wenn nicht sogar die Grundlage dafür bilden. Ein Merkmal haben sie dabei alle gemeinsam: Ihre zerstörerische Wirkung entfaltet sich nur sehr langsam, für das Auge des Betrachters kaum sichtbar. Daher erscheint die Vorstellung einer vorsätzlichen, hinterhältigen Planung unvorstellbar und wird zur eigenen Beruhigung gerne als Spinnerei oder Verschwörungstheorie abgetan.

Einer der wohl verheerendsten unsichtbaren Kriegsakte gegen unser Dasein ist die nachweislich über Jahrzehnte geplante und koordinierte Massenmigration kulturfremder, meist junger Männer aus Afrika und dem Nahen Osten in ausnahmslos alle westlichen Länder. Während bei uns die Geburtenraten durch Beispiele wie die oben genannten weiter ins Bodenlose fallen, werden unsere Länder mit Migranten überschwemmt, die uns wahlweise als Kriegs-, Wirtschafts-, oder Klimaflüchtlinge oder als dringend benötigte Fachkräfte präsentiert werden. Doch selten wird erwähnt, wozu sie laut offizieller UN-Doktrin tatsächlich gedacht sind: als «Replacement Migration», also als Ersetzungsmigration – nichts anderes als der gezielte Austausch der einheimischen Bevölkerung durch zugeführte Menschen aus der Dritten Welt. Und mit «Austausch» ist nicht etwa gemeint, dass unsere einheimische Bevölkerung, wie bei einem «Schüleraustausch», in die Herkunftsländer dieser Ankömmlinge umsiedelt und dort fortbesteht. In dem von der UNO als Lösung für die sinkenden Geburtenraten angepriesenen Papier geht es vordergründig darum, den demographischen Rückgang westlicher Staaten aufzuhalten. Anstatt jedoch familienfreundliche Maßnahmen zu fördern und die einheimische Bevölkerung zu stärken, untergräbt die UNO diesen Ansatz, unter anderem durch ihre «woke» Agenda 2030. Stattdessen wird Migration als die Lösung präsentiert: Die fehlende Bevölkerung wird durch Migranten von außen «replaced», also ersetzt, wodurch die einheimische Bevölkerung allmählich verschwindet und ausstirbt. Anstatt ein bestehendes demographisches Problem mit innenpolitischen Maßnahmen zu lösen – und solche Hebel existieren durchaus – werden zwei entgegengesetzte Hebel bedient. Einerseits wird die autochthone Bevölkerung weiterhin dezimiert, u.a. durch Maßnahmen wie Abtreibung, Gender-Ideologie, hohe Steuerbelastungen und Klima-Schuldkult. Andererseits wird kulturfremde Migration gefördert und damit der Multikulturalismus vorangetrieben und den Geburtenraten der zugewanderten Bevölkerungsgruppen Tür und Tor geöffnet – finanziert von der einheimischen Bevölkerung selbst. Dabei spielt es keine Rolle, von welcher Qualität die angepriesenen Migranten tatsächlich sind. Stünde bei der Ersetzungsmigration ein wirtschaftlicher Aspekt im Vordergrund, müsste die Immigration sorgfältig geplant und durchdacht erfolgen. Doch es ist längst bekannt, dass die als Fachkräfte bezeichneten «Flüchtlinge» aus dem arabischen und afrikanischen Raum in den meisten Fällen nicht annähernd die Qualifikationen mitbringen, um dieser Bezeichnung gerecht zu werden. Selbst wenn sie es täten, bliebe die grundlegende Frage bestehen: Mit welchem Recht lösen supranationale Institutionen wie die UNO, NGOs (und viele weitere, wie wir in dieser Ausgabe aufzeigen werden) nationale demographische Herausforderungen, indem sie unsere Völker einfach zur Seite drängen und austauschen?

«Umvolkung muss konkret werden!»

Kevin Kühnert, SPD-Generalsekretär seit Dezember 2021, im November 2019 auf Twitter (siehe S.9)

Der Generalsekretär nimmt entscheidenden Einfluss auf die Strategie und Politik einer Partei - in diesem Fall der Regierungspartei SPD. Was sagt uns das, wenn die Partei, die den Kanzler stellt, einen Generalsekretär wählt, der nur zwei Jahre vor dieser Wahl mit derlei drastischen Aussagen auffiel?

Es wird höchste Zeit, dass uns allen bewusst wird, dass wir als weiße Europäer langsam aber stetig und systematisch verschwinden. Am Ende bleibt genau das als Essenz dieses gezielt organisierten und in allen westlichen Ländern beobachtbaren Vorgangs! Auch die Forderungen von rechter Seite nach der Rückführung schwerstkrimineller Migranten in ihre Herkunftsländer oder einer Obergrenze von 200'000 Migranten pro Jahr nach Deutschland ändern nichts an dieser grundlegenden Entwicklung. Sie sind nichts weiter als durchsichtige Augenwischerei, inszeniert als Schaukampf zwischen links und rechts, ausgetragen innerhalb eines sogenannten Diskursfensters, das die gedanklichen Grenzen vorgibt. Effektive Maßnahmen, die zwangsläufig auch die Remigration von Migranten in ihre Herkunftsländer umfassen, werden von den Medien und den meisten politischen Parteien mit einem Aufschrei der Empörung als unmenschlich und inakzeptabel gebrandmarkt, ja sogar mit den Deportationen im Dritten Reich gleichgesetzt, und dadurch von jeglichem Lösungsdiskurs von vornherein ausgeschlossen. Auch hier zeigt sich der allgegenwärtige, sorgsam gepflegte Schuldkult in seiner vollen Wirkung. Während sich also links und rechts über Jahre hinweg darüber streiten, ob noch mehr Migranten aufgenommen oder wirkungslose Pseudolösungen umgesetzt werden sollen, schreitet die von der UNO geförderte «Replacement Migration» unaufhaltsam voran und drängt die indigene Bevölkerung zunehmend und weitgehend unbemerkt in Richtung Auflösung. Geradezu symbolisch für den schleichend durch die UNO und deren Komplizen induzierten «Selbstmord Europas» wirken die Schlagzeilen über die gezielte Tötung durch Messerstiche in den Hals möglichst vieler Besucher des Solinger «Festivals der Vielfalt», begangen von einem arabisch aussehenden Täter, während ich diese Zeilen schreibe. Mit dieser Ausgabe möchten wir uns erneut der Thematik der Migration widmen, um einerseits auf die weitgehend unerkannte Tragweite aufmerksam zu machen und andererseits einen aktualisierten Grundstein für weitere Themenhefte zu legen. Diese werden künftig aufzeigen, inwieweit die Abschaffung der europäischstämmigen Bevölkerung auch abseits der gesteuerten Zuwanderung vorangetrieben wird. ***(ab)***


Foto: Ggia (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:20151029_Inflatable_boat_with_Syrian_Refugees_Skala_Sykamias_Lesvos_Greece.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Schon seit Jahrzehnten ist Deutschland als eines der beliebtesten Einwanderungsländer Europas bekannt. Damals, nach dem Zweiten Weltkrieg, wurden bilaterale Verträge zum Ausgleich des Arbeitskräftemangels nach und nach mit Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien geschlossen. Über die Zeit festigte sich das Bild eines ethnisch und kulturell vielfältigen Deutschlands. Seitdem nahm der Zustrom von Migranten keinen Abbruch; viele wollten und sollten für immer bleiben. Der ultimative Dammbruch passierte bekanntlich 2015, als Abertausende von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten an den Toren Europas standen. Besser gesagt: Der Damm brach nicht, sondern die Schleusen wurden unter Missachtung geltenden Rechts gezielt geöffnet – durch Angela Merkel. Trotz medial aufoktroyierter «Willkommensstimmung» in der Bevölkerung nahm das Elend allmählich seinen Lauf. Mittlerweile – unzählige Unsittlichkeiten, Diebstähle, Vergewaltigungen und Morde später – ist Deutschland bloß noch ein Schatten seiner selbst. Wie konnte das passieren? Und wie soll es weitergehen?

Am 14. Dezember 2023 wurde vom Landgericht in Köln verfügt, dass folgendem Eilantrag der DuMont Mediengruppe und Herausgeberin des Kölner Express stattgegeben werde: Alle bislang erschienenen wie auch künftigen Ausgaben der «ExpressZeitung» dürfen aufgrund von Verwechslungsgefahr mit dem Lokalblatt Kölner Express unter diesem Namen von uns weder in Deutschland verkauft noch nach Deutschland versendet werden. Als Herausgeber der bisherigen «ExpressZeitung» beugen wir uns diesem Urteil und nennen die vorliegende Themenzeitung bis auf weiteres «In Deutschland verboten!».

Inhalt

Verlag	InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Herausgeber	André Barmettler
Kontakt	Tel +41 61 511 45 08 / info@expresszeitung.com
Website	www.in-deutschland-verboten.com
Erscheinung	ca. 8 x jährlich im Abonnement
Abo-Preis	Schweiz: SFr 59.- / EU: EUR 59.-
Redaktion	Tilman Knechtel (tk) / André Barmettler (ab) redaktion@expresszeitung.com Gerhard Wisnewski (gw), Fynn Peter (fp)
Satz/Layout	Elementi Studio
Fotos	Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover-Bild	Johannes Sonneaug
Nächste Ausgabe	Oktober 2024

Auf einen Blick

- **Die Zerstörung der «Homogenität der Völker» (UNO-Sonderberichterstatter Peter Sutherland) entspricht dem ausgesprochenen Willen höherer geopolitischer Institutionen.**
- **Geständnisse der Drahtzieher gibt es zuhauf in ihren Büchern, vor Kameras oder in offiziellen Planungsdokumenten.**
- **Die Abschaffung der indigenen Völkervielfalt wurde erstmals in den frühen 1920ern von EU-Urvater Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi offen diskutiert: «Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein.»**
- **Die Forderung nach «Rassenvermischung» (Frankreichs Ex-Präsident Nicolas Sarkozy) wird heute teils durch die Blume, teils offen von Volksvertretern ausgesprochen und gesetzlich in Bahnen geleitet. Man sehnt sich nach einer Gesellschaft, in der Westler die Minderheit im eigenen Land sind.**
- **Die Bürger wurden mit falschen Behauptungen und Versprechungen dazu verleitet, eine von oben angestrebte und lange vorbereitete Massenmigration hinzunehmen oder gar zu befürworten.**

Massenmigration: Seit Jahrzehnten geplant und umgesetzt

Jahrelang wurde von Politikern und Medien im europäischen Raum um Mitgefühl geworben: Immer mehr Menschen hätten keine andere Wahl, als den Weg nach Europa zu suchen, da wahlweise Gewalt, staatliche Verfolgung, Kriege, Armut, Hunger oder neuerdings die Klimaerwärmung sie dazu zwingen würden. Was bliebe den humanistischen und auf Solidarität getrimmten Europäern da noch anderes übrig, als größtmögliche Hilfe zu leisten? Viele gutmütige Bürger verschrieben sich daraufhin dem hehren Ziel, in Not geratene Migranten willkommen zu heißen und bestmöglich zu integrieren. Doch bei immer mehr Ankommenden und immer größeren Differenzen zwischen propagiertem Narrativ und Wirklichkeit platzte bei vielen mit der Zeit die Blase der Illusion.

Mittlerweile hat die Euphorie aus dem großen «Willkommensjahr» 2015, als sich Menschen an den Bahnhöfen aufreihten, um die Neuankömmlinge herzlich zu empfangen, merklich abgenommen. Das überrascht nicht, denn die Folgen der uneingeschränkten Willkommenshaltung sind längst offenkundig. Die öffentliche Meinung hat sich radikal verschoben - und zwar entgegengesetzt der medialen Beeinflussung: Die dafür verantwortlichen Zustände in der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern sind schlichtweg nicht mehr zu leugnen. Viele Menschen sind von der gängigen Politik enttäuscht und wenden sich sogenannten populistischeren Parteien zu, in Deutschland etwa der AfD. [1]

Demonstration von Die Linke in Neuruppin, April 2015

Foto: Muse duco (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Refugees_wellcomed_in_neuruppin.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Abschied von der linken Lebenslüge

DIE ZEIT
zeit.de, 22.05.2023

Gut, dass SPD und Grüne langsam einsehen: Die europäische Aufnahmebereitschaft hat eine natürliche Grenze. Wer Offenheit und Humanität will, braucht erst mal Zäune.

Zynische Berechnung?

Aufgrund der sich langsam auch beim Normalbürger breitmachenden Ernüchterung bezüglich der «kulturellen Bereicherung» und des gleichzeitig durch «Corona» (Ausgabe 61) gefütterten Pessimismus wächst die Erkenntnis, dass «Moral» in der hohen Politik nur eine leere Versprechung ist und lediglich Mittel, um den Abstand zwischen unten und oben zu vergrößern. Damit einher geht auch die schwindende Scheu davor, die Menschenströme nach Europa als eine von langer Hand geplante Agenda einzustufen, umgesetzt von kühlen Machtstrategen, die die Interessen der gewöhnlichen Bevölkerung mit Gleichgültigkeit sehen. Betrachtet man nämlich die vermeintlich zusammenhangslosen «Geschehnisse» der vergangenen 100 Jahre aus einem anderen Blickwinkel, so erscheint das gegenwärtige Migrationschaos weniger als Chaos denn als gezielt herbeigeführter Umstand. Dazu gehören nicht nur die

unzähligen völkerrechtswidrigen Kriege im Nahen und Mittleren Osten (Doppelausgabe 58/59), sondern auch die von allen Seiten mantramäßig in unser Bewusstsein eingehämmerte historische Kollektivschuld der westlichen Gesellschaft an allem Unglück und aller Not in dieser Welt (Ausgaben 13,30,35,44). Als «Schuldige» der zerstörerischen Kriege, als «Schuldige» des angeblich menschengemachten Klimawandels (Ausgaben 9,27,56,60), als «Schuldige» der Ausbeutung der Dritten Welt (Ausgaben 48,55), als «Schuldige» per se wurde uns von Seiten der Politik, Medien und sogenannten Wissenschaft fast eine Verpflichtung zur bedingungslosen Aufnahme aller Menschen dieser Welt auferlegt.

Die BRD dient als Musterbeispiel, um diese Zusammenhänge aufzuzeigen: Die vom Schuldkomplex gemarterten Deutschen ohne Migrationshintergrund vermehren sich weniger, als es für die Erhaltung ihrer Art nötig wäre. Die Übersiedler sollen den ausbleibenden deutschen Nachwuchs ersetzen und so die Renten sichern, während das ursprüngliche Problem der sinkenden Geburtenrate ungelöst bleibt. Schon bei oberflächlicher Betrachtung lässt sich feststellen: Inkompetenz oder Zufall haben keinen Bestand als Ursachen für die zerfallenden Gesellschaften in Deutschland und dem Westen, als deren einzige Rettung man die Aufnahme Millionen kulturfremder Migranten propagiert.


Warum sperrt Facebook Nippel und nicht Nazis?

Lasst Väter Vater sein!

Was heißt eigentlich blümerant?

Bild am Sonntag

30. August 2015

WIR HELFEN

100 STIMMEN GEGEN FLÜCHTLINGS-HASS

Wölfe wollen Draxler

2:1

3:0

Die Bild am Sonntag vom 30. August 2015

Mittlerweile hat die Euphorie aus dem großen «Willkommensjahr» 2015, als sich Menschen an den Bahnhöfen aufreihten, um die Neuankömmlinge herzlich zu empfangen, merklich abgenommen.



2015: Transparent an der Fassade des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz in Hannover

Foto: Bernd Schwabe (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2015-10-07_Nieders%C3%A4chsisches_Ministerium_f%C3%BCr_Umwelt,_Energie_und_Klimaschutz,_Transparent_refugees_welcome.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en



WELT+ WARNUNG VOR ISLAMISMUS

„Massenhafte, irreguläre Migration seit 2015 hat die deutsche Gesellschaft destabilisiert“

Stand: 26.07.2024 | Lesedauer: 7 Minuten

Inzwischen weht in großen Teilen der deutschen Gesellschaft und sogar in manchen Medien ein anderer Wind. Doch der Schaden ist bereits angerichtet.

Geständnisse

Die Beweislage für eine gezielt herbeigeführte Migrations-«Krise» ist in der Tat erdrückend. Betrachtet man die größeren Zusammenhänge, werden fast alle Flüchtlingshelfer sowie Migranten zu Bauern in einem perfiden globalen Schachspiel. Tatsächlich entspricht die geradezu selbstzerstörerische Politik der Dekulturalisierung, Islamisierung und Auflösung aller die Gesellschaft stabilisierenden Strukturen dem Willen höherer geopolitischer Institutionen, was von diesen nicht einmal verschleiert wird. Die Karten wurden in diesem Fall längst auf den Tisch gelegt: Wäre die Frage nach den Hauptverantwortlichen für die Massenmigration nach Europa ein Kriminalfall, es müsste keinerlei Ermittlung mehr eingeleitet werden, da die Drahtzieher ihr Geständnis bereits entweder in Büchern, vor Kameras oder in offiziellen Planungsdokumenten verewigt haben.

In den frühen 1920er-Jahren wurde die Abschaffung der indigenen Völkerviefalt auf politischem Wege erstmals von Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi offen angedacht. Der Adelige war Gründer der Paneuropa-Bewegung, die als früheste Keimzelle der Europäischen Union gilt und auf Anstoß von Baron Louis de Rothschild hin mit 60'000 Goldmark von dem Bankier Max Warburg finanziert wurde. [2] Kalergi verfasste die Multikulti-Schriften «Adel» (1922) und «Praktischer Idealismus» (1925). In Letzteren lesen wir: «Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteilen zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch die Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.» Nun war dieser Coudenhove-Kalergi nicht irgendein verschrobener Rassentheoretiker in Zeiten des aufkommenden Nationalsozialismus, sondern gilt als Gründervater der Idee von einer «Europäischen Union». In seinem Namen wird alle zwei Jahre ein Preis für besonders verdienstvolle Europapolitiker verliehen, unter anderem auch an Helmut Kohl, Angela Merkel und Jean-Claude Junker. [3] Seine Nachfahrin Barbara Coudenhove-Kalergi schrieb Anfang 2015 in ihrer Kolumne für den österreichischen Standard, dass «jetzt für Europa eine Epoche der Völkerwanderung und Masseneinwanderung einbricht, die die Bevölkerungsstruktur Europas noch gehörig durcheinanderbringen wird. Es ist unumkehrbar. Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen passt oder nicht. Wir leben in einer Ära der Völkerwanderung. Sie hat eben erst begonnen und sie wird mit Sicherheit noch lange nicht zu Ende sein.» [4]



➔

Sutherland, Swing, Sarkozy

Am 30. September 2015 veröffentlichte der amerikanische «Council on Foreign Relations» (Rat für auswärtige Beziehungen) ein Interview mit Peter Sutherland. Der Ire war vor seinem Ableben im Jahr 2018 UNO-Sonderberichterstatter für Migration. Sutherland sprach über vermeintlich «widerliche» («foul») Twitter-Nachrichten (Tweets), die bei ihm hereinkamen: «Je widerlicher sie werden, desto erfreuter bin ich, denn jeder Idiot oder Nicht-Idiot, der die Tweets liest, die besagen, dass ich dazu entschlossen bin, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt recht, ich bin dazu entschlossen. Wenn ich es morgen tun könnte, würde ich es tun, inklusive meines eigenen [Volkes].» (5) Ein Statement, das Sutherland in der Art schon mehrfach zuvor getroffen hatte. (6) William Swing, der Generaldirektor der UNO-Unterorganisation «International Organization for Migration», der neben Sutherland saß, fügte unterstützend hinzu: «Migration in grossem Ausmaß ist unvermeidbar, notwendig und wünschenswert […] Als Erstes müssen wir das öffentliche Narrativ über Migration ändern. Jetzt ist es toxisch. Es ist giftig. Migration hat einen schlechten Namen. […] Die Menschen haben Ängste. […] wir müssen ihnen erzählen, dass sie nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben!» (5)

Nicolas Sarkozy, Präsident des EU-Staates Frankreich von 2007 bis 2012, bemühte erst gar nicht den Vorwand wirtschaftlicher oder humanitärer Gründe für Einwanderung, sondern sagte am 17. Dezember 2008 in Palaiseau, einem Stadtteil von Paris, unverfroren: «Das Ziel ist die Rassenvermischung. Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung! Es ist zwingend! Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen […], deswegen müssen wir uns wandeln und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern: Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien, und wir werden uns zu diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!» (7)

EU und UNO

Frans Timmermans, von 2019 bis 2023 Vizepräsident der EU-Kommission, sagte in einer Rede während des sogenannten «Grundrechte-Kolloquiums der EU» im Oktober 2015: «Diversität ist die Bestimmung der Menschheit. Selbst an den abgelegensten Orten dieses Planeten wird es keine Nation geben, deren Zukunft keine Diversität beinhaltet. Darauf bewegt sich die Menschheit zu. […] Europa wird divers sein, genauso wie alle anderen Teile der Welt divers sein werden.» (8) Die EU geht schon lange offen mit ihren Plänen um, mehr Flüchtlinge (aus eigentlich sicheren Drittstaaten, siehe S.10 f.) dauerhaft nach Europa umzusiedeln. Schon 2009 empfahl ein Bericht der EU-Kommission mit dem Titel «Das gemeinsame Neuansiedlungsprogramm der EU»: «[D]ie Neuansiedlungsaktivitäten der EU sollten ausgeweitet werden». (9)

Hinzu kommt, dass die Migrationswellen auch erklärte UN-Politik zu sein scheinen. Für schrumpfende Bevölkerungen in bestimmten Staaten sah die UN in einem gewichtigen Dokument nicht etwa eine Erhöhung der Geburtenraten durch familienfreundliche Politik vor, sondern die «Replacement Migra-



«In den nächsten zwei Jahrzehnten werden mehr als 70 Millionen Migranten nötig sein.»

EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos im Jahr 2015 über die Bevölkerung in Europa

Quelle: sn.at, EU-Kommissar: Brauchen über 70 Mio. Migranten in 20 Jahren, 03.12.2015

Foto: European Commission (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Press_Conference_by_Commissioner_Dimitris_Avramopoulos.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en


ZEITUNG
Unsichtbar und unbemerkt hin zur neuen Weltordnung
ZEITUNG
Die Geschichte der EUdSSR
ZEITUNG
Aufstieg der EU auf den Trümmern Europas

Die Ausschaltung nationaler Souveränität durch supranationale Organisationen wie die EU und die UNO geht Hand mit Hand mit der Auflösung der ethnischen Homogenität, zu der sich z.B. der UN-Kommissar Peter Sutherland bekannte (siehe oben). Wer mehr über die geplante Schaffung einer Weltregierung oder die «Vereinigten Staaten von Europa» erfahren möchte, dem sei die Lektüre der Ausgaben 22, 23 und 24 empfohlen.

Foto: World Economic Forum from Cologny, Switzerland (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Peter-Sutherland-2011.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

«Ich werde die Regierungen darum bitten, zu kooperieren und anzuerkennen, dass Souveränität eine Illusion ist - dass Souveränität eine absolute Illusion ist, die wir hinter uns lassen müssen. Die Tage, als man sich hinter Grenzen und Zäunen verstecken konnte, sind längst vorbei.»

Peter Sutherland (siehe oben) im Interview mit dem UNO-Nachrichtenzentrum am 2. Oktober 2015

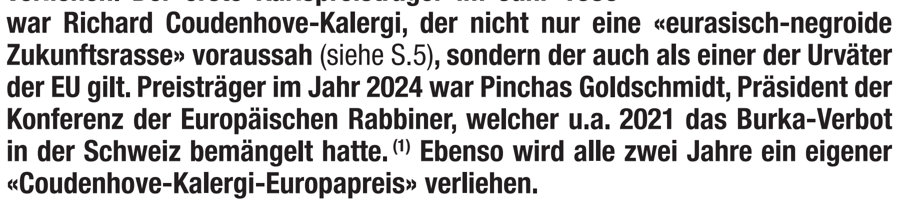
Quelle: news.un.org, Interview: «Refugees are the responsibility of the world..., 02.10.2015

tion» (wörtlich übersetzt: Ersetzungsmigration), also den Bevölkerungsaustausch durch Migranten. Der entsprechende Plan wurde bereits am 21. März 2000 auf der Webseite der UN-Abteilung für Bevölkerungsfragen veröffentlicht, also etwa ein Jahr, bevor die Vereinigten Staaten mit ihrem Krieg in Afghanistan anfingen, systematisch Flüchtlinge «zu produzieren» (siehe S.47 ff.). Der Bericht erwägt eine «Ersetzungsmigration» für acht wenig fruchtbare Länder: Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, die Koreanische Republik, die Russische Föderation, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sowie zwei Regionen (Europa und die Europäische Union). «Ersetzungsmigration bezieht sich auf die internationale Migration, die erforderlich wäre, um den Rückgang der Bevölkerungszahl, den Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und die allgemeine Alterung der Bevölkerung auszugleichen», definierte die UN den Begriff. [10] Der Plan, weiße Mehrheitsbevölkerungen in westlichen Staaten zu ersetzen, wird mit der Existenz dieses Dokuments bestätigt, was die Massenmedien jedoch nicht daran hindert, den Hinweis auf eine solche Agenda als «krude» oder «rassistische Verschwörungstheorie» zu bezeichnen.

Auf der UN-Webseite wurden sechs Pressemitteilungen über den UN-Bericht in Englisch, Deutsch, Französisch, Spanisch, Russisch und Japanisch angeboten. Allerdings sucht man den Begriff «Ersetzungsmigration» (ergo «Bevölkerungsaustausch durch Migration») in der deutschen Version vergeblich. Darin wird dieser Begriff vielmehr in «Bestandserhaltungsmigration» umgelogen [11], was natürlich (abgesehen von der Nutzvieh-Konnotation) viel positiver klingt - nämlich so, als würde man das deutsche Volk nicht austauschen, sondern «erhalten» wollen. Allein an diesem Täuschungsmanöver kann man aber erkennen, worum es der UN wohl geht: Das deutsche und ihm verwandte Völker auszutauschen und es zusätzlich im Unklaren darüber zu lassen.



Richard Coudenhove-Kalergi



Der Karlspreis wird in der Regel alljährlich in Aachen für Leistungen rund um die europäische Einigung verliehen. Der erste Karlspreisträger im Jahr 1950 war Richard Coudenhove-Kalergi, der nicht nur eine «eurasisch-negroide Zukunftsrasse» voraussah (siehe S.5)**, sondern der auch als einer der Urväter der EU gilt. Preisträger im Jahr 2024 war Pinchas Goldschmidt, Präsident der Konferenz der Europäischen Rabbiner, welcher u.a. 2021 das Burka-Verbot in der Schweiz bemängelt hatte. [1] Ebenso wird alle zwei Jahre ein eigener «Coudenhove-Kalergi-Europapreis» verliehen.**

Quelle: 1. juedische-allgemeine.de, Oberrabbiner verurteilt Burka-Verbot in der Schweiz, 08.03.2021



«Der Einfluss des Blutadels sinkt, der Einfluss des Geistesadels wächst. Diese Entwicklung, und damit das Chaos moderner Politik, wird erst dann ihr Ende finden, bis eine geistige Aristokratie die Machtmittel der Gesellschaft: Pulver, Gold und Druckerschwärze an sich reißt und zum Segen der Allgemeinheit verwendet. [...] Eine entscheidende Etappe zu diesem Ziel bildet der russische Bolschewismus, wo eine kleine Schar kommunistischer Geistesaristokraten das Land regiert und bewusst mit dem plutokratischen Demokratismus bricht, der heute die übrige Welt beherrscht.»

Richard Coudenhove-Kalergi, Initiator der europäischen Vereinigung, in seinem Buch «Praktischer Idealismus» von 1925

Wen Coudenhove-Kalergi mit «Geistesadel» meinte, könnte uns in kommenden Ausgaben noch beschäftigen.

UN-Migrationspakt

Um ein dickes Ausrufezeichen hinter das Dokument aus dem Jahr 2000 zu setzen, verabschiedeten die UN-Mitgliedsstaaten im Dezember 2018 fast einhellig den «Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration», kurz: UN-Migrationspakt. Lediglich ein gutes Dutzend Länder stimmte gegen den Pakt oder enthielt sich. [12] Das Ziel dieses internationalen Vertrags war die Abschaffung der illegalen und irregulären Migration durch Legalisierung der Migration auf globaler Ebene. In etwa so, als würde man Einbruch und Betrug durch deren Legalisierung bekämpfen. So kann man in kürzester Zeit erstaunliche Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung verzeichnen, nämlich indem man die zugrunde liegenden Handlungen einfach umdeklariert. Der Migrationspakt sei deshalb «brisant», weil er «Missstände in der heutigen Migrationspolitik zementieren» wolle, notierte die Basler Zeitung. Dies geschehe «ohne demokratische Legitimation, denn weder Parlament noch Stimmbevölkerung haben dazu etwas zu sagen». [13]

«Mit der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten haben wir eine politische Erklärung und ein Paket von Verpflichtungen angenommen. Wir bekräftigen diese Erklärung in ihrer Gesamtheit und bauen mit dem nachstehenden Kooperationsrahmen auf ihr auf», ist im endgültigen Vertrag zu lesen. [14] Der Vertrag basiert also auf der am 19. September 2016 verabschiedeten New Yorker Erklärung der UNO, deren Inhalte noch weit mehr preisgeben als der Migrationspakt selbst. Des Pudels Kern erfährt man in Punkt 24 der New Yorker Erklärung: «Wir erklären erneut, dass Menschen gemäß dem Grundsatz der Nichtzurückweisung an Grenzen nicht zurückgewiesen werden dürfen.» [15]

Von illegal zu legal

Das bedeutet: Alle Menschen, die in den Ländern ankommen, müssen umgehend aufgenommen und mindestens einmal lang-



Nicolas Sarkozy: «Rassenvermischung» und Filzpolitik

tagesschau

Gericht bestätigt Haft für Ex-Präsident Sarkozy

Stand: 17.05.2023 10:56 Uhr

Der frühere französische Staatschef muss eine Haftstrafe antreten. Ein Berufungsgericht bestätigte das Urteil, in dem Sarkozy wegen Bestechung eines Generalanwalts schuldig gesprochen worden war. Sarkozys Verteidigung kündigte Revision an.

Berliner Morgenpost

Bandenmäßiger Betrug: Verfahren gegen Frankreichs Ex-First-Lady

Die Berliner Morgenpost am 9. Juli 2024 über Carla Bruni Sarkozy



Nicolas Sarkozy und seine Ehefrau Carla Bruni Sarkozy 2009 beim G-20-Treffen in den USA

Die moralische Integrität von Nicolas Sarkozy, der die «Rassenvermischung» als «Ziel» angab (siehe S.6)**, steht allgemein sehr in Frage.**

➔ wierig überprüft werden. Damit verträgt es sich natürlich nicht, dass Staaten, wie es das Konzept «Staat» nunmal vorsieht, illegale Grenzübertritte direkt verhindern bzw. unter Strafe stellen – oder dies nach heutigem Gesetz zumindest tun sollten. Daher sieht Punkt 33 der New Yorker Erklärung, noch zurückhaltend, vor, die Straftat eines illegalen Grenzübertritts in Zukunft zu entkriminalisieren: «In Bekräftigung dessen, dass alle Personen, die internationale Grenzen überschritten haben oder zu überschreiten versuchen, das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren zur Bewertung ihres Rechtsstatus und der Bedingungen ihrer Einreise und ihres Aufenthalts haben, werden wir die Prüfung von Regelungen erwägen, die grenzüberschreitende Bewegungen unter Strafe stellen.» [15] Widersprechen nationale Gesetze dieser übergeordneten UN-Agenda, sollen sie offenbar «geprüft» und damit wahrscheinlich früher oder später aufgehoben werden. In der Sendung «Was nun?» des ZDF vom 13. November 2015 sagte Angela Merkel zu der Kritik an ihrem Kurs in der Flüchtlingskrise genau das, was in der New Yorker Erklärung zum Ausdruck kommt: «Ich kämpfe für den Weg, den ich mir vorstelle, für meinen Plan, den ich habe [...], aus Illegalität Legalität zu machen.» [16]

Migration als Wunschzustand?

Anstatt anzuerkennen, dass das Verlassen der Heimat (oft auf ewig) schon historisch fast nie aus reiner Abenteuerlust geschah, sondern notgedrungen stattfand, und darüber hinaus in zahlreichen Konflikten mit den Einwohnern des Zielgebietes mündete, malt die New Yorker Erklärung die Verschiebung von großen Völkermassen über den ganzen Planeten in den schönsten Farben: «Migranten können auf positive und tiefgreifende Weise zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Aufnahmegesellschaften und zur Schaffung von globalem Wohlstand beitragen. Sie können in ihren Aufnahmegesellschaften demographischen Trends, Arbeitskräftemangel und anderen Herausforderungen begegnen helfen und bereichern die Volkswirtschaften dieser Länder durch neue Kompetenzen und Dynamik», heißt es unter Punkt 46. [15] Schon im nächsten Satz liest man: «Wir sind uns des Nutzens der Migration für die Entwicklung der Herkunftsländer bewusst, unter anderem durch den aktiven Beitrag der Diaspora zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Wiederaufbau.» [15] Nur, wer soll die Herkunftsländer aufbauen, wenn nicht diejenigen, die dort leb(t)en? Im Narrativ von UN und Co. sind Migranten, die in den Westen einreisen, die Grundlage für einen regelrechten Wirtschaftsboom. Fast ein Jahrzehnt nach der ersten großen Masseneinwanderungswelle hat sich dieses Versprechen mitnichten bewahrheitet – im Gegenteil (siehe S.50 ff.). Nicht nur das, denn das Narrativ der UN und weiterer Migrationsbefürworter bekommt bereits Risse, wenn man erstens fragt, warum dieser Boom dann nicht in den Heimatländern der Geflüchteten eintritt und zweitens feststellt: Eine nicht vorhandene industrielle Basis in den Heimatstaaten bedeutet eine stetige Flucht der Bevölkerung vor den dortigen Zuständen, also eine Dauermigration, die das Problem nur weiter verschärft. Um diesen Kreislauf zu stoppen, müsste in den Herkunftsländern Wohlstand geschaffen werden, was nur geschehen kann, wenn die angeblich so wertvollen Arbeitskräfte nicht in Massen ihre eigenen Länder verlassen. Indem die UNO aber den Nutzen der Migration für Herkunfts- und Zielländer betont, soll dieser Teufelskreis augenscheinlich kein Ende nehmen.

Im Migrationspakt von 2018 lautet es gleichklingend: «Migration war schon immer Teil der Menschheitsgeschichte, und wir erkennen an, dass sie in unserer globalisierten Welt eine Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung darstellt [...].» [14] Nebenbei bemerkt, lässt sich hier auch einer von vielen Widersprüchen im anfangs erwähnten Schuldkult erkennen: Denn man kann den Migrationsfluss von Drittweltländern in den Westen, also die massenweise Abwanderung von lokalen Arbeits- und Fachkräften, die das Herkunftsland aufbauen könnten, nicht bejubeln und gleichzeitig darüber klagen, dass der Westen auf Kosten der Drittweltländer lebt und wirtschaftet.

Soft Law

Auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion zu den vorbereitenden Verhandlungen über den UN-Migrationspakt antwortete

die Bundesregierung im April 2018: «Nationale Hoheitsrechte werden durch den Globalen Migrationspakt weder eingeschränkt noch übertragen. Rechtliche Verpflichtungen werden nicht begründet.» (17) Dass ein «Pakt» (lat. pactum = Vertrag), der also eigentlich ein wechselseitig bindender Vertrag ist, doch nicht bindend, also kein Vertrag sein soll, ist für den Normalbürger nicht so leicht nachvollziehbar. Ein solches Konstrukt stammt aus dem Anglo-Amerikanischen und wird dort als «Soft Law» («sanftes / weiches Recht») bezeichnet. Damit sind nicht-bindende Erklärungen oder Absprachen gemeint, die nur allgemeine Tendenzen, gewünschte Entwicklungen und Empfehlungen enthalten. Sie werden vor allem von internationalen Organisationen angewendet. Auf Wikipedia heißt es dazu: «Soft Law ist eine Bezeichnung für nicht verbindliche Übereinkünfte, Absichtserklärungen oder Leitlinien. Im Gegensatz zum Hard Law, zu dessen Vollzug sich die Beteiligten verbindlich verpflichten, stellt das Soft Law eine weniger strenge Selbstbindung dar, wobei dies nicht zwangsläufig Wirkungslosigkeit impliziert. [...] Trotz der fehlenden formalen Bindungswirkung, z.B. der Resolutionen der UN-Generalversammlung, aber auch von Erklärungen anlässlich internationaler Konferenzen oder von Beschlüssen anderer Organisationen, können diese [Übereinkünfte] als gleichartige Willensbekundungen einer Vielzahl von Staaten zur Entstehung von Gewohnheitsrecht beitragen.» (18)





Frankreichs Präsident Emmanuel Macron besuchte im September 2018 das Quartier-d'Orléans, eines der ärmsten Viertel auf der französisch-karibischen Insel Saint-Martin. Ein in den sozialen Medien aufgetauchtes Foto zeigt Macron mit zwei jungen Männern. Der eine streckt den Mittelfinger in die Kamera, der andere war vorbestraft. Haben solche Bilder eine tiefere symbolische Bedeutung?

«Unverbindlich»

Den Bürokraten der UN war offenbar klar, dass sich an einem verpflichtenden Vertrag über die Steuerung der Massenmigration eine Reihe von Staaten nicht beteiligen würde. Dafür genügt nicht nur eine Unterschrift der Regierenden, es müssen auch die Parlamente in einer öffentlichkeitswirksamen Debatte per Gesetz zustimmen, wodurch weite Teile der Bevölkerung hellhörig werden. Da bietet sich ein «Soft-Law-Pakt» als eine listige Möglichkeit an, wie die Ratgeberseite «WikiHow» beschreibt: «Je langsamer und kontroverser der politische Konsens zwischen verschiedenen Staaten über die Bühne geht, umso wahrscheinlicher ist es, dass Soft Law zum Einsatz kommt, um den fehlenden politischen Konsensus zu umgehen und zumindest jenen Staaten ein Fortkommen zu ermöglichen, die Interesse an der Lösung des Problems haben. Gleichzeitig kann versucht werden, andere Staaten zur Mitarbeit zu bewegen, um irgendwann einen bindenden Vertrag mit entsprechenden Rechten und Pflichten zu erarbeiten. In diesen Fällen kann mit Soft-Law-Übereinkünften Zeit erkauft werden, um Unstimmigkeiten und rivalisierende Sichtweisen der verschiedenen Vertragsparteien zu klären und das Ergreifen von wichtigen Maßnahmen zu fördern. Durch Soft-Law-Übereinkünfte kann ein gewisser Spielraum aufrechterhalten werden, während die engagierteren Staaten weiterhin daran arbeiten können, potenzielle Trittbrettfahrer-Staaten davon zu überzeugen, dass eine aktive Beteiligung in einem gemeinschaftlichen Aktionsplan durchaus auch in deren Interesse sein kann.» (19) Der Soft-Law-Migrationspakt der UN ist also in seiner vordergründigen Unverbindlichkeit keine harmlose Ideensammlung. Der «Pakt» hat konkrete politische und schließlich rechtliche Auswirkungen, die ihn in der Realität zu einem mächtigen Instrument in der internationalen Politik machen. Die Unverbindlichkeit wird langsam zur internationalen völkerrechtlichen Verbindlichkeit transformiert.

Durchführende Organisation des Prozesses zur Schaffung eines «Globalen Pakts für Migration» war das «Global Forum on Migration & Development» (GFDM), zu dem der bereits genannte Peter Sutherland gehörte (20), also jener hohe Funktionär, der sein Ziel, durch Massenmigration die Homogenität der europäischen Völker aufzulösen (siehe S.6), offen aussprach.

Tony Blair

Ganz im Sinne Sutherlands und des UN-Migrationspakts hatte z.B. schon Tony Blair gehandelt. Von 1997 bis 2007 war der Mann Premierminister Großbritanniens. Als solcher fiel er vor allem als «Bushs Pudel» auf, der folgsam die Einsatzbefehle Washingtons für den Irakkrieg entgegennahm,



➔ woraus nicht zuletzt die Migrantenwelle entstand, mit der wir heute zu kämpfen haben. Aber Blair produzierte nicht rein zufällig auf diese Weise Flüchtlinge, sondern hatte auch schon Pläne, wie er hinterrücks gleich zwei Millionen davon auf einmal nach Großbritannien lotsen könnte. Das gibt das Buch «Tony Blair - Die Tragödie der Macht» («Broken Vows: Tony Blair - The Tragedy of Power») aus dem Jahr 2016 preis, das auf der Grundlage von mehr als 200 Interviews mit hohen Staatsbeamten, Ex-Ministern und anderen Insidern geschrieben wurde. [21] Die brisantesten Enthüllungen des Buches betreffen Blairs jüdische Immigrationsministerin Barbara Roche, die ganz im Stillen eine Politik zur Veränderung Großbritanniens betrieben habe. Schon bei ihrer Amtseinführung habe sie zu einem hohen Beamten gesagt: «Asylbewerbern sollte es erlaubt werden, in Großbritannien zu bleiben. Die Abschiebung dauert zu lange und ist emotional zu negativ belastet.» - «Es war klar, dass Roche mehr Immigranten in Grossbritannien haben wollte», zitierte die Daily Mail Stephen Boys Smith, den damaligen Leiter der Immigrationsabteilung im Innenministerium. Die Blair-Ministerin «sah es nicht als ihre Aufgabe an, den Zugang nach Großbritannien zu kontrollieren, sondern vor dem Hintergrund einer umfassenderen Perspektive wollte sie uns den Nutzen einer multikulturellen Gesellschaft beibringen».



Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf Twitter

Wie der Rechtsprofessor Udo di Fabio damals betonte, ist der Bund «aus verfassungsrechtlichen Gründen [...] verpflichtet, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen, wenn das gemeinsame europäische Grenzsicherungs- und Einwanderungssystem vorübergehend oder dauerhaft gestört ist.» [1] Und das war spätestens mit der Nicht-Anwendung der Dublin-Regelung der Fall. Angela Merkel ließ die Grenzen aber trotzdem nicht schützen.

Quelle: 1. bayernkurier.de, Bund ist verpflichtet, die Staatsgrenzen zu sichern, 12.01.2016

Betrügerische Asylbewerber seien mithilfe von Arbeitsgenehmigungen als Wirtschaftsmigranten legalisiert worden. Beamte wurden laut den Berichten instruiert, die Liste der zugelassenen Asylbewerber zu erweitern, damit zum Beispiel auch Nigerianer und Afghanen Asyl beantragen konnten. Sogar abgewiesene Bewerber seien in den Genuss von Sozialleistungen gekommen, «und die Aussicht auf leicht verdientes Geld verbreitete sich in der ganzen Welt, mit der Folge eines steilen Anstiegs der Asylbewerberzahlen», schrieb Blair-Biograf Tom Bower in dem genannten Werk. «Die Regeln für den Familiennachzug und die Immigration von Studenten wurden dramatisch gelockert», zitierte ihn die Daily Mail. Allein im Jahr 2002 habe Blair auch 150'000 Arbeitserlaubnisse genehmigt: «Die meisten Empfänger, einschließlich ungelernter Kräfte, wurden später britische Staatsbürger.» [22]

Kein geringerer als Andrew Neather, seinerzeit Berater von Tony Blair, hatte von dieser geheimen Operation zur Einschleusung von Migranten schon 2009 gesprochen. Laut Neather war es das Ziel, aus dem Königreich unter sozialdemokratischer Herrschaft ein «absolut multikulturelles Land» zu machen. Vor diesem Hintergrund habe Großbritannien allein am Anfang des neuen Jahrtausends etwa 2,3 Millionen neue Einwanderer ins Land gelassen. [23]

Angela Merkel

Die mit dem «Europapreis» der «Coudenhove-Kalergi Stiftung» (siehe S.5) ausgezeichnete deutsche Kanzlerin Angela Merkel stellte in Sachen fahrlässige Migrationspolitik jedoch alles in den Schatten, was man bis

Jahr 2000: Die UNO empfahl Europa 160 Millionen Migranten in 25 Jahren



«Die UNO schätzt, dass 160 Millionen Immigranten benötigt werden, um die Demographie der EU auszugleichen. Da Europa immer älter wird, wird es bis 2025 fast 160 Millionen zusätzliche Arbeitsmigranten benötigen. Und Frankreich, das derzeit etwa 100'000 Einwanderer pro Jahr aufnimmt, müsste diese ‹Quote› im nächsten Vierteljahrhundert um das 7,6-fache erhöhen. Dies sind nur einige der krassen Zahlen, die in einem vorläufigen Bericht der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen genannt werden, der diese Woche in New York veröffentlicht wurde. [...] Das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen, das derzeit zwischen 4 und 5 Arbeitnehmern und einem Rentner liegt, wird sich in den nächsten 25 Jahren grob gesagt halbieren. Durch eine einfache mechanische Projektion kommen die UN-Demographen zu dem Schluss, dass Europa bis 2025 24 Millionen Einwanderer benötigen würde, um seine Erwerbsbevölkerung auf dem absoluten Niveau von 1995 zu halten. Wenn es darum geht, das derzeitige Gleichgewicht zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen zu erhalten, steigt der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften sogar auf 159 Millionen Menschen, davon 23 Millionen in Frankreich, 26 Millionen in Italien und sogar 44 Millionen in Deutschland. Bei vergleichbarer Argumentation kommt die UNO übrigens auf ähnlich beeindruckende Zahlen für Japan (92 Millionen theoretisch benötigte Einwanderer) oder die USA (150 Millionen).»

Die französische Zeitung Libération im Januar 2000

Quelle: liberation.fr, L'immigration, un remède pour la vieille Europe, 06.01.2000

Der nackte Wahnsinn!

Trotz der forcierten Bevölkerungsflut nach Mitteleuropa wird bis 2025 nicht mal die Hälfte der von der UNO nahegelegten Zahl erreicht werden. Ginge es nach den Entscheidern auf den höchsten Ebenen, wäre die Heimatbevölkerung in vielen Staaten schon heute zu einer klaren Minderheit degradiert worden.

anhin kannte. Spätestens in der Nacht vom 4. auf den 5. September 2015, als sie gemeinsam mit Österreichs Kanzler Werner Faymann die deutschen und österreichischen Grenzen öffnete, um die in Ungarn gestoppten Menschenmassen nach Deutschland zu leiten, hatte sie ihren Namen als «Flüchtlingskanzlerin» redlich verdient. Merkel beschloss damals ohne Konsultation des deutschen Bundestages, Flüchtlinge aus Ungarn auch ohne Registrierung und Prüfung des Asylanspruchs nach Deutschland einreisen zu lassen. Die Bundespolizei wurde von der Regierung direkt angewiesen, Ausländer, die ohne Aufenthaltstitel die Grenze überschreiten wollten, nicht aufzuhalten. Zum Aufhalten war die Bundespolizei aber nach dem Aufenthaltsrecht de jure verpflichtet. Ein klarer Rechtsbruch. Der Spiegel schrieb über die damalige Zeit: «Als über Monate die Grenzen offenstanden, ohne dass jemand im Kanzleramt Anstalten machte, einmal nachzufragen, wer da eigentlich ins Land komme, begannen sich die Männer Sorgen zu machen, die für die Sicherheit unseres Landes zuständig sind. Nacheinander wurden sie in Berlin vorstellig, um auf eine Kontrolle der Grenzen zu dringen: der Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen, der Chef der Bundespolizei, Dieter Romann, und auch der Chef des BND, Gerhard Schindler. [...] Über Romann heißt es, dass er sich die Weisung, untätig zu bleiben, schriftlich geben ließ, damit ihn niemand später wegen Pflichtverletzung würde belangen können.» (24)



Sebastian Striegel war von April 2011 bis Juni 2023 Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Sachsen-Anhalt. Im März 2015 schrieb er auf Twitter (heute «X»): «Zuwanderung bis zum Volkstod».

Ein starkes Stück, wenn man bedenkt, dass die Bundesrepublik Deutschland ein parlamentarisches Regierungssystem hat und die Gewaltenteilung im Grundgesetz verankert ist. Der Vorgang zeigt, dass trotz all der Sicherheitsmechanismen ein einziger Mensch in der entsprechenden Position die demokratische Grundordnung umgehen kann. So stellt auch Dietrich Murswiek, emeritierter Professor für öffentliches Recht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, fest: «Die Öffnung der Schleusen für über eine Million ‹Flüchtlinge› allein im Jahr 2015 ist hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland und des deutschen Volkes von äusserster Dramatik. Die Zusammensetzung des Volkes und seine Identität, die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die Aufgabenlast der Kommunen und Landkreise, die Folgezwänge für die Bereitstellung von Wohnungen, ärztlicher Versorgung und Sozialhilfe, die hieraus resultierenden Belastungen des Haushalts in Höhe von vermutlich 30 Milliarden Euro pro Jahr sind einige Stichworte für solche Auswirkungen. [...] Indem die Bundeskanzlerin diese Entscheidung aus einem moralischen Bauchgefühl heraus spontan getroffen hat, ohne zuvor das Parlament zu fragen, hat sie den demokratischen Parlamentsvorbehalt eklatant verletzt.» (25)

Drittstaatenregelung

Bis heute ist auf der Webseite des deutschen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu lesen: «Bei der Einreise aus einem sicheren Drittstaat ist eine Anerkennung der Asylberechtigung ausgeschlossen.» (26) Personen, die aus einem sicheren Staat bzw. Drittstaat, also z.B. alle Nachbarländer Deutschlands, kommen, dürfen eigentlich gar keinen Asylantrag in Deutschland stellen – eine Regel, die auch 2024 vor unser aller Augen auf eklatanteste Weise verletzt wird. Wenn sie es doch tun, muss das Bundesamt deren Abschiebung anordnen und sie in den Staat, über den sie eingereist sind, zurückführen. «‹Bild›-Informationen zufolge habe die Bundesregierung bereits im September erwogen, Teile der Grenze zu schließen. In der Nacht des 13. September habe ein 30-seitiger Einsatzbefehl für 21 Hundertschaften der Bundespolizei in Kraft treten sollen, in dem es hieß: ‹Nichteingereiste Drittstaatsangehörige sind zurückzuweisen, auch im Falle eines Asylgesuchs.› Merkel habe dieses Vorgehen erst in letzter Minute in einem Telefonat mit Innenminister de Maizière gestoppt», berichtete Focus-Online im Dezember 2015. (27)

Die Zahl der nach Deutschland einreisenden Menschen, die aufgrund der Drittstaatenregelung kein Recht auf Asyl haben und sich trotzdem weiterhin im Land aufhalten, ist bis heute enorm. Wie Welt-Online 2017 berichtete, gehörte die direkte Einreise ohne sicheren Drittstaat schon 2016 zur absoluten Ausnahme: «Im vergangenen Jahr hätten nur etwa 1000 Migranten ein Asylverfahren in Deutschland durchlaufen müssen, wenn auf die Prüfung von Personen, die über sichere Staaten einreisten, verzichtet worden wäre. Das geht aus Zahlen der Bundespolizei hervor. [...] Nur für diese insgesamt etwa 1000 Asylsuchenden wäre Deutschland zwingend zuständig, wenn die Vorgaben des Grundgesetzes und der Dublin-Verordnung vollständig umgesetzt würden. Alle anderen 280'000 Migranten, die 2016 unter Berufung

➔

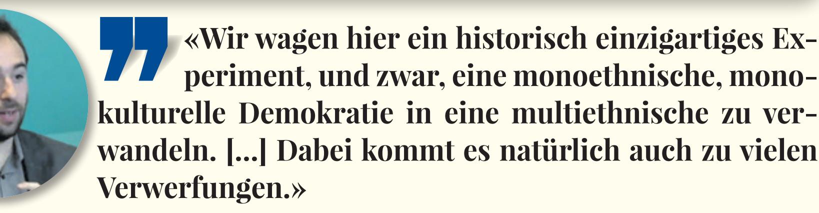


auf das Asylrecht einreisten, waren vorher bereits in Sicherheit. Deutschland ist ausnahmslos von sicheren Drittstaaten [bzw. Staaten] umgeben.» [28] Die damalige Kolumne von Jan Fleischhauer auf Spiegel-Online traf es auf den Punkt: «Es gibt kein Gesetz, das von Deutschland verlangt, diese Flüchtlinge aufzunehmen. Schon das Wort Flüchtling ist in dem Fall ein merkwürdig unpassender Begriff. Bei den Einreisenden handelt sich ausnahmslos um Menschen, die von einem sicheren Ort in Europa an einen anderen umsiedeln wollen, ohne dass sie für die legale Einreise über die erforderlichen Dokumente verfügen.» [29] Nebenbei: Darüber, ob Staaten wie Afghanistan, Syrien, Eritrea, Somalia usw. heute überhaupt als «unsichere Staaten» zu bezeichnen sind, ließe sich prächtig streiten (siehe S.31 u. 47).

Dublin-Verordnung

Deutschland wäre auch nach der bereits genannten Dublin-III-Regelung der EU, die das Grundgesetz theoretisch überlagert, für die meisten Asylantragssteller nicht verantwortlich. Nach den Dublin-Verträgen muss ein Asylbewerber seinen Antrag dort stellen, wo er erstmals europäischen Boden betrat. Weiterreisende Migranten könnten also in die zuständigen EU-Ersteinreisestaaten zurückgeführt werden. Da kaum ein Migrant in Deutschland zuerst europäischen Boden betritt, müsste auch kaum ein Asylverfahren in Deutschland geführt werden. Am 25. August 2015 bestätigte das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über Twitter jedoch, dass syrische Flüchtlinge nicht abgeschoben werden. «Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt», lautete es in dem Twitter-Beitrag des BAMF weiter. [30] Wie der Rechtsprofessor Udo di Fabio damals betonte, ist der Bund «aus verfassungsrechtlichen Gründen [...] verpflichtet, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen, wenn das gemeinsame europäische Grenzsicherungs- und Einwanderungssystem vorübergehend oder dauerhaft gestört ist.» [31] Und das war spätestens mit der Nicht-Anwendung der Dublin-Regelung der Fall. Angela Merkel ließ die Grenzen aber trotzdem nicht schützen. Wenn sich Deutschland weder an die eigene Verfassung noch an das höhere EU-Recht hält, dann handelt es sich auf beiden Ebenen (national und international) um einen klaren Rechtsbruch – ganz davon abgesehen, dass die Ausschaltung nationalen Rechts durch supranationale Organisationen wie die EU sowieso eine gefährliche Entwicklung darstellt (Ausgaben 23,24).

US-Professor spricht in den Tagesthemen von Multikulti-Experiment in Deutschland



«Wir wagen hier ein historisch einzigartiges Experiment, und zwar, eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. [...] Dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen.»

Yascha Mounk, Professor für Internationale Beziehungen an der Johns-Hopkins-Universität, am 20. Februar 2018 in den ARD-Tagesthemen über Deutschland

Foto: New America (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Yascha_Mounk_-_2016.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

Quelle: youtube.com, Yascha Mounk: Ein historisch einzigartiges! Experiment monoethnische Demokratie ... ARD 20 02 2018, 03.08.2023

Deutsche als Versuchskaninchen?

In einem Spiegel-Interview sagte Yascha Mounk schon im September 2015 zu dem «Experiment»: «Wir wissen nicht, ob es funktioniert. Wir wissen nur, dass es funktionieren muss.» [1] Eine über Jahrtausende gewachsene deutsche Bevölkerung kann also einfach mal in ein soziales Experiment eingespannt werden, dessen Erfolg ungewiss ist. Die naheliegende Frage lautet: Warum sollten sich die Deutschen überhaupt darauf einlassen?

Quelle: 1. Spiegel 40/2015, «Einzigartiges Experiment»

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, sagte 2017 in der Frankfurter Allgemein Zeitung: «Den Wenigsten, die zu uns kommen, steht das Grundrecht auf Asyl zu.» Nach BRD-Recht handele es sich lediglich um 0,5% Bleibeberechtigte. [32] Von den offiziell genannten eine Million Migranten im Jahr 2015 hätten also nur 5000 das Recht auf Asyl gehabt. «Sie hörten auf, ‹Flüchtlinge› zu sein, als sie kein Interesse daran zeigten, sich nach Ankunft im ersten sicheren Land im Asylregister einzutragen», schrieb die Washington Times am 18. November 2015 völlig korrekt. [33]

Kontrollverlust

Ein im Münchner Merkur zitierter Passauer Polizist sagte zu den Ereignissen im Jahr 2015: «Die Bundespolizei lässt ganze Züge und Busse ohne Registrierung der Flüchtlinge durchfahren. [...] Die Behörden schicken derzeit Sonderzüge mit Flüchtlingen von Salzburg über München und aus Österreich über Passau ohne Zwischenhalt nach Köln, Uelzen, Leipzig, Düsseldorf oder Mannheim. Auch Busse wurden direkt etwa nach Berlin geschickt. [...] Die Insassen dieser Züge und Busse werden nur gezählt, niemand nimmt an der Grenze ihre Perso-



Kevin Kühnert
@KuehniKev

(Dann aber bitte auch Wahlrecht für Ausländer*innen, die hier arbeiten und Steuern zahlen. Umvolkung muss konkret werden!)

Translate Tweet
3:10 PM · Nov 10, 2019 · Twitter for iPhone

52 Retweets 1K Likes

Ein Tweet von Kevin Kühnert, damals Vorsitzender der SPD-Jugendorganisation «Jusos» und heute Generalsekretär der SPD, vom 10. November 2019. In Bezug auf einen vorherigen Tweet über Artikel 3 (1) des Grundgesetzes («Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich») fordert Kühnert ein Wahlrecht für Ausländer und schiebt zugleich seinen Wunsch nach einer «Umvolkung» hinterher. Vertreter linker Parteien halten mit ihren radikalen Ambitionen inzwischen nicht mal mehr hinterm Berg.

Die unverhältnismäßig hohe und nie enden wollende Aufnahme von kulturfremden Einwanderern in die Bundesrepublik würde auf erheblich größere Widerstände stoßen, wenn man die Deutschen nicht seit Jahrzehnten mit dem Narrativ einer historischen Kollektivschuld für die Weltkriege traumatisieren würde. In unserem **Dreiteiler «100 Jahre Krieg gegen Deutschland»** kratzen wir am Mythos «Alleinschuld».





Tschentscher besucht Holocaust-Gedenkstätte

„Die historische Schuld ist erdrückend“

Auszug aus dem Gästebucheintrag des Hamburger Oberbürgermeisters Peter Tschentscher an der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem vom Mai 2023 als Titel auf Bild-Online

nalien auf.» [34] Als sie erstmal in Deutschland waren, tauchten viele Migranten einfach unter. In Niedersachsen z.B. verschwanden 700 «Flüchtlinge», von denen viele nicht registriert waren. [35] Auch in anderen Erstaufnahmeeinrichtungen wie im Bayrischen Erding verlor man von 580 «Flüchtlingen» ohne Registrierung jede Spur. [36] Die Medien waren verwirrt. Wurden die Flüchtlinge doch so herzlich mit Beifall und Stofftieren am Bahnhof empfangen – und nun waren sie einfach verschwunden. Ende 2017 wurden in Deutschland Hunderttausende Untergetauchte vermutet. [37]

«Temporär»

Von einer «Flüchtlingskrise» zu sprechen, war auch sonst von Anfang an verfehlt, weil Flüchtlinge temporär in einem Land aufgenommen werden und nach überstandener Krise wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Angela Merkel verkaufte Anfang 2016 noch die naive Idee, dass ihre Schützlinge mehrheitlich wieder zurück nach Syrien gehen würden. Ob sie das wirklich glaubte, weiß wohl niemand außer sie selbst. Die Kanzlerin sagte richtigerweise, dass nahezu keiner der zu uns kommenden Syrer einen Asylanspruch bekommen dürfe. Es gebe allenfalls ein Bleiberecht nach der Genfer Flüchtlingskonvention, auf drei Jahre befristet. Die «Flüchtlinge» müssten wissen: «Es ist ein temporärer Aufenthaltsstatus, und wir erwarten, dass, wenn wieder Frieden in Syrien ist, wenn der IS im Irak besiegt ist, dass Ihr auch wieder mit dem Wissen, das Ihr bei uns erworben habt, in Eure Heimat zurückgeht.» [38] Bisher ist nur ein minimaler Prozentsatz wieder gegangen. Und daran wird sich wohl kaum etwas ändern. Mittlerweile ist es sogar amtlich, dass es – zumindest für Syrer – keine Asylgrundlage gibt. Das Oberverwaltungsgericht Münster stellte fest, dass in Syrien keine allgemeine Gefahr mehr bestehe. [39] Offensichtlich unterschied und unterscheidet man absichtlich nicht zwischen zeitlich begrenzt aufzunehmenden und zu schützenden Kriegsflüchtlingen, politisch Verfolgten und reinen Armutsmigranten. Es ging und geht um unbegrenzte und ungehinderte millionenfache Einwanderung von Migrationswilligen.

Lockrufe

Ende 2015 holten die ARD-Tagesthemen Opfer einer Desinformationskampagne vor die Kamera. O-Ton: «Deutschland ein Schlaraffenland, wo Milch und Honig fließen? Mit dieser Hoffnung kommen tatsächlich Flüchtlinge, und ihre Erwartungen werden befeuert durch geradezu märchenhafte Erzählungen in den sozialen Netzwerken. Ihr Ziel ist klar: Deutschland, denn dort sind Syrer herzlich willkommen. So steht es überall im Internet. So sagen es alle. Natürlich auch die Schlepper.» Eine Migrantin sprach der ARD ins Mikrofon: «In Syrien hat man gehört, dass man bei Ankunft gleich ein eigenes Haus bekommt. Von Flüchtlingsheimen war nicht die Rede. Und Familien sollten gleich bei Ankunft 5000 Euro bekommen, Alleinreisende 3000.» Eine neue Freundin der Migrantin, die selbst einst vom Libanon nach Deutschland gekommen war, kommentierte: «Ich habe vor einigen Tagen eine Meldung gelesen, dass Frau Merkel bis 2017 drei Millionen Flüchtlinge will. Und außerdem hat das meine Mutter ja auch im Fernsehen gehört. Das war ein arabischer Sender.» [40]

➔

Österreichs Bundeskanzler rechtfertigte Grenzöffnung mit «Menschlichkeit»

Foto: Werner Faymann (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Portrait_Werner_Faymann_(2774738762).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

«Ungarn hat bei uns angefragt, was sie mit den tausenden Flüchtlingen machen sollen, die nach Deutschland und Österreich wollen. Mir war von Beginn an klar, dass die Antwort nur eine gemeinsame Lösung mit Deutschland sein kann, weil diese Flüchtlinge ja weiter nach Deutschland wollen. Und mir war klar, dass wir ein Zeichen der Menschlichkeit setzen müssen, weil man die Vertriebenen ja nicht vor heruntergelassenen Grenzbalken im strömenden Regen stehen lassen kann. Die Antwort war klar: Wir öffnen die Grenze im Zeichen der Menschlichkeit.»

Werner Faymann, bis 2016 Bundeskanzler der Republik Österreich, über die gemeinsame Grenzöffnung mit Deutschland Anfang September 2015

Quelle: oe24.at, Faymann für EU-Sondergipfel Mitte September, 05.09.2015

Humanitärer Gesetzesbruch

Es gehört schon einiges dazu, die eigenen Grenzen aufzugeben, hunderttausende Menschen ungeprüft über die Grenze zu lotsen, damit die Sicherheit der eigenen Bevölkerung auf's Spiel zu setzen und dies dann noch als «Menschlichkeit» zu verkaufen. Wem sollte ein Staatschef in erster Linie noch gleich dienen?





Foto: Diskutant1965 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Michael_Wolffsohn.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Wolffsohn: "Migration ist ein Geschenk des Himmels"

DW

Kersten Knipp 19.09.2015

Der Historiker Michael Wolffsohn erwartet von der Zuwanderung eine Milderung der demographischen Probleme. Zugleich rechnet er mit gesellschaftlichen und religiösen Spannungen. Auch der Islam werde sich verändern.

Was der jüdisch-deutsche Historiker mit «Milderung der demographischen Probleme» meinte? Wenn man es als demographisches Problem ansieht, dass die deutsche Bevölkerung verschwindet, dann verschlimmert die Migration das Problem.

➔ Viele Neuankömmlinge hatten also ein komplett verzerrtes Bild von der Situation in Deutschland. Und mehrere Urheber der gezielt verbreiteten Versprechungen sind sehr wohl bekannt: So bezahlte etwa das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Anfang 2014 eine Produktionsfirma, um einen rührseligen, optimistischen Werbefilm für die Einwanderung nach Deutschland zu produzieren. Darin spaziert ein perfekt frisierter Schauspieler in der Rolle eines Irakers in eine Aufnahmeeinrichtung in Deutschland. Alles passt perfekt: Dolmetscher sofort vorhanden, freundlicher Zimmergenosse, Wohnung bald in Aussicht. Das Video erschien in mindestens acht Sprachen. [41] Der aus Pakistan stammende Journalist Shams Ul-Haq behauptet in seinem Buch «Die Brutstätte des Terrors», der deutsche Auslandssender Deutsche Welle habe im Vorlauf zur Masseneinwanderung 2015 offenbar massiv Werbung für eine Einwanderung in die BRD betrieben. Er schreibt darin: «Mich wunderte bereits damals, dass der Sender in dieser Zeit Deutschland so besonders lobte, dass es schon übertrieben wirkte. Eine reiche Nation, ‹die ausländische Zuwanderer dringend benötige›, waren noch die harmlosesten Jubelrufe der Journalisten der Deutschen Welle.» [42] Es schien, als habe die Regierung im Ausland ihre Angel gezielt nach arabischen Migranten ausgeworfen.

Gaza-Krieg: Ägypten macht dicht

Mittelmeer
Gaza-Stadt
GAZA-STREIFEN
Chan Yunis
Rafah
Rafah
ISRAEL
Scheich Suweid
El Arisch
ÄGYPTEN
10 km
© Maptiler / © openstreetmap.org

NAHOST-KONFLIKT



Warum Ägypten seine Grenze nicht für Palästinenser öffnet

stern.de, 16.10.2023

Keine Hilfsbereitschaft für muslimische «Brüder»

Ägypten schloss seine Grenze zu Palästina unter anderem mit der Begründung, dass es selbst mit inneren wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen habe. Die Kritik an dieser Vorgehensweise blieb in den Mainstream-Medien milde. Wer jedoch auf die inneren Probleme Deutschlands hinweist und wegen ihnen einen Migrationsstopp fordert, wird schnell als «Nazi» diskreditiert.
Man fühlt sich daran erinnert, dass auch Saudi-Arabien und die Golfstaaten 2015 ihre muslimischen «Glaubensbrüder» aus Syrien nicht im Land haben wollten (siehe S.18 f.)**. Das lässt neben der Vermutung einer Planung auf höheren Ebenen im Übrigen auch darauf schließen, welche «Kultur der Barmherzigkeit» allgemein in den Westen gelotst wird.**

Die «Flüchtlingskanzlerin»

Eine Bundeskanzlerin, die Selfies mit Asylbewerbern machte, welche in Sekunden zu Freunden in die Heimat geschickt wurden mit der Botschaft, man werde in Deutschland sogar von der Staatschefin höchstpersönlich freundlich empfangen, so etwas führte mitunter zu regelrechten Luftschlössern. Man vermittelte mit den politisch fahrlässigen Maßnahmen von 2015 oder den Fotos von Menschen, die von Einheimischen klatschend am Bahnhof empfangen werden, als wären es Popstars, das Bild: Deutschland braucht und will euch. Auf die Frage «Was fehlt den Asylbewerbern am meisten?» antwortete eine Asylkoordinatorin aus Dachau: «Die Information und Aufklärung. Ich stellte fest, dass die Meisten mit völlig unrealistischen Vorstellungen und Erwartungen hierher kommen. Sie fragen mich oft: ‹Wann bekomme ich mein Haus und mein Auto?›» [43] Az-Online titelte im Februar 2016: «Haus versprochen: Flüchtlinge verweigern Einzug in Neubauwohnung». [44] Manchmal musste man sich regelrecht die Augen reiben wegen der einladenden Aussagen, die Angela Merkels Mund verließen. Sie verlautbarte Anfang September 2015 in einem Interview mit der Rheinischen Post: «Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze.» [45] Dem war das berühmte «Wir schaffen das!» in der

UN und angebundene Thinktanks im Jahr 2022: EU braucht bis 2050 Dutzende Millionen Immigranten, «um zu überleben»

LA VANGUARDIA

«Verschiedene demographische Studien, die von den Vereinten Nationen, dem Wittgenstein-Zentrum [österreichische Demographieforscher] und dem Center for Global Development [US-Thinktank], führenden Institutionen für die Antizipation der Entwicklung der Menschheit, erstellt wurden, bestätigen, dass die EU in den kommenden Jahrzehnten Dutzende Millionen von Arbeitskräften benötigt, um zu überleben, und sie wird sie nicht bekommen, wenn sie nicht aufhört, eine Festung gegen die Einwanderung zu sein. [...] Die UNO schätzt, dass im Jahr 2050 in der EU 60,8 Millionen Arbeitskräfte fehlen werden. Das Wittgenstein-Zentrum schätzt den Mangel auf 72,7 Millionen. Das Schlimmste daran ist, dass mit der derzeitigen Migrationspolitik nur 23% dieses Bedarfs gedeckt werden können (UNO) bzw. 30% (Wittgenstein-Zentrum).»

Die spanische Tageszeitung La Vanguardia im November 2022 unter dem Titel «Europa braucht 60 Millionen Migranten, um zu überleben»

Quelle: lavanguardia.com, Europa necesita 60 millones de inmigrantes para sobrevivir, 03.11.2022

Alljährlich wird der Medienkonsument mit neuen Studien und Empfehlungen der typischen NGOs und Thinktanks konfrontiert, die alle im Wesentlichen mit dem Plan der UN-«Ersetzungsmigration» (siehe S.6 f.) **konform gehen. Die schon jetzt vollkommen ausufernde Aufnahme von Einwanderern reiche noch lange nicht aus, so der Tenor.**
Würde man im umgekehrten Sinne vom «Überleben» Afrikas sprechen, wenn man als Lösung für den hypothetischen Rückgang der heimischen, also schwarzen Bevölkerung hunderte Millionen Asiaten und Europäer ansiedeln würde?

Bundespressekonferenz am 31. August 2015 vorangegangen. [46] Damit war der Quasi-Willkommensruf endgültig perfekt.

Magnet Sozialstaat

Nach Ansicht der aktuellen Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt braucht Deutschland nicht nur die Einwanderung von «Fachkräften», sondern auch von «Menschen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können». Das sagte sie bereits 2013. [47] Der damalige Vizekanzler Sigmar Gabriel wusch die Bundesregierung in einem Interview vom Oktober 2015 rein und meinte, Kritiker aus der CSU täten nur so, «als hätten wir die Flüchtlingsbewegung durch innenpolitische Entscheidungen ausgelöst. Ich halte das für eine Verniedlichung des Problems». [48] Sicherlich waren innenpolitische Entscheidungen nicht die einzige Ursache für den Ansturm nach Deutschland, doch ein Blick auf andere EU-Staaten zeigt, dass es ohne ebenjene niemals zu solch dramatischen Zuständen gekommen wäre. Im ebenso sicheren Tschechien hatten in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 nur 1115 Menschen einen Asylantrag gestellt [49], kaum einen der Balkanrouten-Migranten hielt es lange in Ländern wie Griechenland, Mazedonien oder Serbien, eben weil diese Länder den Neuankömmlingen nicht dieselben «Geschenke» machten wie Deutschland. Das beweist, dass die Fluchtursachen ohne die entsprechenden innenpolitischen Entscheidungen niemals zu einer solchen Migrationswelle geführt hätten. Wenn also ein Bild-Redakteur angesichts der Auseinandersetzungen an der mazedonisch-griechischen Grenze 2016 schrieb «[...] Flüchtlinge in Griechenland gefangen. Und ich sage ‹gefangen›, weil sie hier nicht bleiben wollen. Weil sie wissen, dass dieses arme Land ihnen - leider - nichts zu bieten hat» [50], zeigte das nur, dass es den Migranten nicht allein um Sicherheit ging, sondern um alle möglichen persönlichen Vorteile - primär um materielle.

Der Anfang vom großen Ansturm auf die deutschen Sozialkassen war durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Juli 2012 besiegelt worden, das die bisherigen Leistungen für Asylbewerber für menschenunwürdig erklärte. Diese lägen unterhalb des Existenzminimums. Die staatlichen Hilfen für Asylbewerber müssten ungefähr auf das Niveau von Sozialhilfe und Hartz 4 erhöht werden, so das Urteil. [51]

«Fachkräfte», «wertvoller als Gold»

Doch halt: Laut den Versprechungen der Politiker- und Medien-Kaste würden die Zuwanderer dem deutschen Steuerzahler nicht lange auf der Tasche liegen, sondern schon bald in Lohn und Brot sein. Die offensichtliche Frage, warum man nicht erst einmal versuchte, die Millionen bereits existierenden Hartz-4-Empfänger in den Arbeitsmarkt zu integrieren, anstatt neue Arbeitskräfte ins Land zu holen, wurde im medialen Diskurs ausgeblendet. Im November 2015 wurde eine Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) von den Medien als Hoffnungsschimmer präsentiert. Darin rechnete DIW-Präsident Marcel Fratzscher vor, dass sich ein «Flüchtling» nach etwa sieben Jahren für den deutschen Steuerzahler rechnen soll. [52] Der Finanzexperte Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen hatte auf Welt-Online einige Wochen zuvor etwas völlig anderes projiziert: «Es wird eher eine Integration in die sozialen Sicherungssysteme. [...] Die Folge werden massive Steuererhöhungen sein.» [53] Schon 2014 titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung, für Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, den damaligen Chef des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, sei die Migration ein «Verlustgeschäft». [54] Später bekräftigte er nochmals, dass die bisherige Migration eine große Belastung der Staats- und Sozialkassen sei. [55] Im Jahr 2024 ist längst nicht mehr abzustreiten, dass Fratzscher dem Publikum einen Bären aufband und Raffelhüschen sowie Sinn langfristig Recht behielten (siehe S.50 ff.).

Zu Beginn der Migrationswelle stellten alle Medien und Politiker, die Neuankömmlinge trotzdem als gut ausgebildete, hochmotivierte marktfähige Abiturienten, Ärzte und sonstige dringend benötigte Fachkräfte vor. Legendär wurde die Aussage des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz im Juni 2016: «Was die Flüchtlinge zu uns bringen, ist wertvoller als Gold.» [56]







Polizei Bremerhaven
@PolizeiBhv

Derzeit kursiert ein Video, das eine Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen an einer Schule zeigt.
Der aus dem Winter (!) stammende Sachverhalt ist uns bekannt. Die Ermittlungen in diesem Fall dauern an.
Wir bitten darum, die dargestellten Inhalte nicht weiter zu verbreiten.

4:39 nachm. · 5. Aug. 2024 · **66.048** Mal angezeigt

Das Video zeigte eindeutige Migrantengewalt und die Polizei Bremerhaven wollte offensichtlich nicht, dass es sich verbreitet. Solcherlei Fälle einer vertuschenden Staatsgewalt sind seit 2015 in regelmäßigen Abständen dokumentiert (siehe S.17). Später verlautbarte die Polizei Bremerhaven sogar, «dass das Verbreiten dieser Gewaltdarstellungen möglicherweise eine Straftat darstellt». Eine (leere) Drohung gegenüber den empörten Verbreitern des Videos?



Integration in den Arbeitsmarkt?

Für diese kühne Behauptung gab es aber nicht den Hauch eines Anhaltspunktes. Im Gegenteil: Der größte Teil der vermeintlichen Wirtschaftsbeglücker hatte keine höhere Schul- oder Berufsausbildung. Man hatte es sogar mehrheitlich mit Analphabeten zu tun, die die Schriftsprache nicht einmal in ihrer Muttersprache beherrschten und daher völlig ungeeignet für den deutschen Arbeitsmarkt waren. Im Gespräch mit Die Zeit erklärte der Bildungsökonom Prof. Dr. Ludger Wößmann: Während in Deutschland 16 Prozent der Menschen Analphabeten seien, seien es in Syrien 65 Prozent. Auch die allgemeine Bildung der Syrer sei nicht besser. Im Schnitt hängen die syrischen Achtklässler laut Wößmann ganze fünf Jahre hinter den deutschen Achtklässlern zurück. Er meinte: «Selbst nachdem sie Deutsch gelernt haben, werden viele dem Schulunterricht wohl nicht folgen können. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob sie die Voraussetzungen für eine Berufsausbildung mitbringen.» (57) Auch die Bundesagentur für Arbeit sagte 2015: Zwei Drittel der Asylbewerber aus Kriegsgebieten hatten keine Berufsbildung. Wößmann glaubte, dass nur Flüchtlinge im Kindesalter eine Chance hätten, ein ähnliches Bildungsniveau wie Deutsche zu erreichen. Das wurde von ihm in einer Studie für die internationale Wirtschaftsorganisation OECD ermittelt. (58) Bittere Ironie: Die meisten der Neuankömmlinge waren nicht Kinder, sondern erwachsene Männer (siehe S.19).

Lothar Semper, der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer München und Oberbayern, berichtete bereits im Herbst 2015, dass 70 Prozent der Flüchtlinge in seiner Einrichtung ihre Ausbildung abgebrochen hätten. Er hielt diese Zahlen für repräsentativ und meinte, 70 Prozent aller Flüchtlinge seien unqualifiziert. (59) Auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) gab zu, dass nicht einmal jeder Zehnte die Voraussetzungen mitbringe, um direkt in eine Arbeit oder Ausbildung vermittelt zu werden. (60) Die «Flüchtlinge» machten bereits Ende 2017 über 14% der Hartz-4-Empfänger aus. Demnach bezogen circa 600'000 der Migranten Hartz 4 (heute Bürgergeld genannt). (61)

Demographischer Wandel

Das waren also schon damals die nüchternen Zahlen, die den politischen Behauptungen widersprachen, Deutschland brauche diese Leute, um die Renten bezahlen zu können. Am Höhepunkt der sogenannten «Flüchtlingskrise» taten manche migrantische Mitglieder der Bundesregierung nämlich so, als müsse sich Deutschland anstrengen, um vom großen Kuchen der internationalen «Fachkräfte» auch ja genug abzubekommen. Ausgerechnet der zur ethnischen Homogenitätszerstörung fest entschlossene Peter Sutherland (siehe S.6) hatte schon 2012 bei einer Befragung im britischen Oberhaus die Tatsache der alternden Bevölkerung in Ländern wie Deutschland als das «Schlüsselargument […] für die Entwicklung von multikulturellen Staaten» genannt. (62) Der damalige Vizekanzler Sigmar Gabriel bezeichnete die Zuwanderung als «größte nationale, europäische Herausforderung seit der Wiedervereinigung. […] Schaffen wir es, die Menschen, die zu uns kommen, schnell auszubilden, weiterzubilden und in Arbeit zu bringen, dann lösen wir eines unserer größten Probleme: den Fachkräftemangel.» (63)

Wie gesagt: In Deutschland wird seit Langem so getan, als ob man an den sinkenden Geburtenraten und dem zumindest angeblichen Fachkräftemangel rein gar nichts ändern könnte. In Wirklichkeit sind sie das logische Ergebnis des politischen und medialen Kurses der letzten Jahrzehnte. Kein

Resettlement: «Ersetzungsmigration» ohne Asylchaos

Foto: Bernhard Holub (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gerald_Knaus_2024_BHO-3311.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

«Deutschland sollte es wie Kanada oder Schweden machen und sich dazu bereit erklären, jährlich mindestens 0,05 Prozent seiner Bevölkerung im Rahmen des Resettlements umzusiedeln [er meinte, Menschen aus der Dritten Welt in Deutschland anzusiedeln], also rund 41'000 Menschen.»

Gerald Knaus, Mitgründer und Vorsitzender der von George Soros (siehe S.21 f.) finanzierten Denkfabrik Europäische Stabilitätsinitiative, 2021 im Interview mit Welt-Online

Quelle: welt.de, «Deutschland sollte jährlich 41'000 Flüchtlinge umsiedeln», 05.09.2021

Resettlement = Umsiedlung = «Umvolkung» (Kevin Kühnert, siehe S.12)?

Beim Resettlement identifiziert das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen besonders gefährdete Flüchtlinge in Erstaufnahmestaaten wie z.B. Jordanien, Kenia oder der Türkei und schlägt sie zur Umsiedlung in andere Länder vor. Deutschland nahm die letzten Jahre bis zu 5500 Menschen pro Jahr auf diesem Weg auf. Zu wenig, meinen die üblichen «Experten». Die Resettlement-Kontingente müssten dringend ausgebaut werden.

einziger der Politiker, die in den vergangenen Jahren den «demographischen Wandel» – das heißt im Klartext das Aussterben der Deutschen – ansprachen, erwähnte auch nur mit einem Wort die Möglichkeit, durch finanzielle Anreize und Vergünstigungen die Geburtenrate der heimischen Deutschen anzuheben. Ein Zufall kann das nicht sein, denn immerhin wäre die biologische «Nachwuchsförderung» nun mal das naheliegendste Verfahren, «Fachkräfte» zu beschaffen, denn die Ureinwohner müssen in Nichts integriert werden. Das heißt, sie sprechen zumindest deutsch, haben deutschen kulturellen Hintergrund und sind von klein auf Teil des deutschen Bildungssystems. Wenn Geburtenanreize für die Heimatbevölkerung also schlicht vermieden werden und stattdessen für mehr Einwanderer geworben wird, kann das eigentlich nur heißen, dass die deutsche Bevölkerung auf Dauer ausgetauscht wird (oder werden soll?) – höchstwahrscheinlich u.a. nach «Soft-Law»-Vorgaben der UN (siehe S.8 f.). Schlagzeilen wie «Bald hat jeder zweite Hamburger einen Migrationshintergrund» aus dem Jahr 2017 (64) könnten hier reihenweise angeführt werden, um die Misere zu belegen.

«Macht nicht drei, sondern fünf Kinder, denn Ihr seid die Zukunft Europas», rief wiederum der türkische Präsident Erdogan 2017 bei einer Wahlkampfveranstaltung den türkischen Exilanten im Westen zu. (65) Erdogan forderte seine Landsleute in Europa dazu auf, mehr Kinder zu bekommen als die einheimische Bevölkerung, während die deutsche Politik bis in die Gegenwart nichts davon hören will, die Geburtenzahl der Einheimischen zu erhöhen. Das Ergebnis ist absehbar. In den Worten des Altkanzlers Helmut Schmidt aus dem Jahr 2005: «Die Zuwanderung von Menschen aus dem Osten Anatoliens oder aus Schwarzafrika löst das Problem nicht, schaffte nur ein zusätzliches dickes Problem.» Als Mittel gegen die Überalterung komme Zuwanderung nicht in Frage, so der SPD-Säulenheilige Schmidt. (66)

Katrin Göring-Eckardt
@GoeringEckardt
Folgen

Diese Mannschaft ist wirklich großartig. Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler 🤷‍♀️🌈🌈🌈#GERHUN

20:05 · 19.06.24 Aus Earth · **451K** Mal angezeigt

Das schrieb Bundestagsvizepräsidentin Katrin-Göring Eckardt vor dem EM-Spiel Deutschland gegen Ungarn. 2013 hatte sie arbeitsunwillige Migranten in die deutschen Sozialsysteme eingeladen (siehe S.15).

Hochrenommierter Staatsrechtler bezeichnete Auflösung des deutschen Staatsvolks 2017 als grundgesetzwidrig

Foto: Mehr Demokratie (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Dietrich_Murswiek_2012.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

«Was gegenwärtig unter Billigung der Bundesregierung stattfindet, ist eine Umstrukturierung der Bevölkerung Deutschlands. Aus der nach Sprache, Kultur und Geschichte deutschen Mehrheitsbevölkerung wird eine multikulturelle Gesellschaft ohne einheitliche Sprache und Tradition. Die Politik der offenen Grenzen läuft auf das hinaus, was der Titel eines berühmten Buches zum Ausdruck bringt: ‹Deutschland schafft sich ab›. Bundeskanzlerin Merkel ist vom TIME-Magazin zur Person des Jahres 2015 erkoren worden, weil sie mit ihrer Politik den Prozess vorantreibe, ‹eine alte und quälende nationale Identität abzulegen›. [...] Die Bundesregierung ist an das Grundgesetz gebunden. Sie ist nicht berechtigt, die Identität des Volkes, das sie repräsentiert und dessen Wohl zu wahren sie geschworen hat, einwanderungspolitisch aufzulösen. Rechtlich steht dem das Grundgesetz entgegen.»

Dietrich Murswiek, emeritierter Professor für öffentliches Recht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, in einer wissenschaftlichen Publikation aus dem Jahr 2017

Quelle: Dietrich Murswiek, Nationalstaatlichkeit, Staatsvolk und Einwanderung, Seiten 125-141 in: Der Staat in der Flüchtlingskrise, 2. Auflage, 2017

Staatsvergehen Bevölkerungsaustausch?

Das heißt wohl, die Bundesregierung bricht das Grundgesetz, indem sie das «Subjekt der verfassungsgebenden Gewalt», das Volk selbst, in einen Auflösungsprozess führt. Noch 1987 hatte das Bundesverfassungsgericht «die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten», festgestellt. (1)

Quelle: 1. mpil.de, Deutsche Rechtsprechung in völkerrechtlichen Fragen 1986-1993, 610, Deutsche Staatsangehörigkeit, abgerufen am: 11.07.2024

Ordnungskollaps

«Fachkundig» waren die neu Eingereisten allerdings im Bereich der Kriminalität. Bereits im Oktober 2015 berichtete der Focus, die Kieler Polizei solle Journalisten der Kieler Nachrichten in einem internen Papier nahegelegt haben, nicht über die Straftaten von Migranten zu berichten. (67) Viele relevante Ereignisse wurden nicht veröffentlicht. Die Süddeutsche Zeitung berichtete 2016 über das Bundesland Sachsen: «Polizei führt Geheimstatistik zu Asylbewerbern», täglich ginge ein interner Bericht über die Vergehen an das sächsische Innenministerium, die Öffentlichkeit erfahre dies aber nicht. (68) Auch die Bild notierte bereits Anfang 2016, «beim Thema Flüchtlings-Kriminalität» müsse «Hessens Polizei auf Durchzug schalten». Man bezog sich auf «vertrauliche LKA-Berichte über Flüchtlinge». Höchstwahrscheinlich gab es diese geheimen Einsatzberichte in jedem Bundesland. (69) Im April 2017 mussten die Verantwortlichen des BKA dennoch zugeben, dass die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer 2016 um 52,7% gestiegen war. (70)

Obwohl man den politischen Kurs, den «demographischen Wandel» mit Einwanderern zu lösen schon als «verbrecherisch» oder «Verrat des Wahlvolks» bezeichnen mag, könnte diese Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zumindest auf geordnete Weise stattfinden (siehe S.55 f.). Um Deutschland






Illegale Bootsmigranten zerreißen in einem Online-Video vom Juli 2023 ihre Personaldokumente und schmeißen sie ins Meer.

➔ nicht in den Abgrund einer Asyl-Tragödie zu stürzen, könnten deutsche Unternehmen dazu angeregt werden, vermehrt Mitarbeiter aus dem Ausland anzuwerben. So mag die von der UN empfohlene «Replacement Migration» (siehe S.6 f.) auch ganz ohne Chaos stattfinden. Aber ist dieses Chaos vielleicht insgeheim erwünscht?

Zurück zum größeren Bild

Die fatale deutsche «Willkommenskultur» wurde im Schicksalsjahr 2015 mit einem anderen Faktor kombiniert, der uns wieder die größeren Zusammenhänge beleuchten lässt. Die UN, welche im Jahr 2000 eine «Ersetzungsmigration» nahegelegt hatte, kürzte im Oktober 2014 Hilfsgelder für Flüchtlingslager in Syrien, Libanon und der Türkei um 40 Prozent, sodass dort die medizinische und ernährungsseitige Versorgung mangelhaft wurde. (71) Auf die Leistungsfähigkeit der UN-Mitgliedsländer gerechnet, fiel der fehlende Betrag (280 Millionen Euro) lächerlich gering aus. Die benötigten Gelder hätten von Deutschland allein aufgebracht werden können und bildeten nur einen Bruchteil dessen, was für die in Europa aufgenommenen Menschen bezahlt werden musste. Im Sinne unbürokratischer Soforthilfe den fehlenden Betrag aufzustocken, kam aber weder für die UN noch für die deutsche Bundesregierung oder andere europäische Staatsführer in Frage, wodurch die Verhältnisse in den Auffangstationen rund um Syrien immer schlechter wurden. Mitten hinein in diese Mangellage preschte danach eine mysteriöse PR-Lawine, die den hilflosen Menschen einredete, dass sie nach Europa kommen sollten (siehe S.13 f.).

Der damalige Entwicklungshilfeminister Gerd Müller äußerte sich 2016 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass man den Flüchtlingen vor Ort in etwa mit dem Faktor 30 hätte helfen können. (72) Eine Milliarde in Deutschland wäre demnach 30 Milliarden in Syrien wert gewesen. Elmar Brok, CDU-Europapolitiker in Brüssel, sagte am 17. September 2015: «Die Fluchtwelle begann vor zweieinhalb Monaten in diesem Umfange aus dem Mittleren Osten, weil beispielsweise die Nahrungsmittelversorgung um 40 Prozent abgebaut wurde und weil kein Geld zur Verfügung stand. Das ist ein Skandal, dass Europa, Amerika, Saudi-Arabien, Katar Gelder zurückgeschraubt haben und hier nicht mehr Geld den Flüchtlingen gegeben wird.» (73)



Nichts gelernt: Mit derlei Plakaten trat die Partei Die Linke zur Europawahl 2024 an.

Muslime machen dicht

Parallel dazu nahmen die relativ wohlhabenden Golfstaaten und Saudi-Arabien keinerlei Flüchtlinge auf. (74) Stattdessen schickte und lockte man sie tausende von Kilometer weiter nach Kerneuropa, wo die Einwanderer weder mit der Kultur noch den Gesetzen sonderlich viel anfangen konnten. Saudi-Arabien ist ein riesengroßes unterbevölkertes Land, welches problemlos Millionen von Menschen aufnehmen könnte. Dubai und die Vereinigten Arabischen Emirate sind Experten in schneller Errichtung von Infrastruktur und dem Bau von Häusern. Geld haben diese Länder im Überfluss. Die begüterten Saudis stellten zeitgleich zum Flüchtlingsansturm auf Europa auf 20 Quadratkilometern 100'000 vollklimatisierte Luxuszelte auf. Das im Sommer 2015 fertiggestellte Zeltlager Minā bietet Platz für drei Millionen Menschen und hätte für sich allein die Flüchtlingsproblematik im Nu lösen können. Saudi-Arabien wollte seine Kunststadt allerdings für die Pilger bei Mekka reservieren. Flüchtlinge waren hier nicht willkommen. (75) Die gleiche Ungastlichkeit fand sich in Israel, Kuwait oder Katar. Niemand nahm einen Flüchtling an. Nicht einen einzigen. Die Golfstaaten begründeten dies mit der Gefährdung ihrer Sicherheit. (74)

Zwei Seiten einer Medaille: NGOs und Schlepper

FOCUS

«[Ein 650 Seiten langer Ermittlungsbericht der italienischen Strafverfolger in der westsizilianischen Stadt Trapani aus dem Jahr 2020], der Focus-Online vorliegt, zeigt auch anhand von Bildern und Videos, wie eng Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie ‹Jugend Rettet›, ‹Save the children› oder ‹Ärzte ohne Grenzen› mit libyschen Menschenhändlern kooperiert haben sollen. Im vergangenen Jahr hat die Staatsanwaltschaft Trapani 21 Beschuldigte wegen der Beihilfe zur illegalen Einreise von Migranten nach Italien angeklagt.»

Focus-Online Anfang Oktober 2023

Quelle: focus.de, Akten enthüllen abgekartetes Spiel: Deutsche Flüchtlingsretter kooperieren mit Schleppern, 01.10.2023

FOCUS

Akten enthüllen abgekartetes Spiel: Deutsche Flüchtlingsretter kooperieren mit Schleppern

focus.de, 01.10.2023

Nau.ch

Arbeiten Flüchtlingsretter mit Schleppern zusammen?

nau.ch, 02.10.2023

Unter dem Vorwand von «Seenotrettung» sollen NGOs Flüchtlinge illegal übers Mittelmeer transportieren. Laut einem Bericht arbeiten sie mit Schleppern zusammen.

Wer hätte es gedacht?

Langsam dämmert es auch den Mainstream-Medien, dass NGOs und Schlepper an einem Strang ziehen. Die Ampel-Regierung unterstützt die Seenotrettung im Mittelmeer trotzdem weiterhin mit acht Millionen Euro, die von 2023 bis 2026 an den Verein «United 4 Rescue» fließen. [1]

Quelle: 1. taz.de, Flüchtlingspolitik im Haushaltsausschuss: Acht Millionen für Seenotrettung, 11.11.2022

Erwachsene Männer

Geblendet vom schönfärberischen Narrativ der Hilfe aus reiner Menschlichkeit ignorierten die deutschen «Willkommensklatscher» 2015, dass es sich bei den Ankommenden weniger um Familien geschweige denn Alte, Frauen oder Kinder handelte, sondern überwiegend um junge Männer. [76] Angesichts der weit gestreuten Behauptung, die Migranten seien einer Leib- und Lebensbedrohung entkommen, stellte sich automatisch die Frage, wie die Geflüchteten ihre Frauen und Kinder in der behaupteten Notlage zurücklassen konnten. Ebendiese Frage spielte in der Migrationspolitik keinerlei Rolle und wurde auch medial nur am Rande aufgeworfen. Die Medien verzerrten die Realität, indem sie ihre Berichte gerade auf Frauen und Kinder fokussierten, mit denen sich auch Politiker gern ablichten ließen. Der dazukommende Widerspruch lag im wehrfähigen Alter jener Männer, die im ersten Migrationsschub aus Syrien kamen. Warum kämpften diese nicht in ihrer Heimat gegen den Islamischen Staat? Warum ließen sie russische und europäische Soldaten den Job machen?

Seenotrettung

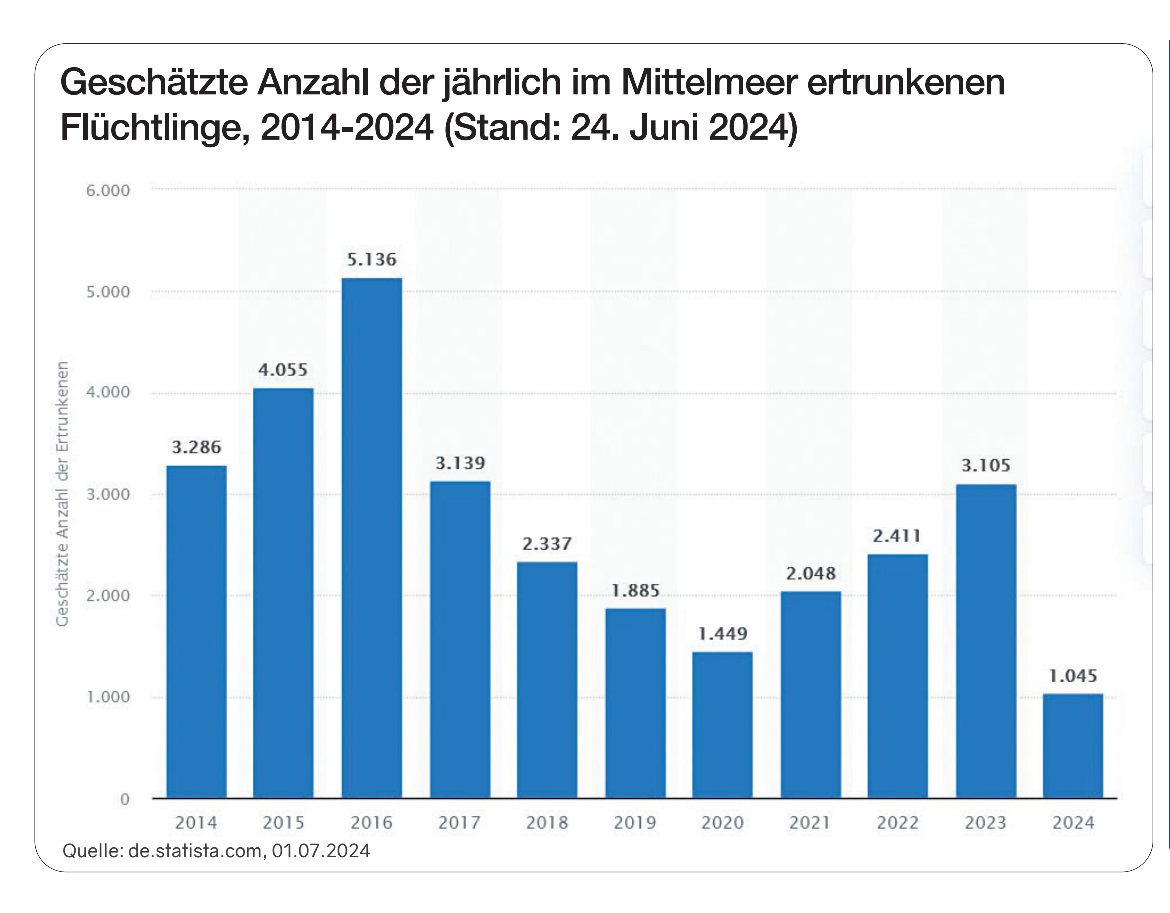
Zeitgleich mit dem allmählich beginnenden Flüchtlingsexodus über die Balkanroute stellte das UN-Flüchtlingshilfswerk einen massiven Zuwachs an Mittelmeerflüchtlingen fest. «Die allermeisten der Flüchtlinge erreichten bei ihrer Überfahrt mit oft seeuntauglichen Schiffen die Küsten Italiens und Griechenlands: 54'000 Flüchtlinge kamen bisher nach Italien und 48'000 nach Griechenland. 920 weitere Ankömmlinge wurden in Spanien gezählt, 91 in Malta», berichtete Zeit-Online im Juni 2015. [77] «Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) hat Italien seit Jahresbeginn bis Mittwoch die Ankunft von 55'563 Migranten gezählt. [...] Es handelt sich dabei vorwiegend um Afrikaner», vermeldete die österreichische Kronen-Zeitung ca. ein Jahr später. «Wir gehen von 10'000 Ausreisen pro Woche aus Libyen aus», wurde Klaus Rösler, Direktor der EU-Grenzschutzagentur Frontex, in der deutschen Bild-Zeitung zitiert. [78] Bis heute setzt sich die Misere fort: «Im Jahr 2024 (Stand: 24. Juni 2024) sind mindestens 1045 Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer gestorben. Seit dem Jahr 2014 sind bis zu diesem Zeitpunkt rund 29'949 Geflüchtete im Mittelmeer ertrunken. Im Jahr 2016 sind über 5000 Menschen auf dem Seeweg nach Europa gestorben», kann man auf der Webseite Statista lesen. [79] Von den erbarmungswürdigen Szenen wurde in den Leitmedien ausgiebig berichtet und den Konsumenten ein Schuldgefühl eingebläut. «Mindestens 700 Menschen sind vergangene Woche im Mittelmeer ertrunken. Doch die Europäer berührt das kaum noch. Sie haben sich an das Sterben vor ihren Grenzen gewöhnt», schrieb zum Beispiel der Spiegel mahnend im Mai 2016. [80]

«Pull-Faktor»

Mehr als Worte erschütterten detaillierte Bilder. Sie sprachen das Mitleid und die Hilfsbereitschaft der Menschen in Europa an. Dabei wurde natürlich der große Elefant im Raum ignoriert, dass es die Einladungssignale aus Ländern wie Deutschland gewesen waren, die überhaupt erst eine Sogwirkung erzeugten, welche Hunderttausende den riskanten Weg über das Mittelmeer antreten ließ. Die Seenotrettung und die sozialstaatlichen Geschenke als sogenannte «Pull-Faktoren» werden von fast allen Medien bis heute abgestritten [81], was jedoch schon 2016 durch eine Studie konterkariert wurde. Bei der Deutschen Welle erfuhr man: «Nach einer Studie von Wirtschaftswissenschaftlern der Universität Palermo auf Sizilien spülen die europäischen Einsätze zur Rettung von Flüchtlingen vor allem Geld in die Taschen von Menschenschmugglern. Die Untersuchung zeige, dass ‹militärische Patrouille-Einsätze im Mittelmeer die Zahl der Ankünfte (von Migranten) erhöht haben, und damit einen Anreiz und einen positiven Faktor für das Geschäft der Schleuser darstellen›, heißt es in einer Präsentation der noch unveröffentlichten Studie, die der Deutschen Presse-Agentur nach eigenen Angaben vorliegt. Indem die Rettungsmissionen die Sicherheit der Überfahrt erhöhen, machten sie die Dienste der Schleuser attraktiver und befeuerten deren Geschäft. [...] Die Rettungspatrouillen im Mittelmeer sind nicht zum ersten Mal mit dem Vorwurf kon-

➔





Einfach gestricktes Mitleidsnarrativ

Drücken die Medien mit diesen tatsächlich tragischen Zahlen auf die Tränendrüse, wird der große Elefant im Raum ignoriert, dass es die Einladungssignale aus Ländern wie Deutschland waren und immer noch sind, die überhaupt erst eine Sogwirkung erzeugen, welche Hunderttausende den riskanten Weg über das Mittelmeer antreten lässt. Viel zu selten wird in der Debatte auch die Eigenverantwortung, sich nicht fahrlässig in Gefahr zu bringen, betont, die jeder Mensch inklusive der «Flüchtlinge» nun einmal hat.

➔ frontiert, den Schleusern in die Hände zu spielen. Menschenrechtler und EU-Institutionen sehen aber trotz des sogenannten ‹Pull Faktors› eine moralische Verpflichtung, in Seenot geratene Menschen zu retten.» [82]

Kooperation mit Schleppern

«Die in dieser Region patrouillierenden Frontex- und NATO-Schiffe müssen sich aber noch immer auf das Melden der Boote und auf das Retten verunglückter Migranten beschränken, ein Stoppen und Zurückbringen der Schlepperboote ist noch immer nicht politisch abgesegnet – obwohl das vermutlich Hunderte Leben retten könnte», schrieb auch die österreichische Kronen-Zeitung im April 2016. [83] Die symbiotische Zusammenarbeit zwischen Schleppern und «Helfern» war unübersehbar. Die Schlepper schickten die Boote nicht zufällig auf die Reise, sondern hatten eine Profiausrüstung, damit sie genau einschätzen konnten, wann und wo ein Rettungsschiff auftauchen würde. So wurde mehr oder weniger sichergestellt, dass die Migranten auch entdeckt wurden (Kollateralschäden inbegriffen). Da ein Schiff niemanden ohne Not mitnehmen muss, wurde eben der Seenotfall hergestellt, sprich die Passagiere mit Schwimmwesten ins Wasser gesetzt. Zeit-Online schilderte am 21. März 2016 die Situation: «In Libyen selbst schieben die Schlepper die voll besetzten Schlauchboote inzwischen nur noch vom Strand aus kurz über die 12-Meilen-Grenze in internationale Gewässer. Dann setzen sie bei den Schiffen der NATO-Operation [Anm.: eigentlich EU-Operation] Sophia einen Notruf ab, damit deren Besatzungen die Menschen aus dem Mittelmeer fischen. ‹Das ist mittlerweile eine wohlorganisierte Übergabe›, sagt ein europäischer Diplomat.» [84]

Es war die britische Tageszeitung Daily Mail, die aus Tripolis berichtete, dass einschlägige NGOs, die die staatlichen Akteure im Mittelmeer mit eigenen Rettungsschiffen unterstützten, entgegen ihrer eigenen Dementis, mit den Schleppern in regelrechten Geschäftskontakten gestanden haben könnten. Tarek Shanboor, Oberstleutnant der libyschen Küstenwache, sagte dem Blatt, er habe Bankdaten und Telefonmitschnitte, die beweisen würden, dass die NGOs auch Geld für Migranten aufbringen, die sich die teure Überfahrt nach Europa selbst nicht leisten können. Er habe entsprechende Belege für Absprachen zwischen Stiftungen, NGOs und Schleppern an Grenzwachtfunktionäre in Brüssel weitergereicht. Shanboor wörtlich: «Die NGOs verstärken die Krise durch dieses Verhalten. Wir können jetzt beweisen, dass



Im September 2015 fand ein britisches Sky-News-Reporterteam auf der griechischen Insel Lesbos kleine Handbücher, die bereits in der Türkei, scheinbar aber auch schon im arabischen und afrikanischen Raum, an Migranten verteilt worden waren. Darin wird auf Arabisch detailliert beschrieben, wie man am besten in die reichen Länder der EU einwandern kann. Herausgeber der Schriften war die spendenfinanzierte NGO «Welcome to EU» (W2EU).

Soros-Sohn heiratet Clinton-Beraterin

Frankfurter Allgemeine

F+ SOHN VON GEORGE SOROS

Alex Soros und Huma Abedin haben sich verlobt

faz.net, 14.07.2024

Globalisten unter sich

George Soros unterstützte Hillary Clinton bei ihren Wahlkämpfen und Hillary Clinton spielte als US-Außenministerin eine Schlüsselrolle im Libyen-Krieg, welcher wiederum die Migrationsschleuse von Afrika nach Europa öffnete. Die Seenotrettung im Mittelmeer übernahmen unter anderem NGOs, die Soros nahestehen. Nun heiratet der Sohn von George Soros eine langjährige, sehr enge Vertraute von Hillary Clinton namens Huma Abedin. Will der «Multikulti-Adel» unter sich bleiben?



Alexander Soros am 10. Juli 2024 auf Instagram bei seinem Heiratsantrag für Huma Abedin

sie mit den Schmugglern unter einer Decke stecken. Die Schmuggler rufen die Hilfsorganisationen direkt an und es gibt auch direkte Geschäftsbeziehungen zwischen ihnen.» [85] Von den z.B. rund 120'000 Asylbewerbern, die 2017 in Italien ankamen, stammte die überwiegende Mehrheit aus Nigeria, Guinea, der Elfenbeinküste, Mali, Eritrea, Tunesien, Marokko und dem Senegal. Es handelte sich meist um junge Männer, die aus wirtschaftlichen Gründen gekommen waren. [86]

George Soros

Die Seenotrettung der NGOs wurde über Umwege durch ein Netzwerk finanziert, das u.a. der Milliardär George Soros in Europa eingerichtet hatte. Die damals von zwölf Stiftungen finanzierte Initiative «European Programme for Integration and Migration» (EPIM) stattete hunderte NGOs finanziell aus und schulte deren Mitglieder für die Tätigkeit als Pro-Migrations-Aktivisten. [87] Ein spezieller Werbefilm von EPIM ruft NGOs zum Engagement auf. Er zeigt, dass auf NGO-Vertreter, die sich mit den Themen «Stimme der Migranten», «Medien und Migranten» und «Migranten ohne Papiere» beschäftigen, am Ende eine Schatzinsel mit drei großen Schatztruhen voller Geldstücke wartet. [88] Botschaft: Macht man sich also für Migration zum Lobbyisten, hat man weniger Geldsorgen. Auf diese Weise wurden die finanziell immer klammen und auf Spenden angewiesenen Hilfsorganisationen gelockt und dann für die Ziele der EPIM eingespannt. Wurde eine Organisation nach einer Bewerbung bei EPIM als förderungswürdig ➔

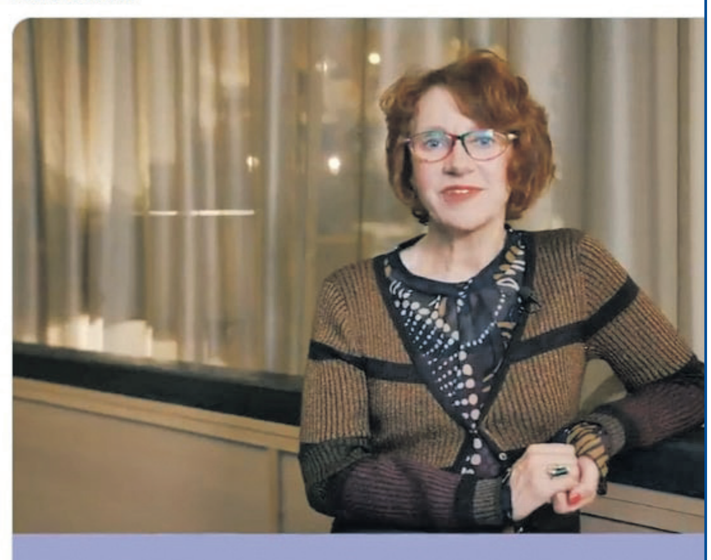
Ex-Soros-Mitarbeiterin forderte auf dem Twitter-Profil der Deutschen Bank die Abschaffung des Nationalstaats



Deutsche Bank
@DeutscheBank

Prof. @UlrikeGuerot @EuDemLab: The nation state needs to be abolished in #Europe – a nation is not the bearer of identity. #ThoughtsoftheWeek #EU

Post übersetzen

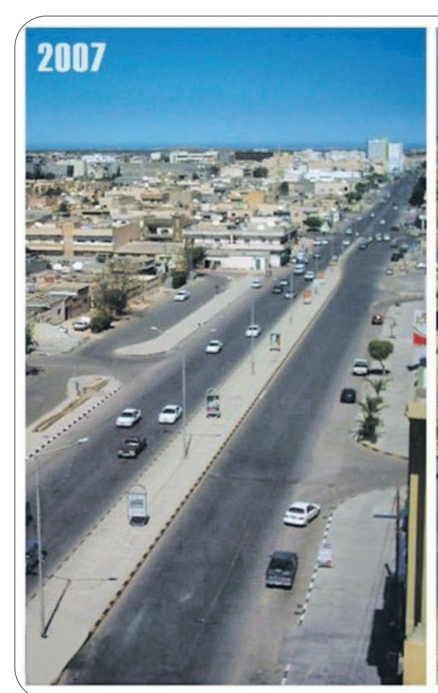


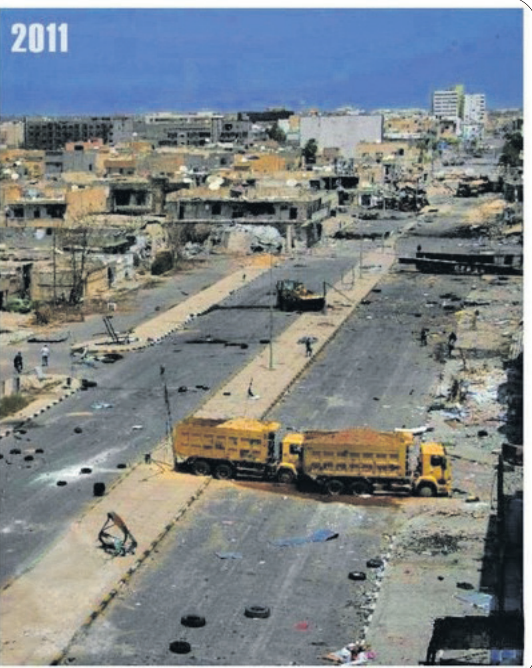
7:00 nachm. · 2. März 2018

Ulrike Guérot propagierte: «Der Nationalstaat muss in Europa abgeschafft werden - eine Nation ist nicht der Träger der Identität.»

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, welche für George Soros' Open-Society-Stiftung gearbeitet hat, stellte diese zentralistische Forderung ausgerechnet auf dem Twitter-Account der Deutschen Bank - eigentlich für viele Linke ein Feindbild. Zwar stach Guérot durch ihre Missbilligung der «Corona»-Maßnahmen (Ausgabe 61) **hervor, was sie ihren Job an der Universität Bonn kostete. Doch mit einer pauschalen Einordnung als authentische «Systemkritikerin» sollte man bei Frau Guérot überaus vorsichtig sein.**







Die libysche Stadt Misrata wurde zum Schlachtfeld. Nicht nur ein bequemes «Flüchtlingsbollwerk» für Europa wurde mit dem Libyen-Krieg 2011 zerstört, sondern auch die wichtigste entwickelnde Kraft Nord- und Zentralafrikas.

➔ akzeptiert, so begannen Einladungen nach Brüssel oder andere Hauptstädte Europas zu speziellen Schulungen. «Wir geben nicht einfach nur Geld an Gruppen, sondern rufen sie zusammen und entwickeln ihre Fähigkeiten in Workshops», sagte Juliet Prager, ehemalige EPIM-Vorsitzende. [89]

In den speziell auf die jeweilige NGO zugeschnittenen Workshops ging es um die Verbesserung der kommunikativen Fähigkeiten und Kommunikationsstrategien, die Arbeit mit den Medien, um Lobbying bei der EU, das Erstellen von Nachrichten für die EU und vieles mehr. Außerdem wurden spezielle Berufsgruppen wie Anwälte und Richter in die Schulungen eingebunden. [89] Obwohl sich die angegebenen Zahlen je nach Quelle unterscheiden, wird deutlich, dass EPIM eine riesige Struktur aufgebaut hat: Das EPIM-Partnernetzwerk hatte nach Angaben der beteiligten Robert-Bosch-Stiftung im Jahr 2016 seit seiner Gründung mehr als 450 Organisationen in 45 europäischen Staaten und Migranten-Herkunftsländern als Partner aufgenommen und mit Finanzen ausgestattet. Darüber hinaus wurden 55 Konferenzen durchgeführt und 35 Publikationen veröffentlicht. [90] Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, welche für Soros' Open-Society-Stiftung gearbeitet hatte [91], die wiederum Teil von EPIM ist, veröffentlichte 2016 einen Aufsatz mit dem Titel «Ein futuristischer Entwurf für europäische Grenzenlosigkeit». – «‹Weg mit den Grenzen› schreiben sie. ‹Her mit den Flüchtlingen, egal wie viele, egal wie viele, egal woher sie stammen›», fasste der Deutschlandfunk in einem Interview mit Guérot ihr gegenüber den Inhalt zusammen, ohne dass Guérot widersprach. [92]

Sturz Gaddafis

Auch bei dem 2011 erfolgten Staatsstreich in Libyen hatte George Soros eine indirekte Rolle gespielt, z.B. als wichtiger Spender der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton [93] und der damals regierenden Demokratischen Partei. [94] Ebenso beim Libyen-Einsatz mit an Bord: der rassenvermischungsbegeisterte französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy (siehe S.6).

Als Libyen – das einst reichste und fortschrittlichste Land des afrikanischen Kontinents – zerstört am Boden lag, konnten durch dieses Gebiet, das bislang vor allem auf Drängen Italiens der Schleusung von Wirtschaftsflüchtlingen Richtung Europa einen Riegel vorgeschoben hatte, Millionen von Migranten über die Mittelmeerroute das «gelobte Land» erreichen. Noch im Sommer 2010, also nur Monate vor Beginn des Libyen-Kriegs, hatte Gaddafi bei einem Staatsbesuch in Rom ein Milliarden-Euro-Rundum-Sorglospaket angeboten, mit dem die Migrationssperre effektiviert werden sollte. «Der libysche Staatschef Muammar Gaddafi fordert von der EU 4,1 Milliarden Pfund pro Jahr, um die illegale Einwanderung zu stoppen, die Europa ‹schwarz zu machen› droht», so die Daily Mail. Er schilderte den Italienern das heraufziehende Unheil in grellen Farben: «Wir brauchen Unterstützung von der Europäischen Union, um diese Armee davon abzuhalten, von Libyen aus, das Ihre Eingangspforte darstellt, überzusetzen. Was wird die Reaktion der weißen christlichen Europäer auf diese Masse hungriger, ungebildeter Afrikaner sein? Wir wissen nicht, ob Europa ein entwickelter, ein zusammenhaltender Kontinent bleibt oder ob er durch eine solch barbarische Invasion zerstört wird. Wir sollten uns bewusst sein, dass das passieren kann. Aber bevor es so weit kommt, müssen wir zusammenarbeiten.» [95]

Afrikanische Migrationswelle

Ein halbes Jahr später starteten Hillary Clinton und Nicolas Sarkozy ihren sogenannten «Bürgerkrieg» gegen Libyen. Am 30. April 2011 im Spätprogramm des staatlichen Fernsehsenders gab Gaddafi eine einstündige Erklärung ab, die in folgender, direkter Ansprache gipfelte: «Jetzt hört mir einmal zu, ihr Leute bei der NATO. Ihr bombardiert die Mauer, die die afrikanische Migration nach Europa aufgehalten hat. Dieser Wall hat die Al-Qaida-Terroristen gestoppt. Dieser Wall war Libyen. Ihr reißt ihn nieder, ihr Irren. Wegen der Abertausenden Migranten aus Afrika, wegen eurer Unterstützung für Al-Qaida werdet ihr in der Hölle schmoren.» [96] Bis zu dem Krieg war Libyen der «Türsteher Europas» gewesen, wie Zeit-Online es formuliert hatte [97], ein enger Verbündeter der europäischen Migrationspolitik, der selbst Migranten aus Afrika aufnahm. In einem Interview mit dem französischen «Journal du Dimanche» hatte Gaddafi im Februar 2011 gesagt: «Ihr sollt mich recht verstehen. Wenn ihr mich bedrängt und destabilisieren wollt, werdet ihr Verwirrung stiften, Bin Laden in die Hände spielen und bewaffnete Rebellenhaufen begünstigen. Folgendes wird sich er-

«Wenn wir [Libyen und Europa] nicht zusammenfinden, wird Afrika die Flüchtlinge nicht mehr aufhalten. Europa wird dann nicht mehr der weiße, christliche Kontinent sein, sondern schwarz werden!»

Der libysche Staatschef Muammar Gaddafi im November 2010

Quelle: de.news-pravda.com, 10.06.2024



Foto: Ricardo Stuckert/PR (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Muammar_al-Gaddafi-30112006.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/br/deed.en



> **«Die zwei Nationen, die miteinander konkurrieren, wer der erste ist, der Atomwaffen hat, sind Irak und Iran. Aber eine dritte Nation ist Libyen, das auch sehr schnell versucht, die Kapazitäten für eine Atombombe aufzubauen.»**
>
> *Benjamin Netanjahu im September 2002 vor dem US-Kongress*
>
> Quelle: c-span.org, Israeli Perspective on Conflict with Iraq, 12.09.2002



Die Verantwortung für den verheerenden «Krieg gegen den Terror», der den Nahen Osten erheblich destabilisierte und die muslimisch geprägte Einwanderung in den Westen verstärkte, allein auf die USA zu schieben, wäre zu einfach gedacht. In unserer **Doppelausgabe 58/59** beleuchten wir die israelischen Interessen, die einen entscheidenden Beitrag dazu leisteten, das US-Militär in die Auslandseinsätze gegen muslimische Staaten zu manövrieren.

eignen: Ihr werdet von einer Immigrationswelle aus Afrika überschwemmt werden, die von Libyen aus nach Europa überschwappt. Es wird niemand mehr da sein, um sie aufzuhalten.» [98]

Nicht nur ein bequemes «Flüchtlingsbollwerk» für Europa wurde mit dem Libyen-Krieg zerstört, sondern auch die wichtigste entwickelnde Kraft Nord- und Zentralafrikas. Bis 2011 war Libyen ein blühendes und aufstrebendes Land mit jeder Menge Rohstoffen, einem vorzüglichen Sozialsystem, faszinierenden Entwicklungsprojekten und einem gesunden Staatshaushalt gewesen. Mit den Öl-Einnahmen wuchsen Macht und Möglichkeiten des libyschen Staatschefs. Er investierte die Gelder in gigantische strategische Entwicklungspläne für sein Land, aber auch für ganz (Nord-)Afrika. Das von Gaddafi finanzierte und während des Krieges in großen Teilen zerstörte «Great-Man-Made-River-Projekt» ist das weltweit größte Trinkwasser-Pipeline-System, das fossiles Grundwasser aus der Sahara in Richtung der libyschen Mittelmeerküste leitet. [99] Sein Blick reichte weit über Libyen hinaus. Gaddafi glaubte nicht nur an die libysche Nation, sondern auch an die Idee des Panarabismus, ja sogar an den «Panafrikanismus», und sah sich selbst als eine Art arabischen und afrikanischen Übervater in den Fußstapfen von Gamal Abdel Nasser, dem früheren Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten Ägyptens. Er wollte sich auch nicht länger auf die globale Rolle des ewigen bösen Buben beschränken, sondern begann, das große geostrategische «Spiel» zu spielen. Das wirtschaftlich starke und gesunde Libyen strebte eine Entwicklung des restlichen Kontinents an, die von Libyen ihren Ausgang nehmen sollte, sogar mit einer geplanten panafrikanischen Goldwährung. [100] Vermutlich waren das einige Gründe, warum Libyen mit «besonderer Aufmerksamkeit» seitens der westlichen Mächte bedacht, das heißt: mit Krieg überzogen wurde. Im Oktober 2011 ermordeten die vom Westen unterstützten Rebellen Gaddafi.

Migrationswaffe

Kombiniert man die Destabilisierung bzw. Zerstörung Libyens und Syriens mit der politisch verordneten Öffnung der Migrationsrouten über das Mittelmeer und den Balkan, die Kürzung der UN-Hilfsgelder für syrische Flüchtlingslager mit der Abriegelung arabischer Nachbarstaaten gegen Flüchtlinge und erinnert sich an die vielen Bekenntnisse hochrangiger westlicher Entscheider zur Zerstörung ethnischer Homogenität, «Rassenvermischung» und «Ersetzungsmigration», hat man zweifellos das vor sich, was die US-Universitätsprofessorin Kelly M. Greenhill als «Migrationswaffe» beschreibt. In dem im März 2010 erschienenen Standardwerk «Massenmigration als Waffe – Vertreibung, Erpressung und Außenpolitik» untersucht die an der Harvard-Universität tätige Politologin, wie Vertreibung, Flucht und erzwungene Zuwanderung in andere Länder als politische Waffe eingesetzt wurden und werden, um diese zu destabilisieren oder auch zu erpressen. Greenhill definiert Migrationswaffen als «grenzüberschreitende Bevölkerungsbewegungen, die absichtlich erzeugt oder manipuliert wurden, um von einem Zielstaat oder Zielstaaten politische, militärische und/oder wirtschaftliche Zugeständnisse zu erzwingen». Neben Erpressung und Zwang kann natürlich auch die bloße Zerstörungswut ein weiteres Motiv sein, das heißt: die Absicht, den Zielstaat oder die Zielstaaten zu vernichten. Exakt das könnten wir in

➔

➔ Deutschland und Europa noch vor uns haben, denn wir werden zurzeit regelrecht «zu Tode migriert». Es sei wahrscheinlich, so Greenhill, dass die strategisch inszenierte Migration nicht erkannt bzw. ihre Bedeutung unterschätzt wird. Alles in allem listet Greenhill in ihrem Buch mindestens 64 Einsätze der Migrationswaffe mit über 40 verschiedenen Flüchtlingsgruppen seit 1953 auf. Angefangen bei Albanien über Bangladesch, Israel, die USA und Deutschland (West und Ost) bis hin zu Zaire hätten zahlreiche Länder diese Waffe oder dieses Druckmittel eingesetzt. Die Dunkelziffer sei allerdings wesentlich höher, weil Drohungen und Erpressungen ja meist in diskreten Gesprächen zwischen Diplomaten ausgesprochen würden. Die Erfolgsquote solcher Erpressungen oder Operationen schätzt die Wissenschaftlerin auf 57 bis 73 Prozent. (101)

Das sollte an Belegen genügen, um aufzuzeigen, dass wir es seit Jahren mit künstlich und bewusst herbeigeführter Migration zu tun haben und eben nicht mit einer «Krise» aus heiterem Himmel. Dass hinter dem «Flüchtlings»-Wahnsinn Methode steckt, lässt sich inzwischen kaum noch abstreiten. Da wir dem Thema seit fast sechs Jahren keine monothematische Ausgabe gewidmet haben, wollen wir Sie, liebe Leser, mit diesem Heft auf den neuesten Stand bringen. ***(tk/fp/gw)***

Migrationsmythen im Faktencheck



«Es braucht einfach mehr Verwaltungsrichter, um die Asylverfahren zu beschleunigen.»

Deutschland hat bereits jetzt die EU-weit höchste Dichte an Verwaltungsrichtern.



«Die Schutzsuchenden sind an einem schnellen Verfahren interessiert.»

Es ist der Normalfall, dass Dokumente weggeworfen werden, was zu langen Verfahren führt.



«Ein gerichtliches Verfahren zu jedem Asylantrag ist ein Menschenrecht.»

Die Genfer Konvention macht keine Verfahrensvorgaben. Kurze, außergerichtliche Verwaltungsverfahren waren in Deutschland lange üblich.



«Asyl ist aber ein international anerkanntes Menschenrecht.»

Das Recht auf ein Asylverfahren ist lediglich in deutschen Unionsnormen und im Grundgesetz geregelt und stammt aus einer Schönwetterperiode mit niedrigen Flüchtlingszahlen. In vielen Ländern gibt es keine formellen Asylverfahren oder sie existieren nur auf dem Papier.

Quelle: Telegram, krautzone, 06.12.2023

Quellen:

1. rnd.de, Fast zehn Prozentpunkte vor der Union: AfD wird stärkste Kraft im Osten - BSW deutlich zweistellig, 09.06.2024
2. time.graphics, 1 Jan 1925 Jahr - «Praktischer Idealismus» (Practical Idealism) by Richard von Coudenhove-Kalergi, abgerufen am: 09.07.2024
3. coudenhove-kalergi-society.eu, Europapreisträger, abgerufen am: 09.07.2024
4. derstandard.at, Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen passt oder nicht, 07.01.2015
5. cfr.org, A Global Response to the Mediterranean Migration Crisis, 30.09.2015
6. bbc.com, EU should «undermine national homogeneity» says UN migration chief, 21.06.2012
7. dailymotion.com, Sarkozy : «relever le défi du métissage», 2008
8. youtube.com, Vielfalt und Multikulti sind die Bestimmung der Menschheit #ExpressZeitung #shorts, 12.05.2023
9. eur-lex.europa.eu, Das gemeinsame Neuansiedlungsprogramm der EU, 11.12.2009
10. Population Division Department of Economic and Social Affairs United Nations Secretariat, Replacement Migration, 21.03.2000
11. UNO-Abteilung für Bevölkerungsfragen, Ohne Einwanderung wird die Bevölkerung in fast allen europäischen Ländern schrumpfen, 21.03.2000
12. de.wikipedia.org, Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration, abgerufen am: 09.07.2024
13. bazonline.ch, Pakt zur Förderung der Migration, 14.09.2018
14. UN-Generalversammlung, Entwurf des Ergebnisdokuments der Konferenz, Marrakesch (Marokko), 10. und 11. Dezember 2018
15. Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 19. September 2016, New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten
16. welt.de, Angela Merkel: «Ich kämpfe für meinen Weg», 13.11.2015
17. dipbt.bundestag.de, Drucksache 19/1751, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Hebner und der Fraktion der AfD - Drucksache 19/1499
18. de.wikipedia.org, Soft Law, abgerufen am: 10.07.2024
19. de.wikihow.com, Verstehen, warum Länder Soft Law anwenden, inzwischen gelöscht
20. iom.int, Global Forum on Migration and Development (GFMD), abgerufen am: 10.07.2024
21. theguardian.com, Broken Vows: Tony Blair - The Tragedy of Power - review, 13.03.2016
22. dailymail.co.uk, Conman Blair's cynical conspiracy to deceive the British people and let in 2 million migrants against the rules: Explosive new biography lays ex-PM's betrayal bare, 26.02.2016
23. telegraph.co.uk, Labour wanted mass immigration to make UK more multicultural, says former adviser, 23.10.2009
24. spiegel.de, Sicherheitslücke Kanzleramt, 01.08.2016
25. Dietrich Murswiek, Nationalstaatlichkeit, Staatsvolk und Einwanderung, in: Der Staat in der Flüchtlingskrise, 2. Auflage, 2017, S.125-141
26. bamf.de, Asylberechtigung, 22.06.2023
27. focus.de, Grenzschließung und Zurückweisung - Notfall-Plan: So will die Regierung den Flüchtlingsstrom begrenzen, 10.12.2015
28. welt.de, Nur 905 Asylsuchende kamen 2016 über nicht sichere Staaten, 13.08.2017
29. spiegel.de, Ein Zaun für Europa, 03.11.2015
30. x.com, BAMF, 25.08.2015
31. bayernkurier.de, Bund ist verpflichtet, die Staatsgrenzen zu sichern, 12.01.2016
32. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.08.2017, S.4
33. washingtontimes.com, Monica Crowley: The «refugee crisis» is jihad by another name, 18.11.2015
34. merkur.de, Hat die Bundespolizei Flüchtlingszahlen geschönt?, 24.09.2015
35. faz.net, Flüchtlinge verschwinden aus Notunterkünften, 24.10.2015
36. merkur.de, Camp Shelterschleife: 580 Flüchtlinge «verschwunden», 27.10.2015
37. welt.de, Ohne Behördenkontakt: In Deutschland werden Hunderttausende Untergetauchte vermutet, 03.11.2017
38. merkur.de, Merkel zu Flüchtlingen: Wir erwarten, dass ihr wieder zurückgeht, 31.01.2016
39. zdf.de, Asylurteil: Keine allgemeine Gefahr in Syrien, 23.07.2024
40. facebook.com - tagesschau, Deutschland - ein Schlaraffenland?, 11.11.2015
41. welt.de, Video für Flüchtlinge: Der Werbefilm für das gelobte Asylland Germany, 30.08.2015
42. Shams Ul-Haq, Die Brutstätte des Terrors, Waiblingen, SWB Media Publishing, 2017
43. epochtimes.de, Asylkoordinatorin: Flüchtlinge fragen oft «Wann bekomme ich mein Haus und mein Auto?», 01.11.2015
44. az-online.de, Haus versprochen: Flüchtlinge verweigern Einzug in Neubauwohnung, 12.02.2016
45. rp-online.de, Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel «Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze», 11.09.2015
46. phoenix.de, Angela Merkel: «Wir schaffen das», abgerufen am: 10.07.2024
47. spiegel.de, Die Pastoralisierung der Politik, 02.11.2017
48. spiegel.de, Gabriel zur Flüchtlingskrise: «Wir nähern uns den Grenzen unserer Möglichkeiten», 02.10.2015
49. n-tv.de, Tschechien macht dicht: Keinen Bock auf Flüchtlinge, 31.10.2015
50. bild.de, Zur Lage in Griechenland, 29.02.2016
51. spiegel.de, Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: Asylbewerber müssen ab sofort mehr Geld bekommen, 18.07.2012
52. welt.de, Flüchtlingskrise kostet bis zu 55 Milliarden Euro im Jahr, 11.12.2015
53. welt.de, Wegen Flüchtlingskrise: Sozialexperte erwartet massive Steuererhöhungen, 15.10.2015
54. faz.net, Ifo-Chef Sinn: «Migration ist ein Verlustgeschäft», 29.12.2014
55. hanswernersinn.de, Flüchtlinge verschärfen Probleme des alternden Sozialstaats, 18.03.2016
56. spiegel.de, Flüchtlinge, Rente, Rosneft: Der Faktencheck zum TV-Duell, 14.09.2017
57. OECD-Bildungsstudie: Flüchtlinge haben oft mehrere Jahre Schulrückstand, 07.12.2015
58. zeit.de, Integration: «Zwei Drittel können kaum lesen und schreiben», 19.11.2015
59. faz.net, «70 Prozent der Flüchtlinge brechen Ausbildung ab», 15.10.2015
60. bundesregierung.de, Rede der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, zum Haushaltsgesetz 2016 vor dem Deutschen Bundestag am 10. September 2015 in Berlin
61. welt.de, Flüchtlinge machen über 14 Prozent der Hartz-IV-Empfänger aus, 24.10.2017
62. bbc.com, EU should «undermine national homogeneity» says UN migration chief, 21.06.2012
63. bundestag.de, Wirtschaftsminister betont Chancen der Zuwanderung, 2015
64. welt.de, Bevölkerungsentwicklung: Bald hat jeder zweite Hamburger einen Migrationshintergrund, 22.05.2017
65. bild.de, Erdogan ruft Türken in Europa zum Kinderkriegen auf, 18.03.2017
66. focus.de, Altkanzler/Zuwanderung: «Weitere Zuwanderung unterbinden», 01.03.2016
67. focus.de, Polizei forderte Journalisten auf, nicht über Flüchtlingslage zu berichten, 23.10.2015
68. saechsische.de, Polizei führt Geheimstatistik zu Asylbewerbern, 07.02.2016
69. bild.de, Vertrauliche LKA-Berichte über Flüchtlinge enthüllen: Was Hessens Innenminister alles verschweigt, 02.02.2016
70. welt.de, Bericht des BKA: Zahl der tatverdächtigen Zuwanderer steigt um 52,7 Prozent, 23.04.2017
71. zeit.de, UN kürzen Hilfe für Flüchtlinge in Syrien und der Türkei drastisch, 14.10.2014
72. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. März 2016, Schnelle Syrien-Hilfe angemahnt - Minister Müller: Das Geld ist vor Ort dreißig Mal effektiver, S.18
73. deutschlandfunk.de, «Wir schaffen es nicht», 17.09.2015
74. deutschlandfunk.de, Arabische Welt: Warum die Golfstaaten keine Flüchtlinge aufnehmen, 10.09.2015
75. welt.de, Saudi-Arabien 100'000 Luxus-Zelte - kein einziges für Flüchtlinge, 12.09.2015
76. spiegel.de, Geschlecht und Asyl: Frauen und Kinder zuletzt, 09.09.2015
77. zeit.de, Bereits mehr als 100'000 Bootsflüchtlinge in diesem Jahr, 09.06.2015
78. krone.at, Mittelmeer: 7000 Migranten in zwei Tagen gerettet, 24.06.2016
79. de.statista.com, Geschätzte Anzahl der im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge in den Jahren von 2014 bis 2024, 21.07.2024
80. spiegel.de, Flüchtlingsdrama im Mittelmeer: Abgestumpft, 31.05.2016
81. deutschlandfunk.de, Migration: Seenotrettung im Mittelmeer laut Studie kein «Pull-Effekt», 05.08.2023
82. dw.com, 1350 Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet, 12.06.2016
83. krone.at, Jetzt kommen Afrikaner - keine Kriegsflüchtlinge, 04.04.2016
84. zeit.de, Flüchtlingspolitiik: Über Libyen geht es weiter, 21.03.2016
85. dailymail.co.uk, Charities «pay people traffickers»: Libyan coastguard's astonishing claim… cash handed to criminal gangs so they «deliver» refugees, 10.06.2017
86. Kronen-Zeitung, 21.01.2018, S.8
87. info.kopp-verlag: Friederike Beck: Das Netzwerk für Migration, inzwischen offline
88. youtube.com, EPIM: Why Engage.wmv, 08.06.2011
89. epim.info, entsprechender Artikel inzwischen offline
90. bosch-stiftung.de, European Philanthropic Initiative for Migration (EPIM), Seite inzwischen verändert
91. politik-kommunikation.de, Personalwechsel: Guérot wechselt zu OSIFE, 17.09.2013
92. deutschlandfunk.de, Integration: «Lassen wir Flüchtlinge eigene Städte nachbauen», 25.02.2016
93. investopedia.com, Top 10 Contributors to the Clinton Campaign, 28.07.2021
94. nytimes.com, Many Big Donors to Democrats Cut Support, 29.09.2010
95. dailymail.co.uk, «Pay me £4bn a year and I'll stop Europe from turning black»: Col Gaddafi demands EU cash to stop immigration via Libya, 31.08.2010
96. youtube.com, Al Gaddafi's Prophecy in 2011 - «Europe will turn black», 21.12.2017
97. zeit.de, Libyen: Unser Türsteher, 25.11.2010
98. telepolis.de, «Ihr werdet von einer Immigrationswelle aus Afrika überschwemmt werden», 23.04.2015
99. de.wikipedia.org, Great-Man-Made-River-Projekt, abgerufen am: 11.07.2024
100. discovery.org, The BRICS Go For Gold, 16.07.2023
101. Kelly M. Greenhill, Massenmigration als Waffe - Vertreibung, Erpressung und Aussenpolitik, Kopp Verlag, Rottenburg, 2016

Sea-Watch: Im Telefonbuch der Schlepper

Ach, ist das nicht schön: Auf Hoher See den Helden spielen! Mit Helm und Schwimmwesten wichtig über den Ozean brausen, dass es nur so spritzt, um wie weiland Greenpeace große Taten zu vollbringen. Wenn rein zufällig noch ein Fernsehteam dabei ist, ist das natürlich ein wahrer Glücksfall. So geschehen im Juni 2019 mit dem «Rettungsschiff» Sea-Watch 3 der gleichnamigen Nichtregierungsorganisation und dem TV-Magazin Panorama, in dessen Beitrag aus dem Juli man erfuhr, wie dem Schiff ein Schlauchboot voller Flüchtlinge direkt vor den Bug schwappte: Per Funk hatte die «Kapitänin» des «Rettungsschiffes» Sea-Watch 3, Carola Rackete, eine Meldung über die «Schiffbrüchigen» bekommen und konstatierte triumphierend einen «Seenotfall». Denn: «Das Boot hat kein Navigationsgerät und nicht genügend Treibstoff». [1] Warum auch: Mit ihrem Schlauchboot selbst nach Italien zu schippern, hatten die Migranten sowieso nicht vor. Sondern die Afrikaner und ihre Schlepper wussten ganz genau, dass sie von Schiffen wie der Sea-Watch 3 aufgegabelt und nach Europa geschleust werden würden. So sind die Bedingungen denn auch optimal: Die Sonne scheint, die See ist ruhig, das große, lange Schlauchboot liegt stabil im Wasser. An Bord: offensichtlich mehrheitlich gesunde, wohlgenährte Schwarze, normal gekleidet, soweit erkennbar ohne Schmutz, Verletzungen, Blutspuren oder Ähnliches. Von Seenot keine Spur. «Diesmal können alle 53 Migranten sicher an Bord der Sea-Watch gebracht werden», heißt es in dem Panorama-Film. Da lägen Freude und – natürlich – auch «Erschöpfung» nahe beieinander. Wobei man die Männer bei diesen Worten an Bord gänzlich unerschöpft ausgelassen tanzen und singen sieht. Gut, dass da wenigstens eine wohlgenährte Frau müde auf dem Boden sitzt.



Carola Rackete mit ihrem Vater Ekkehart, einst Oberst bei der Bundeswehr und heute Berater im Militärsektor. Ob wissend oder unwissend tritt seine Tochter als Schachfigur in einem hybriden Migrationskrieg (siehe S.41 ff.) in die Fußstapfen ihres Vaters.

Racketes damalige Mission: die «Seeblockade» des italienischen Innenministers Matteo Salvini aufzubrechen. «Salvini rühmt sich, nicht nur die Zahl der Migranten drastisch reduziert zu haben, sondern auch die Zahl der Toten», schrieb das Redaktionsnetzwerk Deutschland im April 2019. Und: «Bis Ende März 2019 kamen an Italiens Küsten laut seinem Ministerium gerade mal 517 Migranten an – 90 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 2018. [...] Weniger Überfahrten, weniger Migranten, weniger Tote», zitiert das Redaktionsnetzwerk Salvinis Logik, der sich darauf berufe, «dass im laufenden Jahr bisher erst ein einziger toter Flüchtling aus dem Mittelmeer geborgen wurde, während 2018 laut Angaben des UNHCR 1279 Migranten die gefährliche Überfahrt nicht überlebten.» [2]

Kurs auf Lampedusa

Obwohl libysche Häfen sehr viel näher lägen, nimmt «Kapitänin» Carola Rackete sodann Kurs auf die italienische Insel Lampedusa. Als Kapitän ist die Dame eine merkwürdige Erscheinung. Die rastagelockte Frau mit dem geschlechtslosen Gesicht und den wenig ausgeprägten Geschlechtsmerkmalen macht einen hybriden Eindruck und ist vorwiegend in Männerberufen unterwegs, wie beispielsweise als nautischer Offizier oder eben Kapitän. «Ein ‹sicherer Hafen› wäre nach internationalem Übereinkommen ein Ort, an dem das Leben der Geflüchteten nicht mehr in Gefahr ist», rechtfertigt sie ihre Rambo-Aktionen in dem Panorama-Beitrag. Mit «nicht mehr in Gefahr» sind aber eigentlich eher die Gefahren der Seefahrt gemeint und keine anderen. Denn die Seenotrettung dient dazu, den Seenotfall zu beenden und Menschen aus Seenot zu retten und nicht aus wirtschaftlicher, existenzieller oder anderer Not.

Doch zurück nach Libyen, wie von Italien verlangt, will Rackete die Menschen auf keinen Fall bringen, heißt es in dem Panorama-Film, denn dort drohten ihnen laut Vereinten Nationen Folter und Vergewaltigung. Man habe noch nicht auf das Verlangen der Italiener geantwortet, informiert Rackete selbstzufrieden ihre Crew, «aber unsere Antwort ist natürlich: nein, nein, nein». Stattdessen werde man möglichst schnell Lampedusa ansteuern, meint sie schnippisch. Man hat das Gefühl, dass die «Kapitänin» das Katz-und-Maus-Spiel genießt. Offenbar geht es in dem Film darum, das äußerst gastfreundliche und liebenswerte Italien als unmenschliches Land vorzuführen: Am nächsten Tag versucht Rackete, die Italiener per Telefon mit dem angeblich schlechten Zustand der «Flüchtlinge» sowie mit Kindern und schwangeren Frauen unter Druck zu setzen. Anschließend führt der Panorama-Beitrag einen Mann aus Kamerun vor, der von seiner inhumanen Behandlung in Libyen erzählt –



Es ist nachweislich nicht die Aussicht auf Rettung im Mittelmeer, die Menschen veranlasst, sich auf den Weg nach Europa zu machen, sondern Armut und Perspektivlosigkeit in ihren Heimatländern.

5:45 nachm. · 13. Juli 2019

Dieser Twitter-Beitrag des deutschen Außenministeriums bestätigte und rechtfertigte die illegale Wohlstandsmigration aus Afrika. Es handelte sich um einen Versuch zu betonen, dass die von Sea-Watch und Co. betriebene Seenotrettung nicht dazu führe, dass sich afrikanische Migranten überhaupt auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer machten. Natürlich tut sie das nicht alleine.

➔ allerdings ist bekannt, dass Schlepper die Migranten mit solchen Geschichten zu versorgen pflegen, damit sie leichter Asyl beantragen können. Selbst Panorama räumt ein: Ob diese Geschichten stimmen, könne man nicht überprüfen. [1]

Bei bester Laune und Gesundheit

Tatsache ist: Die Italiener hatten die Sea-Watch 3 keineswegs im Stich gelassen. Bald darauf holten sie Babys, Kranke und Schwangere ab, insgesamt zehn Personen, später auch angebliche Notfälle. Zurück blieb die gesund erscheinende Männertruppe. Als Nächstes rief Sea-Watch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an, um Italien dazu zu zwingen, das Schiff anlegen zu lassen – vergeblich: Die Richter sahen ebenfalls keinen Anlass, Italien zum Empfang der Sea-Watch 3 zu verpflichten. Für Notfälle an Bord sei ja bereits gesorgt worden. Am 15. Tag der Reise rief Rackete die italienischen Behörden an und kündigte an, jetzt in den Hafen von Lampedusa zu fahren, da sie 42 Menschen an Land bringen müsse. Es handele sich um eine Notsituation, und «Ihre Regierung hat noch keinerlei Unterstützung geleistet». [1] Was man leicht als Lüge verstehen könnte, denn inzwischen hatten die Italiener elf kranke, schwangere oder minderjährige Personen abgeholt, um sie zu versorgen.

«Die Bedingungen an Bord» des Schiffes seien «sehr kritisch» – was den zuvor gezeigten Bildern von wachen, wohlgenährten und fitten jungen Leuten zufolge ebenfalls nicht stimmt. Ja, nicht nur das: Zwischendurch drehte der Rapper «2Nasty» an Bord sogar einen lustigen Sprechgesang mit einer Gruppe von «Flüchtlingen», wobei die Migranten fröhlich mitsangen und -tanzten. Alle Mitwirkenden waren offenbar bei bester Laune und Gesundheit. Es fällt auf, dass Panorama diese Gesangseinlage der angeblich so erschöpften Migranten nicht in seinem Filmbeitrag zeigte. Auf eine diesbezügliche Anfrage unseres Autors Gerhard Wisnewski antwortete die Redaktion: «Die konkreten Aufnahmen haben wir nicht mitbekommen, sie lagen und liegen uns daher auch nicht vor. Es ist naheliegend, dass wir zu dieser Zeit auf der [Kommando]brücke waren, weil unser Fokus auf den Verhandlungen Carola Racketes lag. Dass daraus später ein Video produziert wird, war uns nicht bekannt.» [3]

Als Schleppermission entlarvt

Gegen Ende der Odyssee stellt die italienische Küstenwache eine politische Lösung in Aussicht, während inzwischen bereits massenhaft Journalisten in Schlauchbooten an der Sea-Watch 3 anlegen, um über die sagenhafte «Kapitänin» zu berichten. Als die versprochene Lösung auch am 17. Tag nicht eintrifft, «reicht es» Rackete. Sie informiert die italienische Grenzsicherungsbehörde, dass sie jetzt in den Hafen einlaufen wird, was sie denn auch tut. Man darf annehmen, dass ihr das anwesende Kamerateam des deutschen Staatsfernsehens Selbstsicherheit verleiht. Ein italienisches «Polizeiboot legt sich schnell an den einzig möglichen Liegeplatz, um so das Anlegen der Sea-Watch 3 noch zu verhindern», heißt es in dem später ausgestrahlten Film. Die Sea-Watch 3 drängt das Boot jedoch gegen die Pier, woraufhin es wegfährt. Im Hafen gibt es Applaus von manchen, aber auch Rufe wie «Schämt euch!». Eine Frau beschimpft Rackete als Menschenhändlerin und fordert ihre Verhaftung. Tatsächlich wird Rackete öffentlichkeitswirksam abgeführt. Eine gelungene Show. «Ihre weltweit beachtete Rettungsmission endet im Fiat Punto der örtlichen Zolldirektion von Lampedusa», heißt es in dem Panorama-Beitrag vom 11. Juli 2019, um dann befriedigt festzustellen: «Und für Ebai [einen Migranten] und die

EU mit einem Sonderrechtepaket für Afrikaner

Europäisches Parlament
2014-2019



ANGENOMMENE TEXTE

P8_TA(2019)0239

Die Grundrechte von Menschen afrikanischer Abstammung

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. März 2019 zu den Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa (2018/2899(RSP))

Im März 2019 beschloss das EU-Parlament einen Antrag mit dem Titel «Die Grundrechte von Menschen afrikanischer Abstammung». Schon beim Titel darf man misstrauisch werden. Gelten innerhalb der EU nicht bereits für jeden die selben Grundrechte?

Die wichtigste Prämisse der EU-Entschließung ist der einheimische Europäer, der vor «Afrophobie, Afriphobie und Rassismus gegen Schwarze» (tatsächlicher Wortlaut) nur so strotze, weshalb der Afrikaner eines besonderen Schutzes und einer Sonderbehandlung bedürfe. Diese Grundannahme lässt sich bereits in der allerersten Forderung erkennen, in der die Mitgliedstaaten und EU-Organe dazu aufgefordert sind, «anzuerkennen, dass Menschen afrikanischer Abstammung besonders stark Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit ausgesetzt sind». Deswegen sollen «nationale Strategien für die soziale Inklusion und Integration von Menschen afrikanischer Abstammung» entwickelt werden, wozu u.a. auch das Ausblenden ethnischer Merkmale bei der Strafverfolgung gehört (siehe S.33 f.)**.**


Polizei spricht von Anschlag

Drei Tote bei Messer-Terror auf Solinger Stadtfest

Bild

bild.de, 24.08.2024

Ein laut ersten Zeugenaussagen arabisch aussehender Mann soll mit einem Messer wahllos auf mehrere Besucher des Stadtfests «Festival der Vielfalt» (bittere Ironie) in Solingen eingestochen haben. Denkt man militärisch, könnte man angesichts solcher Schlagzeilen auch von Kriegsakten sprechen (siehe S.41 ff.)**.**

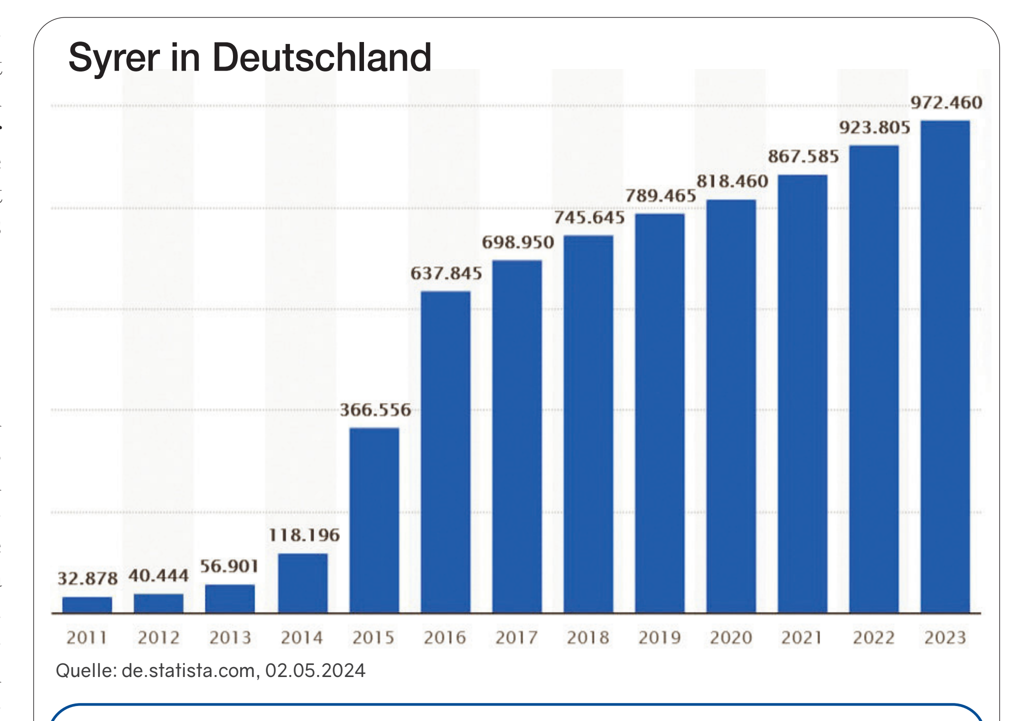
anderen in Europa.» [1] Womit der eigentliche Zweck der Reise nebenbei enthüllt wird. Denn eigentlich hätte es doch heißen müssen: «in Sicherheit». Das ist doch der Sinn einer Seenotrettung – und nicht die Ankunft an einem bestimmten Ort. Damit entlarvt sich die Überfahrt endgültig als Schleppermission.

Fröhliche Schlauchboot-Party

So gab es neben dem Rapper-Video von der Sea-Watch 3 auch noch weitere Bilder, die die Panorama-Zuschauer nicht zu sehen bekamen. Wie eine solche «Flucht» normalerweise abläuft, deckte am 16. Juli 2019 die italienische TV-Sendung Quarta Repubblica in einem Video von der libyschen Küste auf. Darin sieht man eine regelrechte Schlauchboot-Party: Fröhliche Menschen in Schwimmwesten fuchteln mit Handys herum und lachen und rufen zu den Klängen islamischer Musik. Alles sieht nach einem lustigen Abenteuer aus. In den Gesichtern sieht man keine Spur von Leid, Folter oder Unterernährung. Niemand ist angesichts des angeblich lebensgefährlichen und ungewissen Abenteuers bedrückt. «Die Feststimmung steht im krassen Kontrast zu den filmischen Meisterwerken deutscher Couleur wie etwa der Sea-Watch-Dokumentation von ARD-Panorama», berichtete die Junge Freiheit (JF) über das Video. «Videos wie diese zirkulierten bereits seit längerer Zeit auf Facebook.» [4]

Mafia besticht Polizei

«Zwei solcher Videos seien üblich, eines bei der Abfahrt aus Zuwara in Libyen, das andere bei der Ankunft in Italien, um zu verdeutlichen, dass alles gut gegangen sei», zitiert die JF aus einem Interview mit einem «Flüchtling» in Italien: «Die [libysche, Anmerkung JF] Mafia besticht die libysche Polizei, sodass sie die Boote nicht aufhalten», sagt er. Und: «Am Strand hätten die Behörden die Schlepper gesehen, es sei aber nichts passiert, weil es ein Abkommen gab. Der 21-jährige Libyer, der vor wenigen Wochen Italien erreicht hatte, nennt in dem Interview auch den Namen des Kontaktmanns: Lokman Zwari (beziehungsweise Lukman Zauari). Auf Facebook organisiert er in einer geheimen Gruppe Überfahrten von Libyen nach Italien.» Der Migrant berichtet in dem italienischen Filmbeitrag: «Als ich ihn fragte, ob die Überfahrt sicher sei, sagte er: Ja, er arbeite mit Schiffen zusammen, die Leute aus dem Mittelmeer retteten. Er hat gesagt, davon gebe es viele.» – «Der Kontaktmann hat gesagt, dass er mit den Seenotrettern im Mittelmeer in Verbindung stehe?», fragt die italienische Interviewerin. «‹Ja, ja, er hat gesagt, er sei mit vielen Schiffen von Seenotrettern in Kontakt. Sea-Watch und viele andere, deren Namen ich nicht mehr weiß.› Er würde die Orte kennen, an denen diese Schiffe warteten, wie etwa Sea-Watch. Wenn irgendetwas passieren würde, dann meldete er das bei Sea-Watch. Auf seinem Handy hätte er ihm viele Telefonnummern von verschiedenen Organisationen gezeigt. ‹Etwa vier oder fünf Nummern. Darunter die von Sea-Watch.›» [4]



Quelle: de.statista.com, 02.05.2024

Eine ganze Metropole kulturfremder und in der Mehrzahl nicht in den Arbeitsmarkt integrierbarer Menschen wurde innerhalb eines Jahrzehnts nach Deutschland importiert und ein Ende dieser Entwicklung ist kaum abzusehen. In Syrien lag die Geburtenrate 2021 mit 2,75 Kindern pro Frau fast doppelt so hoch wie in Deutschland (1,58). Es erstaunt, dass die Regierungsverantwortlichen überhaupt ohne große Widerstände damit durchgekommen sind, Syrer zu einem bemerkbaren demographischen Teil der Bevölkerung zu machen - und das ohne einen für die Deutschen notwendigen Anlass wie z.B. die Anwerbung wichtiger Billiglohnarbeiter oder ähnlichem.

Überfahrt für 1600 Euro

Die italienischen Journalisten beauftragten einen Lockvogel, bei dem Schlepper Lokman anzurufen: Der Mann «gibt sich als marokkanischer Migrant aus, der nach Italien überfahren will. ‹Die Überfahrt kostet 1600 Euro›, meldet sich der Schlepper. Auf den Einwand des falschen Migranten, er sei sehr besorgt wegen der Überfahrt, wiegelt Lokman ab: ‹Ich bin ein seriöser und professioneller Mann. […] Wir sind in Kontakt mit Sea-Watch, aber derzeit ist das Schiff, das unterwegs ist, von Open Arms.› Der Lockvogel fragt nach: ‹Du bist also in Kontakt mit denen, und wenn etwas passiert, rufst du die an, um uns zu retten?› – ‹Ja ja, ich bin in Kontakt mit denen.›» Über einen Messenger liefert der Schlepper auch «Beweise» für seine professionelle Arbeit: «Fotos von glücklichen Migranten, die in Italien angekommen sind, Bilder von Aufenthaltsorten der NGOs, die in der Nähe warteten, und der Screenshot einer Konversation mit Open Arms. Er hinterlässt auch die Nummer der spanischen NGO. […] Open Arms behauptet, niemanden namens Lokman zu kennen.» [4] Für Schlepper und Migrationsstrategen war Racketes Mission ein voller Erfolg. Schon wenig später legte das «Rettungsboot» Gregoretti mit mehr als 130 Migranten an Bord in Sizilien an. [5] Seit dem Ende der Regierung Conte im September 2019 war der italienische Innenminister Salvini ohnehin Geschichte, und die «Rettungsboote» nahmen wieder vermehrt Kurs auf Italien. ***(gw/tk)***

Quellen:

1. youtube.com, Exklusiv: Was geschah an Bord der «Sea-Watch 3»? | Panorama | NDR, 12.07.2019
2. rnd.de, Seenotrettung im Mittelmeer: Kein Hafen in Sicht, 09.04.2019
3. E-Mail vom 13.08.2019
4. jungefreiheit.de, Schlepper: «Ja, wir sind in Kontakt mit Sea-Watch», 17.07.2019
5. nzz.ch, Das Rettungsschiff «Gregoretti» mit 130 Migranten an Bord hat trotz Verbot in Sizilien angelegt, 28.07.2019

Die Auflösung Deutschlands - Tatbestand Völkermord?

Wussten Sie, dass nach Grundgesetzänderung vom 23. September 1990 Deutschland in Wirklichkeit gar kein Staatsgebiet mehr besitzt? So sehen es zumindest viele. An jenem Tag wurde mit dem Gesetz zum Einigungsvertrag der Artikel 23 des Grundgesetzes aufgehoben, der dessen Geltungsbereich und damit das Staatsgebiet festlegte. Begriffe wie «Staatsgebiet», «Territorium» oder «Grenzen» suchte man im Grundgesetz zwar auch früher vergebens, die Definition des Staatsgebietes fand sich aber in dem genannten Artikel 23: «Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.» (1) Womit bei Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 die «Ostzone» beziehungsweise die DDR gemeint und klar war, aus welchen Territorien sich die Bundesrepublik Deutschland zusammensetzte und dass die Grenzen ihrer Länder zum benachbarten Ausland die Staatsgrenze bildeten.



Das Time-Magazin titelte 2013 mit zwei Westlern auf dem Cover: «Das kinderfreie Leben – Alles haben, ohne Kinder zu haben».

Präambel

Mit dem Gesetz zum Einigungsvertrag vom 23. September 1990 wurde Artikel 23 und damit das Staatsgebiet Deutschlands jedoch aufgehoben, unken kritische Beobachter. Zwar wurde ein ähnlicher Wortlaut in die Präambel des Grundgesetzes eingefügt, wo es nun heißt: «Die Deutschen in den Ländern Baden- Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein- Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.» (2) Aber das könnte nur ein Täuschungsmanöver sein, das lediglich den Eindruck eines Staatsgebietes erweckt, aber keines mehr definiert. Denn:



Das Magazin National Geographic widmete seine Ausgabe vom Oktober 2016 der Zukunft Europas. Auf ein Fragezeichen hinter dem Titel «Die neuen Europäer» wurde verzichtet, denn ein weiteres massenhaftes Einströmen von «Flüchtlingen» nach Europa scheint für die Autoren festzustehen. Typische Europäer sollen also in wenigen Jahrzehnten schon so aussehen wie die Familie auf dem Magazin-Cover.

- Die Präambel gehört nicht zu den rechtswirksamen Bestandteilen eines Gesetzes oder Vertrages, sondern stellt nur eine Art Vorwort dar, in dem meistens feierliche Absichtserklärungen gegeben und der «Geist» des jeweiligen Dokumentes formuliert wird.
- Die Aufzählung der Bundesländer in der Präambel definiert auch inhaltlich keinen Geltungsbereich mehr, sondern erklärt nur, dass die genannten Länder «in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet» haben.
- Gemäß dieser Präambel gilt das Grundgesetz nicht mehr für ein bestimmtes Gebiet (die Länder), sondern nur für ein Volk, nämlich «das gesamte Deutsche Volk».

Deshalb wird vermutet: Mit der Wiedervereinigung wurden die Deutschen um ihr Staatsgebiet gebracht. Die «deutsche Wiedervereinigung» wäre in Wirklichkeit eine «deutsche Auflösung» gewesen. Die Theorie lautet: Der Artikel wurde nicht einfach vergessen, sondern der ursprüngliche Inhalt, der das Staatsgebiet definierte, wurde gestrichen, umformuliert und in die rechtsunwirksame Präambel verschoben, sodass nur noch der Eindruck der Definition eines Staatsgebietes entsteht. Im neuen Artikel 23 wird die Bundesrepublik Deutschland auf die Mitwirkung an einem «vereinten Europa» verpflichtet, weshalb der Artikel, der früher das deutsche Staatsgebiet definierte, inzwischen auch «Europaartikel» heißt. (3) Besitzt Deutschland also schon seit 34 Jahren kein Hoheitsgebiet mehr?

Immerhin noch ein «Volk»?

Die Konstituierung eines Staates erfordert zwingend ein Staatsgebiet. Denn ein Staat setzt sich definitionsgemäß nun mal aus drei Komponenten zusammen: dem Staatsvolk, dem Staatsgebiet und der Staatsgewalt («Drei-Elemente-Lehre»). Ein Staat ohne Gebiet ist in Wirklichkeit also gar kein Staat. Der Betrug an den Deutschen könnte also viel mehr als bloß die Aufgabe ihrer Grenzen und ihres «Staatsgebietes» durch Angela Merkel am 4. September 2015 umfassen (siehe S.10 ff.). Da Letzteres ohnehin nicht mehr vorhanden sein könnte und die Deutschen damit staatenlos wären, wäre es in gewisser Hinsicht nicht einmal



„Bei unerlaubter Einreise Hilfe geleistet"

Strafrechtler: Kanzlerin Merkel macht sich mit Flüchtlingspolitik strafbar

focus.de, 10.10.2015

«Solange Ausländer sich strafbar machen, wenn sie unerlaubt in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, ist die Strafbarkeit auch bei all jenen gegeben, die dazu Hilfe leisten. Dazu gehören Zugführer, die wissentlich Flüchtlinge über die Grenze transportieren, aber auch die deutsche Bundeskanzlerin, die mit ihrem Verhalten jedenfalls ab dem 5. September 2015 die unerlaubte Einreise aktiv gefördert hat und es aktuell unterlässt, sie zu unterbinden.»

Professor Holm Putzke von der Universität Passau, Experte für Strafrecht, im Oktober 2015 gegenüber dem Focus (siehe oben)

illegal, ihr Territorium zu überrennen oder überrennen zu lassen. Zwar genießen auch Völker als solche Schutz, nur können sie ohne Staatsgebiet natürlich nicht so einfach Anspruch auf ein bestimmtes Territorium oder bestimmte Grenzen erheben. Die Kurden oder Palästinenser wissen das nur zu gut.

Wären die Deutschen aufgrund eines möglicherweise fehlenden Staatsgebiets kein «Staatsvolk» mehr, könnten sie aber immerhin noch ein «Volk» sein, nämlich die ethnische Gemeinschaft der Deutschen. Nicht nur Staaten, sondern auch Völker genießen bestimmte Rechte. Deshalb spricht man ja auch von einem «Völkerrecht». Subjekte (also Träger oder Inhaber) dieses Völkerrechts sind zwar meistens Staaten, können aber auch internationale Organisationen oder Völker sein, wie zum Beispiel eben die Palästinenser.

Das wirft übrigens den Zusammenhang auf, dass man versucht, das «Deutsche Volk» als solches umzudefinieren, sodass das ethnische Deutsche immer mehr in den Hintergrund rücken. So sagte Nancy Faeser vor Kurzem: «Wir lassen nicht zu, dass ethnisch definiert wird, wer zu Deutschland gehört und wer nicht.» (siehe S.75)

Völkermordkonvention

Zu den wichtigsten Rechten eines Volkes gehört natürlich das Recht auf seinen Bestand, so wie das wichtigste Recht des menschlichen Individuums das Recht auf Leben ist. Beispielsweise ist es laut UN-Völkermordkonvention strikt verboten, «eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören». Ja, dies ist das schwerste Verbrechen des sogenannten Völkerstrafrechts überhaupt, nämlich Völkermord. [4] Für den Begriff kommt es weder auf ein Staatsgebiet noch auf physische Pogrome oder auf eine vollständige Zerstörung eines Volkes an. Zur Erfüllung des Völkermord-Straftatbestandes genügt die teilweise und gezielte Zerstörung einer «nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen» Gruppe, einer Gruppe also, die sich über ihre Herkunft und Abstammung definiert. «Völkermord», so heißt es auf dem juristischen Portal voelkermordkonvention.de, «wird auch als Genozid bezeichnet und stammt vom griechischen Wort für Herkunft, Abstammung (génos) und dem lateinischen Wort für morden, metzeln (caedere) ab». [5] Aber auf physischen Mord oder Massenmord kommt es dabei gar nicht an. Um den Straftatbestand des Völkermordes zu erfüllen, muss kein Mensch dieser Gruppe ermordet werden. Verboten ist vielmehr die gezielte Dezimierung an sich – wodurch auch immer. So reicht es beispielsweise, wenn ein Volk bewusst unter Lebensbedingungen gestellt wird, «die auf die völlige oder teilweise physische Zerstörung der Gruppe abzielen». Dazu gehört auch die «Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind». [4]

Laut dem Akayesu-Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda vom 2. September 1998 fallen unter diese Maßnahmen zum Beispiel «sexuelle Verstümmelungen, Sterilisationen, erzwungene Geburtenkontrollen, Trennung der Geschlechter und Heiratsverbote». [6]

Völkermord in Deutschland?

Dass die Deutschen (aber auch andere europäische Völker) solchen Maßnahmen unterworfen werden, kann wohl kaum bezweifelt werden. Zwar wird dabei in der Regel kein formaler Zwang ausgeübt, die allgegenwärtige Propaganda erfüllt jedoch denselben Zweck. Und zwar Propaganda

- für Verhütungsmethoden
- für Abtreibungsmethoden

Cover des Spiegel 34/2024

Der Name der Titelgeschichte lautet «Die heimlichen Hitler».

«Jedwede Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demographische Zusammensetzung einer Region, in der eine nationale, ethnische, sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsiedlung und/oder durch die Sesshaftmachung von Siedlern oder eine Kombination davon, ist rechtswidrig.»

Aus dem UN-Entwurf für eine «Erklärung über Bevölkerungstransfers und die Sesshaftmachung von Siedlern» aus dem Jahr 1997

Quelle: gfbv.de, Der UN-Entwurf für eine «Erklärung über Bevölkerungstransfers und die Sesshaftmachung von Siedlern» (1997), 31.05.2005







- für weibliche Karriere und späte Mutterschaft, die dann oft nicht mehr eintritt bzw. risikobehafteter ist
- für eine langatmige akademische Ausbildung nach der Schulzeit (Bachelor & Master), während der die Studenten zum einen kaum Zeit haben, zum anderen meist einkommensschwach sind und sich somit keinen Nachwuchs leisten können
- für Konsum und Luxus statt für Nachwuchs (man denke an «Dinkys» = «Double Income, No Kids»)
- für «Normalisierung» von Scheidungen, alleinerziehenden Eltern
- für unfruchtbare oder asexuelle Lebensstile (Homosexualität, Single-Dasein u.a.)
- für «Trans-Identitäten» und damit unumkehrbare Sterilisierung durch eine «Geschlechtsangleichung» (Operation, Pubertätsblocker)
- für Veränderungen des männlichen und weiblichen Körpers und damit Zerstörung der Schlüsselreize (Stichwort «Body Modification»: Tätowierungen, Piercings, «Schönheitsoperationen»)
- für «Feminismus» (= Ent-Feminisierung)
- für Skandalisierung und Kriminalisierung männlicher Kontaktversuche
- für Angleichung der Geschlechter in Sozialverhalten, Beruf, Erscheinungsbild und Mode (= erotischer Spannungsabbau)
- für das Umdefinieren des Begriffs «Volk» insgesamt (primär allerdings nur im Westen) (siehe S.55 und 75)

«Wollte man Völker durch Propaganda vernichten, man könnte es nicht besser betreiben», zitierte Der Spiegel den Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt zu einer Zeit, als dergleichen für die meisten von uns noch gar nicht erkennbar war, nämlich 1989. [7] Tatsächlich: Denn unter dem Strich kommt dabei eine wirksame «soziale Sterilisierung» heraus. Wie wirksam sie ist, kann an den zusammenbrechenden Geburtenraten der europäischen Völker (aber übrigens auch der Japaner) abgelesen werden. Zu den Ländern mit den niedrigsten Geburtenraten gehörten lange ausgerechnet die Verlierer des Zweiten Weltkriegs Deutschland, Japan und Italien, was damit zu tun haben könnte, dass der Krieg gegen diese Völker nie aufgehört hat (Ausgaben 28–30). Im Falle Deutschlands, aber auch anderer europäischer Völker haben wir es mit einer Doppelstrategie zu tun:

1. Senkung der Geburtenraten durch aktive Bevölkerungspolitik und vielfältige soziologische und politische Maßnahmen
2. immer ungebremstere Einwanderung

Die Deutschen sehen sich also einer akuten existenziellen Bedrohung gegenüber: dem Zusammenbrechen der Geburtenraten und der überbordenden Immigration, die beide zwei Seiten derselben Medaille sein könnten, nämlich des Völkermordes an den Deutschen (und Europäern). Eine wilde Verschwörungstheorie? Und eine «rechte» noch dazu? Nicht doch: Im Wesentlichen handelt es sich, wie bereits erläutert (siehe S.6 ff.), um explizite UN-Politik. Seit der Völkermordkonvention von 1948 hat sich die Politik der UNO nämlich erheblich geändert. ***(gw/tk)***

Robert Habeck zur Haushaltslücke

„Boah, is halt so, ne“

Bild

bild.de, 17.08.2024

Es ging um eine klaffende Haushaltslücke von 12 Milliarden Euro.

«Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin, nun sind sie halt da.» [1]

Angela Merkel im September 2015, laut Welt-Online in einer Fraktionssitzung der CDU

«Ich würde die wesentlichen Entscheidungen wieder so fällen.» [2]

Angela Merkel 2020 über ihre Entscheidung zur Grenzöffnung im September 2015

Quellen:
1. welt.de, Flüchtlingskanzlerin: Die Union verweigert Merkel die Gefolgschaft, 27.09.2015
2. zeit.de, Angela Merkel: «Das Virus ist eine demokratische Zumutung», 28.08.2020

Quellen:
1. bundesregierung.de, Eine gesamtdeutsche Verfassung: Die DDR und das Grundgesetz, 16.05.2024
2. gesetze-im-internet.de, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Präambel, abgerufen am: 15.08.2024
3. gesetze-im-internet.de, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 23, abgerufen am: 15.08.2024
4. UN-Völkermordkonvention: «Internationales Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes», Artikel 2
5. voelkermordkonvention.de, Völkermord - eine Definition, abgerufen am: 15.08.2024
6. International Criminal Tribunal for Rwanda: The Prosecutor versus Jean-Paul Akayesu, Case No ICTR-96-4-T, S.208
7. spiegel.de, «Kampf der Wiegen unausweichlich», 05.02.1989

Auf einen Blick

- **Unter dem Vorwand des Schutzes von Menschenrechten wird nahezu jeder Versuch, die nationalen Grenzen zu schützen, von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union verurteilt.**
- **UN und EU schreiben Deutschland per «Soft Law» und «Hard Law» vor, Migranten fast bedingungslos aufzunehmen und zu versorgen.**
- **Durch das neue «Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts» wird die deutsche Staatsbürgerschaft noch leichtsinniger vergeben als zuvor. Das ebenso neu verabschiedete «Rückführungsverbesserungsgesetz» wirkt dagegen wie eine zahnlose Finte.**
- **Kritik an all dem unerwünscht: Der Migrationspakt verurteilt «Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gegenüber Migranten».**
- **Vorwurf «Racial Profiling»: Migrantenkriminalität wird durch politische Korrektheit Vorschub geleistet.**

Von «Soft Law» zu «Hard Law»: Die Implementierung des UN-Migrationspaktes



Während der im Einleitungstext beschriebene UN-Migrationspakt (siehe S.7 ff.) selbst nicht rechtlich bindend ist, können seine Prinzipien und Ziele durch Gesetzgebung in nationales Recht überführt und in der Praxis umgesetzt werden, was in Deutschland mittlerweile fleißig geschieht. Der in der Genfer Flüchtlingskonvention verankerte «Grundsatz der Nichtzurückweisung», der durch den Pakt gestärkt werden soll, verbietet einem Staat die Rückführung von Migranten, ohne deren Asylansprüche geprüft zu haben. Dies gilt jedoch im Völkerrecht als sehr umstritten, da die «Nichtzurückweisung» das ebenso im Völkerrecht verankerte Prinzip der territorialen Souveränität einschränkt. (1) In der Praxis ist es nämlich schwer umsetzbar, bei jedem Individuum, das eine Grenze überquert, zu prüfen, ob ihm im Heimatland Verfolgung droht (was einen Asylanspruch rechtfertigen würde). Sowieso stellt sich die Frage, inwieweit ein Grundrecht auf Asyl für jeden potenziellen Grenzübertreter überhaupt im Bereich des Möglichen liegt und ob man sich als Staat nicht selbst torpediert, wenn man sich bereiterklärt, wirkliche Verfolgte ohne Obergrenze aufzunehmen. Bis zu welchem Kontingent sollen politisch Verfolgte ihr Asylrecht gewährt bekommen? Eine Million, fünf Millionen, 20 Millionen, 100 Millionen?

Bei den meisten angeblichen Flüchtlingen ist praktisch nicht herauszufinden, inwieweit sie in ihrem Heimatland politischer Unterdrückung ausgesetzt sind, geschweige denn, welches überhaupt ihr Heimatland ist. Und selbst wenn ihnen Tod und Elend drohen würden: Bei einer bestimmten Menge an Asylanträgen, die in Deutschland längst überschritten ist, muss jeder Staat auf der Welt ein Limit setzen. Das sah sogar der SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz ein, der dem Spiegel im Oktober 2023 mitteilte: «Wer eine unbegrenzte Zuwanderung will, muss so ehrlich sein und sagen, dass wir dann unseren Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, nicht aufrechterhalten könnten.» (2)

«Illegale Pushbacks»

Trotz der realen Begebenheiten, die den «Grundsatz der Nichtzurückweisung» als wenig praktikabel entlarven, spricht die UNO laufend von «illegalen Pushbacks», wenn Staaten Grenzübertreter schnellstens in das Land zurückschicken, aus dem sie gekommen sind. (3) Werden Grenzübertritte allgemein durch nationale Gesetze für illegal erklärt und «das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren» (New Yorker Erklärung, 2016, siehe S.8) nicht garantiert, dann handelt es sich aus Sicht der Vereinten Nationen um einen «illegalen Pushback» desjenigen Staates, der diese Regeln implementiert hat. Ergo: Jedes Vorgehen der Staatsgewalt, um Migranten ohne ein individuelles Verfahren aus dem Land zu schaffen, wird von der UNO für illegal erklärt. Wenn sich z.B. die polnische Polizei an der Grenze zu Weißrussland weigert, irakischen Eindringlingen ein Asylverfahren inklusive Versorgung anzubieten und sie stattdessen zurück nach Weißrussland schickt, ist dies im UN-Narrativ der Inbegriff eines «illegalen Pushbacks». (4) Auch die Remigration von zehntausenden haitianischen Migranten, die sich an der amerikanisch-mexikanischen Grenze sammelten und von US-Behörden in ihr Heimatland zurückgeführt wurden, ist nach diesen Standards unrechtmäßig. (5) Hingegen ist es ganz im Sinne des «Grundsatzes der Nichtzurückweisung», wenn Deutschland schlicht jedem Ankommenden ein Asylverfahren gewährt, was selbst laut CDU-Chef Friedrich Merz «hunderttausendfach missbraucht» wird. (6) Dass die «Macht des souveränen Staates mit einem ganzen Katalog von universellen Menschenrechten eingedämmt» wird, stellte Prof. Dr. Christian Joppke, migrationskritischer Soziologe an der Universität Bern, schon in den 90ern fest. (7)

Deutschland prescht voran

Die deutsche Bundesregierung handelt quasi als UN-Musterschüler. Nach einer 2021 gefällten Entscheidung des nordrhein-west-





Folgen

Ich freue mich, dass wir im Kabinett meinen Gesetzentwurf für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht beschlossen haben. Diese Reform ist ein Bekenntnis zu einem modernen Deutschland. Wir schaffen ein Einwanderungsrecht, das unserer vielfältigen Gesellschaft gerecht wird. Endlich!

1:02 nachm. · 23. Aug. 2023 · **91.371** Mal angezeigt

Die deutsche Innenministerin Nancy Faeser auf «X» über das von ihr vorangetriebene «Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts», mit dem Ausländer den deutschen Pass schon nach drei bis fünf anstatt acht Jahren bekommen.

➔ fälischen Oberverwaltungsgerichts in Münster können nicht einmal über Italien eingereiste «Schutz- oder Asylsuchende» von Deutschland dorthin zurückgeschickt werden. Italien ist in vielen Fällen der Staat, in dem afrikanische Migranten zum ersten Mal europäischen Boden betreten. Nach geltendem EU-Recht, das mittlerweile in Deutschland so gut wie ausgesetzt ist, müssten sie eigentlich auch dort ihren Asylantrag stellen (siehe S.11 f.). Das deutsche Gericht sah in Italien jedoch die ernsthafte Gefahr einer unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung [8], obwohl das Land im Vergleich zu den typischen afrikanischen Herkunftsländern geradezu luxuriöse Versorgungsstandards aufzuweisen hat.

Am 19. Januar 2024 beschloss der Bundestag das «Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts». Bisher mussten Personen in der Regel mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben, um die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen zu können. Mit der Gesetzesänderung wurde diese Frist jetzt auf fünf Jahre verkürzt, bei «besonderen Integrationsleistungen» – ein halbwegs fließendes Deutsch und gute Schulnoten sollten genügen – sogar auf gerade mal drei Jahre. Auch weitere Einbürgerungsvorraussetzungen wurden mit dem Gesetz gelockert. Zudem erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern künftig vorbehaltlos den deutschen Pass. [9] Schon jetzt werden hunderttausende vorgebliche oder tatsächliche Syrer und Afghanen, die 2015 und 2016 illegal nach Deutschland einreisten, mit deutschen Pässen versorgt, was sich in Zukunft durch diese «Modernisierung» nur noch beschleunigen wird.

Hatte Bundeskanzler Olaf Scholz im Zuge der Gaza-Ausschreitungen versprochen, die Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber massiv auszuweiten, war sein im Januar 2024 durch den Bundestag beschlossenes «Rückführungsverbesserungsgesetz» mehr als zahnlos. Nicht einmal ein Antrag der Unionsfraktion, die gesetzlichen Kompetenzen der Bundespolizei für Rückführungen auszuweiten und die Möglichkeit, Asylanträge von illegal Eingereisten abzulehnen, floss in das Gesetz mit ein. [10] «Das ‹Rückführungsverbesserungsgesetz› der Ampel-Koalition, beschlossen am 18. Januar, sieht zwar Verschärfungen für Asylbewerber vor, beziffert die Zahl der dadurch wachsenden Abschiebungen auf bloße 600 Menschen. Pro Monat – während pro Tag rund 1000 Asylbewerber hinzukommen», so der Focus. [11]

Foto: Martin Kraft (photo.martinkraft.com) Lizenz: CC BY-SA 4.0 via Wikimedia Commons



«Migration in Frankfurt ist eine Tatsache. Wenn Ihnen das nicht passt, müssen Sie woanders hinziehen.»

Nargess Eskandari-Grünberg, deutsche Kommunalpolitikerin (Bündnis 90/Die Grünen), von 2022 bis 2023 kommissarisch für die Amtsgeschäfte des Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt am Main zuständig, Anfang 2019 in Frankfurts Bildungs- und Integrationsausschuss

Quelle: fr.de, Wie eine Gebetsmühle, 30.01.2019

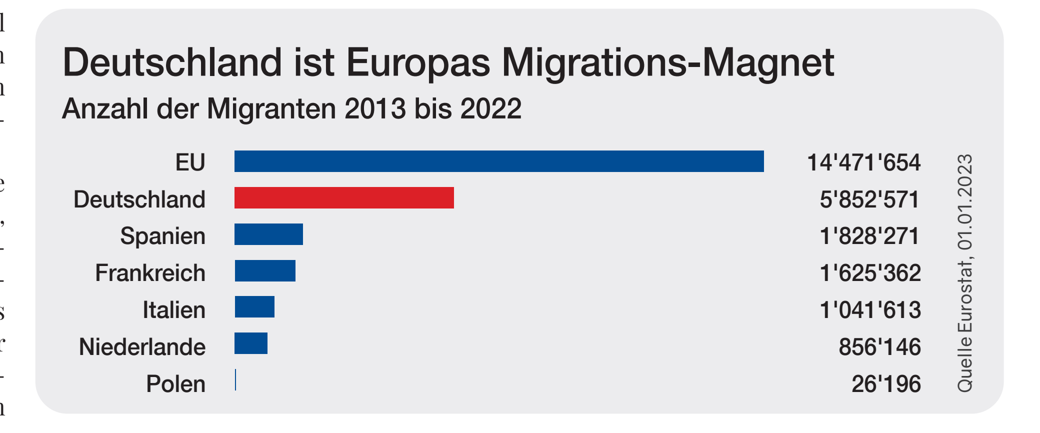
Die EU mischt sich ein

Die Europäische Union, deren Vertreter bei den Vereinten Nationen den UN-Migrationspakt durchweg befürworteten [12], übt erheblichen Druck auf Deutschland aus, im Sinne des Paktes zu handeln: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg entschied im Juli 2022, dass arbeitslose EU-Ausländer in Deutschland zukünftig Kindergeld kassieren dürfen. Wer vorher etwa aus Rumänien nach Deutschland kam, musste einen Job haben, um Kindergeld zu bekommen. Dem EuGH zufolge soll das in den ersten drei Monaten in Deutschland nicht mehr nötig sein. Geklagt hatte eine Bulgarin, die für ihre drei Kinder Kindergeld erhalten wollte, obwohl sie in Deutschland kein Geld verdiente. Der Kindergeldanspruch für drei Kinder über drei Monate beläuft sich auf etwa 2000 Euro. Monatlicher Durchschnittslohn in Bulgarien: 800 Euro. Der Innenexperte Christoph de Vries von der CDU warnte: «Das Urteil birgt die Gefahr eines Kindergeld-Tourismus nach Deutschland.» [13] Ironischerweise zielt der UN-Migrationspakt wörtlich auf die «Minimierung nachteiliger Triebkräfte und struktureller Faktoren, die Menschen dazu bewegen, ihre Herkunftsländer zu verlassen» ab. [14] Ausgerechnet die wichtigsten Triebkräfte monetärer Natur scheinen Unterzeichnerstaaten wie Deutschland aber nicht minimieren, sondern vielmehr fördern zu wollen.

Im September 2023 erklärte der EuGH zudem Zurückweisungen von Migranten an Binnengrenzen der EU für rechtswidrig. Damit muss Deutschland jeden illegal eingereisten Ausländer aufnehmen und darf ihn vorerst nicht in das EU-Land, aus dem er die Grenze überschritten hat, zurückweisen, was die herrschenden BRD-Regierungen sowieso bisher so gut wie nie getan hatten. [15]

Spitzenreiter Deutschland

«Laut EU-Datenbank Eurostat kamen zwischen 2013 und 2022 insgesamt fast 14,5 Millionen Ausländer in die EU. Davon suchten sich knapp sechs Millionen (40 Prozent) Deutschland als Zielland aus. Zum Vergleich:

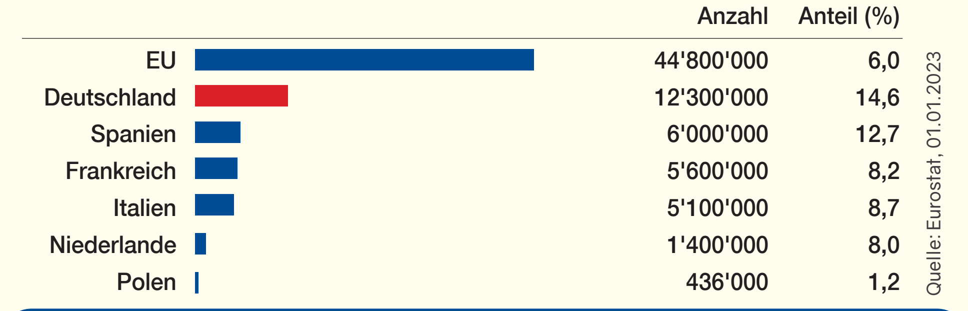


Die Deutschen stellen nur 19 Prozent aller EU-Bürger. Insgesamt sind in der EU im Jahr 2023 rund 1,05 Millionen Asylerstanträge gestellt worden – der höchste Wert seit dem Jahr 2016. Die meisten Asylbewerber stammen aus Syrien, Afghanistan und der Türkei. Auf Deutschland entfielen davon rund 329'000 Erstanträge – rund ein Drittel! Frankreich kommt beim Asyl auf 15 Prozent, Spanien und Italien auf je rund neun Prozent. Damit ist die Bundesrepublik der einsame Spitzenreiter in der EU», so die Bild-Zeitung im Juli 2024. [16] Ein UN-Musterschüler eben.

Kein Wunder, dass der UNO-Migrationschef Peter Sutherland (siehe S.6) die EU in einer führenden Rolle bei der von ihm vorgesehenen Zerstörung ethnischer Homogenität gesehen hatte. Vor dem britischen Parlament hatte er 2012 folgendes ausgesprochen: «Die Vereinigten Staaten oder Australien und Neuseeland sind Migrationsgesellschaften und nehmen daher Menschen anderer Herkunft leichter auf als wir [Europäer], die wir immer noch das Gefühl einer Homogenität und eines Unterschieds zu anderen haben. Und das ist genau das, was die Europäische Union meiner Meinung nach mit allen Mitteln untergraben sollte.» [17]

So viele Ausländer leben in EU-Ländern

Bürger mit anderen Pässen im EU-Vergleich



	Anzahl	Anteil (%)
EU	44'800'000	6,0
Deutschland	12'300'000	14,6
Spanien	6'000'000	12,7
Frankreich	5'600'000	8,2
Italien	5'100'000	8,7
Niederlande	1'400'000	8,0
Polen	436'000	1,2

Quelle: Eurostat, 01.01.2023

Die Bundesrepublik Deutschland ist der einsame EU-Migrations-Spitzenreiter und damit ein Musterschüler für die Vereinten Nationen.



Kampf gegen «Diskriminierung»

Der Migrationspakt verspricht eine «Einstellung der öffentlichen Finanzierung oder materiellen Unterstützung von Medien, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gegenüber Migranten fördern» [14], was u.a. mit dem Verbot migrationskritischer Medien wie Compact durch Innenministerin Nancy Faeser vorangetrieben wird (siehe S.75 ff.). Auch der verschärfte Kampf gegen «Hasskriminalität im Netz» [18] leistet dieser Versprechung Vorschub, da sich die kritische Gegenöffentlichkeit zur Masseneinwanderung vor allem im Internet formiert.

Außerdem sollen Regierungen laut Migrationspakt «systematische Fälle von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und allen anderen mehrfachen und sich überschneidenden Formen der Diskriminierung» aufdecken und dies «in Partnerschaft mit nationalen Menschenrechtsinstitutionen» tun, wie etwa der Amadeu Antonio Stiftung in Deutschland (siehe S.74,78,79 u. 80 f.). Insbesondere weiblichen Migranten soll «Zugang zu nationalen und regionalen Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismen gewährt werden, um die Rechenschaftspflicht zu fördern und diskriminierende Handlungen und Manifestationen gegen Migrantinnen, Migranten und ihre Familien im Zusammenhang mit staatlichen Maßnahmen anzugehen». [14]



Beitrag auf der Plattform Twitter (mittlerweile «X») von der staatsnahen Amadeu Antonio Stiftung aus Deutschland, die den «nationalen Menschenrechtsinstitutionen» entspricht, deren wichtige Rolle bei der Aufdeckung vermeintlicher Intoleranz vom UN-Migrationspakt betont wird.

«Racial Profiling»

Als eine der Maßnahmen, die diese Vorgaben erfüllt, ist eine Änderung des deutschen Polizeigesetzes im April 2023 zu nennen. Wer sich von der Bundespolizei anlasslos kontrolliert fühlt, kann von den Beamten seitdem eine sogenannte Kontrollquittung verlangen. Damit sollen sich Betroffene gegen ein sogenanntes «Racial Profiling» wehren können, d.h. die Praxis, Personen basierend auf ihrer ethnischen Zugehörigkeit ohne konkreten Verdacht zu kontrollieren. «Der betroffenen Person ist im Falle des Satzes 1 auf Verlangen unverzüglich eine Bescheinigung über die Maßnahmen und ihren Grund auszustellen. Die betroffene Person ist über dieses Recht zu belehren», heißt es konkret in der Gesetzesnovelle. [19] In der Umsetzung wird dies einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand bedeuten und Polizisten dazu nötigen, sich zu rechtfertigen, obwohl es dafür keinen Grund gibt, da Polizeibeamte das Recht haben und haben sollten, jeden Passanten zu kontrollieren, wenn sie das wollen.

Polizisten werden somit davon abgeschreckt, Kontrollen an Nichtdeutschen





➔ durchzuführen, da sie sich selber in Schwierigkeiten bringen könnten. So wird effektive Arbeit erheblich erschwert. Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, kommentierte im März 2023 die anstehenden Gesetzesänderungen so: «Unser Auftrag ist die Sicherung der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland. Wenn wir dann einen grenzüberschreitenden Zug, der von Prag nach Dresden fährt, stichprobenartig kontrollieren, dann kontrollieren wir selbstverständlich nach polizeilichen Lagebildern. Wenn wir das polizeiliche Lagebild haben, dass die illegale Migration über diese Route gerade stark zunimmt, dann kontrollieren wir wahrscheinlich eher nicht die grauhaarige Oma mit der Handtasche auf der letzten Bank, sondern andere Personen, die in das polizeiliche Raster passen. Schon kommt die Politik aus der Ecke und behauptet, meine Kolleginnen und Kollegen würden dort ‹Racial Profiling› betreiben. Das ist absoluter Blödsinn.» [20]

Studie entlastet Polizei

Ob «Racial Profiling» bei der Polizei überhaupt stattfindet, sollte von einer Studie untersucht werden, die vom Berliner SPD-Innensenator Andreas Geisel für 200'000 Euro in Auftrag gegeben worden war. So sehr man das Verhalten der Beamten auch problematisieren wollte, war der Berliner Polizei nicht zu viel anzukreiden. Beziehungsweise doch, nur andersherum, denn es ergab sich eher das Bild einer zu laschen Vorgehensweise. «Menschen, die wegen ihrer Hautfarbe von Polizisten für Dealer gehalten und nur deshalb kontrolliert werden? ‹Das haben wir nicht wirklich beobachtet›, sagte Christiane Howe von der Technischen Universität (TU) Berlin, die mit ihrem Forscherteam mehr als drei Monate lang Polizisten begleitet hat», wie der Tagesspiegel im Oktober 2022 berichtete. [21]

Trotzdem ist davon auszugehen, dass 2023 nicht die letzte Maßnahme gegen «Racial Profiling» eingeleitet wurde. Offenkundig vernachlässigt Deutschland seine eigenen Interessen. Die Annahme, dass es damit den Vorgaben der UNO zu entsprechen versucht, ist zumindest naheliegend, obwohl man den Finger schwer auf nicht-bindendes «Soft Law» legen kann (siehe S.8 f.). Im Widerspruch zum UN-Migrationspakt handelt die BRD definitiv nicht. ***(tk)***

UN-Migrationspakt untermauert Resettlement-Pläne

«Die Bundesregierung sollte eine internationale Koalition von Staaten auf den Weg bringen, die sich dem Ziel verschreibt, jährlich Flüchtlinge im Umfang von 0,05 Prozent der eigenen Bevölkerung im Rahmen von Resettlement-Programmen aufzunehmen, vor allem Frauen, Kinder und Opfer sexualisierter Gewalt. Dies entspräche für Deutschland der Zahl von 40'000 Flüchtlingen im Jahr.»

Die «Fachkommission Fluchtursachen» der deutschen Bundesregierung in einem Dokument von 2021

Quelle: Fachkommission Fluchtursachen; Krisen vorbeugen, Perspektiven schaffen, Menschen schützen, 15.04.2021



Migrationspakt als Argumentationsanker

Explizit wird in dem Dokument an der Stelle zu den Resettlement-Plänen (siehe S.16) **auf den UN-Migrationspakt von 2018** (siehe S.7 ff.) **verwiesen, dessen «Verpflichtungen» unzureichend nachgekommen werden würde. «Die bisherige Unterstützung der Aufnahmeländer durch die internationale Staatengemeinschaft ist trotz der Verpflichtungen der Globalen Pakte für Migration und Flüchtlinge [unklar, warum Mehrzahl] von 2018 unzureichend», kann man da lesen.**

Chef der deutschen Polizeigewerkschaft warnt: Einwanderung am Limit!

«Ich habe schon vor eineinhalb Jahren darauf hingewiesen, dass die Länder und Kommunen irgendwann in die Situation kommen, keine Menschen mehr unterbringen zu können. Da ist es völlig wurscht, ob das jetzt ukrainische Kriegsvertriebene sind oder illegale Migranten, die hier nach Deutschland kommen. Untergebracht werden müssen alle. Die Kommunen können nicht mehr und das Bundesinnenministerium tut so, als wäre alles in Ordnung.»

Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, im März 2023

Quelle: youtube.com, Neue Kriminalstatistik beweist, dass Faeser ein riesiges Problem verschweigen will!, 30.03.2023

Er könnte es wissen…

Dass hochrangige Polizisten Alarm schlagen, sollte ernstgenommen werden, denn im Gegensatz zu den im Elfenbeinturm verweilenden Bundespolitikern sind sie jeden Tag mit der realen Gefahrenlage konfrontiert.

Quellen:

1. de.wikipedia.org, Grundsatz der Nichtzurückweisung, abgerufen am: 17.07.2024
2. spiegel.de, Scholz und die Flüchtlingspolitik: «Wir müssen endlich im großen Stil abschieben», 20.10.2023
3. dw.com, Umstrittene Pushbacks: Legal oder illegal?, 07.10.2021
4. stern.de, Illegale Pushbacks: «Die polnische Polizei hat uns geschlagen»: Iraker berichtet von seiner Flucht, 21.10.2021
5. migrationpolicy.org, Haitians Flee a Nation Nearing Collapse, 05.07.2023
6. zdf.de, CDU-Chef im Sommerinterview: Merz relativiert Brandmauer zur AfD, 23.07.2023
7. academic.oup.com, Christian Joppke, Immigration and the Nation State, April 1999
8. dejure.org, Rechtsprechung: OVG Nordrhein-Westfalen, 20.07.2021 - 11 A 1674/20.A
9. migrando.de, Das neue Einbürgerungsgesetz tritt am 27.06.2024 in Kraft!, 01.08.2024
10. bundestag.de, Bundestag stimmt Gesetz zur Verbesserung von Rückführungen zu, abgerufen am: 17.07.2024
11. focus.de, Analyse von Ulrich Reitz: Wie eine linksgrüne Flüchtlingslobby Deutschlands Asyl-Wende sabotiert, 06.03.2024
12. eeas.europa.eu, Towards a Global Compact on Migration, 29.03.2018
13. bild.de, Umstrittenes Ausländer-Urteil: CDU warnt vor «Kindergeld-Tourismus», 02.08.2022
14. UN-Generalversammlung, Entwurf des Ergebnisdokuments der Konferenz, Marrakesch (Marokko), 10. und 11. Dezember 2018
15. lto.de, Keine Aushebelung der Rückführungsrichtline Zurückweisung an EU-Binnengrenze rechtswidrig, 21.09.2023
16. bild.de, Zuwanderungs-Statistik: Deutschland ist Europas Migrations-Magnet, 06.07.2024
17. bbc.com, EU should «undermine national homogeneity» says UN migration chief, 21.06.2012
18. bundesregierung.de, Gesetzespaket gegen Hasskriminalität: Entschieden gegen Hetze im Netz, 03.04.2021
19. tagesspiegel.de, Vorstoß gegen Racial Profiling: Ampel einigt sich auf Quittungen für Polizeikontrollen, 26.04.2023
20. youtube.com, Neue Kriminalstatistik beweist, dass Faeser ein riesiges Problem verschweigen will!, 30.03.2023
21. tagesspiegel.de, Rassismus-Studie der TU Berlin: Kein «Racial Profiling» der Polizei im Görli - es bleibt aber viel zu tun, 07.10.2022

Massenmigration trotz «Corona»-Grenzschließungen

Mai 2021: Ganz Deutschland ist einem harten Lockdown unterworfen und die Grenzübergänge der eigenen Bevölkerung werden streng kontrolliert. In dieser Gemengelage irritiert es doch etwas, dass plötzlich Bilder von tausenden neu angekommenen afrikanischen Migranten auf der italienischen Insel Lampedusa zu kursieren beginnen, die ohne den geringsten «hygienischen» Mindestabstand beieinander stehen. Diese sollen daraufhin auf Asylzentren in ganz Europa verteilt worden sein. [1] Parallel schrieb der damalige deutsche Außenminister Heiko Maas auf Twitter: «Italien darf beim Thema Flucht und Migration nicht alleingelassen werden. Wir haben in der Vergangenheit Flüchtlinge aufgenommen und werden das in diesem Sinne für die Zukunft in der Bundesregierung besprechen.» [2] Als der Deutsche seine eigenen vier Wände kaum verlassen durfte, standen die Grenzen zumindest für arabische und afrikanische Migranten sperrangelweit offen.

In Österreich fand sich in der «COVID-19-Einreiseverordnung 2021» ein Satz, der alle Asylwerber von sämtlichen «Corona»-Einreisebestimmungen ausnahm: «Personen dürfen in das Bundesgebiet einreisen, sofern dies nach verfassungsrechtlichen oder unmittelbar anwendbaren unionsrechtlichen oder durch völkerrechtliche Vorschriften geboten ist.» Damit war klar, dass der Anwendungsbereich der «Corona»-Regeln nicht für Asylwerber («völkerrechtliche Vorschriften») gelten durfte. Mit diesem Satz wurde auch die Exekutive daran gehindert, all jene Migranten, die keinen negativen PCR-Test oder kein Impfzertifikat vorweisen konnten, an der Grenze abzuweisen oder sie nach einem Aufgriff in Österreich wieder in das Herkunftsland zurückzuschieben. [3] Selbst «Corona» tat der Agenda «Ersetzungsmigration» also keinen Abbruch. ***(tk)***

Corona wirkt sich negativ auf Zuwanderung aus

Wanderungssaldo von Ausländer:innen in Deutschland*

1.200.000 · 1.000.000 · 800.000 · 600.000 · 400.000 · 200.000 · 0

2015: 1.156.962 · 2016 · 2017 · 2018 · 2019 · 2020: 248.607

* Saldo = Zugezogene minus Fortgezogene; Werte ab 2016 nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar

Quelle: Statistisches Bundesamt

statista

WELT+ MEINUNG MIGRATION

Gerade in Corona-Zeiten brauchen wir Zuwanderung

Veröffentlicht am 23.10.2020 | Lesedauer: 4 Minuten

Von Jörg Dräger

Zwar ging die Zuwanderung nach Deutschland leicht zurück (sowieso vorhandener Trend), doch angesichts eines absoluten Ausnahmezustandes mit rigiden Einreisebeschränkungen verwundert es, wie viele Menschen es doch noch in das Land schafften. Würde eine Regierung, die wirklich von der Existenz eines tödlichen, hochansteckenden Virus überzeugt ist, so eine rege Immigration zulassen?

Quellen:
1. Telegram, Tommy Robinson News
2. x.com, Heiko Maas, 12.05.2021
3. exxpress.at, Corona-Gesetz: Asylwerber dürfen weiterhin ungetestet und ungeimpft einreisen, 13.12.2021



Hunderte Migranten stehen im Mai 2021 auf der italienischen Insel Lampedusa eng nebeneinander. Diese wurden daraufhin nach Europa weitergeleitet, obwohl laut offiziellem Narrativ Reiseeinschränkungen zum Seuchenschutz geboten waren.




Katrin Göring-Eckardt MdB @GoeringEckardt · 11. Jan. 2021

Es braucht jetzt:

1. Nothilfe für die Menschen vor Ort.
2. Aufnahme eines angemessenen Kontingents von den griechischen Inseln
3. Resettlement-Verfahren für Geflüchtete aus Bosnien und Verteilung in der EU.



Katrin Göring-Eckardt MdB
@GoeringEckardt

4. Mehr Kontrolle über Frontex
5. Finanzielle Anreize für aufnahmebereite EU-Staaten
6. Ende der Kriminalisierung von Seenotretter*innen

#LeaveNoOneBehind

12:39 nachm. · 11. Jan. 2021

109 · 46 Personen twittern darüber

Katrin Göring-Eckardt, heute Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, auf Twitter (heute «X»), als die einheimischen Deutschen einem harten Lockdown und strengsten «Corona»-Regeln unterlagen.

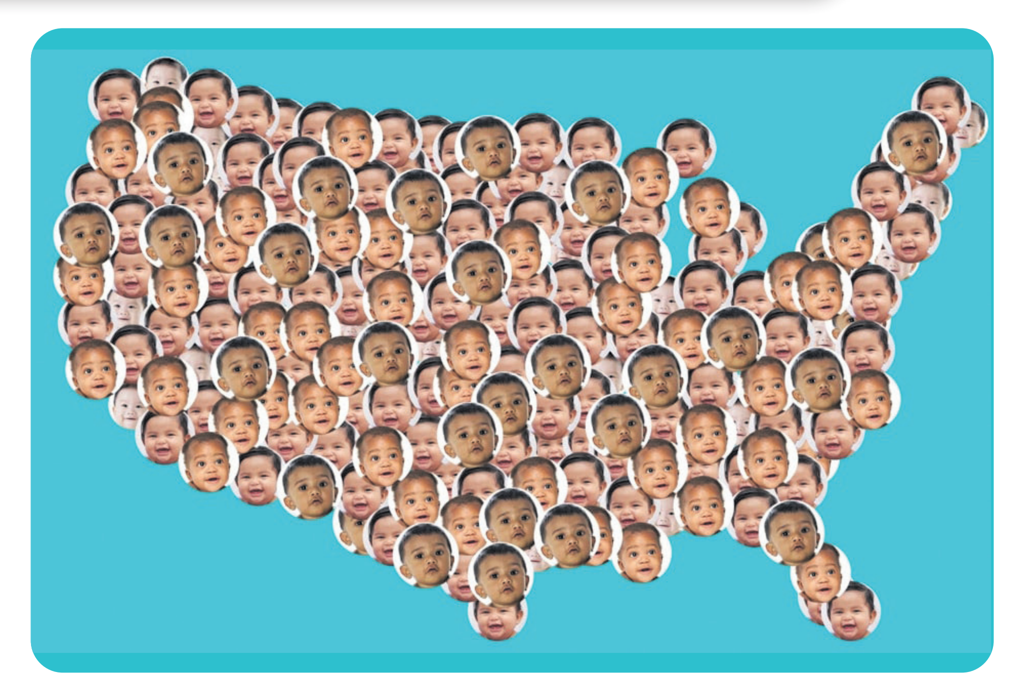
Auf einen Blick

- **Im ganzen Westen sinken die Geburtenzahlen. Weiße geraten im eigenen Land zunehmend in die Minderheit.**
- **«Demographischer Wandel» ist ein Euphemismus für das Aussterben der Heimatbevölkerung.**
- **Statt auf Familienpolitik zugunsten der heimischen Bevölkerung wird auf vorgebliche «Fachkräfte» aus dem Ausland gesetzt.**
- **Die heimische Bevölkerung wird sogar aktiv ermutigt, kinderlos zu bleiben. Als Gründe gelten unter anderem Selbstverwirklichung, Emanzipation, Klimawandel und Überbevölkerung. Wirtschaftskrisen tun indirekt ihr Übriges.**

«Ersetzungsmigration»? - Der Bevölkerungs-Shift im Westen

In unseren Gefilden scheinen sich Parteien, Medien und Institutionen flächendeckend einig: Um den «demographischen Wandel» und den angeblichen Mangel an Fachkräften zu meistern, ist die Integration von Menschen aus anderen, fernen Ländern das Mittel der Wahl. Dass es ein viel naheliegenderes Gegenmittel zu Geburtenrückgang und Fachkräftemangel wäre, die Geburtenrate der heimischen Bevölkerung anzuheben und sich somit auf biologischem Weg, kombiniert mit einer verbesserten (Aus-)Bildung, neue potenzielle Fachkräfte zu beschaffen, wird so gut wie nicht mehr thematisiert (Ausgaben 12,13.31,60). Statt das Kinderkriegen wieder attraktiv zu machen, wird die westliche Bevölkerung regelrecht einem propagandistischen Sterilisierungsprogramm ausgesetzt: «Lina Winter ist 27, beendet gerade ihren Master, und eigentlich wollten sie und ihr Freund Oskar (32) bald eine Familie gründen. Aber mit Blick auf das, was mit dem Planeten passiert, haben sie sich dagegen entschieden. ‹Das Leben wird ungemütlich›, sagt sie. Und er: ‹Es wäre schon schön. Aber die Politik handelt einfach nicht schnell genug.› Lina und Oskar sind Teil einer wachsenden Gruppe junger Menschen, die sich gegen Nachwuchs entscheiden, mit der Begründung: Klimakrise. Birthstrike-Bewegung [Geburtsstreik-Bewegung] heißt das in Großbritannien», so der Schweizer Tages-Anzeiger über den Verzicht auf Kinder wegen der angeblichen Klima-Krise. [1]

«Die Vierziger sind das perfekte Alter, um das erste Kind zu bekommen - Ich lebe mein bestes Leben», versicherte der britische Independent im Oktober 2023 der modernen Frau. [2] Die alternative Botschaft, falls die Klimapropaganda keine Früchte trägt: «Macht erstmal Karriere, Kinder kriegen könnt ihr später noch.» Oft ist es für viele Frauen dann aber zu spät. Es ist kein Geheimnis, dass die weibliche Fruchtbarkeit ab den 30ern rapide abnimmt und die Gefahr von Fehlgeburten steigt.



Demographische Transformation

Doch vielleicht wäre es sowieso besser, direkt auf Kinder zu verzichten, legte NBC News 2017 nahe: «Die Wissenschaft beweist, dass Kinder schlecht für die Erde sind. Die Moral gibt vor, dass wir sie nicht mehr bekommen sollten.» [3] «Wollen Sie den Klimawandel bekämpfen? Haben Sie weniger Kinder» [4], empfahl der auch der britische Guardian im Juli 2017. «Langfristige Prognosen gehen [...] davon aus, dass die Bevölkerung Deutschlands bis 2060 auf 73,1 Mio. Menschen zurückgehen wird, da nach 2020 ein wachsendes Geburtendefizit besteht, das selbst durch eine Nettozuwanderung von 200-300'000 Menschen nicht ausgeglichen werden kann», betonte derselbe Guardian in einem Artikel aus dem Jahr 2016 in Bezug auf den Ärmelkanal-Nachbar, der einer nahezu identischen Propaganda unterliegt. [5] Tja, da müssen wir Europäer alle unsere Grenzen wohl noch weiter öffnen, denn um den «demographischen Wandel»

Spektrum.de

KINDERWUNSCH

Auch ohne Nachwuchs glücklich

Kinder zu haben, ist für viele Menschen das größte Glück ihres Lebens. Darauf zu verzichten, hat Nachteile, aber in anderer Hinsicht als erwartet.

spektrum.de, 22.06.2021

Der Artikel bezog sich auf eine US-Studie, die keinen signifikanten Unterschied zwischen der Zufriedenheit von Eltern und Kinderlosen festgestellt haben will.

zu meistern, scheint eine Anhebung der Geburtenrate indigener Deutscher, Briten, Schweizer oder Engländer schlicht tabu.

«In den vergangenen Jahren ist Deutschland das zweitgrößte Einwanderungsland der Welt geworden, ohne es wirklich wahrhaben zu wollen. Und seine Bevölkerung erlebt gerade die womöglich größte demographische Transformation der Nachkriegsgeschichte: von einer alteingesessenen Mehrheitsgesellschaft, die ein paar Neuankömmlinge integrieren muss, zu einer hyperdiversen Gesellschaft, in der Deutsche ohne jegliche Migrationsgeschichte langsam, aber sicher zu einer numerischen Minderheit unter vielen werden», so Zeit-Online im Mai 2023. «Bei Kindern unter zehn Jahren haben etwa 40 Prozent einen Migrationshintergrund.» [6]

Migranten gehört die Zukunft?

Insgesamt liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland heute bei knapp einem Drittel – Tendenz rapide steigend. 24,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund stehen einer Gesamtbevölkerung von 83,9 Millionen bzw. 59 Millionen autochthonen Deutschen gegenüber. Mit 44% ist der Anteil von Nicht-Indigenen in Bremen am höchsten. [7] Auch in der Schweiz hat bereits die Mehrheit aller Kinder einen Migrationshintergrund: Laut einer Berechnung des Bundesamts für Statistik (BFS) für den Zeitraum 2019 bis 2021 lebten 58% der 0- bis 6-Jährigen und 56% der 7- bis 15-Jährigen in einem Haushalt mit mindestens einem Elternteil, der im Ausland geboren wurde oder einen ausländischen Pass hat. «Noch sind bei den Erwachsenen jene mit Migrationshintergrund in der Minderheit. Aber nicht mehr lange», meint der Schweizer Migrationsforscher Ganga Jey Aratnam. In der Stadt Zürich haben bereits 70 Prozent aller 15- bis 60-jährigen Wurzeln im Ausland, erfährt man im Tages-Anzeiger. Vor allem die Zahl der Neugeborenen aus Eritrea hat stark zugenommen. Während 2002 zwölf eritreische Neugeborene in der Schweiz auf die Welt kamen, so waren es 2022 über 1000. Gemäß dem Tages-Anzeiger leben über 15'000 Kinder zwischen 0 und 14 Jahren aus Eritrea in der Schweiz. [8]

Anteil der nicht-hispanischen Weißen an der US-Bevölkerung nach Alter (Stand 2020)

Quelle: William Frey, analysis of 2020 Census data for the Brookings Institution

Nachwuchs schon eine Minorität

Bezieht man nur weiße Amerikaner unter 40 Jahren ein, wird diese Bevölkerungsgruppe in ihrem Alterssegment bereits in wenigen Jahren der Minderheit sein, wenn sie es nicht schon ist.

Über dem großen Teich

«Laut Volkszählungsdaten wird die Generation Z [von 1997 bis 2012 geboren] die letzte Generation von Amerikanern mit einer weißen Mehrheit sein», informierte die Nachrichtenplattform The Hill Mitte 2023 den Leser. «Nach den Prognosen der Volkszählung wird der Anteil der weißen Bevölkerung bis 2045 auf unter 50% der amerikanischen Population fallen. Bis 2050 werden Weiße weniger als 40% der Bevölkerung unter 18 Jahren ausmachen.» The Hill zitierte Richard Alba, emeritierter Professor für Soziologie an einer New Yorker Universität. Menschen mit gemischter Ethnie hätten «relativ fließende Identitäten», meinte er. «Sie können sich als weiß betrachten, sie können sich als Minderheit betrachten, oder sie können sich als gemischt betrachten.» [9] Was ein bisschen klingt wie eine Stelle aus dem Pamphlet «Praktischer Idealismus» (1925) des in Europa immer noch hochverehrten Richard Coudenhove-Kalergi (siehe S.5 ff.): «Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen. Denn nach den Vererbungsgesetzen wächst mit der Verschiedenheit der Vorfahren die Verschiedenheit, mit der Einförmigkeit der Vorfahren die Einförmigkeit der Nachkommen.» Alba ignoriert dabei die Möglichkeit, dass sich Menschen mit gemischter Ethnie auch mit gar nichts davon identifizieren und sich ihr Leben lang entwurzelt und niemandem zugehörig fühlen könnten – ein wichtiger Faktor im modernen Machtsystem.

«In den 60er-Jahren betrug der Anteil der 27 EU-Länder an der Weltbevölkerung noch zwölf Prozent, heute liegt er bei sechs Prozent und 2070 wird er bei nur noch vier Prozent liegen. Gleichzeitig werden die Europäer im Vergleich zu anderen Kontinenten am ältesten sein und die Afrikaner am jüngsten. Mehr als jeder dritte Erdenbewohner (32 Prozent) wird im Jahr 2070 aus Afrika stammen.»

Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der EU-Kommission, Ende 2020 im Interview mit der Zeitung Welt

Quelle: welt.de, «Mehr als jeder dritte Erdenbewohner wird 2070 aus Afrika stammen», 24.12.2020



Foto: European Parliament from EU (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hearing_of_Dubravka_%C5%A0uica_(Croatia)_-_Democracy_and_demography_(48838221291)_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en



Wolfgang Schäuble zeigte seine ganze Verachtung für die Deutschen

«Die Abschottung ist doch das, was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe. Für uns sind Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt. Schauen Sie sich doch mal die dritte Generation der Türken an, gerade auch die Frauen! Das ist doch ein enormes innovatorisches Potenzial!»

Wolfgang Schäuble, ehemals u.a. Finanzminister und Präsident des Deutschen Bundestags, Ende 2023 verstorben, 2016 in einem Interview mit Die Zeit

Quelle: tagesspiegel.de, Wolfgang Schäuble: «Abschottung würde uns in Inzucht degenerieren lassen», 08.06.2016

Foto: Michael von der Lohe (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tag_f%C3%B-Cr_die_Demokratie_(49141018653)-b.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.5/deed.en

Volksverhetzung?

Schäubles Vorwurf einer inzestuösen Völkergemeinschaft in Europa ist wahrlich absurd und legt seine Geringschätzung gegenüber «den Eigenen» und einer über Jahrtausende gewachsenen Kultur offen. Warum wird diese Rhetorik bei Gruppierungen, unter denen die Heirat zwischen Cousins üblich ist, nicht angewandt? Abgesehen davon, dass eine «Abschottung» unrealistisch und von fast niemandem gewollt ist, würde diese ein Volk von 80 Millionen nicht «in Inzucht degenerieren» lassen. Und die Tatsache, dass man zum Schutz vor Inzucht ausgerechnet Menschen aus einer Kultur integrieren will, in der Inzucht deutlich häufiger vorkommt, ist an Ironie und Widersinn kaum zu übertreffen.

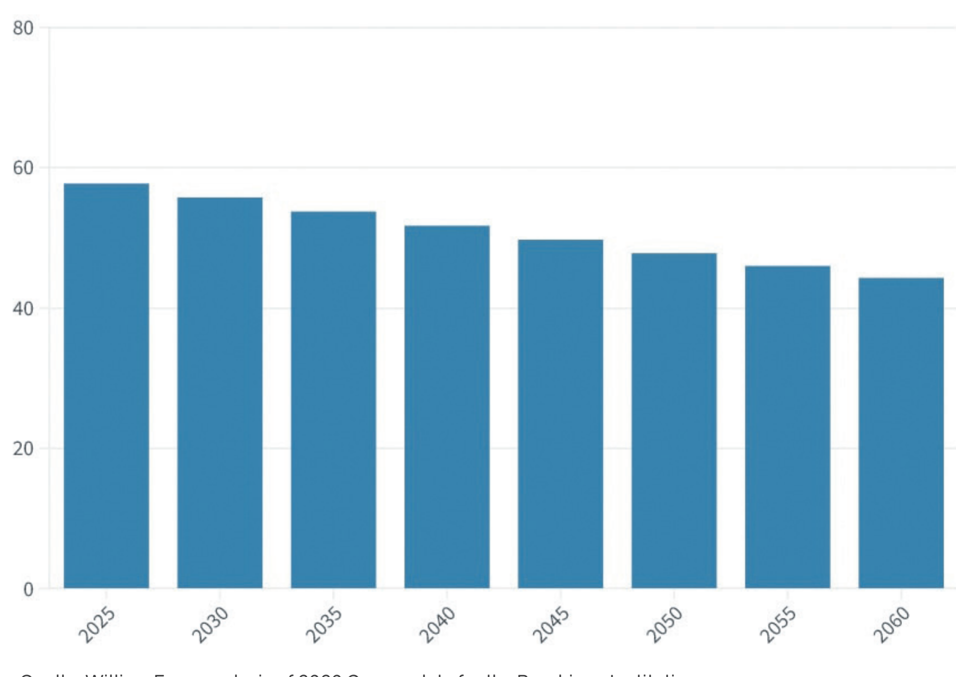


Bevölkerungsexplosion in Afrika

Während die indigene Bevölkerung in manchen Regionen offenbar gezielt dezimiert wird, wird sie in anderen Regionen vermehrt, was das Zeug hält. Die Fertilitätsrate in Afrika betrug im Jahr 2022 etwa 4,3 Geburten je Frau, in Europa 1,5, und das trotz laufendem Massenimport von Menschen aus Afrika und Arabien. [10] Bei einer Geburtenrate unter 2,1 Kindern pro Frau schrumpft die Bevölkerung langfristig. «Afrika ist eben nicht nur die leidenschaftlich oft zitierte Wiege der Menschheit, sondern auch der Ort, an dem sich die Zukunft unserer Spezies abspielen wird. In der UN-Weltbevölkerungsprognose 2024 ist der Kontinent zumindest der einzige, der bis ins nächste Jahrhundert hinein eine starke Bevölkerungszunahme verzeichnen wird», so MDR-Wissen im Juli 2024. [11] «Fast 40 Prozent der Afrikaner denken ans Auswandern», titelte Zeit-Online im März 2019. [12] Die Bevölkerung Afrikas wird bei fortlaufender Entwicklung regelrecht «explodieren» und den Westen fluten, was dazu führen könnte, dass Weiße im Zuge der globalen demographischen Verschiebung regelrecht verschluckt werden. Die Entwicklung in Südafrika, wo der Abstieg der weißen Minderheit durch Enteignungen, Morde und nachteilige Gesetze, massiv verstärkt wird, könnte eine Warnung für die Zukunft sein (Ausgabe 20).

Der Sozialist Andrei Sacharow, eine Schlüsselfigur der sowjetischen Langzeitstrategie (Doppelausgabe 41/42), hatte übrigens 1975 in seinem Buch «Wie ich mir Zukunft vorstelle» von einer «Erhöhung der Geburtenzahlen in den entwickelten Ländern» abgeraten. [13] Seine Ideen scheinen Früchte getragen zu haben. ***(tk)***

Anteil der nicht-hispanischen Weißen in der US-Gesamtbevölkerung bis 2060 (Prognose in einer Volkszählung zum Jahr 2020)



Quelle: William Frey, analysis of 2020 Census data for the Brookings Institution

Ab 2045 wird die weiße US-Bevölkerung endgültig in der Minderheit sein.

Quellen:
1. tagesanzeiger.ch, CO2-Hebel FamilienplanungEine Zukunft ohne Kinder, 26.02.2022
2. independent.co.uk, Your forties is the perfect decade to have your first child - I'm living my best life, 27.10.2023
3. nbcnews.com, Science proves kids are bad for Earth. Morality suggests we stop having them, 15.11.2017
4. theguardian.com, Want to fight climate change? Have fewer children, 12.07.2017
5. theguardian.com, Refugee influx helps halt decline in Germany's population, 06.01.2016
6. zeit.de, Migranten: Sie werden die Mächtigen sein, 30.05.2023
7. bpb.de, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, 24.04.2024
8. tagesanzeiger.ch, Geburten in der Schweiz: Fast 60 Prozent der Kinder haben einen Migrationshintergrund, 14.01.2024
9. thehill.com, America's white majority is aging out, 07.08.2023
10. de.statista.com, Fertilitätsrate nach Weltregionen im Jahr 2023, 07.08.2024
11. mdr.de, UN-Weltbevölkerungstag: 10 Milliarden - und Afrika steht im Mittelpunkt, 11.07.2024
12. faz.net, Fast 40 Prozent der Afrikaner denken ans Auswandern, 29.03.2019
13. Andrei Sacharow, Wie ich mir die Zukunft vorstelle, S.33 f.

ZEIT ONLINE Politik
@zeitonline_pol

Integration war gestern: Deutschland ist das zweitgrößte Einwanderungsland der Welt und die Urdeutschen dürften auf absehbare Zeit zu einer numerischen Minderheit unter vielen werden. Und nun?



zeit.de
Migranten: Sie werden die Mächtigen sein

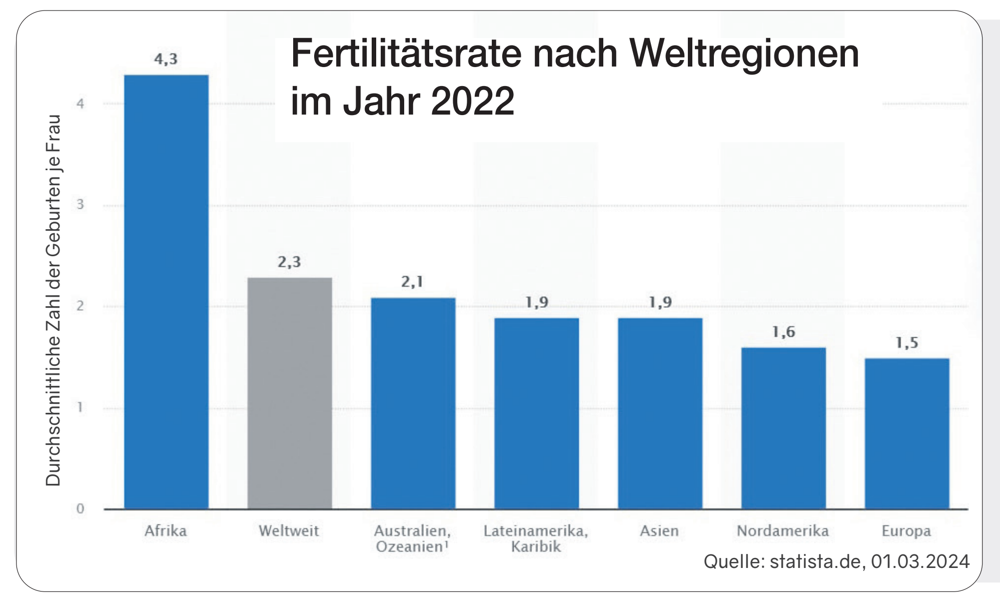
Die Zeit am 30. Mai 2023 auf «X»

Eigentlich wird in diesem Artikel dreist kommuniziert: Das Gerede von Integration war bloß eine Lüge! Vielleicht, um die Gemüter zu beruhigen?

Wo leben viele Menschen mit Migrationshintergrund?

Stadt	Anteil Menschen mit Migrationshintergrund	Anteil bei unter 6-Jährigen
Frankfurt/M.	43 % +	ca. 70 %
Stuttgart	38 % +	ca. 60 %
Nürnberg	37 % +	ca. 70 %
München	36 % +	ca. 60 %
....		
Düsseldorf	32 % +	ca. 60 %
Köln	31 % -	ca. 55 %
Hannover	30 % -	ca. 55 %
Dortmund Duisburg Gelsenkirchen Berlin/Hamburg/Bremen Essen	20-29 % (Durchschnitt für Deutschland)	unter 50 %

Diese Zahlen für die BRD legte Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani in einem Vortrag an der Universität Stuttgart am 3. Juni 2016 dar, der den Titel «Was bedeutet es, ein Einwanderungsland zu sein?» trug.



Quelle: statista.de, 01.03.2024

Alte, weiße Männer locker ersetzbar?

Das Verschwinden der Weißen könnte verhängnisvolle Folgen haben, denn Europa hat die Welt technisch zivilisiert. Ohne die Europäer sowie ihre amerikanischen «Cousins» gäbe es heute noch keine Bücher, Autos, Flugzeuge, Züge und kein Internet. Ob die Menschheit den Verlust der Fähigkeiten weißer Menschen verkraften kann, ohne dabei zivilisatorisch zurückzufallen, steht in den Sternen **(siehe S.84 ff.)****.**



«Die Praktik, dass der Sklavenstatus vererbt wird, ist im gesamten Sahelgürtel Afrikas, einschließlich Mauretanien, Niger, Mali, Tschad und Sudan, noch immer anzutreffen, schreibt die Menschenrechtsorganisation Anti-Slavery.»

Die Deutsche Welle Ende 2021

Quelle: dw.com, Sklaverei in Afrika: Noch lange nicht überwunden, 02.12.2021

Es ist verständlich, dass Menschen aus Ländern fliehen wollen, in denen sogar heute noch Sklaverei existiert. Doch die westliche Zivilisation, die historisch als erste die Sklaverei abgeschafft hat, kann nicht alle aufnehmen, die eine neue Heimat suchen. Menschen ändern sich nicht von heute auf morgen, nur weil sie in einem anderen Land leben. Wenn man weiterhin Millionen von Afrikanern aufnimmt, könnte es nicht lange dauern, bis in Europa ähnliche Zustände herrschen wie in Mali. Würde sich der Westen hingegen dafür einsetzen, die Verhältnisse vor Ort in Afrika zu verbessern, würde dies schnell als «Neokolonialismus» verurteilt werden, was im politisch korrekten Mainstream ebenfalls nicht akzeptiert ist. Mehr Hintergrundinformationen zur modernen Sklaverei und zur verzerrten Darstellung der Geschichte des «schuldigen Weißen» finden Sie in unserer Ausgabe 35.





kleinezeitung.at, 16.06.2016

MALI

"Weg wollen wir hier alle"

Zigtausende flüchten jedes Jahr aus und über Mali nach Europa. Während vor allem Jüngere Afrika für eine bessere Zukunft verlassen möchten, will sich das Bundesheer vermehrt dort niederlassen. Von Klaus Knittelfelder aus Bamako



Frankreich, Spanien, England: Migranten strömen in die die Dörfer

The Telegraph

Send asylum-seekers to 'underpopulated' countryside, says Macron

French Right says president should tackle illegal immigration, not pass the buck to the countryside

telegraph.co.uk, 20.09.2022

The Guardian

First refugees arrive in tiny Catalan villages under repopulation plan

theguardian.com, 11.12.2022

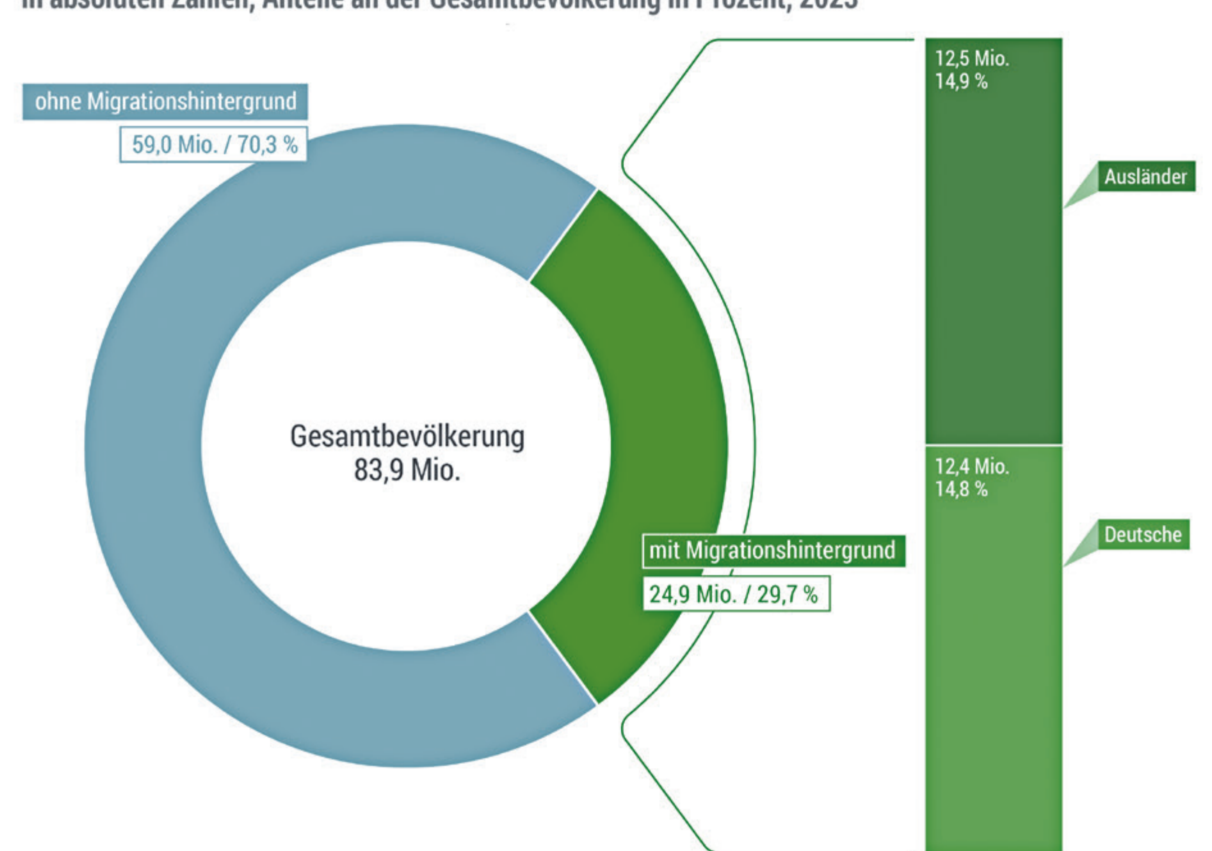
The Telegraph

Migrants could be encouraged to move to rural areas to boost economies and population

telegraph.co.uk, 13.12.2022

Jeder Winkel muss «bunt» werden

In einer Rede vor französischen Staatsdienern im September 2022 schlug Frankreichs Präsident Emmanuel Macron vor, Zuwanderer in «ländliche Gebiete mit Bevölkerungsverlust» zu schicken, in denen «die Aufnahme [der Zuwanderer] besser sein wird, als wenn wir sie in bereits dicht besiedelte Gebiete bringen». In Spanien geschieht dies schon: Ein Programm der katalanischen Regierung zur Umsiedlung von Flüchtlingen (z.B. aus Syrien) in entvölkerte Dörfer trägt den Namen «Operation 500», weil es Dörfer mit weniger als 500 Einwohnern betrifft. Die Teilnehmer werden in abgelegene Ecken des Landes geschickt, erhalten eine Wohnung und ein Gehalt von rund 20'000 Euro pro Jahr, das von der örtlichen Behörde gezahlt wird, die auch die Arbeit für sie organisiert. Auch in Großbritannien sollen Migranten ein spezielles Visum erhalten, das sie dazu verpflichtet, fünf Jahre lang in ländlichen Gebieten zu leben, um den dortigen Bevölkerungsschwund zu bekämpfen und die alternden Gemeinden zu verjüngen. Dies empfahl ein Beratergremium der Regierung. Laut dem britischen Medium Telegraph läuft ein ähnliches Programm in Kanada sehr erfolgreich. Beispiele wie diese verbildlichen auf perfekte Weise die Existenz und den Charakter der «Ersetzungsmigration» (siehe S.6 f.).



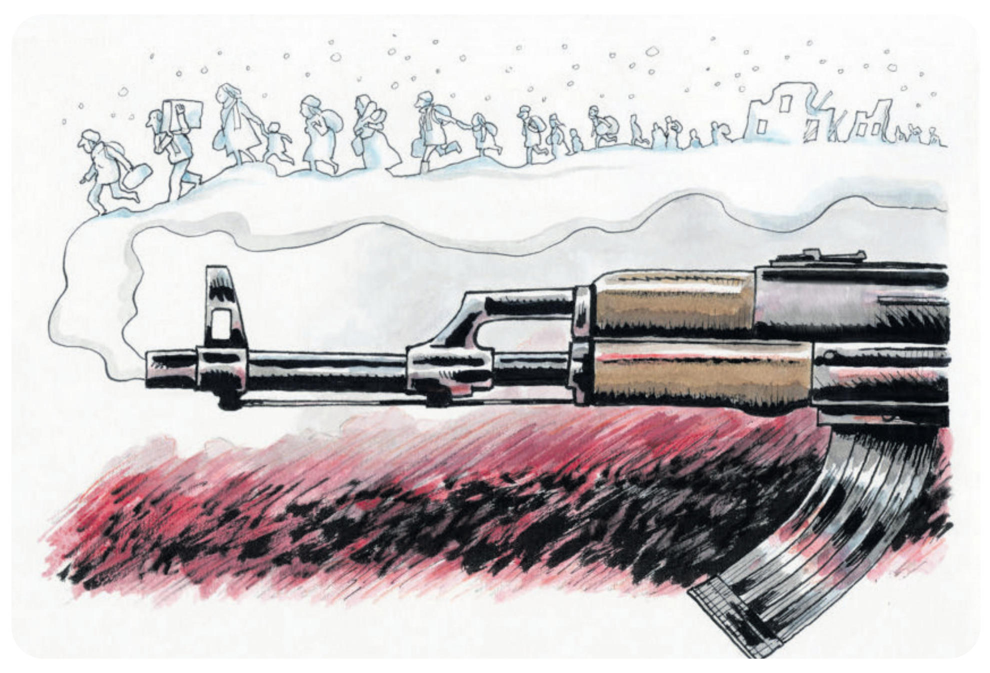
Fast jeder Dritte in Deutschland hat also einen Migrationshintergrund - Tendenz rapide steigend aufgrund des Aussterbens der letzten Generation ohne «Diversität».

Auf einen Blick

- **Die Migrationswaffe ist ein Teil der hybriden Kriegsführung des modernen Militärs.**
- **Als solche wird sie auch in der Politik und im Mainstream erkannt, sofern der Urheber ins einseitige Weltbild passt (Russland, Belarus, Türkei).**
- **Die Regel ist jedoch, dass die Massenmigration als Ganzes nicht als hybrider Krieg aufgefasst wird, sondern unhinterfragt als zufällige Entwicklung betrachtet werden soll.**
- **Auffällig viele junge, wehrfähige Männer strömen seit 2015 nahezu ununterbrochen nach Europa. Ihr Verhalten ist dem von Söldnern samt (Kriegs-?)Verbrechen oft nicht unähnlich.**
- **Auch die USA sind Ziel der Migrationswaffe: Millionen von Migranten aus Mittel- und Südamerika, jedoch auch aus China, strömen über die Südgrenze der Vereinigten Staaten.**
- **Westliche Regierungen unterbinden dies nicht, sondern helfen geradezu dabei. Ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung?**

Hybrider Krieg: Migration als Waffe

Geostrategen wissen Bescheid über die verheerenden Wirkungen von Migrationsbewegungen auf Zielländer und schrecken nicht davor zurück, diese auch einzusetzen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer «Migrationswaffe». Der Begriff ist keine Erfindung von uns, sondern ein Terminus Technicus in der strategischen und militärischen Forschung. Bekanntlich forscht das Militär nicht nur an konventionellen Waffen, sondern auch an chemischen, atomaren, biologischen, wirtschaftlichen, finanziellen, meteorologischen, tektonischen und psychologischen Waffen – eben an hybrider Kriegsführung (Ausgaben 31,60). Im Kopf und in den Händen von Militärs und Geheimdiensten können alle möglichen Dinge zur Waffe werden – sogar Zivilisten. Schließlich kann man leicht nachvollziehen, wie gefährlich große Flüchtlingsströme für ein Land werden können. Sie können zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spannungen und Problemen führen, eine Gesellschaft zersetzen und sogar die einheimische Bevölkerung verdrängen. Aus der Sicht feindlicher Militärs und Regierungen ist das natürlich prima. Je nachdem, wie viele Flüchtlinge und Migranten eingesetzt werden, kann daraus eine regelrechte «Migrationsbombe» werden, die zwar nicht detoniert, aber vielleicht umso nachhaltiger zerstört.



Weißrussland

Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Kelly M. Greenhill veröffentlichte 2010 ein diesbezügliches Standardwerk mit dem Titel «Massenmigration als Waffe – Vertreibung, Erpressung und Außenpolitik». [1] Im August des Jahres 2021 wirkte es fast so, als würden die europäischen Regierungen aus ihm zitieren. Angesichts der stark steigenden Anzahl von «Flüchtlingen» an den EU-Außengrenzen zu Weißrussland berief man die Innenminister der EU zu einer Sondersitzung ein. «Die EU sei einer ernsten Sicherheitsbedrohung ausgesetzt und werde Zeuge, wie Belarus [Weißrussland] illegale Migration als Waffe einsetze, sagte ein Sprecher am Freitag.» So stand es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Nach Erkenntnissen der EU war der Anstieg der Zahlen gezielt von der Regierung des Nachbarlandes von Polen und Litauen herbeigeführt worden. [2] Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko, der wirtschaftlich und militärisch eng mit Wladimir Putin verbunden ist, machte nicht einmal einen Hehl aus der Rolle seines Staates in der Migrationskrise [3], wollte diese aber als Rache auf Sanktionen der europäischen Staaten verstanden wissen.

Nachdem die litauischen Behörden Ende Juli 2021 bereits mehr als 3000 Migranten in Gewahrsam genommen hatten, die aus Weißrussland über die Grenze geschleust worden waren, sagte die litauische Innenministerin Agnė Bilotaitė: «Offensichtlich wird gegen Litauen ein hybrider Krieg geführt. Illegale Migration ist dabei eines der Mittel.» [4] Der «Grundsatz der Nichtzurückweisung» (siehe S.7 u. 31), dem Litauen durch seine Unterschrift des UN-Migrationspakts unverbindlich zugestimmte hatte, machte dem Land zu schaffen: «Vilnius ist verpflichtet, illegale Migranten, die über das litauische Gebiet in die EU gelangten, bei sich unterzubringen und zu versorgen. Im Falle einer Asylverweigerung muss Litauen diese in ihre Herkunftsländer abschieben», so n-tv. [4] Es ist davon auszugehen, dass die durch Weißrussland gesendeten Migranten darauf spekulierten, dass sich letztendlich nicht genehmigte Aufnahmeverfahren über Monate, wenn nicht Jahre ziehen würden.

Hybrider Krieg im Westen

Seit Sommer 2021 war die Rhetorik von Weißrusslands «hybrider Kriegsführung» mit Migranten in den westlichen Medien wochenlang omnipräsent. [5] Auf irritierende Weise sprang in der hiesigen Presse die



➔ Mustererkennung für Migranten als destabilisierenden Faktor plötzlich an, als ein Verbündeter des zum Feind erklärten Putin die wandernden Menschenmassen instrumentalisierte. Als Angela Merkel hingegen 2015 die Kontrolle über die deutschen Außengrenzen für eine lange Zeit ausgesetzt hatte (siehe S.10 ff.), wurde sie medial nicht als Agentin in einem hybriden Krieg zur inneren Zerrüttung Deutschlands identifiziert. Im Dezember 2021 sagte der Friedensforscher Hans-Georg Ehrhart von der Universität Hamburg: «Auch wenn das hier niemand so gerne hört: Der Westen ist genauso hybrid unterwegs wie Russland – zumindest aus dessen Wahrnehmung.» Beide Seiten würden einander vorwerfen, hybride Kriege zu führen, erklärte er. «In dieser Sicht sind auch die westlichen Akteure die Bösen. [...] Der Westen wie auch der Osten sind der festen Überzeugung, auf der richtigen Seite der Geschichte zu sein. [...] Das ist brandgefährlich, weil dann keine Kompromisse mehr möglich sind.» [5] Nur scheint es allzu oft so, als wäre der hybride Krieg des Westens nicht nach außen, sondern nach innen gerichtet, so als arbeite man insgeheim an der Destabilisierung der eigenen Gesellschaft.



Hunderte Migranten campen alleine in diesem kleinen Abschnitt vor der weißrussisch-polnischen Grenze.

Über Polen nach Deutschland

«Der Putin-Verbündete Alexander Lukaschenko schickte Tausende von Migranten aus dem Nahen Osten in die EU, indem er die Menschen – vor allem aus dem Irak – einlud, nach Minsk zu fliegen und sie dann mit Bussen an die stark bewaldete Grenze zu Polen brachte und sie aufforderte, zu Fuß zu gehen», so der britische Telegraph über die Situation im Herbst 2021. [6] Seit Mai kämen wöchentlich vier statt zwei Flüge aus Bagdad nach Minsk. [4] Videos kursierten zu dieser Zeit, in denen größere Migrantengruppen – meist aus dem arabisch-muslimischen Raum – zu sehen waren, die sich der polnischen Grenze näherten oder vor ihr campten bzw. standen. Laut schrien viele von ihnen: «Deutschland». [7] Obwohl tausende polnische Sicherheitskräfte die Grenze an den entsprechenden Stellen zu sichern versuchten, gelang vielen der Migranten die Überwindung der Barrieren und der Weg durch Polen: Von Ende August bis Mitte Oktober 2021 reisten mehr als 4500 Personen auf der Belarus-Route nach Deutschland ein und beantragten dort Asyl, also durchschnittlich 100 pro Tag. [8]

Danach nahm der Migrationsstrom noch weiter zu. [9] Der damals scheidende Innenminister Horst Seehofer stellte Ende Oktober 2021 fest: «Wir hatten vor zwei Tagen zum ersten Mal seit vielen Jahren am Tag über 1000 Zuwanderer. Wenn Sie das auf den Monat hochrechnen, dann wissen Sie, dass da dringender Handlungsbedarf besteht.» [10] Vor allem in Brandenburg füllten sich die Asylzentren. [8] Sachsens sonst so «weltoffener» Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) forderte umgehend «Zäune» und «vermutlich auch Mauern» an der polnisch-belarussischen Grenze – eine Rhetorik, die er in Bezug auf die deutsche Grenze vermissen lässt. [11] Im April 2022 warnte Wladimir Putin den Westen, würden die NATO-Staaten versuchen, «die Situation in der Ukraine zu verschlimmern», könne er «Migrantenwellen» nach Europa auslösen. [12] Als Finnland im April 2023 seinen NATO-Beitritt besiegelte, setzten später 900 Migranten aus Ländern wie Marokko, Somalia und Afghanistan von Russland aus über, um in Finnland Asyl zu beantragen, berichtete die Grenzschutzbehörde des Landes. Helsinki warf Russland vor, einen «hybriden Krieg» zu führen, indem es Migranten zur Überfahrt ermutige und ihnen dabei helfe, Zwietracht in Finnland zu säen. [13] Wieder mal ist festzustellen, dass von «Zwietracht» oder möglichen Problemen durch Immigration nie die Rede ist, wenn europäische Politiker selbst ihre Einladungsgrüße in die Welt versenden.

Der Begriff «Hybrider Krieg» beschreibe, «dass sich der klassische Krieg von früher - Staaten gegen Staaten und Militär gegen Militär - verändert» habe, so der Sicherheitsexperte Hans-Georg Ehrhart von der Universität Hamburg gegenüber dem SRF. [1] Dieser Krieg ohne Schusswaffen stand bereits im Mittelpunkt von unseren zwei Ausgaben 31 und 60.



Quelle: 1. srf.ch, Hybride Kriegführung – Menschen als Waffen und Panzer als Verhandlungsmasse, 31.12.2021

Russland in Afrika

Auch bei der Wegfreimachung für Migranten im afrikanischen Raum scheint Russland – das übrigens den UN-Migrationspakt (siehe S.7 ff.) unterschrieb – eine Rolle zu spielen. Es ist bereits bekannt, dass russische Söldner in ganz Afrika aktiv sind, unter anderem in der Zentralafrikanischen Republik, in Mali und im Sudan. Dr. Sergey Sukhankin, amerikanischer Politikberater, sagte, dass Beobachter dazu neigten, sich auf die Rolle russischer Paramilitärs bei der Unterstützung afrikanischer Regime zu konzentrieren, und nicht auf die Auswirkungen auf die Migration. «Wenn wir einen Blick auf die Landkarte werfen, sehen wir,

dass die Zentralafrikanische Republik einen strategischen Platz einnimmt, der den russischen Paramilitärs Zugang zum Sudan verschafft, der ein weiterer wichtiger Akteur ist, und dann auch zur Schmugglerroute nach Libyen», sagte er. «Die Migrationsrouten sind untrennbar mit den Orten und Plätzen verbunden, an denen die Wagner-Gruppe und andere russische Paramilitärs präsent sind. [...] Die verschiedenen Wellen illegaler Migranten aus Afrika könnten zunehmen, da Russland plant, eine neue Militäreinrichtung in der Zentralafrikanischen Republik zu errichten. Ich glaube, die Kapazität liegt bei etwa 2000 Mann, so dass Russland dadurch einen zusätzlichen Hebel hat, um die Migrationsströme nach Libyen und dann weiter in die Europäische Union zu lenken.»

Tausende von Wagner-Söldnern kämpften seit spätestens 2019 im libyschen Bürgerkrieg für den mit Russland verbündeten General Khalifa Haftar. Antonio Tajani, Italiens Außenminister, sagte, Rom verfüge über Informationen, dass die Söldner «sehr aktiv sind und in Kontakt mit Schlepperbanden und Milizen stehen, die am Schmuggel von Migranten interessiert sind». Seine Regierung macht Wagner bzw. deren Nachfolger für die steigende Zahl von Migranten, die das Mittelmeer überqueren, verantwortlich und wirft Russland erneut vor, einen «hybriden Krieg» zu führen. [14]

Putsch im Niger

Eine Grenze zu Libyen hat auch das afrikanische Land Niger, das vor Kurzem erst von einer Militärjunta übernommen wurde, die ein Anti-Schleuser-Gesetz von 2015 außer Kraft setzte. So könnte die Migrationsroute von der nigrischen Wüstenstadt Agadez bis nach Libyen bald wieder florieren. «Nach dem Putsch gegen die prowestliche Regierung im Juli wandten sich die EU und die USA von dem Land ab. Derweil gibt es einige Anzeichen, dass Russland versuchte, den gewaltsamen Sturz der demokratisch gewählten Regierung zu unterstützen. Auch die Militärjunta suchte offenbar die Nähe zum russischen Regime, um den Putsch abzusichern», schrieb die Bild-Zeitung im November 2023. [15] Viele Beobachter vermuten, dass Russland von Anfang an mehr mit dem Putsch zu tun hatte, als offizielle Kanäle zugaben. [16] Im April 2024 bestätigte das «Afrikanische Korps», welches als Nachfolger der russischen Söldnertruppe Wagner in Afrika gilt, seine Ankunft in Niger. Der Sender Tele Sahel zeigte die Landung eines russischen Transportflugzeugs auf dem Flughafen von Niamey, Hauptstadt von Niger. Die «neueste militärische Ausrüstung und Militärausbilder des russischen Verteidigungsministeriums» seien eingetroffen. Russland werde zudem dabei helfen, «ein Luftverteidigungssystem zu installieren». [17] Wenn eine offensichtlich von Russland unterstützte nigrische Regierung Anti-Schleuser-Gesetze außer Kraft setzt, sollte dies zu denken geben.

Wo russische Söldner aktiv sind

Mittelmeer
Libyen
Migrationsroute
Mali
Sudan
Burkina Faso
Zentralafrikanische Republik

Auch bei der Wegfreimachung für Migranten im afrikanischen Raum scheint Russland - das übrigens den UN-Migrationspakt (siehe S.7 ff.) **unterschrieb - eine Rolle zu spielen. U.a. Antonio Tajani, Italiens Außenminister, warf in Libyen aktiven russischen Söldnern vor, mit Schlepperbanden zusammenzuarbeiten** (siehe links).

Estlands Premierministerin spricht von «Migration als Waffe»

Foto: Renee Altrov (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kaja_Kallas_(crop).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

«Ich denke, wir müssen verstehen, dass Russland die Migration als Waffe einsetzt. Unsere Gegner setzen die Migration als Waffe ein. Sie schieben die Migranten über die Grenze, und sie schaffen Probleme für die Europäer, [...] denn mit den Menschenrechten muss man diese Menschen aufnehmen. Und das ist natürlich Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten.»

Kaja Kallas, Premierministerin von Estland, bei einer Rede in Tallinn im Mai 2024

Quelle: theguardian.com, Putin seeking to weaponise threat of mass migration, warns Estonian PM, 17.05.2024

So wird man zum leichten Opfer

Estlands führende Politikerin gesteht damit indirekt ein, dass man durch Verpflichtungen zu internationalen Verträgen wie dem UN-Migrationspakt (siehe S.7 ff.) **erst anfällig für die «Migrationswaffe» wird. Diese Realität anzuerkennen, sei aber «Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten». Bedeutet das etwa, es sei besser, sich einfach weiter etwas vorzumachen?**

Basen für Migrationskrieg?

Nach dem gescheiterten Afghanistan-Einsatz flogen die USA 2021 zehntausende afghanische Ortskräfte und andere Afghanen in die auf deutschem Boden stehende US-Militärbasis Ramstein, die damit

➔

Die Logik der deutschen Bundesregierung



Irakische «Flüchtlinge» an der Grenze von Ungarn zu Österreich 2015

«Asyl zum Schutz, Fachkräfte, Bereicherung, Humanität, Refugees Welcome»



Irakische «Flüchtlinge» an der Grenze von Weißrussland zu Polen 2021

«Putins Migrationswaffe, Destabilisierung, Chaos, Hybrider Krieg»

Eklatanter Doppelstandard

Erstaunlich: Das Gefahrenpotenzial von Migranten wird also selektiv dort erkannt, wo man sie «dem Feind» zuschreiben kann. Folgen die Asylsucher den eigenen Lockrufen, werden die von ihnen verursachten Probleme konsequent mit Zuckerguss überstrichen. Erst, wenn ein anderer sie schickt, kann über das Unheil, das sie stiften, offen gesprochen werden.

➔ zum «größten Flüchtlingscamp Europas» wurde. [18] Im Kontext des hybriden Kriegs durch Migration ist auffällig, dass die «Flüchtlinge», meist junge Männer im wehrfähigen Alter, schon 2015 leerstehende Bundeswehrkasernen «besetzten». Sie okkupierten sogar operative Kasernen, während die deutschen Soldaten in Zelte umziehen mussten. [19] War es ein Zeichen der Kapitulation, dass die Streitkräfte aus ihren Stützpunkten vertrieben und zerstreut wurden? Der «Feind» besetzt schließlich immer die Einrichtungen seines Gegners bzw. des Verlierers.

Auch, dass die Mehrzahl der 2015 nach Deutschland kommenden Asylbewerber männlich und im Alter zwischen 18 und 35 Jahren war - also im idealen Soldatenalter - untermauerte das Bild einer kriegerischen Invasion mit anderen Mitteln. Wirft man einen Blick auf die Umgebung von Asylheimen, ist man geneigt, sie als Basen für hybride Angriffe auf die Infrastruktur «des Feindes» zu identifizieren: Vandalismus, Brandstiftung, Gewaltdelikte bis hin zu Mord, Vergewaltigungen, man könnte von tickenden Zeitbomben, Brutstätten des Terrors oder eben Posten eines unsichtbaren Krieges (samt konventionellen Kriegsverbrechen) sprechen, der gegen das Heimatvolk bzw. Zielvolk geführt wird. Einst friedliche Wohnsiedlungen werden zum Krisengebiet; Rentner, die 30 Jahre lang mühsam ihr Haus abbezahlten, müssen zusehen, wie ihr Lebensumfeld verwüstet wird.

Kriegsakte?

Im bayerischen Ort Reit im Winkl fackelte ein 32 Jahre alter Afghane im November 2023 einen früheren Gasthof ab, der als Asylbewerberunterkunft genutzt wurde. [20] Ein Toter und 20 Verletzte waren nach dem Brand einer Migrantenunterkunft im niedersächsischen Buchholz im Juli 2024 zu verzeichnen. Der Brand war mit ziemlicher Sicherheit durch Benzin-Zündeleien eines Bewohners hervorgerufen worden. [21] Der CSU-Bürgermeister der Gemeinde Gachenbach in Bayern zog im November 2023 die Reißleine: «Jetzt ist Schluss, hier kommt keiner mehr», sagte Alfred Lengler. «Wir haben auch schon gekündigt und die Unterkünfte werden abgerissen.» Ständige Vorfälle wie Belästigung und Vandalismus brachten ihn zu der Entscheidung, keine Asylbewerber mehr aufzunehmen. [22]

In Illerkirchberg nahe Ulm wurde 2022 ein 14-jähriges Mädchen von einem 27-jährigen Eritreer aus einer benachbarten Asylbewerberunterkunft erstochen. [23] Bei jedem dieser Morde gilt festzustellen: Wären die Migranten nicht im Land, würden die Opfer noch leben, weshalb Blut an den Händen derjenigen Politiker klebt, die eine zu lasche und sogar einladende Asylpolitik betreiben. Die praktisch täglich in ganz Deutschland stattfindenden Verbrechensfälle rund um Asylunterkünfte verdeutlichen das enorme Gefahrenpotenzial, welches mit der unkontrollierten Massenmigration einhergeht. Die militärische Komponente dieser nach Deutschland importierten Gewalt geht in der öffentlichen Debatte jedoch meist unter.

Riesenskandal: Illegale Einreisen von deutscher Außenministerin forciert?



Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock

Foto: MSC/Kuhlmann (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-Foreign_Minister_Annalena_Baerbock_at_the_59th_MSC,_Munich,_2023-02-18.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/deed.en

FOCUS

Visa-Schummel im Baerbock-Haus? Jetzt spricht das Ministerium

focus.de, 29.06.2024

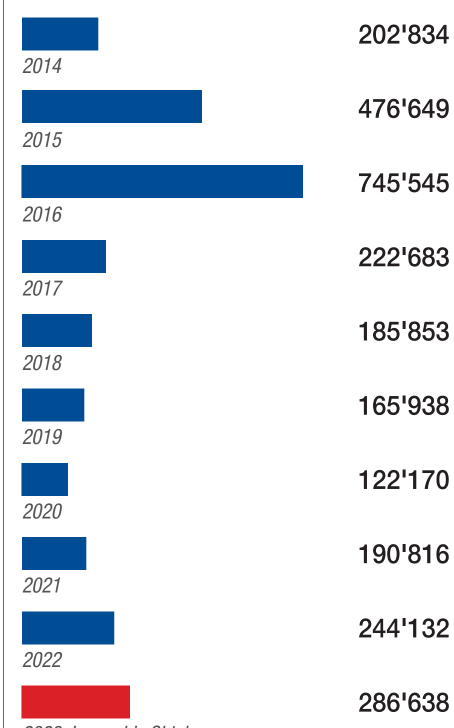
Illegal, legal, egal

Im Juni 2024 kam heraus, dass die Staatsanwaltschaften Berlin und Cottbus gegen Mitarbeiter des Bundesaußenministeriums von Annalena Baerbock ermitteln. Die Beamten stehen im Verdacht, Mitarbeiter in deutschen Botschaften und Konsulaten dienstlich angewiesen zu haben, Antragstellern mit unvollständigen oder offensichtlich gefälschten Papieren die Einreise in die Bundesrepublik zu genehmigen. «Auf diesem Weg sollen binnen der vergangenen fünf Jahre mehrere tausend Personen eingereist sein. Ein Großteil soll dann Asyl beantragt haben. Besitzer der fragwürdigen Papiere sollen in erster Linie Syrer, Afghanen und Türken gewesen sein. Auch Pakistaner und Bürger verschiedener afrikanischer Staaten hatten offenbar manipulierte Einreisegenehmigungen», so der Focus. Es sieht allerdings ganz danach aus, als müssten die illegal Eingereisten Deutschland nicht mehr verlassen.

> «Keine noch so große Zahl von Atombomben wird imstande sein, die Flut von Millionen Menschen aufzuhalten, die eines Tages den südlichen, armen Teil der Welt verlassen werden, um die [...] Räume der nördlichen Hemisphäre zu überschwemmen und sich dadurch ihr Überleben zu sichern.»

Houari Boumédiène, algerischer Politiker und ab 1976 Präsident Algeriens, 1974 vor der UNO-Generalversammlung

Quelle: Peter M. Haas, John A. Hird, Controversies in Globalization: Contending Approaches to International Relations, 2013, 2nd Edition, S.419



Zu diesen Asylanträgen kommen natürlich der Familiennachzug (siehe S.60 ff.), **Resettlement** (siehe S.16 u. 34) **und sonstige Formen der Einwanderung hinzu.**

Papst mahnt Europa zur Aufnahme und Integration von Migranten

Papst Franziskus hat beim Mittelmeertreffen reguläre Einreisemöglichkeiten für Migranten nach Europa gefordert. Das Mittelmeer nannte er ein "Grab der Menschenwürde".

DIE ZEIT
zeit.de, 23.09.2023



Ein Papst, der islamischen Migranten die Füße wäscht, um das Narrativ zu verstärken, dass christliche Länder Millionen von Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika aufnehmen sollten, steht wohl kaum im Dienste seiner Anhänger im Westen.

Feindregierung?

Nach wie vor wird vom Nutzen der Migranten für europäische Staaten gesprochen. Betrachtet man allerdings die militärische und kriegsstrategische Komponente, fällt auf, dass sich das Gebaren vieler Migranten kaum von herkömmlichen Söldnern unterscheidet, wenn sie Länder des Gegners überfallen und einnehmen. Der hauptsächliche Unterschied ist, dass die Geschosse der Migrationswaffe wenig organisiert, sondern chaotisch und dezentral wirken. Gerade deshalb ist es vielleicht einmalig in der Geschichte, dass die Invasoren von der überfallenen Bevölkerung voller Überzeugung klatschend empfangen werden, und von Beginn an jegliche Mahnung, Kritik oder Abneigung gegenüber den Zugewanderten von der eigenen Regierung, die ja immerhin die Aufgabe hätte, ihre Bevölkerung zu schützen, verwarnt oder gar bestraft wird. Staaten, die bereits vom Gegner übernommen wurden, verhalten sich indes ähnlich. Daraus resultiert die naheliegende Frage, ob der deutsche Staat selbst Teil eines Komplotts von Gegnern der deutschen Bevölkerung ist. Dieser Frage sind wir in mehreren Ausgaben nachgegangen, u.a. 31, 48 und 60. ***(tk/gw)***



Syrer nach Diebstahl in Tankstelle: „Ich bin Araber und muss nichts bezahlen"

exxpress.at, 21.07.2024

Verhalten sich so nicht normalerweise Eroberer?

Quellen:

1. Kopp Verlag, Rottenburg, 2016
2. faz.net, «Illegale Migration als Waffe»: EU beruft Sondersitzung zu Grenzübertritten aus Belarus ein, 07.08.2021
3. reuters.com, «Go through. Go,» Lukashenko tells migrants at Polish border, 26.11.2021
4. n-tv.de, «Hybrider Krieg»: Belarus schleust Migranten in die EU, 02.08.2021
5. srf.ch, Hybride Kriegführung - Menschen als Waffen und Panzer als Verhandlungsmasse, 31.12.2021, Beispiel
6. telegraph.co.uk, Revealed: how Putin plans to flood West with migrants, 29.02.2024
7. youtube.com, Poland steps up patrols as migrants attempt to cross border with Belarus, 08.11.2021
8. faz.net, 4300 Migranten über Belarus-Route nach Deutschland eingereist, 13.10.2021
9. bild.de, Flüchtlinge stürmen Grenze von Belarus zu Polen: «Germany, Germany, Germany», 08.11.2021
10. bild.de, Seehofer schlägt im BILD-Interview Alarm: «Zum ersten Mal seit vielen Jahren über 1000 Zuwanderer an einem Tag», 27.10.2021
11. welt.de, Grenzschutz ist hart - aber er muss sein, 28.10.2021
12. dailymail.co.uk, Putin's warning for the West: Vladimir vows «consequences» for those who interfere in Ukraine as he threatens to create «waves of migrants» in Europe - after «missile system is moved towards Finland» amid NATO row, 12.04.2022
13. telegraph.co.uk, Putin has turned migrants into weapons of hybrid warfare, 27.11.2023
14. telegraph.co.uk, Revealed: how Putin plans to flood West with migrants, 29.02.2024
15. bild.de, Afrikanische Militärjunta legalisiert Schleuser: Kommen jetzt Sahara-Flüchtlinge nach Europa?, 28.11.2023
16. dw.com, Niger coup: What is Russia's role?, 08.10.2023
17. france24.com, Russian military instructors, air defence system arrive in Niger amid deepening ties, 12.04.2024
18. rnd.de, Das größte Flüchtlingscamp Europas: ein Besuch auf der US-Militärbasis in Ramstein, 12.09.2021
19. jungefreiheit.de, Asylbewerber in Kaserne, Soldaten in Zelte, 22.09.2015
20. br.de, Reit im Winkl: Festnahme nach Brandstiftung in Flüchtlingsheim, 15.11.2023
21. ndr.de, Kritik an Polizeiuniform nach Brand in Flüchtlingsunterkunft, 11.07.2024
22. focus.de, Landkreis Schrobenhausen - «Unterkünfte werden abgerissen»: CSU-Bürgermeister ruft Asyl-Stopp in Gemeinde aus, 12.11.2023
23. tagesspiegel.de, Tödlicher Messerangriff von Illerkirchberg: Hunderte nehmen an Beerdigung von 14-Jähriger teil, 06.12.2022

Die USA als Opfer der Migrationswaffe?

In Zeiten von Lockdowns und indirektem Impfzwang hatten sich im September 2021 um die 15'000 Migranten, zumeist Haitianer, unter einer Brücke in Del Rio, Texas, versammelt, nachdem sie die Grenze von Mexiko aus überquert hatten, was den Eindruck erweckte, es würde im Schatten der harten Maßnahmen eine US-Version der Massenmigration nach Deutschland forciert. [1] 2022 wurde die Biden-Administration dabei erwischt, wie sie mehrere tausend minderjährige Migranten, die über die Südgrenze in die USA gekommen waren, per Charterflug von El Paso zu einem Flughafen nahe New York transportierte. Die Sprecher Bidens erklärten, die Flüge würden genutzt, um «unbegleitete Minderjährige zu überprüften Paten oder Verwandten zu bringen, bei denen sie den Ausgang ihres Einwanderungsverfahrens abwarten können». [2] Wie die britische Daily Mail im März 2024 berichtete, holte die Zoll- und Grenzschutzbehörde der Vereinigten Staaten ab Beginn des Jahres 2023 über 300'000 Menschen aus anderen Staaten ins Land, indem sie sie per Flugzeug einflog. Dies geschah mit einer App, durch die man online Asyl beantragen konnte. Wer in Kuba, Haiti, Venezuela, Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien oder Ecuador wohnte, konnte einen Antrag stellen. Wer mitgenommen wurde, durfte zwei Jahre in den USA bleiben und sich für einen legalen Status bewerben. Die Existenz der Flüge wurde von der Behörde geheim gehalten und kam erst durch einen Gerichtsprozess ans Licht. [3]

«Migranten überqueren die US-Grenze in Rekordzahl, unbeeindruckt von Texas' Stacheldraht und Bidens Politik», titelte die Webseite CBS-News Ende 2023. «In nur fünf Tagen der vergangenen Woche hat die Grenzpolizei fast 50'000 Migranten abgefertigt, die illegal in die USA eingereist sind. Dabei wurden dreimal täglich mehr als 10'000 Migranten aufgegriffen, was den Durchschnitt des vergangenen Monats von 6400 weit überschreitet», hieß es weiter. [4] Der «X»-Chef Elon Musk sah die USA im Februar 2024 auf einem ähnlichen Weg wie Deutschland. Er schrieb auf seiner Plattform: «Die Möglichkeit, seine Ausweispapiere (egal aus welchem Land) wegzuwerfen, über die Südgrenze zu gehen und ‹Asyl› zu beantragen, hat Amerika zu einem Zufluchtsort für die schlimmsten Verbrecher der Welt gemacht!» [5]



August 2022: Migranten wurden per Charterflug von der Biden-Administration von Texas zu einem Flughafen nahe New York gebracht.



Der Online-Kanal «Real America's Voice» filmt im Oktober 2023 in einem südamerikanischen Flüchtlingscamp reihenweise Chinesen, die von dort in den Norden wollen.

Migration aus China

Das auf den asiatisch-pazifischen Raum konzentrierte Portal «The Diplomat» schrieb 2023 über einen neuen Ansturm von Chinesen an der US-Grenze: «Seit 2012 hat die Zahl der chinesischen Staatsangehörigen, die Asyl beantragen, stetig zugenommen und liegt nun bei über 850'000. [...] In jüngster Zeit ist die Zahl der chinesischen Migranten, die an der Grenze zwischen Mexiko und den USA aufgegriffen wurden, auf fast 10'000 angestiegen, was den höchsten jemals verzeichneten Wert darstellt. Diese Migranten durchqueren acht lateinamerikanische Länder, um die Südgrenze der Vereinigten Staaten zu erreichen, und beginnen ihre Reise in der Regel in Ecuador, einem der wenigen lateinamerikanischen Länder, die chinesischen Staatsbürgern visumfreies Reisen ermöglichen. [...] Der Grund für die Abwanderung der Chinesen ist eine Kombination aus wirtschaftlicher Ungewissheit und eingeschränkter persönlicher Freiheit. Das sich verlangsamende Wirtschaftswachstum in China, das durch die seit fast drei Jahre geltenden strengen COVID-19-Beschränkungen noch verschärft wurde, hat viele Menschen dazu veranlasst, nach Möglichkeiten im Ausland zu suchen. [...] Obwohl irreguläre Migranten nur einen kleinen Teil des gesamten Exodus chinesischer Migranten mit unterschiedlichem sozioökonomischem Hintergrund ausmachen, sind sie in den letzten sechs Monaten die am schnellsten wachsende Gruppe von Migranten, die an der Südgrenze der USA ankommen. Die rasche Zunahme der irregulären Migration aus der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt steht im Widerspruch zum gewünschten nationalen und internationalen Image Chinas. Im Inland ermutigt das Konzept des ‹chinesischen Traums› die Bürger, neben kollektivem Wohlstand und nationaler Verjüngung auch ihre persönlichen Bestrebungen zu verfolgen. Nach drei Jahren strenger Abriegelungsmaßnahmen, die zu erheblichen wirtschaftlichen und psychischen Belastungen führten, sind viele Menschen jedoch von dieser Vision desillusioniert.» [6]

Die dabei nicht gestellte Frage lautet, ob sich unter die sicher vielen anständigen Chinesen, die im Ausland ein besseres Leben suchen, nicht auch Agenten geschmuggelt haben, die weiterhin im Auftrag der Kommunistischen Partei agieren. Die Ankündigungen höchstrangiger chinesischer Politiker, die USA in nicht allzu ferner Zukunft militärisch niederwerfen zu wollen, sprechen jedenfalls dafür. Doch dazu sicherlich mehr in kommenden Ausgaben. ***(tk)***

Bloomberg **Only Immigrants Can Reverse America's Baby Bust**

Die US-Nachrichtenseite Bloomberg am 19. Mai 2019 mit folgender Schlagzeile: «Nur Einwanderer können Amerikas Baby-Pleite umkehren». Die Propaganda für «Ersetzungsmigration» (siehe S. 6 f.) ist auch in Übersee in vollem Gange.

Quellen:

1. washingtonpost.com, Thousands of Haitian migrants wait under bridge in South Texas after mass border crossing, 17.09.2021
2. dailymail.co.uk, «A big middle finger to New Yorkers»: Biden administration RESUMES secret charter flights of young migrants from the Southern border to Westchester airport, 16.04.2022
3. dailymail.co.uk, 320,000 migrants secretly into the U.S. to reduce the number of crossings at the border has national security «vulnerabilities», 04.03.2024
4. cbsnews.com, Migrants cross U.S. border in record numbers, undeterred by Texas' razor wire and Biden's policies, 24.12.2023
5. x.com, @unblogd, 28.02.2024
6. thediplomat.com, Why Are More and More Chinese Migrants Risking Their Lives to Cross the US Southern Border?, 09.06.2023

Auf einen Blick

- **Massenmigration wird teilweise durch Kriege herbeigeführt - Kriege, die die Bevölkerungen im Zielland nie wollten und dennoch finanzieren mussten.**
- **Trotzdem wird der westliche Bürger mit einem neuen Schuldkult beladen, der impliziert, er sei schuld an den Kriegen und müsse nun auch die Konsequenzen tragen.**
- **Demzufolge hat er angebliche oder tatsächliche «Kriegsflüchtlinge» durch den Sozialstaat zu finanzieren.**

Export Soldaten, Import «Flüchtlinge»: Migration durch Kriege

Mindestens 37 Millionen Menschen wurden als direkte Folge der von den Vereinigten Staaten nach dem 11. September 2001 geführten Kriege vertrieben, so postuliert es ein Bericht der amerikanischen Brown-Universität. Diese Zahl übersteigt den Autoren zufolge die Zahl der durch Konflikte Vertriebenen seit dem Jahr 1900, mit Ausnahme des Zweiten Weltkriegs. Die Studie wurde 2020 veröffentlicht, einige Wochen, bevor die Vereinigten Staaten in ihr 20. Jahr des «Kriegs gegen den Terror» eintraten, der mit der Invasion in Afghanistan am 7. Oktober 2001 begann (Doppelausgabe 58/59). [1] Man mag an amerikanischen Universitäten einen gewissen linken Einschlag bei Studienergebnissen vermuten, doch wer würde bestreiten, dass Kriege zumindest eine der Ursachen für die verheerenden Migrationswellen darstellen, die über den Westen hereinbrechen?



8. Oktober 2023: Palästinenser inspizieren die Ruinen des Al-Aklouk-Turms, der bei israelischen Luftangriffen in Gaza-Stadt zerstört wurde.

Ein Jahr nach Veröffentlichung der Studie erlebte die USA «ein neues Vietnam» und Deutschland «sein Vietnam», wie es in vielen Medienberichten hieß. Nach dem raschen Abzug von US-Truppen und der Bundeswehr aus Afghanistan wurden die Ortskräfte, die über Jahre mit den Besatzern kollaboriert hatten, angeblich zu «politisch Verfolgten» der islamischen Taliban, die das Land zurückeroberten. Der damalige Außenminister Heiko Maas erklärte im August 2021, der Fokus liege deshalb darauf, «so viele Menschen aus Kabul zu evakuieren, wie das unter den gegebenen, sehr schwierigen Umständen möglich ist». [2]

Etikettenschwindel

Seitdem haben über eine Million Afghanen den Staat am Hindukusch verlassen und suchen Asyl im Ausland. Allerdings handelt es sich bei den wenigsten von ihnen wirklich um geflüchtete Hilfskräfte des Westens, sondern schlicht um «normale» Afghanen, die unter dem Deckmantel «politischer Verfolgung» ökonomisch motivierte Migration betreiben. Das von den Taliban kontrollierte Terrain wäre weiterhin für sie sicher. Krieg herrscht in Afghanistan nämlich schon lange nicht mehr und auch die Vorstellung, die Taliban würden sofort jede ehemalige Ortskraft verfolgen, inhaftieren oder gar erschießen, deckt sich wohl kaum mit der Realität. Trotzdem forderte die Bundesregierung die afghanischen «Flüchtlinge» regelrecht ein. Der Spiegel schrieb im März 2023: «Afghanistan ist seit der Rückkehr der Taliban wieder gefährlicher geworden, vor allem Menschenrechtsaktivisten und frühere Ortskräfte müssen um ihre Sicherheit fürchten. Die Bundesregierung hat daher über 44'000 Afghaninnen und Afghanen eine Aufnahme in Deutschland zugesagt.» [3] Die Umsetzung davon läuft zwar langsamer als geplant, doch viele «gefährdete Afghanen» landen heute noch in Deutschland.

Fast wirkt es so, als zögen aufnahmewillige europäische Regierungen und die Taliban an einem Strang: «Wie aus höchsten Ermittlerkreisen in Österreich bestätigt wird, teilen sich vier Gruppierungen das schmutzige Milliardengeschäft mit der illegalen Migration auf der Balkanroute. In dem brutalen Quartett ziehen jeweils Syrer, Marokkaner, türkische Kurden und die Taliban die Fäden. Den größten Teil des Menschenschmuggels kontrollieren zwei afghanische Blöcke. Die Taliban entscheiden, wer als Flüchtling nach Europa kommt. Ihr Einfluss weitet sich immer mehr aus», erfuhr man im November 2023 im österreichischen Kurier. «Ein Migrant kann niemals allein über die Grenze kommen. Das lässt die Schlepper-Mafia keinesfalls zu», teilten Beamte aus Serbien mit, von wo aus die afghanischen Banden laut den Ermittlern operieren. Sogar die Preise für den Grenzübertritt seien nach einem



➔ speziellen System gestaffelt. Jeder Schritt koste Geld. [4] Wenn das nicht nach organisierter Massenmigration klingt, wonach dann?

Wir sind mal wieder schuld

Parallel zum Abzug aus Afghanistan bekam der deutsche Steuerzahler subtil einen neuen Schuldkult eingetrichtert, für den der einzig gültige Ablassbrief die erneute Aufnahme von tausenden afghanischen Männern zu sein schien. Als Symbolfigur zog Zeit-Online den Ex-Bundeswehrsoldaten Robert Müller heran, der dreimal in Afghanistan im Einsatz gewesen war. «Die Afghanen würden alleingelassen, vom Westen und auch von Deutschland», gab Die Zeit Müller sinngemäß wieder. Doch um den Frust zu bewältigen, betreute Müller «drei afghanische Männer, die als Ortskräfte für die Bundeswehr gearbeitet haben». Und die enorme Bedrohung, welche einen Asylanspruch erst rechtfertigt, wurde in dem Artikel prompt unterstrichen: «Die Taliban», so hätten die drei afghanischen Männer erzählt, «gehen von Haus zu Haus und suchen nach Leuten, die für Ausländer gearbeitet haben». [5] – «Bundeswehrsoldat Marcus Grotian engagiert sich dafür, dass afghanische Ortskräfte, die für die Truppe gearbeitet haben, nach Deutschland kommen können. Er kritisiert, dass die Regierung nur wenige aufnehmen will», präsentierte auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Juli 2021 ein weiteres Testimonial «deutscher Willkommenskultur» zur «Wiedergutmachung». [6]

Zur antiwestlichen Desinformation scheint ebenso zu gehören, von den eigentlichen Drahtziehern abzulenken und die Schuld für Kriege auf die meist amerikanischen oder europäischen Waffenhersteller abzuschieben: «Europäische Waffen wurden in Militäroperationen genutzt, die zur Destabilisierung führten und in Zwangsvertreibungen und Migration resultierten. Die Destabilisierung, die durch die von Europa gelieferten Waffen erleichtert wurde, trug dann dazu bei, dass Europa seinen Grenzsicherheitsapparat massiv ausbaute, um auf die offensichtliche Bedrohung durch Flüchtlinge zu reagieren, die versuchen, Asyl zu suchen», so der österreichische Sender ORF Mitte 2021 mit Bezug auf eine niederländische NGO. [7] Botschaft: Da sind die Europäer und ihre Industrie mal wieder selber schuld, dass ihre Grenzen überrannt werden.


Heiko Maas @HeikoMaas · 23. Juni 2021
#Afghanistan: Ich möchte unseren Soldat*innen danken für ihren Mut, ihre Ausdauer & ihre Tapferkeit. Gemeinsam haben wir Verantwortung übernommen: gegenüber Afghanistan, gegenüber unseren Bündnispartnern, aber auch für unsere eigene Sicherheit. (1/2)
24 12 35

Heiko Maas @HeikoMaas
Jeder Aufschub der Verhandlungen bedeutet nur noch mehr Gewalt & unnötige Opfer auf beiden Seiten. Die Taliban müssen zur Kenntnis nehmen, dass es kein „Zurück ins Jahr 2001“ geben wird. Dagegen steht eine selbstbewusste afghanische Zivilgesellschaft. (2/2)
1:54 nachm. · 23. Juni 2021

Nur knapp zwei Monate vor dem endgültigen Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan schien es, als sei der deutsche Außenminister Heiko Maas noch frohen Mutes, der Endsieg gegen die Taliban sei nahe.

Migranten aus der Ukraine

Für den Ukraine-Krieg wiederum wird dem Westler von einer anderen politischen Seite Schuld eingeredet. Der Westen habe den Einmarsch Putins durch eine angebliche «NATO-Osterweiterung» provoziert und trage durch seine Außenpolitik ebenso eine Mitschuld am «Genozid» an den russisch-stämmigen Ukrainern im Donbass, der laut Wladimir Putin bis zu seiner Invasion im Februar 2022 stattgefunden habe. [8] Diese Anschuldigung kam jedoch völlig überraschend, selbst für viele von Putins Anhängern und die russische Bevölkerung in der Ukraine. Es gab keine vorherigen Berichte oder Hinweise auf solch schwerwiegende Verbrechen, die diese Behauptung hätten stützen können.

Russlands «Sonderoperation» gegen die Ukraine führte in Deutschland 2022 laut dem Statistischen Bundesamt zur höchsten Nettozuwanderung seit 1950. Im Vergleich zu 2021 war der Überschuss von Zuzügen gegenüber Fortzügen viermal so hoch. Rund 1,1 Millionen Immigranten aus der Ukraine wurden in Deutschland registriert und auch deren Beitrag fiel schnell «bereichernd» aus. «Von allen 65'187 aktuell in Sachsen gemeldeten Ukrainern arbeitet nur jeder Zehnte. Für Landkreistagspräsident Henry Graichen (46, CDU) hat das auch mit dem Bürgergeld zu tun, ‹das falsche Anreize schafft›», berichtete die Bild-Zeitung im Frühling 2023. [9]

Die halbe Welt greift zu

Anders als Asylbewerber aus arabischen oder afrikanischen Ländern bekommen die Ukrainer in Deutschland sogar direkt einen Sonderstatus – sie erhalten nämlich ab Beginn ihres Aufenthalts Bürgergeld. Deshalb fühlten sich anscheinend auch andere Osteuropäer eingeladen, sich am nie enden wollenden Füllhorn des deutschen Steuergelds zu laben. Der Münchner Merkur schrieb im Mai 2024, die Causa des Ukraine-Asyls betreffend: «Doch das Bundesinnenministerium zählt mittlerweile 5609 Verdachtsfälle auf versuchten Sozialbetrug. In Bayern (2846), Baden-Württemberg (1980), Thüringen (697) und Niedersachsen

SPIEGEL

Afghanistan

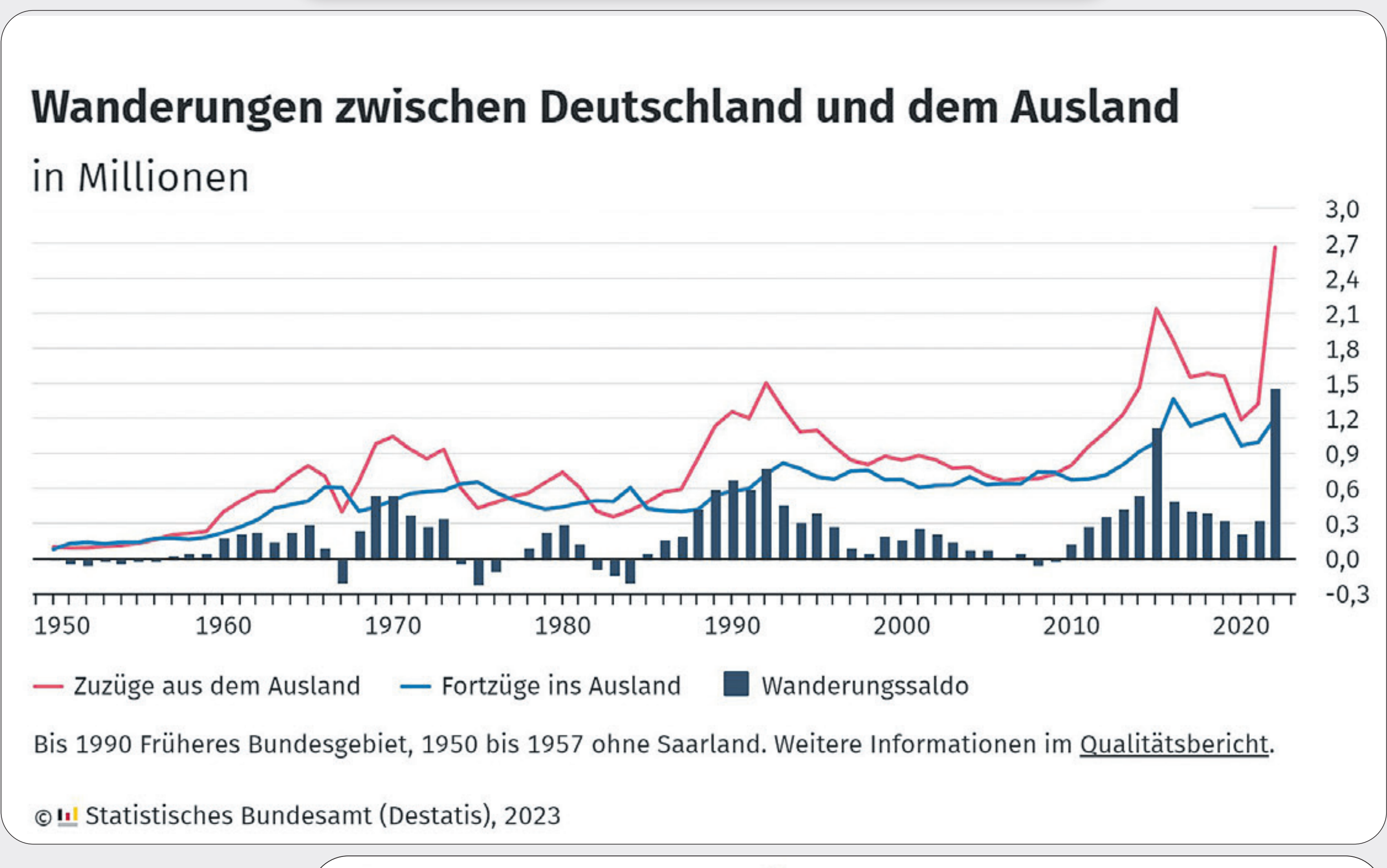
Abgeschobener Sexualstraftäter kam mit deutscher Luftbrücke zurück

Tausende Ortskräfte und ihre Familien hofften in Afghanistan vergeblich auf ein Ticket nach Deutschland. Ein abgeschobener Krimineller schaffte es dagegen in den Flieger.

spiegel.de, 03.09.2021

Das war die direkte Folge der angeblichen Rettung von Ortskräften, von denen behauptet wurde, sie müssten wegen der Machtübernahme der Taliban um ihr Leben fürchten.

Rekordeinwanderung durch den Ukraine-Krieg



Rekordzahlen: Russlands «Sonderoperation» gegen die Ukraine führte in Deutschland 2022 laut dem Statistischen Bundesamt zur höchsten Nettozuwanderung seit 1950.

Statistisches Bundesamt
@destatis

2022 wurden rund 2 666 000 Zuzüge und 1 204 000 Fortzüge über deutsche Grenzen erfasst. Mit 1 462 000 mehr Zuzüge als Fortzügen lag der Wanderungsüberschuss mehr als viermal so hoch wie im Vorjahr (329 000). Das war die höchste #Nettozuwanderung seit 1950: destatis.de/DE/Presse/Pres...

Das Statistische Bundesamt Deutschlands am 27. Juni 2023 auf «X»

(81) kam es offenbar zu Fällen, in denen Personen versucht haben sollen, Bürgergeld zu erhalten, obwohl sie eigentlich keinen Anspruch darauf hätten. [...] Konkret soll es sich dabei in den meisten Fällen um Ungarn und Rumänen aus der Grenzregion Transkarpatien handeln, die ebenfalls die ukrainische Staatsbürgerschaft besitzen. Da besagte Personen häufig nur wenig Ukrainisch sprechen, sollen die Behörden aufmerksam geworden sein.» [10]

Auch sonst war man bei der Auslegung des Begriffs «Ukrainer» kreativ. «Mehr als 15'000 Afrikanerinnen und Afrikaner studierten vor der russischen Invasion in der Ukraine. Viele von ihnen versuchen, das Land zu verlassen» – und zwar nicht zurück nach Afrika, sondern nach Europa, wie der Deutschlandfunk Anfang März 2022 berichtete. [11]

Die ukrainischen Migranten, wenn sie überhaupt ukrainisch sind, haben genau wie Syrer, Afghanen und Iraker auf dem Weg nach Deutschland normalerweise einen sicheren Drittstaat durchquert und sind deshalb keine «Kriegsflüchtlinge» im eigentlichen Sinn. Sie wurden nur durch eine spezielle Direktive der Europäischen Union als solche erklärt. Die Mehrzahl von ihnen befindet sich noch heute in Deutschland.

Die Tagesschau schrieb im Juli 2023: «Fast die Hälfte der mehr als eine Million aus der Ukraine nach Deutschland geflüchteten Menschen möchte längerfristig in der Bundesrepublik bleiben. Laut der Studie ‹Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland› sagten 44 Prozent der Befragten, zumindest noch einige Jahre oder vielleicht auch für immer bleiben zu wollen.» [12] Klar, Deutschland kann es sich ja schließlich leisten. ***(tk)***

Quellen:

1. nytimes.com, At Least 37 Million People Have Been Displaced by America's War on Terror, 08.09.2020
2. bild.de, Maas-Deal mit den USA: Ramstein wird zum Rettungs-Drehkreuz, 20.08.2021
3. spiegel.de, Möglicher Visa-Betrug: Baerbock lässt Aufnahmeverfahren für Afghanistan vorübergehend aussetzen, 30.03.2023
4. krone.at, Österreich: Taliban kontrollieren Schlepperroute, 12.11.2023
5. zeit.de, Bundeswehr-Veteran zu Afghanistan: «Deutschland erlebt jetzt sein Vietnam», 19.08.2021
6. faz.net, Ortskräfte in Afghanistan: «Ich finde es ehrlich gesagt schäbig, was da passiert», 19.07.2021
7. orf.at, Fluchtbewegung durch Waffen aus Europa, 28.07.2021
8. zeitschrift-osteuropa.de, Vladimir Putin: Rede an die Nation vom 21.02.2022
9. bild.de, Lieber Bürgergeld statt Minijob? - Warum in Sachsen nur wenige Ukrainer arbeiten, 15.04.2023
10. merkur.de, Zweifel an Staatsangehörigkeit ukrainischer Flüchtlinge: Tausende Verdachtsfälle auf Bürgergeld-Betrug, 22.05.2024
11. dw.com, Afrikaner: Schwierige Flucht aus der Ukraine, 02.03.2022
12. tagesschau.de, Studie mehrerer Institute: Knapp die Hälfte der Ukraine-Flüchtlinge will bleiben, 12.07.2023

Auf einen Blick

- **Studien belegen, was sich sowieso jeder denken kann: Bedingungslose Rundumversorgung und Barzahlungen sind zweifellos «Pull-Faktoren», die Menschen ohne besondere Qualifikation und Nutzen für die Gesellschaft anziehen.**
- **Die Mehrheit der Bürgergeldempfänger in Deutschland hat Migrationshintergrund.**
- **Die Behauptung, es handle sich bei den Einwanderern um dringend benötigte Fachkräfte, stellt sich nach knapp 10 Jahren Massenmigration bestenfalls als Irrtum, wenn nicht als betrügerische Augenwischerei heraus.**
- **Durch den Familiennachzug wird jährlich eine Großstadt aus der Dritten Welt nach Deutschland importiert.**

Migrationsmagnet Sozialstaat: Im Westen nichts Neues





Wenn in Deutschland die Zahl der sogenannten «Flüchtlinge» mal wieder steigt, wird oft über «Pull-Faktoren» diskutiert – also Anreize, die Menschen in ein anderes Land ziehen lassen. Ein Vorwurf lautet: Die meisten Immigranten kommen vor allem wegen der Sozialleistungen nach Deutschland. Nichts da: Bundesinnenministerin Nancy Faeser wies den Vorwurf 2022 bei Maybrit Illner zurück: «Das mit den Pull-Faktoren ist durch nichts belegt. Es stimmt einfach nicht, dass Menschen hierherkommen, weil sie mehr Geld bekommen.» Ein Machtwort, das prompt mit einem «Faktencheck» des MDR untermauert wurde. Dumm nur, dass sich der MDR in seinem «Faktencheck» gleich selbst argumentativ torpedierte: «Bei Nancy Faesers Aussage gibt es jedoch ein Aber. So existiert durchaus eine Studie, die einen Zusammenhang zwischen Sozialleistungen und Fluchtbewegungen sieht. Dafür hatten sich Wissenschaftler der Princeton-University die Einwanderung in Dänemark angesehen – zwischen 1980 und 2017. Das Ergebnis: Wurden Sozialleistungen im Land gekürzt, ging auch die Zahl der Geflüchteten zurück.»

Was daraufhin in dem «Faktencheck» von genehmen «Experten» postwendend relativiert wird: «Nach Einschätzung von Tobias Heidland vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel ist die Studie sehr gut gemacht. Aber: ‹Das heißt nicht, dass sie perfekt ist.›» Moment: Was auf dieser Welt ist bitte perfekt? «Sehr gut» sollte wohl ausreichen, um die Studienergebnisse ernst zu nehmen. Heidland weiter: «Eine Sache, die die Studie leider nicht richtig abdeckt, ist, was sich noch zur gleichen Zeit verändert hat. Es wurden eben auch in anderen Bereichen, zum Beispiel beim Familiennachzug, Einschränkungen vorgenommen und die sind nicht berücksichtigt worden in der Studie.» [1] Doch, wurden sie: Wandelnde Regelungen zum Familiennachzug, die sich im Laufe des Beobachtungszeitraums ergaben und einen weiteren wichtigen Faktor darstellten, haben die Urheber der Studie sehr wohl mit berücksichtigt. [2] Hatte der «Experte» diese laut ihm sowieso «sehr gute» Studie überhaupt im Detail gelesen?

Der Kolumnist Jan Fleischhauer am 25. November 2023 über einen von ihm verfassten Artikel auf Focus-Online



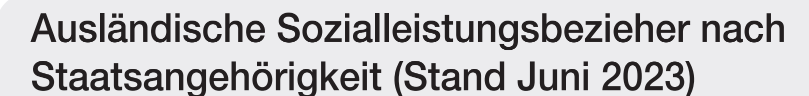
Ein Paar mit 2 Kindern hat ab Januar Anspruch auf 2502 Euro Bürgergeld. Das entspricht einem Bruttogehalt von 3320 Euro. Ein Gehaltscheck zeigt, welche Berufe da noch mithalten können. Arzthelfer, Bäcker, Buchhalter, Bürokaufmann sind schon mal raus. focus.de/politik/meinun

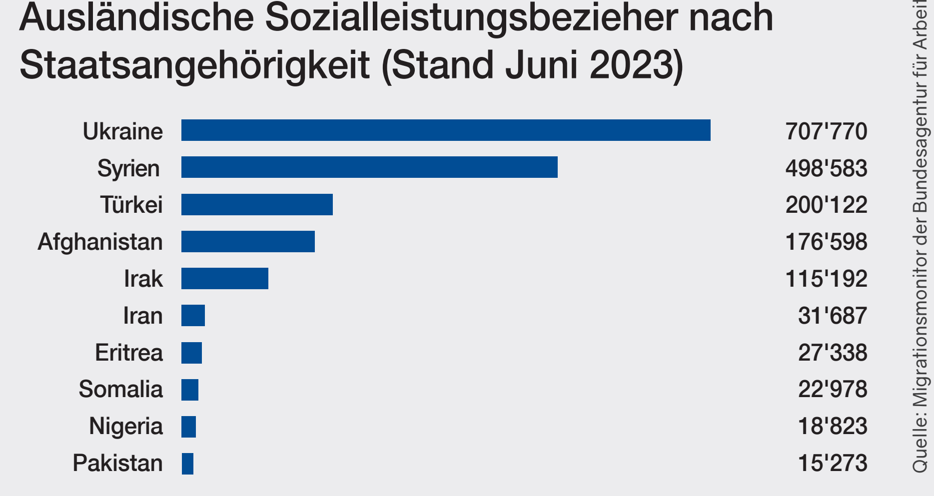
Die sozialstaatliche Anreizstruktur motiviert auch die autochthonen Deutschen nicht gerade dazu, einer ehrlichen Arbeit nachzugehen.

Arbeit lohnt sich nicht

Andererseits spielen beim Massen-Exodus nach Europa auch «Push-Faktoren» wie Krieg (siehe S.47 ff.) oder Armut eine Rolle. Mindestens bei Letzterem ist jedoch die unangenehme Tatsache zu registrieren, dass Menschen Armut durch ihre Handlungen entweder kollektiv erzeugen oder vermindern, was u.a. mit Ausbildung, Kultur und Sozialisierung zusammenhängt. Wenn Wohlstand schon im Heimatland nicht erzeugt wird, wie und warum sollten Menschen aus diesen Ländern ihn dann in Deutschland erzeugen? Folglich importiert man die Armut aus anderen Ländern nach Deutschland, was durch die sozialstaatliche Anreizstruktur nochmals erheblich verstärkt wird.

Diese gilt für Zuwanderer wie auch für die indigene Bevölkerung: «Auch kein Sozialdemokrat kann doch ernsthaft wollen, dass Arbeitsfähige von einem faktisch bedingungslosen Grundeinkommen dauerhaft gut versorgt werden. Schön blöd, wer sich da noch um eine Beschäftigung bemüht», konstatierte ein Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in einem Kommentar gegen das Bürgergeld vom März 2024. [3] Daran scheint sich in naher Zukunft auch nichts zu ändern. 2019 hatte das Bundesverfassungsgericht Hartz-4-Sanktionen für teilweise verfassungswidrig erklärt. Zusammengefasst hieß es da, dass der Staat weiterhin verpflichtet sei, das Existenzminimum zu sichern. Kürzungen von mehr als dreißig Prozent seien nicht verhältnismäßig, also nicht zulässig. [4] Wo käme man denn da hin?





«Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.» [1]

«[Volksverräter] ist ein Nazibegriff. Es gibt kein Volk, und es gibt deswegen auch keinen Verrat am Volk.» [2]

Robert Habeck, deutscher «Wirtschaftsminister», in seinem Buch «Patriotismus - Ein linkes Plädoyer» (2010) und 2018 im Interview mit dem Debatten-Kanal «Informr»

Foto: Michael Brandtner (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Robert_Habeck_2021_in_Kiel.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

Quellen: 1. Patriotismus: Ein linkes Plädoyer, Gütersloher Verlagshaus, 2010
2. sueddeutsche.de, «Es gibt kein Volk»: Habeck wehrt sich gegen Angriffe, 08.05.2018

Statistik

Wie bereits beschrieben: Laut EU-Datenbank Eurostat kamen zwischen 2013 und 2022 insgesamt fast 14,5 Millionen Ausländer in die EU. Davon suchten sich knapp sechs Millionen (40 Prozent) Deutschland als Zielland aus. Zum Vergleich: Die Deutschen stellen nur 19 Prozent aller EU-Bürger. [5] Wäre eine gesunde Wirtschaft, die sicherlich auch einen «Pull-Faktor» darstellt, der Hauptfaktor für die Länderwahl, dann gäbe es innerhalb Europas genug Alternativen. Mit den ausufernden Sozialleistungen in Deutschland kann aber kaum ein anderes europäisches Land mithalten. Allein diese Beobachtung identifiziert den Sozialstaat als essenziellen «Pull-Faktor».

Im November 2023 wurde eine interne Berechnung der Bundesagentur für Arbeit offengelegt: Laut ihr lag der Anteil der Zuwanderer und Menschen mit Migrationshintergrund unter den erwerbsfähigen Bürgergeldempfängern bei 62,5%. Von den 3'928'353 Bürgergeldempfängern hatten lediglich 1'473'249 keinen Migrationshintergrund. 2'455'104 waren Ausländer, eingebürgerte Migranten oder Nachfahren von Migranten. Mit den jährlichen Kosten von 12'960 Euro pro Kopf verursachen allein Migranten und deren Nachfahren unmittelbare Kosten für den Wohlfahrtsstaat in Höhe von 32 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Das entspricht fast dem Staatshaushalt von Bangladesch - ein Land, in dem 170 Millionen Menschen leben. [6] Macht nichts: «Die Politik versucht, sogenannte Pull-Faktoren für Migration zu schwächen, Sozialleistungen zu verringern. Ein Irrweg! Zuwanderung ist überlebenswichtig für Deutschland», so im November 2023 der mit all seinen Prognosen krachend gescheiterte (siehe S.15, 56 u. 58) Ökonom Marcel Fratzscher in einem Artikel für Die Zeit. [7] Moment. Laut Nancy Faeser ist die Existenz der Pull-Faktoren doch sowieso «durch nichts belegt» (siehe S.50). Wie soll man etwas Inexistentes denn bitte «schwächen»?



Steuerverbrennung

Vielleicht helfen Fratzscher Erkenntnisse aus einem deutschen Nachbarland auf die Sprünge: «Asylbewerber» hätten «im Schnitt keinerlei positive Effekte für die Staatskasse», wie Bild-Online Anfang dieses Jahres bezugnehmend auf Studienergebnisse aus den Niederlanden berichtete. «Sie verursachen im Gegenteil Kosten in Höhe von durchschnittlich 475'000 Euro», hieß es da weiter.

➔

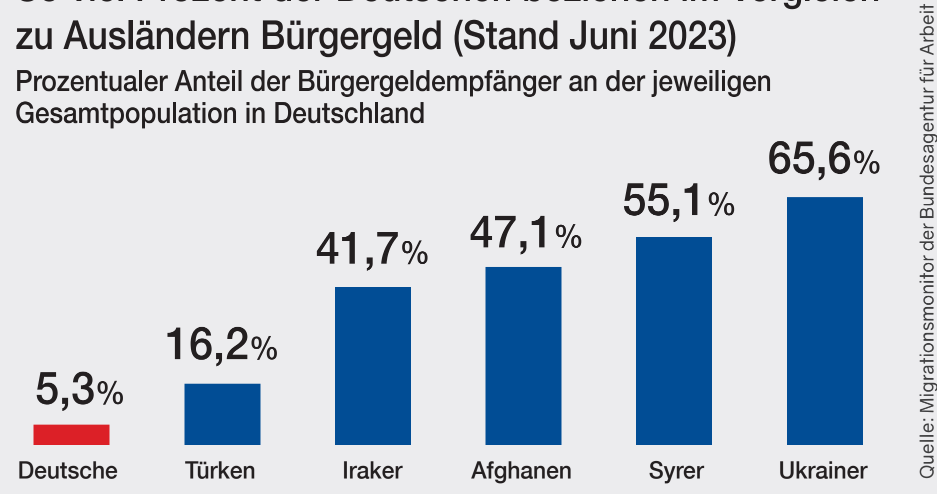


➔ [8] Holt der Asylbewerber seine Familie in die Niederlande, fallen pro Person, auf die Lebenszeit gerechnet, 275'000 Euro an. Eine vierköpfige Familie, die in die Niederlande «flüchtet», kostet damit den Steuerzahler mehr als eine Million Euro! Da Deutschland und die Niederlande ähnlich strukturiert sind, lassen sich diese Ergebnisse durchaus übertragen, weshalb wir Deutschland in die Rechnung miteinbeziehen: In einem durchschnittlichen deutschen Arbeitsleben fallen nach Daten des Finanzministeriums 243'000 Euro Steuern an. Das heißt: Es braucht mindestens ein deutsches Steuerzahlerleben, um ein Asylantenleben querzusubventionieren, im Normalfall eher zwei. [9]

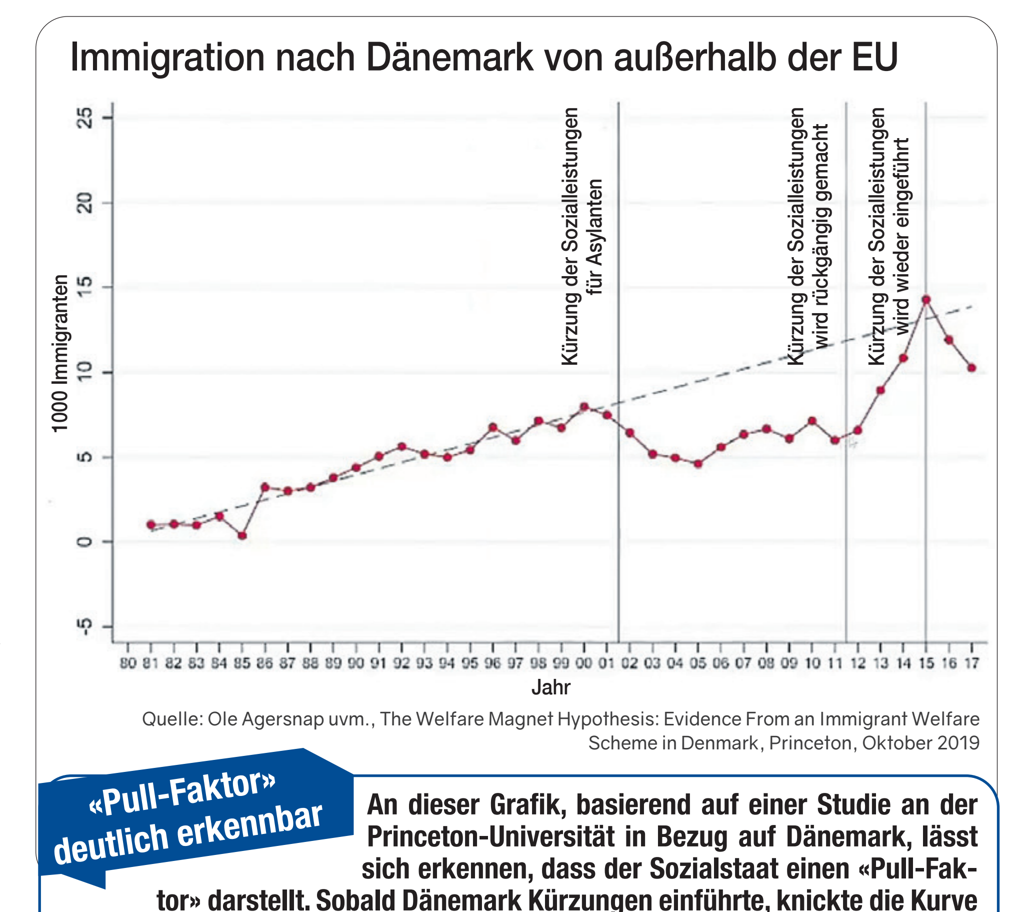
Bürgergeld für kriminelle Clans

Der vollkommen zügellose Umgang mit dem hart erarbeitenden Wohlstand der Heimatbevölkerung treibt mittlerweile die absurdesten Blüten: Über den arabischstämmigen Al-Zein-Clan, dessen Immobilien wegen dem Verdacht auf kriminelle Geschäfte 2021 durchsucht wurden, erfuhr man in der Bild-Zeitung, wie er den deutschen Sozialstaat gehörig ausnahm: «Während die Familie in einer Villa in Leverkusen wohnte, bezogen drei dafür gebildete Bedarfsgemeinschaften zwischen Mai 2015 und heute [September 2021] zu Unrecht vom Jobcenter Leverkusen über 400'000 Euro an Sozialleistungen. Dabei wohnte die Familie in einer rund eine Million teuren Villa in Leverkusen.» [10]

Und bloß keinen Druck ausüben: Eine Weisung der Bundesagentur für Arbeit aus dem Sommer 2023 sah vor, dass der Termin verschoben werden muss, wenn der Arbeitslose «glaubhaft vorträgt, an einem vorgesehenen Termin aus religiösen Gründen an der Wahrnehmung des Termins gehindert zu sein». Dazu zählt die Bundesagentur z.B. «religiöse Feiertage, die den Religionsangehörigen bestimmte Verhaltensweisen auferlegen/vorgeben», die sie am Besuch des Jobcenters hindern könnten. [11] Ob das auch für den gesamten Ramadan-Monat gilt? Integration sieht jedenfalls anders aus.



Erst in Relation zur Gesamtpopulation wird deutlich, dass es sich nur ein Bruchteil der ethnischen Deutschen in den sozialen Sicherungssystemen gemütlich macht. Das Hauptproblem stellen folglich Bürgergeldempfänger aus dem Ausland dar, die in Deutschland Sozialtourismus betreiben.



Quelle: Ole Agersnap uvm., The Welfare Magnet Hypothesis: Evidence From an Immigrant Welfare Scheme in Denmark, Princeton, Oktober 2019

«Pull-Faktor» deutlich erkennbar

An dieser Grafik, basierend auf einer Studie an der Princeton-Universität in Bezug auf Dänemark, lässt sich erkennen, dass der Sozialstaat einen «Pull-Faktor» darstellt. Sobald Dänemark Kürzungen einführte, knickte die Kurve nach unten. Als die Kürzungen aufgehoben wurden, ging sie wieder steil nach oben, um bei einer erneuten Kürzung wieder einzuknicken.

Hoffnungsträger Bezahlkarte

Die eigentlich bereits vom Bundestag beschlossene bundesweite Bezahlkarte für Asylbewerber lässt wegen organisatorischer Probleme noch auf sich warten. [12] In Deutschland sollen Asylbewerber künftig statt Bargeld eine Bezahlkarte erhalten, mit der sie einkaufen können. In zwei Bundesländern wurden die Bezahlkarten bereits eingeführt und zeigten sofort Wirkung. «Der thüringische Landkreis Greiz, der die Bezahlkarte bis Ende dieses Monats an alle 740 Flüchtlinge im Kreis ausgegeben haben will, berichtet von den ersten 14 Fällen, in denen Asylbewerber ihre Koffer gepackt und abgezogen sind», berichtete der Focus Anfang Januar 2024. Einkaufen war mit der speziellen Mastercard ausschließlich im Landkreis möglich. Geld in die Heimatländer zu überweisen, Reisen und Einkaufen in anderen Regionen – finito. [13] Finanzmittel, welche viele Migranten als Sozialhilfe aus den Steuergeldtöpfen der EU-Staaten erhalten, wer-



Im Gegensatz zu Syrern und Afghanen scheinen es weiße Flüchtlinge aus Südafrika bei ihrem Asylantrag sehr schwer zu haben. Seit 2008 wurden von den 570 Anträgen auf Erteilung eines humanitären Visums wegen politischer Verfolgung als Weißer nur 41 bewilligt, und 340 mussten noch bearbeitet werden. Das war der Stand im Jahr 2020 in Australien. [1] Die australische Einwanderungsbehörde lehnte z.B. 2015 den Asylantrag eines weißen südafrikanischen Landwirts ab. Er fürchtete sich vor «Schaden aufgrund seiner Rasse», sollte er in seine Heimat zurückkehren. Der Mann erklärte der Einwanderungsbehörde, er sei 1998 Opfer eines schweren Angriffs in seinem Haus gewesen, bei dem seine Frau und fünf weitere Personen ermordet wurden und er selbst schwere Verletzungen erlitt. Die Behauptung wurde durch die Medienberichterstattung untermauert. Die Einwanderungsbehörde lehnte seinen Asylantrag jedoch im Juli 2015 mit der Begründung ab, es gebe kaum Beweise für rassistisch motivierte Verbrechen gegen weiße Farmer oder weiße Südafrikaner. [2] Dass diese «Begründung» eine dreiste Lüge ist, erfährt man mit einem Blick in unsere **Ausgabe 20 «Drama in Südafrika als Blaupause für Europa?»**.

Quellen:
1. dailymail.co.uk, Desperate white South African farmers who rushed for protection visas in Australia have their claims rejected, 24.02.2024
2. theguardian.com, Peter Dutton's department blocked white South African farmer's asylum bid, 13.04.2018

den nämlich in absoluten Rekordsummen aus der EU in die Heimatländer überwiesen – es handelt sich dem Statistikamt Eurostat in Luxemburg zufolge EU-weit um 43,5 Milliarden Euro pro Jahr. [14]

Viele Grüne hatten sich der Einführung der Bezahlkarte im Bundestag entgegengestellt und sie als diskriminierend bezeichnet. [15] Auch der «Rat für Migration», ein Zusammenschluss von ungefähr 200 Migrationsforschern, die der Masseneinwanderung nach Europa weitgehend positiv gegenüberstehen, übte Kritik an der Bezahlkarte: «Popularisiert wird damit die Theorie der sogenannten Push- und Pull-Faktoren, die jedoch jeglicher evidenzbasierten Gültigkeit in der internationalen Migrationsforschung entbehrt.» Eine mutige Aussage: Denn auch eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zum Thema Push- und Pull-Faktoren kam zu dem Ergebnis, dass es diese Anreizfaktoren sehr wohl gibt. [16]

In welchem Rahmen das elektronische Zahlungsmittel überhaupt zum Einsatz kommen wird, steht von Bundesland zu Bundesland zur Diskussion und man kann davon ausgehen, dass Ausnahmen und Kompromisse die im Grunde sinnvolle Regel verwässern werden. Das Sozialgericht Hamburg erklärte eine pauschale Bargeldobergrenze im Juli 2024 für rechtswidrig [17] und es ist abzusehen, dass weitere Urteile dieser Art folgen werden.

Cloward-Piven-Strategie

Denkt man in größeren Zusammenhängen wie dem einer kommunistischen Weltrevolution (Doppelausgaben 41/42, 45/46), in deren Dienst linke Politiker im Westen zumindest als «nützliche Idioten» (Lenin)

➔

Süddeutsche Zeitung: Das «Deutsche» gibt es nicht

«Ausländerfeinde sehen das ‹Deutsche› in Gefahr, und einige ihrer Gegner plädieren für die ‹richtige› nationale Identität. Dabei stammen wir alle von derselben Affen-Oma ab. […] Es gibt nichts Reales, auf das sich eine nationale Identität beziehen kann. Nationen existieren nur in Köpfen derjenigen, die an sie glauben. Nationale Identität ist ein Hirngespinst."

Markus C. Schulte von Drach, deutscher Journalist und Schriftsteller, am 8. Dezember 2015 in der Süddeutschen Zeitung

Foto: Hicsum (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:MCSvD.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Quelle: sueddeutsche.de, Deutschland und die Ausländer: Nationale Identität ist ein Hirngespinst, 08.12.2015

Alles nur ein «soziales Konstrukt»?

Interessant. Dann müsste wohl auch die UN-Völkermordkonvention verschwinden, weil es grundsätzlich keine Völker gibt? Und auf welcher Grundlage wurde bspw. das Existenzrecht der israelischen Nation zur deutschen Staatsräson erklärt? Fragen über Fragen…

Deutschland und die Ausländer — Süddeutsche Zeitung

Nationale Identität ist ein Hirngespinst

8. Dezember 2015, 17:55 Uhr | Lesezeit: 6 min

Süddeutschen Zeitung
Nationale Identität ist ein Hirngespinst
Ausländerfeinde sehen das "Deutsche" in Gefahr. Aber das gibt es gar nicht, wie die Geschichte lehrt.

Teasertext des obigen SZ-Artikels

Der «rechte» Spiegel

«Der Missbrauch durch Wirtschaftsflüchtlinge gefährdet den Bestand des Asylrechts. [...] Die Bundesrepublik wurde gewissermaßen zum Selbstbedienungsladen für Asylbewerber.» (1)

Der Spiegel im Jahr 1980

«Fast jeder hingegen, der partout in Deutschland bleiben will und sich dabei einigermaßen clever anstellt, schafft das auch. Die Möglichkeiten, einer Abschiebung zu entgehen, sind [in Deutschland] aufgrund des Missmanagements der Ausländerbehörden und der Liberalität der Ausländergesetzgebung nahezu unbegrenzt. [...] Kaum feststellbar ist es deshalb, wenn ein Flüchtling die begehrte Sozialhilfe gleich mehrfach kassiert - ein Delikt, das sich vielerorts zu einem Massenphänomen zu entwickeln scheint, beispielsweise in Niedersachsen.» (2)

Der Spiegel im Jahr 1991




Der Spiegel, 15/1992

Quellen:
1. spiegel.de, «Finished, aus, you go, hau ab», 15.06.1980
2. spiegel.de, «Soldaten an die Grenzen», 08.09.1991

Wie sich die Zeiten doch ändern

Ähnliche Feststellungen würden vom heutigen Spiegel wahrscheinlich als «rechte Hetze» diffamiert werden. Damals noch völlig normale und nachvollziehbare Positionen gelten mittlerweile beim linken Medienklüngel als «extrem».

➔ stehen könnten, und berücksichtigt die Idee, dass Migration auch als Waffe verwendet wird (siehe S.41 ff.), sticht ins Auge, dass die Vorgänge in Deutschland der «Cloward-Piven-Strategie» sehr ähneln. Sie wurde in den 1960er-Jahren von den linken Soziologen Richard Cloward und Frances Fox Piven entwickelt und zielt darauf ab, das bestehende Sozialhilfesystem durch gezielte Überlastung zu destabilisieren, um so eine Krise herbeizuführen. Durch diese Krise soll die Regierung dazu gezwungen werden, die Einführung eines garantierten Grundeinkommens umzusetzen. Ergo: Kommunistische Zustände durch die Hintertür der Armutshilfe. (18)

Im sozialistisch regierten Südafrika könnte diese Strategie schon sehr weit fortgeschritten sein: «28 Millionen Menschen in Südafrika erhalten Sozialhilfe - bei nur 7 Millionen Steuerzahlern», titelte das südafrikanische Wirtschaftsmagazin «BusinessTech» Anfang 2024. (19) Südafrika wurde von Niederländern in unbewohntem Gebiet gegründet. Die Schwarzen, die man heute für die eigentlichen «Ureinwohner» hält, sind Wohlstandsmigranten, die über den Verlauf von Jahrzehnten in den Süden Afrikas zogen, denn dort hatten Weiße eine Zivilisation aufgebaut. Die Entwicklungen hierzulande bestätigen leider den Titel unserer Ausgabe 20 «Drama in Südafrika als Blaupause für Europa?». ***(tk)***

In Deutschland preisgekrönter Journalist wollte «das weiße Europa aufgeben»

Broder: «Was ich völlig im Ernst gut finde, ist, dass diese demographische Struktur Europas nicht mehr zu halten ist. Je eher die Europäer das einsehen, desto besser. Einige Städte sind schon recht farbig und nicht mehr ‹arisch› weiß, und dagegen kann man überhaupt nichts sagen.»

Frage: «Heißt ein farbiges Europa, dass davon keine Katastrophen mehr ausgehen?»

Broder: «Das könnte es bedeuten. Es könnte aber auch bedeuten, dass Europa zu existieren aufhört.»

Frage: «Sie betrachten ja aber die Einwanderung in Europa als Regeneration. Ist das die Chance?»

Broder: «Ja. Europa wird anders werden, und das ist die einzige Chance, die es überhaupt noch hat: sich mit den Leuten, die es eigentlich gar nicht haben will, zu revitalisieren. Die Frage ist nur, ob es sein politisches System aufgeben will. Ich würde gerne **das weiße Europa aufgeben**, aber ich würde ungern das demokratische Europa aufgeben.»

Henryk M. Broder, deutsch-jüdischer Journalist, Autor und Publizist, 2006 im Interview mit der Online-Plattform hagalil.com

Quelle: hagalil.com, Henryk Broder über historischen Masochismus, arabische Logik und die Entarisierung Europas, 14.06.2006

Foto: Bernd Schwabe in Hannover (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Henryk_M._Broder,_hier_zur_Lesung_in_der_Reihe_ZU_GAST_BEI_DECIUS,_Marktstra%C3%9Fe_52_in_Hannover_am_5._September_2013.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Trojanisches Pferd?

Heute gibt sich Henryk M. Broder als Kritiker der Islamisierung Deutschlands. Ob er einen Austausch der ethnischen Bevölkerung ohne eine Islamisierung weiterhin befürworten würde? Broder ist kein Einzelfall: Auch, dass die von den Medien als «rechts» dargestellte italienische Premierministerin Giorgia Meloni im Juli letzten Jahres sagte: «Europa und Italien brauchen Migration», sollte zu denken geben. (1)

Quelle: 1. telegraph.co.uk, Italy needs migration, admits Giorgia Meloni as she softens her stance, 23.07.2023

Quellen:
1. mdr.de, Sozialleistungen sind kein Fluchtgrund - ein Faktencheck, 08.11.2022
2. Ole Agersnap uvm., The Welfare Magnet Hypothesis: Evidence From an Immigrant Welfare Scheme in Denmark, Princeton, Oktober 2019, S.4 f.
3. faz.net, Bürgergeld-Debatte: Wie der Sozialstaat vor die Hunde geht, 18.03.2024
4. tagesspiegel.de, Hartz-IV-Urteil: Sanktionen sind teilweise verfassungswidrig, 15.11.2019
5. bild.de, Zuwanderungs-Statistik: Deutschland ist Europas Migrations-Magnet, 06.07.2024
6. kraut-zone.de, Das kosten arbeitslose Migranten den Steuerzahler, 06.03.2024
7. zeit.de, Deutschland muss für Zuwanderer attraktiver werden, 17.11.2023
8. bild.de, Unbegrenzte Migration zerstört den Sozialstaat, 18.01.2024
9. kraut-zone.de, So viel kostet die Massenmigration wirklich, 25.01.2024
10. bild.de, Razzia bei den Al-Zeins: Clan lebt in Millionen-Villa - und bekam jahrelang Hartz IV, 09.06.2021
11. bild.de, «Aus religiösen Gründen»: Stütze-Empfänger dürfen Jobcenter-Termin absagen, 04.08.2023
12. tagesschau.de, Streit um Auftragsvergabe: Neue Probleme für die Bezahlkarte, 16.07.2024
13. focus.de, Nach Einführung: Asyl-Beamter über Bezahlkarten: «Familien brechen Zelte ab und gehen freiwillig nach Hause», 29.01.2024
14. deutschlandfunk.de, Migranten überweisen Rekordsumme aus der EU in Heimatländer, 25.01.2024
15. bild.de, Mega-Zoff in der Ampel: Grüne torpedieren Bezahlkarte für Flüchtlinge, 16.02.2024
16. focus.de, Analyse von Ulrich Reitz: Wie eine linksgrüne Flüchtlingslobby Deutschlands Asyl-Wende sabotiert, 06.03.2024
17. lto.de, Eilbeschluss zur Bezahlkarte: Sozialgericht hält pauschale Bargeldobergrenze für rechtswidrig, 24.07.2024
18. en.wikipedia.org, Cloward-Piven strategy, abgerufen am: 28.07.2024
19. businesstech.co.za, 28 million people on grants in South Africa – with only 7 million taxpayers, 22.02.2024

Lösung des «Fachkräftemangels» durch Einwanderer? Pure Augenwischerei!

Die Versprechung der politischen Klasse, Deutschland erhalte mit der ausufernden Migrationsflut seit 2015 dringend benötigte Fachkräfte, war von Anfang an widersprüchlich, da man parallel betonte, Menschen in Not helfen zu wollen. Schon nach einer simplen Wahrscheinlichkeitsrechnung ist die Chance, dass man Menschen aus einer Notlage befreit und dabei nur fähige Arbeitskräfte bzw. nützliche Mitglieder der Gesellschaft erhält, gleich null. Um an wirkliche Fachkräfte zu gelangen, wäre eine selektive Vorauswahl durch die Einwanderungsbehörde vorzunehmen, die in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Wirtschaft agiert. So oder so ähnlich läuft es in den meisten Ländern der Welt auch ab. Deutschland und einige weitere europäische Länder kamen auf die Idee, einen Sonderweg einzuschlagen und die ganze Welt zu einem Asylverfahren einzuladen, bei dem man lediglich hofft, an die richtigen Leute zu gelangen.



Foto: Envato Elements

Doch selbst wenn Deutschland zum naheliegenderen Verfahren einer spezifischeren Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zurückkäme, würde dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass Regierung und Parteien nicht mehr mit indigenen Deutschen als Fachkräften planen, was im Widerspruch zum Grundgesetz steht. 1987 stellte das Bundesverfassungsgericht «die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten» fest. [1] Subjekt der BRD-Demokratie ist also nicht irgendein beliebiges Volk oder irgendeine Bevölkerung, sondern das deutsche Volk. Es legitimiert die staatliche Herrschaft. Jedes Regierungsmitglied schwört den Amtseid, es werde seine Kraft «dem Wohle des deutschen Volkes widmen». [2] Würden sich die gewählten Vertreter der Deutschen lediglich an das Grundgesetz halten, dann gäbe es nur eine Antwort auf den «Fachkräftemangel»: Ethnische Deutsche zu Fachkräften auszubilden, anstatt das selbst erzeugte Problem durch Zuwanderer lösen zu wollen. Mit ihrer 2017 getroffenen Aussage «Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt» wollte Angela Merkel ein klares Zeichen gegen «Populismus» setzen, doch kongruent mit dem Grundgesetz war dies nicht. [3] Vielmehr stellt die Aussage Merkels sogar praktisch jede geltende Rechtsordnung auf diesem Planeten auf den Kopf, denn in welchem Land wird man bitte direkt eingebürgert, also Teil des «Volks», nur weil man dort seinen Wohnsitz hat?

«Fachkräfte» aus Kenia

Zumindest behauptet die deutsche Bundesregierung mittlerweile als Feigenblatt einen Kurswechsel von unbegrenz- →





«Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt.»

Ex-BRD-Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem CDU-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern im Februar 2017

Quelle: welt.de, «Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt», 26.02.2017





französisch nation < lateinisch natio = das Geborenwerden; Geschlecht; Volk(sstamm), zu: natum, Natur

Na·ti·on
/Natión/

Lateinische Herkunft des Worts «Nation», basierend auf dem Oxford-Wörterbuch, über Google



Um zu einer Nation und damit zu einem Volk zu gehören, muss man, historisch gesehen, in dieses Volk hineingeboren sein. In der modernen Welt wurden diese Regeln gelockert und jeder hat die Möglichkeit ein langwieriges, anstrengendes Verfahren zu durchlaufen, um Bürger einer anderen Nation zu werden. Die Behauptung, man gehöre zu einem Volk, wenn man in dessen Gebiet «lebt», widerspricht dennoch praktisch jeder geltenden Rechtsordnung auf diesem Planeten - auch bis heute (noch) der deutschen.



➔ tem Asyl zu «gezielter Migration». So verlautbarte Bundeskanzler Olaf Scholz im ZDF-Sommerinterview 2023: «Damit wir eine gute Zukunft haben, damit unser Arbeitsmarkt funktioniert, damit unsere Wirtschaft wächst, werden wir gute Fachkräfte, Arbeitskräfte von außerhalb Deutschlands brauchen – sonst sind die Renten nicht sicher.» (4) Kurz davor hatte er bei einem Staatsbesuch in Kenia für die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem ostafrikanischen Land geworben. «Wir sehen in Kenia ein großes Potenzial für die Fachkräftemigration in vielen Bereichen unserer Wirtschaft», sagte er nach einem Gespräch mit Präsident William Ruto in Nairobi. Die Bundesregierung wolle «verstärkt reguläre, legale Zuwanderungsmöglichkeiten für jene schaffen, die in Deutschland arbeiten wollen». (5) Fast exakt ein Jahr nach Scholz' Staatsbesuch titelte die afrikanische Webseite Business Daily: «Kenia und Deutschland vereinbaren einen Deal über 250'000 Arbeitsplätze». (6) Aber Moment: Wie wäre es, erstmal die aktuell 5,5 Millionen Bürgergeldempfänger in Lohn und Brot zu bekommen? Den angeblich so formidabel ausgebildeten Kenianer müsste es doch schon vor seiner Ankunft abschrecken, jene Sozialgeldempfänger mit seinem monatlichen Lohn finanzieren zu müssen, oder nicht?

So, als befinde man sich nicht schon lange auf dem Holzweg, bezifferte Detlef Scheele, vor Kurzem noch Chef der Bundesagentur für Arbeit, die Zahl der pro Jahr in Deutschland benötigten Zuwanderer auf 400'000. Doch neue Töne: Es gehe nicht um Asyl, «sondern um gezielte Zuwanderung für die Lücken am Arbeitsmarkt», sagte er 2021 der Süddeutschen Zeitung. (7) «Nur mit einer jährlichen Nettozuwanderung von 400'000 Personen bleibt das Arbeitskräfteangebot langfristig konstant», stimmte ihm das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im selben Jahr zu. (8)

Um für ausländische Fachkräfte attraktiver zu werden, will die FDP laut einem Beschlusspapier von April 2024 steuerliche Anreize einführen. Als Beispiel wird von der Partei ein gestaffelter Freibetrag genannt, bei dem ein Teil des Bruttogehalts für drei Jahre steuerfrei bleibt. Eingesessene müssten nach diesem Modell ihre Steuern brav, wie gehabt, weiterbezahlen, während Ausländer entlastet werden. (9) Selbst wirtschaftsliberalere Ansätze legen also Wert darauf, die Deutschen wie Bürger zweiter Klasse in ihrem eigenen Land zu behandeln.

Keine Trendwende in Sicht

Mit über 300'000 Asylanträgen im Jahr 2023 (10) läuft jedoch alles wie gehabt und Deutschland bleibt parallel zu seinen fragwürdigen Anwerbungsversuchen im Ausland ein Magnet für Menschen aus den rückständigsten Ländern der Welt, die direkt in die Sozialsysteme wandern. Allerdings war der immerhin propagandistische Umstieg zur gezielten Anwerbung von vermeintlichen Fachkräften in weit entfernten Ländern bitter notwendig. Der Mangel an fähigen Arbeitnehmern ist nämlich nach wie vor latent, obwohl die Politik fest versprochen hatte, ihn durch Einwanderung zu lösen. Bislang hatten die meisten Politi-

Münchner Merkur

DIW-Präsident über Migration: „Menschen mit geringen Qualifikationen sind eine riesige Chance“

merkur.de, 22.02.2024



Foto: Heinrich-Böll-Stiftung from Berlin, Deutschland (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Marcel_Fratzscher_(48092793526)_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), versucht sich beim Merkur an der Quadratur des Kreises. Wer nichts kann und Deutschland nichts bringt, hat immerhin theoretisches Potenzial. Also Kopf hoch! «Diesen Menschen können wir Perspektiven bieten», sagte Fratzscher. Es soll also der Job der Deutschen sein, die Neubürger fortzubilden, anstatt einfach direkt ausgebildete Leute einwandern zu lassen?



Wenn die Deutsche Industrie- und Handelskammer Ende 2023 einen solchen Titel für ihren Bericht wählt, dann ist die Lage ernst und das Projekt «Mehr Fachkräfte durch Migration» definitiv gescheitert.


SPIEGEL

Fachkräftemangel und Geflüchtete

Das große Rätsel der offenen Stellen

Handwerksbetriebe, IT-Unternehmen und Gastronomen in Deutschland suchen verzweifelt nach Arbeitskräften und Auszubildenden. Hunderttausende Geflüchtete sind ohne Jobs. Was läuft da schief?

spiegel.de, 17.03.2024

Bleibt nur zu hoffen, dass der Spiegel dies als rhetorische Frage versteht.

ker der Altparteien behauptet, die «Flüchtlinge» aus aller Herren Länder würden in Summe irgendwann mehr zum Staatshaushalt beitragen und das deutsche System entlasten. Die Rede war von wenigen Jahren – Deutschkurse, Ausbildung, Integration, und schließlich hätte man jemanden, der fleißig arbeitet, Steuern zahlt und vor allem die Rentenkassen entlastet.

Davon ist weit und breit nichts zu sehen: Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sah im November 2023 eine weitere Verschärfung des Fachkräftemangels in Deutschland voraus. In einem Report schrieb die DIHK: «Die Fachkräftesituation bleibt sehr kritisch. Das gilt nicht nur für die direkt betroffenen Betriebe, sondern auch für unseren Wirtschaftsstandort insgesamt.» In einigen Branchen sei mittlerweile nicht mehr nur von «Lücken bei Fachkräften», sondern von einem allgemeinen Mangel an Arbeitskräften die Rede. In der deutschen Gesamtwirtschaft blieben einer aktuellen Schätzung zufolge 1,8 Millionen Stellen unbesetzt. «Mehr als 90 Milliarden Euro an Wertschöpfung gehen damit in diesem Jahr rechnerisch verloren», erläuterte der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer das Ausmaß des klaffenden Engpasses. Das entspreche mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. [11]

Wo zu Anfang des Massenansturms aus dem Nahen Osten und Afrika noch einige Warnungen von renommierten Experten bezüglich des mangelnden Bildungsniveaus der Migranten zu hören waren (siehe S.15 f.), ist es in Deutschland mittlerweile verdächtig still geworden. Immerhin lässt sich eine neue Studie aus Österreich auftreiben, die vom Institut für Höhere Studien (IHS) im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF), also der Regierung, durchgeführt wurde. Ernüchtert schrieb Die Presse im April 2023 über die Ergebnisse: «Das gesellschaftliche Bild des syrischen Ingenieurs oder Arztes, mit dem Österreich den Fachkräftemangel bekämpfen kann, ist endgültig überholt.» Die mittlerweile ankommenden Syrer müssten oft erst alphabetisiert werden und seien deshalb gar nicht auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen. Noch schlechter schnitten die Afghanen ab. [12]







In einem KI-generierten YouTube-Filmchen namens «Oma, was war nochmal dieses Deutschland?», das im April 2024 viral ging, erklärt eine im Afrika der Zukunft lebende Oma ihrer Enkelin, man habe einst den Ort, wo ihre Vorfahren lebten, verlassen müssen. In dem, was man früher «Deutschland» nannte, seien «die Blauen» an die Macht gelangt, die daraufhin einen «Exodus» herbeiführten, den man damals als «Remigration» bezeichnete. Ohne die Menschen mit Migrationshintergrund sei Deutschland schnell verarmt und kollabiert. Die ethnischen Deutschen hätten daraufhin selbst die Flucht nach Afrika angetreten, was zum Ende Deutschlands führte. Zu den Machern und Unterstützern des Videos zählen bekannte deutsche Influencer, Comedians, Berater und Journalisten sowie die Hamburger Morgenpost.

Innerer Verfall

Auf Deutschland sind derlei Ergebnisse durchaus übertragbar. Laut Mathias Middelberg, Vizevorsitzender der Unions-Bundestagsfraktion mit Schwerpunkt Haushalt und Finanzen, stehen ca. zwei Millionen unbesetzten Arbeitsstellen ca. 3,5 Millionen im Grunde arbeitsfähige Arbeitslose oder Unterbeschäftigte gegenüber. Vor allem die Integration der Asylzuwanderer in den Arbeitsmarkt gelinge nur schleppend. «Von der größten Flüchtlingsgruppe der Syrer arbeiten gerade 31 Prozent sozialversicherungspflichtig, 55 Prozent beziehen Bürgergeld. Fast 500'000 Syrer, die Bürgergeld beziehen, suchen aktuell nach Beschäftigung», sagte der CDU-Politiker im September 2023. [13]

Selbst für nicht gerade hochkomplexe Kita-Jobs mangelt es an «Fachkräften». Die Kultusministerin Niedersachsens, Julia Willie Hamburg (Grüne), sprach im April dieses Jahres davon, die Anforderungen an die Kita-Beschäftigten für einige Zeit herabsetzen zu wollen. Trotz des Fachkräftemangels wolle man «alles daran setzen, dass unsere Kitas im Land geöffnet bleiben können», gab sie im Landtag bekannt. [14] Die migrantischen Vorschulkinder, deren Eltern die klaffende Lücke im Arbeitsmarkt offensichtlich nicht füllen können, sprechen oft kaum bis kein Deutsch, erzeugen somit weitere Arbeit und verschärfen das Problem nur noch weiter. Um die Misere zu verschleiern, gibt es indes simple Methoden. So will Die Linke einfach Hausaufgaben und Noten abschaffen. Das geht aus einem neuen Partei-Papier zur Bildungspolitik hervor. Darin heißt es: «Hausaufgaben und Noten gehören abgeschafft. Einüben und Wiederholen hat in der Schulzeit zu geschehen.» So solle ein «Lernen ohne Druck und Angst» möglich werden. [15] Dann würde immerhin nicht auffallen, dass das Bildungsniveau in den «bunten» Lehrstätten und später eben auch in der freien Wirtschaft rapide sinkt. «Druck und Angst», die bei vielen vorherrschen mögen, werden allerdings durch das neue Mobbingpotenzial der migrantischen Mitschüler kaum gesenkt (siehe S.70 ff.).

➔

Frankfurter Allgemeine

AUFREGUNG IN LÖRRACH

Mieter sollen ausziehen, damit Flüchtlinge einziehen

faz.net, 21.02.2023

Die Ankündigung der Wohnungsbaugenossenschaft Lörrach im Februar 2023, Mieter rauszuwerfen, um Ukrainer in den Wohnungen unterzubringen, machte deutschlandweit Schlagzeilen. Die Wohnungen, hieß es in einem Brief an die Bewohner, seien nun mal für «Flüchtlinge geeignet». Das Verhalten der Stadt, der das Unternehmen gehört, warf mehr und mehr Fragen auf. Sollten Mieter etwa gezielt eingeschüchtert werden? Und auf welcher Rechtsgrundlage sollten die Mietverträge gekündigt werden?

➔

Syrer im Bürgergeld

Der Focus schrieb im Juli 2023: «Die Migration kostet den Steuerzahler viel Geld: Rund 22 Milliarden Euro gibt allein der Bund für die Flüchtlingspolitik aus. Allein knapp zehn Milliarden davon fließen in Sozialtransfers nach dem Asylverfahren, sprich ins Bürgergeld, früher Hartz IV. Hinzu kommen noch die Ausgaben der Länder und der Gemeinden, über die heftig gerungen wird, weil sich die Kommunen am Ende ihrer Aufnahmefähigkeit sehen. Gar nicht mit Zahlen hinterlegt sind die sozial bedingten Folgekosten der ungesteuerten Einwanderung - weil der Staat immer mehr Geld für Wohnraum für Flüchtlinge ausgeben muss und weil die Kosten an den Schulen mit den wachsenden Migrantenzahlen steigen. Die Asyl-Einwanderung stabilisiert nicht die Finanzen, sie destabilisiert sie.» [16]

Hört man heute den «Experten» zu, deren Ratschlag die Misere damals unterstützte, ist oft nicht das geringste Anzeichen für Einsicht zu erkennen. «Zur Sicherung des Wohlstands ist Deutschland immer stärker auf Zuwanderung angewiesen», hatte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher (siehe S.15, 51 u. 56), Anfang August 2015 der Deutschen Presse-Agentur mitgeteilt. Als Grund nannte er damals den zunehmenden Mangel an Fachkräften und die demographische Entwicklung. [17] Nach achtjährigem Scheitern und weiteren lächerlichen Fehlprognosen erklärte Fratzscher dem Bayerischen Rundfunk, der immer latenter werdende Fachkräftemangel habe doch auch «viele gute Seiten». So meinte er wörtlich: «Fachkräftemangel heißt mehr Optionen für die Beschäftigten, bessere Arbeitsbedingungen, bessere Löhne.» [18] Anders ausgedrückt: Wenn auch jeder Viererschüler eine eins bekommt, haben es doch alle viel leichter. Wer braucht schon Konkurrenz? Die Unternehmer, die Kunden und damit letztendlich die gesamte Gesellschaft, die unter einem fallenden Ausbildungsniveau leiden, schloss Fratzscher aus seinen Gedankengängen feinsäuberlich aus. Warum wollte er den Fachkräftemangel überhaupt je lösen, wenn er «viele gute Seiten» hat? Im Ranking der einflussreichsten Ökonomen Deutschlands des Handelsblatts schaffte es Fratzscher 2021 dennoch auf Platz drei. [19]

«Wir schaffen das»

Trotz völlig eindeutigem Negativ-Trend heißt es auf allen Eben des deutschen Staats immer noch volle Fahrt in Richtung Multikulti. «Die Deutschen werden sich wieder mehr anstrengen müssen!», gab der inzwischen verstorbene Ex-Finanzminister Wolfgang Schäuble (siehe S.38) im Oktober 2022 als Parole für die Zukunft zum Besten. [20] Also einfach Ärmel hochkrempeln und sich noch «mehr anstrengen», denn an der nicht gelingen wollenden Integration können wohl kaum die neu importierten «Goldstücke» (siehe S.15) schuld sein. «Wir brauchen neben einer Einwanderungsbehörde des Bundes Einwanderungsbüros in den Kommunen, die eine ganzheitliche Unterstützung bei der Einwanderung und Integration aus einer Hand anbieten», sagte Yasmin Fahimi, Chefin des Deutschen Gewerkschaftsbunds, im Juni letzten Jahres. Die «Fachkräfte» aus dem Ausland benötigten Unterstützung etwa beim Erlernen der Sprache, bei der Wohnungssuche, beim Familiennachzug und der Kitaplatzsuche. Ferner benötigten sie Informationen über die Infrastruktur vor Ort und das Lebensumfeld. [21] Und vielleicht noch einen Monat All-Inclusive-Urlaub in einem Vier-Sterne-Hotel? Oh, die Antwort lautet: «Fast!» Die Bild-Zeitung titelte im Frühling 2023: «Land NRW will Flüchtlinge im Vier-Sterne-Hotel unterbringen». [22] Na dann.

Wenn sich Deutschland den Rücken krümmt, Dutzende Extra-Leistungen unter gigantischem Kostenaufwand anbietet und auch sonst den roten Teppich so weit wie nur möglich ausrollt, erbarmen sich die neu Zugewanderten laut der Logik von Menschen wie Yasmin Fahimi vielleicht eines Tages dazu, nützliche Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Anscheinend stehen die Einheimischen bei den Zuwanderern in der Schuld und nicht umgekehrt. Orwell'sche Denkmuster wie diese lassen beim Umgang der deutschen Politik mit Migration zuhauf grüßen. ***(tk)***

Die Presse

Studie: Bildungsniveau von Flüchtlingen stark gesunken

diepresse.com, 06.04.2023

Schlecht angefangen und stark nachgelassen: Nach einer Studie im Auftrag der österreichischen Regierung sind die am besten ausgebildeten Syrer bereits zu Beginn der Flüchtlingswelle nach Österreich gekommen. Das Bildungsniveau neu eingewanderter Syrer liege aktuell im Durchschnitt noch niedriger als damals.

Quellen:

1. mpil.de, Deutsche Rechtsprechung in völkerrechtlichen Fragen 1986-1993, 610, Deutsche Staatsangehörigkeit, abgerufen am: 11.07.2024
2. gesetze-im-internet.de, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 56, Eide anderer Politiker entsprechen fast immer diesem Wortlaut
3. welt.de, «Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt», 26.02.2017
4. focus.de, Analyse von Ulrich Reitz: Migranten sollen unsere Rente retten? Wir müssen reden, Herr Scholz, 05.07.2023
5. tagesschau.de, Besuch in Nairobi: Scholz setzt beim Fachkräftemangel auf Kenia, 05.05.2023
6. businessdailyafrica.com, Kenya, Germany strike deal for over 250'000 jobs, 17.05.2024
7. spiegel.de, Detlef Scheele Arbeitsagentur-Chef: Deutschland braucht 400'000 Zuwanderer - pro Jahr, 24.08.2021
8. iab.de, Nur mit einer jährlichen Nettozuwanderung von 400'000 Personen bleibt das Arbeitskräfteangebot langfristig konstant, 23.11.2021
9. merkur.de, Reformpläne: FDP will ausländische Fachkräfte geringer besteuern, 08.04.2024
10. bpb.de, Asylanträge in Deutschland, 22.07.2024
11. DIHK Report Fachkräfte 2023/2024, November 2023
12. diepresse.com, Studie: Bildungsniveau von Flüchtlingen stark gesunken, 06.04.2023
13. welt.de, «500'000 Syrer, die Bürgergeld beziehen, suchen nach Beschäftigung», 08.09.2023
14. bild.de, Wegen Personal-Mangel: Grünen-Ministerin senkt Kita-Standards, 17.04.2024
15. bild.de, Radikaler Schulplan: Linke will Noten UND Hausaufgaben abschaffen, 18.09.2023
16. focus.de, Analyse von Ulrich Reitz: Migranten sollen unsere Rente retten? Wir müssen reden, Herr Scholz, 05.07.2023
17. tagesspiegel.de, Migration: Deutschland immer stärker auf Zuwanderung angewiesen, 01.08.2015
18. br.de, Ökonom Fratzscher: Fachkräftemangel hat auch «viele gute Seiten», 19.06.2023
19. de.wikipedia.org, Ökonomenranking, abgerufen am: 28.07.2024
20. bild.de, Schäuble-Appell in Energiekrise: «Dann zieht man halt einen Pullover an», 10.10.2022
21. welt.de, DGB-Chefin fordert Einwanderungsbüros in ganz Deutschland, 05.06.2023
22. bild.de, Für 600'000 Euro Miete pro Monat: Land NRW will Flüchtlinge im Vier-Sterne-Hotel unterbringen, 30.05.2023

Nicht mal im besten berufsfähigen Alter erwirtschaften Muslime ein Plus!

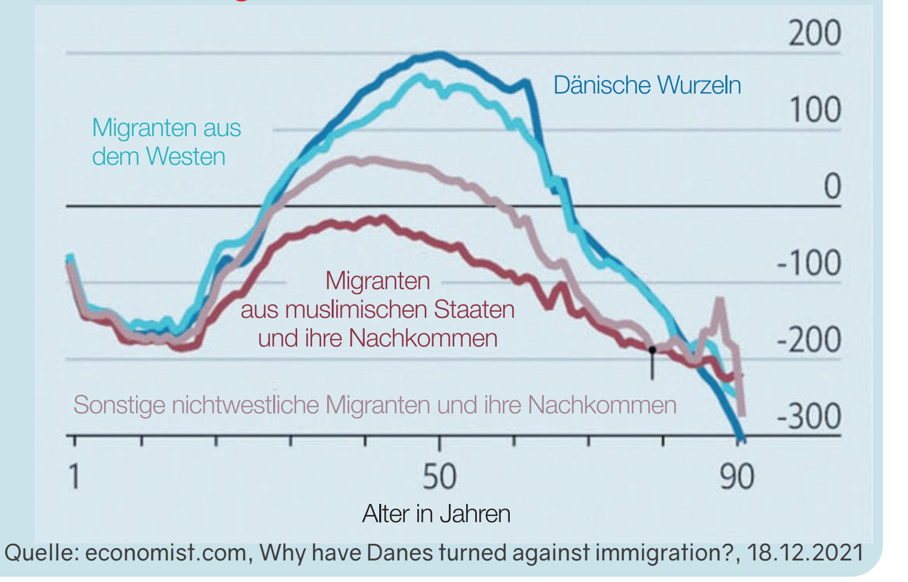
Dänisches Finanzministerium 2018:

Migranten aus muslimischen Staaten kosten den Staat mehr, als sie ihm bringen

Beitrag zu den öffentlichen Finanzen nach Alter im Jahr 2018, in tausend Kronen

Kein Nutzen, nur Kosten

Massenmigration aus muslimischen Staaten und Afrika war für Dänemark schon 2018 ein Verlustgeschäft. Man kann davon ausgehen, dass die Zahlen für Deutschland 2024 noch weit frappierender ausfallen.



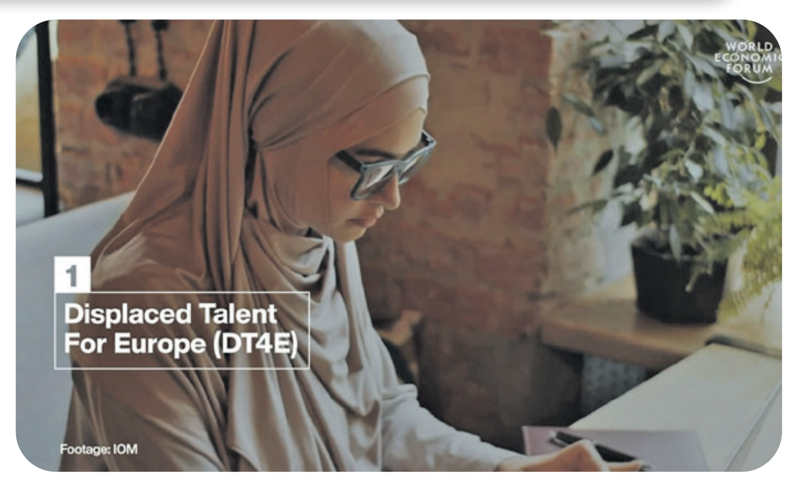
Quelle: economist.com, Why have Danes turned against immigration?, 18.12.2021

Auch das Weltwirtschaftsforum denkt nicht an einheimische Fachkräfte

Im Mai 2024 veröffentlichte das Weltwirtschaftsforum (WEF) ein Video mit dem Titel: «Drei Wege, wie talentierte Migranten zu Europas Wirtschaft beitragen können». Eine angebliche «Talentkrise» Europas kann in den Augen des WEF auch primär nur mit fremden Arbeitskräften repariert werden. «Qualifizierte Fachkräfte in Konfliktzonen brauchen legale Wege, um Jobs in sichereren Regionen zu finden», heißt es da. Daraufhin werden drei Programme bzw. «öffentlich-private Partnerschaften» vorgestellt, die willige Migranten mit «Arbeitsmöglichkeiten» im Westen in Verbindung bringen. «Talente» dafür seien z.B. in Jordanien, dem Libanon und Kenia zu finden.



Dass auch Massenmigration zum Great Reset, einem Projekt des megalomanen WEF-Vorsitzenden Klaus Schwab, gehört, erfahren Sie in unserer Ausgabe 40.







Familiennachzug: Kein Ende in Sicht

«Bundestag erweitert Familiennachzug», titelte die Deutsche Welle im Oktober 2020. «Künftig bekommen mehr Menschen aus Nicht-EU-Staaten die Möglichkeit, zu Partnern und Verwandten nach Deutschland zu ziehen. Der Bundestag beschloss mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen erweiterte Möglichkeiten zum Familiennachzug. [...] Künftig wird der Familiennachzug auf Personen ausgedehnt, die in Deutschland lebenden EU-Bürgern ‹nahestehen› und die selbst nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Landes haben. Gemeint sind neben Pflegekindern zum Beispiel dauerhafte Lebenspartner, die weder Ehegatten sind noch eingetragene Lebenspartner. Auch Onkel, Tanten, Neffen und Nichten bekommen mehr Chancen auf den Nachzug nach Deutschland.» [1] Von 2014 bis 2023 kamen ca. eine Million Ausländer über den Weg des Familiennachzugs nach Deutschland. Um die 130'000 Zuwanderer waren es im vergangenen Jahr, was in etwa der Bevölkerungszahl der deutschen Stadt Heilbronn entspricht. 149'423 Menschen hatten einen Antrag auf ein Visum im Zusammenhang mit dem «Familiennachzug» gestellt und es mit einer Quote von 87,5% erhalten. Die größte Gruppe derer, die zu Ausländern nach Deutschland zuziehen, stammt aus Syrien. Mit 15'442 Fällen anno 2023 machen sie 65,2% dieser Gruppe aus. Mit 1801 Fällen folgen in der Gruppe die Türken und danach die Eritreer. [2]


Muslime in Syrien
Foto: ©Vyacheslav Argenberg/ http://www.vascoplanet.com/

Islamische Vielehen

Der Zuzug von Zweitfrauen ist in Deutschland zwar oberflächlich gesehen nicht erlaubt, aber über andere Wege möglich: Aufgrund des Aufenthaltsgesetzes könnte es für Zweitfrauen in Betracht kommen, «zu gemeinsamen Kindern als deren Elternteil nachzuziehen», erklärte der Parlamentarische Staatssekretär des Innenministeriums, Mahmut Özdemir (SPD), im September als Antwort auf eine schriftliche Anfrage. [3] 2020 berichtete eine WDR-Reporterin mit freundlicher Unterstützung eines Arabisch-Übersetzers: «2015 kam [ein] Syrer, zusammen mit einer Ehefrau und vier Kindern, nach Deutschland. Nun ist aber diese Ehefrau nicht die Mutter der vier Kinder, sondern die Mutter der vier Kinder ist die Zweitfrau, die in Syrien war. Und dann hat er Familienzusammenführung beantragt und diese Familienzusammenführung wurde tatsächlich bewilligt. Die Zweitfrau durfte kommen.» [4]

In der Augsburger Allgemeinen erfuhr man im August 2023 von einem extremen, aber deshalb nicht weniger schockierenden Fall: «Ahmed A., ein 40-jähriger Syrer, ist als Asylbewerber anerkannt und in einer Flüchtlingsunterkunft im Landkreis Donau-Ries untergebracht. Er spricht kein Deutsch und hat auch noch keine Arbeit gefunden. Trotzdem stellt seine Frau, die bei der Hochzeit gerade einmal 14 Jahre alt war und im Libanon gestrandet ist, für sich und die zehn Kinder einen Antrag auf Familiennachzug. Die Bedenken des Landratsamtes in Donauwörth, das nicht weiß, wie es eine derart große Familie unterbringen soll, weist das Auswärtige Amt zurück. Mutter und Kinder dürfen nach Deutschland einreisen. Inzwischen ist noch ein elftes Kind dazu gekommen.» [5]

Pfusch auf den höchsten Ebenen

Seit Neuestem stehen zwei Mitarbeiter des Goethe-Instituts in Beirut – Hauptstadt des Libanons – im Mittelpunkt staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen. Die beiden Verdächtigen waren im Libanon für die Ausstellung von Sprachzertifikaten zuständig, die dem Inhaber ausreichende Deutschkenntnisse auf dem Niveau A1 attestieren sollten. Diese wiederum gelten als eine der wichtigsten Voraussetzungen bei der Ausstellung von Visa im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland. In knapp 450 Fällen vermuten die Behörden jetzt aber, dass diese Zertifikate den Antragstellern gegen Bares ausgehändigt wurden, obwohl die dazugehörige Prüfung nicht bestanden oder gar nicht erst absolviert wurde. «Wir gehen davon aus, dass zwei Mitarbeitende mit krimineller Energie zusammengearbeitet haben und so die Sicherheitsschranken des Goethe-Instituts umgehen konnten», sagte Katrin Sohns, Sprecherin des Goethe-Instituts. [6]

Als besonders engagierte Lobbygruppe für den Familiennachzug sticht der Verein «Pro Asyl» hervor. «Erhalten Asylsuchende endlich einen Schutzstatus in Deutschland, dauert das bürokratische Verfahren zum Familiennachzug nicht selten weitere Monate, gar Jahre. Dabei steht anerkannten Flüchtlingen der Familiennachzug der engsten Angehörigen gesetzlich zu. Doch das Auswärtige Amt blockiert diesen häufig. Die Folge ist eine jahrelange Trennung von Familien», beschwerte sich «Pro Asyl» auf seiner Webseite. [7]

Obwohl die CDU oft großmündig davon spricht, den Familiennachzug begrenzen zu wollen, bleibt in der Praxis davon kaum etwas

WESTFALENPOST

+ Bund genehmigt Familiennachzug mit Doppel-Ehe in den HSK

wp.de, 31.08.2023

Im Hochsauerlandkreis (HSK) leben zwei Männer mit jeweils zwei Frauen. Der Bund genehmigte den Familiennachzug der Zweitfrauen. Es handelt sich bei den Männern um zwei Ortskräfte, die während des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr für diese arbeiteten (siehe S.47 f.).



Foto: Steffen Prößdorf
Hamburger Grünen-Abgeordnete begrüßte das Dahinschwinden der einheimischen Bevölkerung

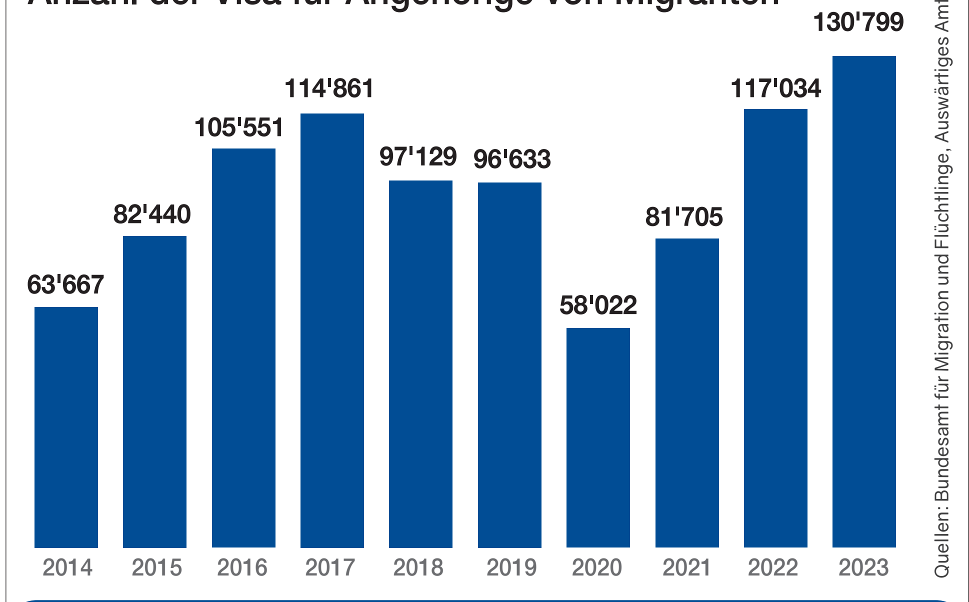
«Unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, dass wir in 20,30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. […] Und ich sage Ihnen noch ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.»

Stefanie von Berg, bis 2019 Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, in einer Rede von 2015

Quelle: youtube.com, Stefanie von Berg Grüne freut sich, dass die Deutschen bald in der Minderheit sind, 29.02.2016

übrig. Das jährliche Importieren einer Großstadt aus der Dritten Welt scheint weiterzulaufen wie bisher. Es liegt auf der Hand, dass durch den Familiennachzug – oft trotz langwieriger Bürokratie – massenhaft Familien nach Deutschland kommen, die fortan deutsches Steuergeld verschlingen. In Dänemark betrachtete man 2018 ganz nüchtern die Fakten und überprüfte, ob und welche Ausländer der Gesellschaft einen Nettonutzen bringen. Das Ergebnis war wenig überraschend und doch verheerend (siehe S.59). Unter dem Strich muss der deutsche Bürger also fremde Menschen und ganze Großfamilien finanzieren, während er sich immer häufiger selbst keine Familie leisten kann und ihm darüber hinaus eingeredet wird, dass Kinder ohnehin schlecht für das Klima seien. Wenn in Zukunft «Onkel, Tanten, Neffen und Nichten» [1] die Chance auf einen Familiennachzug erhalten, wie es der Bundestag Deutschlands 2020 in Aussicht stellte, könnte dies zu einem exponentiellen Anstieg der Zuwanderungszahlen führen. Die Folge wäre eine Überförderung der Kapazitäten im Handumdrehen. Je nachdem, wie man die Kriterien erweitern würde, könnte man sein Land in kürzester Zeit mit Millionen fluten und so in die Krise stürzen. In Österreich erklärte sogar Bundeskanzler Karl Nehammer den Familiennachzug zu einem «großen Problem». [8] Solcherlei Töne vermisst man von Seiten der deutschen Staatsspitze schmerzlich. ***(tk)***





So nimmt Deutschland zusätzlich zu jährlich hunderttausenden Asylbewerbern und weiteren regulären Arbeitsmigranten nochmals eine ganze Stadt auf. Wie lange soll das noch gut gehen?

DIE ZEIT

Angela Merkel

"Bitte bleiben Sie, wenn immer möglich, zu Hause"

Weniger Reisen, weniger Kontakte: Die Bundeskanzlerin hat an das Verantwortungsbewusstsein eines jeden appelliert. In diesen Tagen entscheide sich, wie Weihnachten werde.

zeit.de, 17.10.2020

Parallel strömten weiterhin zehntausende Migranten nach Deutschland und eine Woche vorher hatte der Bundestag gar den Familiennachzug erweitert.



600 Absagen! Harald fand mit 62 Jahren keine Wohnung mehr

Deutscher lebt seit drei Jahren im Flüchtlingsheim

bild.de, 05.09.2023

Nach 35 Jahren harter Arbeit fand er keine Wohnung mehr. Der damals 65-jährige Rentner Harald Milter lebte zumindest noch im September 2023 in einer Flüchtlingsunterkunft. In seiner Zwangs-WG war er der einzige Deutsche: «Verständigung ist nahezu unmöglich. Ich werde mit Fäusten bedroht, wenn ich mich über Chaos oder Lärm beschwere», sagte er der Bild-Zeitung.

Quellen:
1. dw.com, Bundestag erweitert Familiennachzug, 09.10.2020
2. tichyseinblick.de, Über Familiennachzug kam letztes Jahr ein ganzes Fürth nach Deutschland, 01.05.2024
3. Deutscher Bundestag, Drucksache 20/8347, 20. Wahlperiode, 15.09.2023
4. facebook.com, All good and bad things, 01.04.2022
5. augsburger-allgemeine.de, Flüchtlinge holen immer mehr Angehörige nach, 21.08.2023
6. faz.net, Von Beirut nach Berlin per Visabetrug, 02.07.2024
7. proasyl.de, Familien gehören zusammen!, abgerufen am: 28.07.2024
8. kurier.at, Integration: Warum der Familiennachzug derzeit so ein Thema ist, 13.06.2024



Auf einen Blick

- **Seit Jahren steigen in Deutschland die Kriminalitätsraten, wobei eine massive Überrepräsentation von Ausländern zu verzeichnen ist.**
- **Die Statistiken sind fast nie nach Passdeutschen mit Migrationshintergrund, Ausländern und ethnischen Deutschen aufgeschlüsselt, was die gesamte Tragweite der eingewanderten Kriminalität aufzeigen würde.**
- **Deutschen Kindern und Jugendlichen wird das Leben in der Schule und auch in der Freizeit (z.B. im Schwimmbad) zur Hölle gemacht. Das Ausmaß der importierten Gewalt und Unterdrückung war im «alten, grauen» Deutschland undenkbar.**
- **Schweden, das mittlerweile ca. ein Mordopfer pro Woche zu beklagen hat, konkurriert mit Deutschland europaweit um Platz eins, was die destruktiven Folgen bedingungsloser Toleranz betrifft.**

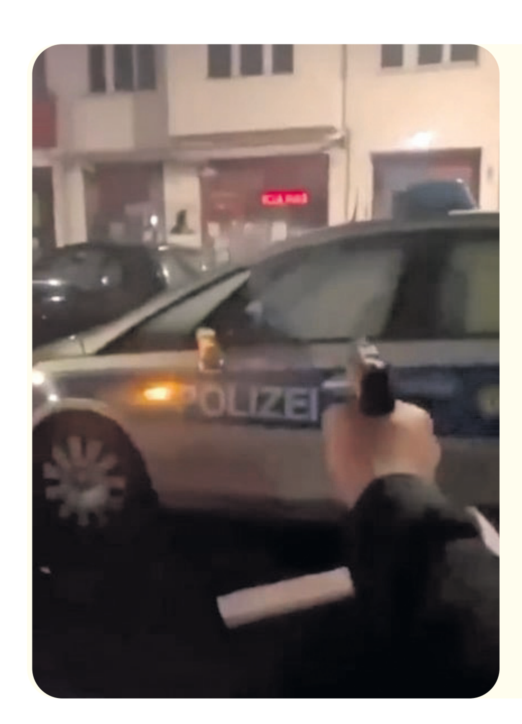
Sicherheitsrisiko Migration: Ausländische Gewalt auf deutschen Straßen

«Achtung, Messerstecher!» Das könnte der Aufschrei eines verstörten Passanten im Deutschland des Jahres 2024 sein, denn die Fälle von wild um sich stechenden Straftätern häufen sich in der Wahrnehmung vieler Bürger. Und weil es sich dabei eben nicht nur um eine bloße Einbildung handelt, sondern vielmehr um die Realität, wählte das Zweite Deutsche Staatsfernsehen (ZDF) diesen Aufschrei überraschenderweise sogar als Titel für eine Dokumentation. In der Beschreibung des Berichtes «Achtung, Messerstecher! Gewalt auf unseren Straßen» vom Februar dieses Jahres heißt es: «Tatwaffe Messer: Ob im Regionalzug oder im Fitnessstudio, die Angriffe können jeden treffen. Bundesweit sorgen Messerattacken für Schlagzeilen. Für die Opfer sind die Taten oft fatal.» [1] Im Bericht selbst erfahren wir: «34 Messerangriffe in Deutschland - pro Tag. […] Es kann überall passieren […].»

Das ZDF verweist erstaunlich offen und unumwunden auf einen Sachverhalt, den viele immer noch nicht wahrhaben wollen: «Zur Herkunft von Messerstraftätern gibt es bundesweit keine einheitlichen Zahlen. In Nordrhein-Westfalen aber gab es 2022 fast 4000 Tatverdächtige. 44% davon hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit.» Wenn man dies in Relation setzt mit dem etwa bei 17% liegenden Anteil von Passausländern in NRW (Stand: 2022) [2], dann ergibt sich eine fast dreifache Überrepräsentation ausländischer Tatverdächtiger in diesem Jahr. Im Folgejahr 2023 gab es in Deutschland sogar nochmals 30% mehr Messerattacken, wie einer Datenerhebung im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei zu entnehmen ist. [3] Wie immer gilt es zu erwähnen: Die Gruppe der tatverdächtigen Passdeutschen mit Migrationshintergrund ist in der Kategorie «Deutsche Tatverdächtige» enthalten - ein gerade eingebürgerter messerschwingender (Ex-)Afghane bspw. würde demnach laut Statistik als «deutscher Tatverdächtiger» gelten.

Kriminalstatistik

Und so kam es, dass Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 9. April 2024 in einer Pressekonferenz die bundesweite Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Vorjahr 2023, inklusive der üblichen relativierenden Augenwischerei, mit folgenden Worten vorstellen musste: «Deutschland ist weiterhin eines der sichersten Länder der Welt. Wir sind ein starker Rechtsstaat mit einer hervorragenden Polizei im Bund und in allen 16 Bundesländern - ich möchte das am Anfang betonen. Gleichzeitig gibt es aber Entwicklungen, die wir deutlich benennen müssen. Es gibt eine gestiegene Gewaltkriminalität, es gibt mehr Jugend- und es gibt mehr Ausländerkriminalität.» [4] Die PKS gibt «die der Polizei bekannt gewordenen und von ihr endbearbeiteten Straftaten» wieder. [5] Das bedeutet zum einen, dass die Dunkelziffer der tatsächlichen Straftaten höher liegt und zum



Eine Leuchtrakete wird in ein Polizeiauto geschossen.



Silvesterkrawalle 2022/23 in Berlin: Szenen, die man eigentlich in einem «Failed State» der Dritten Welt erwarten würde.



Hunderte versammeln sich bei der Beerdigung der 14-jährigen Ece, die Ende 2022 von einem Flüchtling aus Eritrea ermordet worden war.



Axel Steier · 3. Nov. 2021 

@Axel_Steier · **Folgen**

Manch einer hat schon seltsame Vorstellungen von einer guten Gesellschaft. Naja, er sitzt am kürzeren Hebel: gestern hat mein Verein zusammen mit Sea Eye 325 Menschen aus dem Mittelmeer gerettet. Und er kann nix tun, wir machen einfach weiter bis es richtig bunt ist! 



Und hier kann jede*r mitmachen: mission-lifeline.de/click-to-rescu... #TeamUmvolkung

Das schrieb Axel Steier, der Gründer der «Seenotrettungsorganisation» «Mission Lifeline», am 3. November 2021 auf Twitter (heute «X»).

anderen, dass noch nicht abgeschlossene polizeiliche Ermittlungen fehlen. Zudem sind Verbrechen wie z.B. Staatsschutzdelikte (dazu gehören Spionage oder politisch motivierter Terrorismus), Verkehrsdelikte oder Finanz- und Steuerdelikte nicht inkludiert. Wirft man einen genaueren Blick auf die Fakten, so lässt sich feststellen: «Die Zahl der Straftaten in Deutschland im vergangenen Jahr stieg insgesamt um 5,5 Prozent auf 5,94 Millionen. Die Gewaltkriminalität erreichte mit rund 215'000 Fällen den Höchststand seit 15 Jahren. Die Zahl der Tatverdächtigen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 7,3 Prozent auf 2,246 Millionen. Von diesen besaßen 923'269 keinen deutschen Pass, das sind rund 41 Prozent.» [6] Das Bundeskriminalamt fügt auf seiner Webseite hinzu: «Betrachtet man die Straftaten insgesamt ohne ausländerrechtliche Verstöße (d.h. ohne Verstöße, die vorrangig von Ausländern begangen werden können, wie zum Beispiel illegale Einreise) wurden im Jahr 2023 2'017'552 Tatverdächtige erfasst. Von diesen waren 34,4 Prozent nichtdeutsche Staatsbürgerinnen und -bürger.» [5]

Früh übt sich

Besonders erschreckend ist laut PKS 2023 im Vergleich zum Vorjahr der starke Anstieg der tatverdächtigen Kinder (+12%) und Jugendlichen (+9,5 %). Lars Harm, Politiker des schleswig-holsteinischen Landtages, sagte in Bezug auf die entsprechenden Fälle im nördlichsten Bundesland: «Jeder zehnte Tatverdächtige im Jahr 2023 war minderjährig, jeder Zwanzigste gar noch ein Kind [also unter 14].» [7] Und auch hier wird die Dynamik übermäßig stark von Migranten befeuert, wie einem Kommentar des Bundeskriminalamtes zu entnehmen ist: «Der Anstieg der Tatverdächtigen bei Delikten der Gewaltkriminalität ist besonders stark ausgeprägt bei nichtdeutschen [also passausländischen] Kindern und Jugendlichen.» [5] Bild-Online berichtete Ende Juli dieses Jahres vom Fall eines «elfjährigen marokkanischen Intensivtäters, der mehr als 100-mal aus einer Jugendeinrichtung in Hamburg getürmt ist und rund 70 Einbrüche begangen hat». [8]

Kuscheljustiz

Diese Zustände sind empörend, und daher kommt die Politik im gleichen Atemzug mit beschwichtigenden Worten um die Ecke à la «Keine Sorge, werter Bürger, wir kümmern uns darum». Bezugnehmend auf die soeben verlesenen Schreckensnachrichten weiß Bundesinnenministerin Faeser zu beruhigen: «Hier gilt für mich ohne Wenn und Aber: Null Toleranz. Null Toleranz bedeutet konsequentes Durchgreifen der Polizei und null Toleranz bedeutet schnelle Verfahren, konsequente Verurteilung und spürbare Strafen. Die Täter müssen die Konsequenz ihres Handelns spüren – und zwar schnell. Die Strafe muss möglichst auf dem Fuß folgen.» [4] Sogar speziell über Straftäter ohne deutschen Pass verliert sie harte Worte, die vor Tatendrang nur so strotzen: «Genauso deutlich müssen wir über die gestiegene Ausländerkriminalität reden – ohne Scheu und ohne Ressentiments. Die Kriminalitätsstatistik zeigt einen erheblichen Anstieg: Bei Gewaltdelikten hat die Polizei im letzten Jahr 14,5% mehr nichtdeutsche Tatverdächtige registriert als im Vorjahr. Dafür gibt es keinerlei Rechtfertigungen und keinerlei Entschuldigung für die Gewalt. Und auch hier gilt der Grundsatz: Null Toleranz. Das bedeutet bei ausländischen Tätern neben den unmittelbaren strafrechtlichen Konsequenzen auch, dass sie Deutschland deutlich schneller verlassen müssen, als es bisher der Fall war. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss gehen.» [4]

Wenn man es nicht besser wüsste, würde man fast denken, hier spricht eine rechte Politikerin, über die die Medien anschließend tagelang herziehen. Doch man weiß es besser: Faeser ist so ziemlich das Gegenteil von rechts und schrieb sogar schon einen Gastbeitrag für ein linksextremistisches Blatt mit dem passenden Namen «Antifa». [9] Und in der Debatte um das Demokratiefördergesetz machte sie sich explizit für jenen Entwurf stark, der keine «Extremismusklausel» enthält, mit der die FDP eine mögliche Förderung linksradikaler Gruppierungen verhindert sehen wollte. [10]





Kavaliersdelikt Vergewaltigung?

Eine kurze Internetrecherche fördert umgehend Beispiele aus der Amtszeit von Nancy Faeser zutage, die starke Zweifel an ihren vielversprechenden Worten aufkommen lassen. So informiert uns der Focus über einen Fall, bei dem ein betrunkener 30-jähriger Syrer eine 15-Jährige im Juli 2022 in Osnabrück vergewaltigt hatte und trotzdem auf Bewährung freikam: «Für den Angeklagten spreche, dass er alkoholbedingt enthemmt gewesen und nicht nennenswert vorbestraft sei [was impliziert, dass er de jure vorbestraft war]. Die Intensität der Vergewaltigung sei zudem aus rein rechtlicher Sicht ‹am unteren Rand› gewesen. Konkret heißt das, dass es nicht zum Geschlechtsverkehr kam. Zudem zeigte sich der Syrer reumütig und war ‹vollumfänglich geständig›. Zudem hieß es, dass der Übergriff ‹nicht zu nachdrücklich schweren psychischen Folgen› bei dem Mädchen geführt habe. Der 2015 aus Syrien geflüchtete Mann könne eine Wohnung und demnächst auch einen Arbeitsplatz vorweisen. ‹Sie sind ja auf einem guten Weg, hier ein ganz normaler Mitbürger zu werden›, [so der Richter]. [Er ist] zwei Jahre auf Bewährung, darf sich seinem Opfer nicht mehr als 50 Meter nähern und muss sich sofort entfernen, wenn er das Mädchen irgendwo sehen sollte. Zudem muss er 3000 Euro Schmerzensgeld an die 15-Jährige zahlen. Auch das sei laut Richter positiv für das Opfer zu sehen. Damit habe die 15-Jährige von der Bewährungsstrafe schließlich auch mehr, als sie von einem Gefängnisaufenthalt hätte. ‹So können Sie nämlich wenigstens arbeiten und ihr das Schmerzensgeld zahlen, das sie sonst mit Sicherheit nie bekäme.›» [11]



Sawsan Chebli
@SawsanChebli

Das Ergebnis in Berlin zeigt auch: Den Leuten sind die hässlichen rassistischen Ausfälle der CDU als Reaktion auf die Silvesternacht einfach total egal. #Berlinwahl

7:55 nachm. · 12. Feb. 2023 · **884.214** Mal angezeigt

Die SPD-Politikerin Sawsan Chebli auf «X» nach einem erfolgreichen Wahlergebnis der CDU. Sanfte, völlig ungenügende Migrationskritik der CDU läuft in ihren Augen schon unter «rassistische Ausfälle».

«Voll integriert»

Ein weiteres Beispiel: Der 23-jährige Afghane Mohammad M. wurde im Sommer 2023 trotz Geständnis freigelassen, nachdem er mehrere junge Frauen und Mädchen sexuell belästigt, eine Frau mit Gewalt zum Oralverkehr gezwungen und eine Minderjährige sogar vergewaltigt hatte. Seine Auflagen waren lächerlich: ein Anti-Aggressionstraining absolvieren und nicht mehr als 0,5 Promille haben, da er bei all den Taten alkoholisiert gewesen sein soll. «Der Richter sagte, dass er eigentlich ein Musterbeispiel dafür ist, wie man in Deutschland gut ankommen kann. [...] Der zweite Anwalt Jörg Meyer: ‹Er ist im Prinzip voll integriert.›» [12]

Zwar handelt es sich um Fälle, die noch vor Faesers Pressekonferenz datieren, doch fällt es schwer, der Regierungselite, die mit ihrer Migrationspolitik für die Entstehung einer Kuscheljustiz gesorgt hat, in solchen Angelegenheiten noch zu trauen. Die beiden Urteile zeigen exemplarisch: Ein ideologisch motivierter und politisch realisierter Migrationswahn dominiert den Rechtsstaat auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Von einem harten Durchgreifen gegen kriminelle Ausländer bzw. Passdeutsche mit Migrationshintergrund ist keine Spur.

Fragliches Frauenbild

Insbesondere die sexualisierte Gewalt, der meist Frauen zum Opfer fallen, hat in den letzten Jahren einen massiven Anstieg erfahren. Beispielsweise nahmen die polizeilich erfassten Fälle von Vergewaltigung und sexueller Nötigung seit 2015 signifikant zu, obwohl bis 2015 noch ein leicht abfallender Trend zu verzeichnen war – von 7408 Fällen (2013) auf 7022 Fälle (2015). Das Jahr 2016 brachte dann schon 7919 Fälle mit sich, und im Jahr 2017 ließ sich plötzlich ein massiver Anstieg um über 40% auf 11'282 Fälle verzeichnen. Nach einem Absacken der Fälle 2018 hielt der Aufwärtstrend aber an und erreichte seinen Höchstpunkt 2023 mit 12'186 Fällen von Vergewaltigung und sexueller Nötigung. [13] Auch die Gruppenverge-

Hat der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil einen Nazi-Angriff erfunden?

«Ich höre ein lautes Schweigen, wenn es um Borna, Görlitz und Hildburghausen geht, wo Rechtsextreme sich aufgemacht haben, Sicherheitskräfte mit lauten ‹Sieg Heil!›-Rufen angegriffen haben.»



Foto: © Raimond Spekking/CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

Der SPD-Parteivorsitzende Lars Klingbeil am Rande einer SPD-Klausurtagung im Januar 2023, kurz nach den Silvesterrandalen in Berlin (siehe S.62)

Quelle: bild.de, Klingbeil entschuldigt sich für falsche Aussage, 12.01.2023

Lars Klingbeil
@larsklingbeil

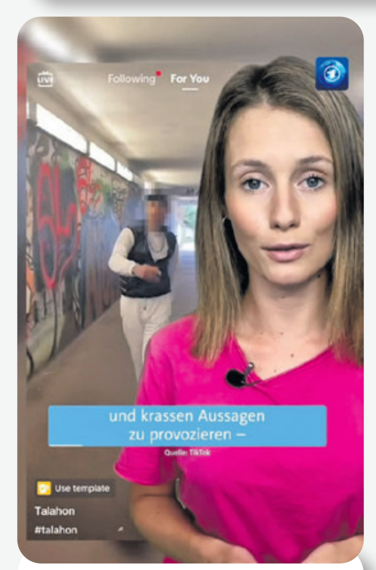
Vielen Dank für die Recherche. Ich hatte mich Montag auf andere Meldungen verlassen. Da hätte ich vor einer öffentlichen Aussage dazu gründlicher nachfragen müssen. Sorry.

Anne Hähnig @anne_haehnig · 11. Jan. 2023
In den zurückliegenden Tagen machte hier eine Meldung über die Silvesternacht in Borna die Runde. Ich war am Montag dort, habe recherchiert und erfahren, dass nach derzeitigem Wissensstand vieles in der Berichterstattung übertrieben ist. Der Reihe nach: Alles

Lars Klingbeil am 12. Januar 2023 auf «X» , kurz nach der Aussage links

Die «Sieg-Heil-Angriffe» hat es nie gegeben. Noch erstaunlicher ist aber, dass es auch keine «anderen Meldungen» (zumindest nicht aus Görlitz und Hildburghausen) über sie gab, denen man hätte vertrauen können. Wirkliche Konsequenzen für solche offenbar völlig aus der Luft gegriffenen Märchengeschichten, die sich teilweise nicht mal im Nachhinein mit einer «Fake News»-Quelle entschuldigen lassen, gibt es meist keine zu befürchten.

«Talahon»-Trend: Die ARD verkennt den Ernst der Lage



Die Moderatorin Amelie Marie Weber stellt Ende Juli 2024 auf dem TikTok-Kanal der Tagesschau die «Talahons» vor.



Sorgen bereiten der Tagesschau in erster Linie nicht die «Talahons», sondern vielmehr «rechte» Kommentare, die Unmut über sie ausdrücken.



Rosarote Brille trotz drohender Gefahr

Das neue Slangwort «Talahon» geht auf den arabischen Ausdruck für «Komm her!» («ta'al lahon») zurück. Es beschreibt Jugendliche und junge Männer mit Migrationshintergrund, die aggressiv auftreten und bestimmte, von der deutschen Mehrheitsgesellschaft abweichende Verhaltensweisen an den Tag legen. Wohlgemerkt entstand der Trend-Begriff primär dadurch, dass sich die «Talahons» in den Sozialen Medien selbst zelebrierten.

«Viele der selbsternannten Talahons werden als migrantisch gelesen», sagt die ARD-Moderatorin in «woker» Sprachmanier nach einem Einspieler von einem jungen «Talahon», der davon sprach, seine Partnerin dürfe ohne ihn im Grunde nicht das Haus verlassen. Anstatt die Wurzel dieses Gedankenguts zu benennen oder sich hauptsächlich auf das extreme Gewaltpotenzial, das zweifelhafte Weltbild und die gesellschaftlich zersetzende Wirkung der «Talahons» zu konzentrieren, wird pauschalisierend von «toxischer Männlichkeit» gesprochen und die Debatte schnell zu «rassistischen Klischees» verschoben, die «rechte Kreise» gegen «die Jungs» hegen würden.

Quelle: tiktok.com, tagesschau, 23.07.2024

waltigungen verzeichnen einen ähnlichen Trend – und hier liegen Zahlen zu dem Anteil ausländischer Straftäter vor. Der Seite des Bundestages ist zu entnehmen: «Im vergangenen Jahr [2022] ist es in Deutschland nach Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) laut Bundesregierung zu 789 sogenannten Gruppenvergewaltigungen gekommen nach 677 im Vorjahr und 704 im Jahr 2020. Im Jahr 2019 lag diese Zahl bei 710 und im Jahr 2018 bei 659, wie aus der Antwort der Bundesregierung (20/6936) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (20/6650) weiter hervorgeht. Danach betrug der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen in den Jahren 2018 und 2019 sowie 2022 jeweils 50 Prozent, während er im Jahr 2020 bei 46 Prozent lag und im Jahr 2021 bei 47 Prozent.» [14]

Das bedeutet eine massive Überrepräsentation von Ausländern als tatverdächtige Gruppenvergewaltiger, da der Anteil der Bürger ohne deutsche Staatsangehörigkeit 2022 nur ca. 15% betrug und die Jahre davor noch tiefer lag. [15] Da passdeutsche Tatverdächtige mit Migrationshintergrund in der Kategorie «Deutsche» inkludiert sind, kämen in absoluten Zahlen noch weitere Täter mit Migrationshintergrund hinzu.

Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ)

Ein besonders genaues Bild davon, wie kriminell oder nicht kriminell verschiedene Bevölkerungsgruppen – Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund, Ausländer oder welche Unterscheidung auch immer von Interesse ist – wirklich sind, gibt die sogenannte Tatverdächtigenbelastungszahl an. Auf Wikipedia erfahren wir: «Die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) – bis 1983 Kriminalitätsbelastungszahl (KBZ) – ist eine Häufigkeitszahl in der Kriminologie. Sie bezeichnet die Zahl der durch die Polizei ermittelten Tatverdächtigen, errechnet auf 100'000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteiles, ohne Kinder unter acht Jahren, für ein bestimmtes Jahr (Stichtag 1. Januar). Die TVBZ macht sichtbar, welche Bevölkerungsgruppen (z.B. Altersgruppen) häufiger oder weniger häufig tatverdächtig werden.» [16]

Bewerten lässt sie sich ganz einfach: Man muss lediglich die Zahlen der einzelnen Kategorien miteinander vergleichen, und je höher die Zahl ist, desto mehr Kriminalität geht von der jeweiligen Gruppe aus.

Berliner Ausländer und die TVBZ

Glücklicherweise gibt es ein paar Angaben zur TVBZ für die Stadt Berlin, und zwar für diejenigen ausländischen Tatverdächtigen, die zur Tatzeit offiziell in Berlin wohnten (weshalb auch ausländer-

➔

Berliner Spitzenkandidaten scheuen sich zur Hälfte vor der Abschiebung Clan-Krimineller!





Nicht schlecht Integrierte, nicht Arbeitslose, nicht illegal Eingereiste, nein, Clan-Kriminelle!

Februar 2023: Bei einem Schlagabtausch der sechs Spitzenkandidaten für die Berlin-Wahl im Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) kam es zur Frage «Clan-Kriminelle abschieben?», die man mit einem simplen Daumen nach oben oder unten, beantworten sollte. Wie man sieht, konnten sich Bettina Jarasch von den Grünen und Franziska Giffey von der SPD nicht einmal dazu durchringen, ihre Daumen ganz nach oben zu strecken. Linken-Spitzenkandidat Klaus Lederer (links außen) streckte den Daumen sogar kurz nach unten und legte seine Hand dann auf das Pult.

Quelle: rbb, Ihre Wahl: der Kandidatencheck, 07.02.2023

→ spezifische Straftaten wie illegale Einreise nicht relevant waren und der Vergleich somit sauber). Für die Jahre 2014-16 zeigen die Zahlen ein eindeutiges Bild: In ausnahmslos allen (!) Kategorien – aufgeschlüsselt nach verschiedenen Alterskategorien wie Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren sowie nach Geschlecht – waren in Berlin wohnende Ausländer signifikant krimineller als (pass-)deutsche Berliner Bürger. (16) Zur Veranschaulichung: Die TVBZ lag für deutsche männliche Kinder (8-14) in Berlin 2016 bei 2223, die pro 100'000 unter Tatverdacht standen. Für ausländische männliche Kinder lag die Zahl bei 5013, d.h. ausländische Kinder waren mehr als doppelt so oft tatverdächtig. Für deutsche weibliche Heranwachsende (18-21) lag die Zahl im gleichen Jahr bei 3308, bei ausländischen jungen Frauen in dem Alter lag sie bei 6562. Bei männlichen Deutschen ab 21 Jahren lag sie bei 3548, bei ausländischen Männern ab diesem Alter bei 7374. Das bedeutet: 3,5% der (pass-)deutschen erwachsenen Berliner ab 21 waren 2016 tatverdächtig, aber ganze 7,4% der Berliner Ausländer.

Solche Statistiken lassen den Schluss zu, dass Migration, so wie sie stattgefunden hat und immer noch stattfindet, ein beachtliches Risiko für die innere Sicherheit Deutschlands darstellt. Es ist eben nicht so, dass vor allem Schweden, Isländer, Dänen und europäisch-stämmige US-Amerikaner oder Australier den Großteil der Migranten ausmachen. Vielmehr handelt es sich um solche, die aus ethnisch, soziokulturell und religiös signifikant andersartigen Gesellschaften und Nationen stammen und somit deutlich mehr Potenzial für gesellschaftliche Spannung mit sich bringen. ***(fp/tk)***

Quellen:

1. zdf.de, Achtung, Messerstecher! - Gewalt auf unseren Straßen, 04.02.2024
2. it.nrw, NRW: Ausländerzahl erreicht mit 3,1 Millionen einen neuen Höchststand, 27.04.2023
3. bild.de, Alarmierende Kriminalität: Zahl der Messer-Attacken knallt rauf, 06.02.2024
4. youtube.com, Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2023 mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser, 09.04.2024
5. bka.de, Polizeiliche Kriminalstatistik 2023: Gesamtkriminalität steigt weiter an, 09.04.2024
6. focus.de, Bundesweite Kriminalstatistik: Zahl der tatverdächtigen jugendlichen Ausländer auf Rekord-Hoch, 08.04.2024
7. focus.de, Ausländerkriminalität, Messer-Angriffe und junge Täter: So ist die Lage in einigen Ländern, 15.03.2024
8. bild.de, Fall immer irrer: Geheimabsprachen wegen Hamburger Klaukind (11), 24.07.2024
9. spiegel.de, Bundesinnenministerin: Streit über «Antifa»-Gastbeitrag von Faeser, 16.02.2022
10. tagesspiegel.de, Absage von FDP-Abgeordnetem an Paus und Faeser: «Demokratiefördergesetz wird in dieser Form nicht kommen», 13.02.2024
11. focus.de, «Auf gutem Weg, normaler Mitbürger zu werden»: Bewährung für Syrer nach Vergewaltigung - Richter argumentiert mit Schmerzensgeld, 04.03.2023
12. bild.de, Schwer erträgliches Urteil: Er vergewaltigt 16-Jährige und kommt frei!, 03.08.2023
13. de.statista.com, Anzahl der polizeilich erfassten Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen in Deutschland von 2013 bis 2023, 10.04.2024
14. bundestag.de, Inneres und Heimat - Antwort - hib 410/2023, «Gruppenvergewaltigungen» in den Jahren 2018 bis 2022, 05.06.2023
15. demografie-portal.de, Regionaler Ausländeranteil, abgerufen am: 01.08.2024
16. de.wikipedia.org, Tatverdächtigenbelastungszahl, abgerufen am: 01.08.2024

Deutsche Polizeigewerkschaft: Netflix-Abo für Abgabe von illegalen Messern



Dieses Bild postete die deutsche Gewerkschaft der Polizei am 6. August 2024 auf «X».

Realsatire

Jochen Kopelke, Bundesvorsitzender der deutschen Gewerkschaft der Polizei, forderte Anfang August 2024 öffentlich Straffreiheit für Menschen, die freiwillig illegale Messer abgeben. Dazu könnten noch weitere Anreize kommen: Wer ein verbotenes Butterfly-Messer abgibt, solle zum Beispiel ein kostenloses Jahresabo des Streaming-Dienstleisters Netflix erhalten. [(1)]

Obwohl der Deutsche durch kulturfremde Masseneinwanderung längst zum Freiwild im eigenen Land geworden ist, bewegt sich die Politik auf der Zielgeraden zur vollständigen Entwaffnung des Volkes, was absolut gar nichts an der Gewaltbereitschaft von importieren Kriminellen ändern wird. Dass die Polizeigewerkschaft Symptombekämpfung der nutzlosesten Sorte betreibt, sollte spätestens nach der Lektüre unserer Ausgabe 57 erkannt werden.



Quelle: 1. wdr.de, Messer abgeben für Netflix-Abo? Ein Tauschvorschlag, der polarisiert, 07.08.2024

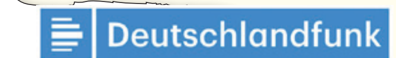
«Expertin» forderte Ausländer-Enklaven, die sich von Deutschland abschotten



Foto: Európa Pont (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ulrike_Gu%C3%A9rot_%2824606581306%29.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

«Anstatt, dass wir diese Familien trennen, Asylgeld bezahlen, die Leute auf verschiedene Stadtteile verteilen, lassen wir die Städte nachbauen. Wir bauen jetzt Neu Aleppo, wir bauen Neu Damaskus und so weiter, wie man damals Neu Hannover gebaut hat. Das ist die Idee. Und die Idee dahinter ist, dass wir Soziostrukturen wieder abbilden können aus der Erfahrung heraus, dass wir einfach nicht jeden innerhalb von drei Jahren zum fließend alphabetisierten Deutschen machen. Wenn ich jetzt nach Arabien gehen müsste und innerhalb von drei Jahren Arabisch lernen müsste, Schrift, Sprache und da arbeiten müsste, und dann würde man mir nach drei Jahren sagen, ‹Du hast das jetzt aber nicht toll gelernt, Du fliegst wieder raus›, was ja im Moment der Diskussionsstand ist, wenn die jetzt nicht innerhalb von drei Jahren sich integrieren, dann müssen die auch wieder gehen, dann kann man nur sagen, das ist ein Überforderungskonzept für die Flüchtlinge wahrscheinlich, aber auch ein Überforderungskonzept für viele hier am unteren Rand der Gesellschaft vor allem, die jetzt um Jobs und um Wohnungen, billigen Wohnraum mit den Flüchtlingen konkurrieren. Und um diesen Stress aus beiden Gruppen zu nehmen, haben wir dieses Konzept vorgeschlagen.»

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot 2016 im Interview mit dem Deutschlandfunk (Schlagzeile unten)



Integration

„Lassen wir Flüchtlinge eigene Städte nachbauen"

deutschlandfunk.de, 25.02.2016

Ulrike Guérot, die wir bereits im ersten Artikel kennenlernen konnten (siehe S.21 f.)**, fordert also direkt islamische Parallelgesellschaften ohne Integrationsdruck, weil mit eigenen Städten auf deutschem Boden - oder gar eigenen Megabasen für einen Migrationskrieg** (siehe S.47 ff.)**? Immerhin stellt sie damit offen zur Schau, was in ihrem Kopf an Wahnideen so herumspukt.**

No-Go-Zone Schwimmbad?



Freibad Berlin-Pankow im Sommer 1985



Juni 2022: Aufnahme einer beginnenden Massenschlägerei von primär arabisch-stämmigen Männern und Jugendlichen in einem Berliner Freibad. Die Sicherheitskräfte wurden überrannt. Auf Menschen, die am Boden lagen, wurde eingeprügelt. Die Gewaltorgie konnte erst durch einen massiven Aufmarsch von Polizeikräften beendet werden.

In einer «verstaubten Vergangenheit», in der sich kaum ein Mensch darum scherte, ob Deutschland multikulturell und vielfältig genug ist oder ob es den modernen Maßstäben gerecht wird, galten Freibäder im Sommer als erfrischende Oase und abkühlende Rettung vor der Hitze. Sie waren ein Ort für alle Menschen von Jung bis Alt. Kinder, Familien, Jugendliche und auch Senioren freuten sich auf den Beginn der Freibadsaison. Es war eine Zeit voller unbeschwerter Freude. Das Freibad war mehr als nur ein Ort zum Schwimmen; es war ein Ort, an dem Sommererinnerungen geschaffen wurden, die bis heute bei vielen Deutschen eine warme Nostalgie auslösen. Im «modernen» Deutschland ist vieles anders. Ob die Freibäder geöffnet wurden, erfährt man mittlerweile durch Schlagzeilen wie: «Sieben Mädchen und Frauen in Freibad betatscht» [1], «Massenschlägerei am Strandbad in Neubrandenburg: ‹Die mit den Messern sind alle abgehauen›» [2] oder auch «Deutsche Schwimmmeister warnen: Gewaltexzesse: ‹Gehen Sie nicht mit Kindern ins Freibad›». [3] Bei den scheinbar zur Regel gewordenen Schwimmbadschlägereien handelt es sich meistens um Streitigkeiten zwischen Migranten aus unterschiedlichen Herkunftsländern. Aus Lappalien werden durch arabisches Macho-Gehabe und Gruppenloyalitäten Massenschlägereien an den Orten, die ursprünglich für unschuldigen Badespaß vorgesehen waren. Zudem sind es überproportional oft Syrer,

Schutzkampagne für Kinder in Schwimmbädern strotzt vor politischer Korrektheit



Die 2024 lancierte Kampagne «Ich sag's» der Kölner Schwimmbadbetriebe klammert konsequent die häufigste Tätergruppe bei Gewaltexzessen und sexuellen Übergriffen in Schwimmbädern aus. Das ausländische Mädchen wird vom Deutschen geschubst, der Grabscher ist ein ethnischer Deutscher und der um Recht und Ordnung bemühte Bademeister hat Migrationshintergrund.

Foto: Photothek (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Reem_Alabali_Radovan.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

«Wir alle sind mit rassistischen Bildern und Vorstellungen sozialisiert worden. Sie prägen unser Denken und unser Handeln, zum Teil, ohne dass wir es selbst erkennen.»

Reem Alabali-Radovan (SPD), Antirassismus-Beauftragte der deutschen Bundesregierung, in einer Bundespressekonferenz im Januar 2023

Quelle: youtube.com, Lagebericht Rassismus: Antirassismus-Beauftragte Reem Alabali-Radovan (SPD) | BPK 11. Januar 2023



Die ständigen Ausflüchte

Wenn denn ein Muster bei den Gewaltexzessen in deutschen Schwimmbädern erkannt werden darf, dann ist es die «toxische Männlichkeit». Alternativ kann auch ein Pauschalurteil über die Gesellschaft insgesamt herhalten. Beispiele dafür, wie Männlichkeit an sich pathologisiert wird oder wie vermeintlicher Rassismus stattfinden kann, ohne dass er in irgendeiner Form wahrnehmbar wäre, haben wir in unserer Ausgabe 55 mit dem Titel «Wokeismus: Der Westen gibt sich auf» zusammengetragen.



Frauenquote im Freibad: Wie Berliner Politikerinnen die Gewalt bekämpfen wollen

Abgeordnete mehrerer Parteien fordern mehr Schutz für Frauen im Freibad. Polizei und Kontrollen reichen nicht, sagen sie. Das Problem sei toxische Männlichkeit.

berliner-zeitung.de, 17.07.2023

Afghanen oder Iraner, die Frauen und Kinder belästigen, bedrängen oder sogar vergewaltigen. Schlagzeilen wie «Afghane soll drei Kinder sexuell belästigt haben» [4] sind keine Seltenheit mehr.

Zwar werden der Bevölkerung nahezu tagtäglich entsprechende Fälle präsentiert, doch Schlussfolgerungen oder gar Empörung darüber bleiben ihr verwehrt. Wenn denn ein Muster erkannt werden darf, dann ist es die «toxische Männlichkeit» [5], also ein falsches Pauschalurteil über alle Männer. An der massenhaften Zuwanderung von kulturfremden Migranten aus dem arabischen Raum und Afrika darf und kann es daher nicht liegen. Schließlich soll es sich bei dieser Klientel um «Fachkräfte» handeln, die unsere Kultur und Gesellschaft bereichern (siehe S.15 f. u. S.55 ff.).

Das Staatsversagen «ausbaden»

Die Ursache der verdorbenen Badesaison kann nicht behoben werden, da sie nicht erkannt wird. Daraus ergibt sich Absurdes, wie z.B. die Tatsache, dass Schwimmbäder durch Warnschilder, Plakate und Flyer zwar das Verhalten anmahnen, aber konsequent Deutsche als die Aggressoren und Migranten als deren Opfer abbilden. [6] Die entsprechende Aufforderung, beobachtete Fälle, die denen der vorigen Schlagzeilen ähneln, zu melden, ist zudem auf Deutsch verfasst. Daraus ergibt sich, dass vor allem die Opfer und Leidtragenden diejenigen sind, die diese Schilder lesen und auf sich beziehen können.

Ein weiteres Schaustück im traurigen Kuriositätenkabinett ist die Einführung von Ausweiskontrollen in Berliner Freibädern. [7] Werden die Papiere bei der Einreise nicht ausreichend gecheckt, muss dies der Normalbürger durch einen immer extremer wuchernden Polizeistaat mittragen. Er wird bildlich also von oben und unten in die Mangel genommen. Innenministerin Nancy Faeser wünschte sich im Sommer 2023 gar mehr «Polizeipräsenz» am Beckenrand. [8] Den Vogel schoss die Stadt Frankfurt mit einer Maßnahme gegen den «Fachkräftemangel» in ihren Schwimmbädern ab. Dort machte man «Flüchtlinge» zu Bademeistern. [9] Vertreten sind dabei Nationalitäten, die man in diesem Zusammenhang am ehesten aus den vorherigen Verbrechensmeldungen kennt, allen voran Afghanistan. Zwar gehören Afghanen nicht pauschal über einen Kamm geschert, doch ein gewisses Muster in der Gewalt- und Sexualverbrechensstatistik kann nicht negiert werden. Und so könnte man im Hinblick auf die neuen «Fachkräfte» unter Frankfurter Bademeistern davon sprechen, dass die Stadt den Bock zum Gärtner gemacht hat. Andere Freibäder haben eine Alternativlösung parat: Sie schließen einfach. [10] ***(tk)***

Deutschlands oberster Bademeister rät Familien im Sommer vom Besuch deutscher Freibäder ab!

BUNDESVERBAND DEUTSCHER SCHWIMMMEISTER E.V. BDS

«Ich habe selbst drei kleine Enkelkinder – wenn ich mit denen da [in deutsche Freibäder] hereingehen würde, würde ich schlicht unverantwortlich handeln!»

Peter Harzheim, Präsident des Bundesverbands Deutscher Schwimmmeister e.V., 2022 im Interview mit der Bild-Zeitung

Quelle: bild.de, Chef-Bademeister rechnet mit Freibad-Randalierern ab, 13.07.2023

Quellen:

1. bild.de, Was ist nur in unseren Bädern los? - Sieben Mädchen und Frauen in Freibad betatscht, 31.05.2023
2. bild.de, Massenschlägerei am Strandbad in Neubrandenburg: «Die mit den Messern sind alle abgehauen», 11.05.2024
3. jungefreiheit.de, Gewaltexzesse: «Gehen Sie nicht mit Kindern ins Freibad», 23.06.2022
4. youtube.com, Warnemünde: Schock am Strand! Afghane soll drei Kinder sexuell belästigt haben, 24.07.2024
5. berliner-zeitung.de, Frauenquote im Freibad: Wie Berliner Politikerinnen die Gewalt bekämpfen wollen, 17.07.2023
6. express.de, Nach schlimmen Übergriffen: Kölner Schwimmbäder starten neue Schutzkampagne für Kinder, 02.05.2024
7. tagesschau.de, Videoüberwachung und Zäune: Berlin bezahlt Millionen für Sicherheit im Freibad, 07.05.2024
8. zeit.de, Gewalt in Freibädern: Faeser will Polizeipräsenz in Freibädern verstärken, 12.07.2023
9. bild.de, Sie verdienen rund 1900 Euro netto: Stadt macht Flüchtlinge zu Bademeistern, 07.06.2024
10. tagesspiegel.de, Gruppe schlägt auf zwei Brüder ein: Freibad in Berlin-Neukölln nach Randale vorzeitig geschlossen, 21.07.2024



Berliner Zeitung

Bauvorhaben am Tiefpunkt: Zahl fertiggestellter Wohnungen gesunken

Auf den Straßen Berlins wird aktuell gegen Mietpreise demonstriert. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Die Lage könnte sich in den nächsten Jahren deutlich zuspitzen.

berliner-zeitung.de, 24.05.2024

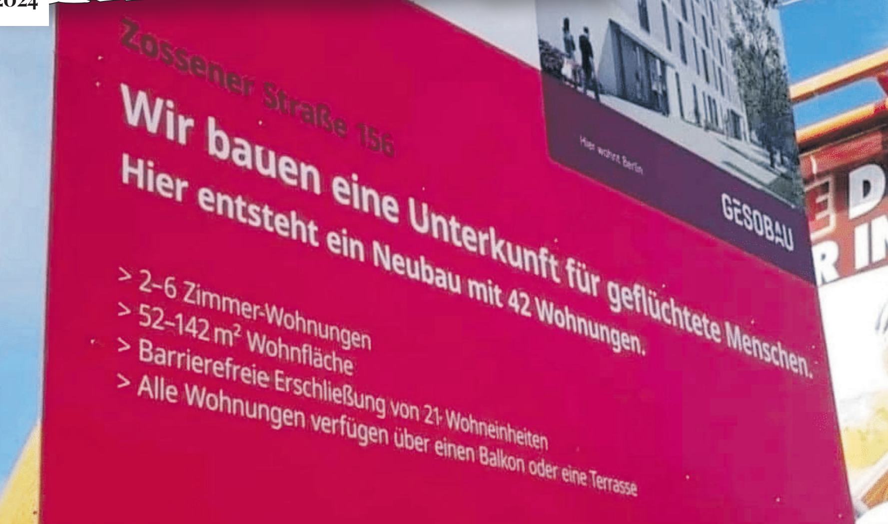


«Wir sind am Ende. Unser System ist kollabiert. Um den anderen noch helfen zu können, fordere ich einen Aufnahme-Stopp von Flüchtlingen.»

Wolfgang Büscher, Pressesprecher des deutschen Hilfswerks «Die Arche»

Quelle: bild.de, «Die Arche» am Limit: «Bei uns laufen schon Elfjährige mit Messern herum», 29.07.2024

Bautafel aus Berlin im Jahr 2023

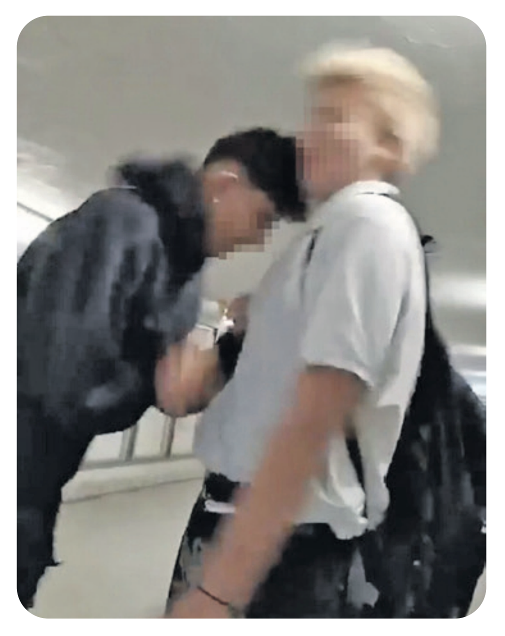


Angesichts des Wohnungsmangels in der Hauptstadt sind diese Bauvorhaben ein Schlag ins Gesicht für die Einwohner Berlins.

Die Schulzeit als Albtraum: So werden Deutsche von Migranten gemobbt und gequält

Immer wieder ist von der Verrohung der Gesellschaft die Rede. Impliziert wird, die Bevölkerung insgesamt werde aufgrund diverser, teils obskurer soziologischer Prozesse einfach gewalttätiger. Die Anlässe, die den Anstoß für derlei Pauschalurteile geben, haben allerdings ein klares Erkennungsmerkmal - etwa bei Gewalttaten an Schulen. Wenn Kinder auf Mitschüler mit dem Messer losgehen und selbst die Eltern des Täters nichts Falsches darin erkennen können [(1)], kann man durchaus von verrohten Verhältnissen sprechen, doch mit einem deutlichen Muster: Deutsche Kinder und Jugendliche geraten an immer mehr deutschen Schulen in die Minderheit und werden von Migranten häufig als Opfer wahrgenommen und entsprechend behandelt. Derweil wird Ausländern von Politik und Medien gebetsmühlenartig erzählt, sie seien die Opfer der rassistischen Deutschen.

Aus Gründen der Toleranz und Vielfalt wurde Schülern bereits zur Ramadan-Zeit verboten, im Unterricht Wasser zu trinken. Zwar handelte es sich dabei nur um zwei besonders voreilige Lehrerinnen, die ihre Autorität missbrauchten [(2)], allerdings kann man auch an weiteren Beispielen erkennen, wohin die Reise gehen könnte. Schweinefleisch- [(3)] und Nikolausverbote (Fall aus Österreich) [(4)] reihen sich eine kleine, aber nicht vernachlässigbare Liste von Einschränkungen, die den Kindern aufgrund des grassierenden Toleranzwahns den Spaß verderben. Während der Nachwuchs mittlerweile an manchen Schulen aus Angst zum Islam konvertiert [(5)], machen andere Schulbehörden den Islam zum Wahlpflichtfach. [(6)] Das mag zwar mit dem Argument der Religionsfreiheit begründet werden, angesichts des allumfassenden Geltungsanspruchs des Islam, der das aggressive Verhalten muslimischer Klassenkameraden zu einem nicht kleinen Anteil bestimmt (siehe S.72), wirkt dieses Zugeständnis indes wie weiteres Öl ins Feuer.



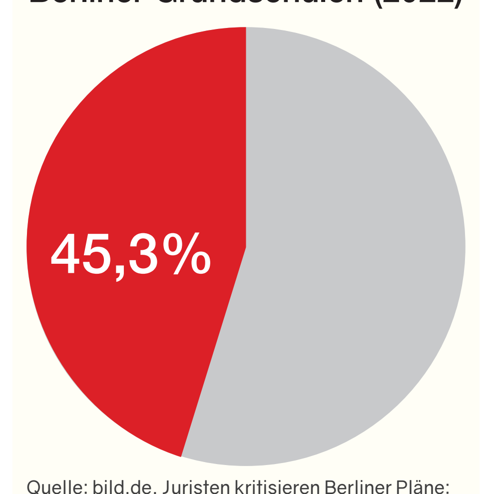
Ein 14-jähriger Iraker rammt einem Schüler im Herbst 2023 seinen Kopf ins Gesicht. Wie auch in anderen Fällen wurde das Verbrechen von einem Komplizen aufgezeichnet. Der Schüler lag nach dem Kopfstoß blutend am Boden.

Gewaltvideos

Toleranz, Nichtdiskriminierung, Antirassismus und Vielfalt scheinen eine Einbahnstraße zu sein, deren Konstante der Nachteil von Deutschen und im weiteren Sinne von Christen und Weißen ist. Diese Einschränkungen wirken aber noch harmlos im Kontrast zu den unzähligen Videos von deutschen Kindern, die vor allem von türkischen und arabischen Kindern gemobbt, verprügelt und gedemütigt werden. Die schiere Masse solcher Videos ist erdrückend. Gleichzeitig fällt es schwer aus, auch nur vereinzelte Clips zu finden, in denen die Verhältnisse umgekehrt sind. Die Videos kommen mutmaßlich dadurch zustande, dass die Cliquen sie aufzeichnen und als Trophäen verbreiten. Man darf davon ausgehen, dass die Urheber stolz auf ihre Taten sind. Manch einer würde den Kindern auf der Opferseite wünschen, sich effektiv zur Wehr setzen zu können, oder hofft auf ausgleichende Gerechtigkeit.

Politisch und medial gesehen handelt es sich dabei um viele kleine, unbedeutende

Schüler nicht-deutscher Herkunft in öffentlichen Berliner Grundschulen (2022)



Quelle: bild.de, Juristen kritisieren Berliner Pläne: Darf der Senat die Herkunft von Schülern verschweigen?, 21.05.2022



Mitglieder der Gruppe «Schule ohne Rassismus» im Januar 2016

Foto: Majo19348 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Schule_ohne_Rassismus_-_Schule_mit_Courage.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Deutschen Kindern wird der Schulalltag von einer wachsenden Zahl türkischer und arabischer bzw. islamischer Migranten zur Hölle gemacht. Sie selbst sollen sich in Initiativen wie «Schule ohne Rassismus» für mehr Toleranz gegenüber ihren Peinigern einsetzen, während die eigene Kultur aus fadenscheinigen Diskriminierungsgründen nach und nach beseitigt wird.

«Einzelfälle», an denen man höchstens durch bessere Integration etwas ändern könnte. Die deutsche Gesellschaft ist also in der Bringschuld. Meldungen von Flüchtlingskindern, die siebenjährige Mitschüler krankenhausreif prügeln [7], sind da nur der Preis, den man als Gesellschaft für die oft beschworene Vielfalt zu zahlen hat.

Ein 14-jähriger Iraker rammte einem deutschen Schüler im Herbst 2023 auf einem Bahnsteig seinen Kopf ins Gesicht. Wie auch in anderen Fällen wurde das Verbrechen von einem Komplizen aufgezeichnet. Tage später wurde eine Metallstange ins Fenster des Wohnhauses geworfen, in dem der Iraker lebt. Ob es das Opfer selbst war oder jemand, der den Fall mitbekommen hatte; ob es sich überhaupt um eine beteiligte Person handelte oder um den Täter selbst, ist nicht bekannt. Verletzt wurde – im Gegensatz zum blutigen Verbrechen auf dem Bahnsteig – jedenfalls niemand. Trotzdem wurde die mutmaßliche «Racheaktion» ein Fall für den Staatsschutz. Gegen den Iraker ermittelte hingegen nur die gewöhnliche Polizei, die ihn nach einer Gefährderansprache wieder auf freien Fuß setzte. [8]

Um den heißen Brei

Dass es für Kinder und Jugendliche immer härter wird, ist Politik und Medien nicht entgangen. Aus allen möglichen Ecken der Bundesrepublik wird gemahnt und gewarnt. Die Rede ist von Beschimpfen, Beleidigen oder Erpressen, bis zu körperlichen Übergriffen, Raub oder Bedrohung mit einer Waffe. An Hamburgs Schulen seien gefährliche Körperverletzung, Sexualdelikte, Raub und Erpressung besonders häufige Straftaten,

Gewalt an Schulen — DIE ZEIT

Zahl der Gewaltfälle an Schulen geht in die Tausende

Schläge, Tritte, sexuelle Übergriffe: Fälle von Gewalt gehören an deutschen Schulen zum Alltag. So gibt es in Berlin an jedem Schultag im Schnitt fünf Polizeieinsätze.

zeit.de, 18.03.2024

NDR

Mehr Gewalt: "Die Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft"

ndr.de, 19.03.2024

Umfrage der Robert Bosch Stiftung



swr.de, 24.04.2024

Schulbarometer: Fast jeder zweite Lehrer sieht Gewalt an Schulen

Die Tatsache, dass Gewalt in vielen Fällen importiert wurde und Schulen in Großstädten mittlerweile die gesellschaftlichen Strukturen arabischer Gemeinschaften widerspiegeln, wird jedoch verschwiegen. Das Problem der Verrohung wird verallgemeinert, sodass Opfer und Täter in eine gemeinsame Kategorie gesteckt werden, was als Folge sozioökonomischer Bedingungen dargestellt wird, für die die gesamte Gesellschaft verantwortlich gemacht wird. Diese soll dann durch immer höhere Steuerbelastungen Förderprogramme und andere Maßnahmen zur Bekämpfung des Problems finanzieren.



teilte die Hamburger Schulbehörde im März 2024 mit. [9] Noch schlimmer sieht es in der Hauptstadt aus, wo auch vermehrt Lehrer den Schikanen ausgesetzt sind. 2023 sei dort nach Angaben der Polizei eine «erneute deutliche Steigerung der Fallzahlen» von Gewalttaten zu verzeichnen gewesen. Doch nicht nur die deutschen Metropolen im Norden sind betroffen. Aus Bayern sind die gleichen Meldungen zu vernehmen. [10]

In Hamburg machte die Beratungsstelle Gewaltprävention «Corona» als Ursache aus: «Es habe neun Monate kein Präsenzleben in der Schule und damit auch kaum ein soziales Lernen mit Gleichaltrigen und schulischem Personal gegeben. Die Folge: ‹Bei der Rückkehr in die Schulen agierten viele Kinder und Jugendliche aufgrund dieser Defizite durch körperliche Auseinandersetzungen und Gewalt›, erklärte die Beratungsstelle. Sie gehe aber davon aus, dass die Zahlen in den kommenden Jahren wieder sinken würden.» [9] Es wird also impliziert, dass Max, Peter und Tina mangels Präsenzunterricht und weil sie verlernt haben, wie man sich in der Schule verhält, nach den «Corona»-Lockdowns plötzlich angefangen haben, ihre Mitschüler zu erpressen, zu berauben und zu verprügeln?

Symptombekämpfung

Laut der Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV) gebe es weitere Gründe für den Anstieg der Gewaltdelikte: «Die politische Lage, eine immer hitzigere und aggressivere Gesellschaft, der negative Einfluss von sozialen Netzwerken und der dortige Ton - generell nehmen Hass und Hetze zu.» Ein typisches Vorbeireden am Thema, um weitere Symptomlösungen zu servieren, die vor allem noch mehr steuerfinanzierte Arbeitsplätze schaffen. Als Lösung fordert die Lehrervertreterin «Anti-Gewalt-Trainings, Streitschlichter-Programme, Schulpsychologen und mehr». [11] Wenn Medien «Experten» befragen, wie es um das Klima an deutschen Schulen steht, wird meist nicht erwähnt, wer die Verantwortlichen der Gewalttaten sind. Der Bürger kann sich durch einen regelmäßigen und tieferen Blick in die Schlagzeilen aus «Einzelfällen» und seinen Alltagserfahrungen ein eigenes Bild machen. Sofern jedoch die eigentlichen Entscheider dieses Bild nicht sehen und entsprechend handeln wollen, wird sich an der «kulturellen Bereicherung» im Schulalltag nichts ändern. ***(tk)***

«Die Gewinner sind für mich die Ungeimpften der Corona-Zeit. Die sind ja jetzt rehabilitiert worden.»

Hans-Ulrich Jörges, deutscher Journalist, u.a. von 2007 bis 2017 Mitglied der Chefredaktion der Illustrierten Stern, Ende Juli 2024 bei einem Interview auf Welt-Online

Quelle: welt.de, «Die Gewinner des Tages sind für mich die Ungeimpften der Corona-Zeit», 26.07.2024



Foto: ©Raimond Spekking/ CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)



Der verzweifelte Versuch der Politik, «Corona» als Ursache der überbordenden Gewalt in deutschen Schulen abzutun, könnte ihr demnächst um die Ohren fliegen, denn u.a. aus den «RKI-Files» geht hervor, dass die Bevölkerung von den Entscheidern in manchen Fällen bewusst über Lockdowns, Schulschließungen und ähnliches fehlinformiert wurde. Dem Thema nehmen wir uns in Ausgabe 61 - Corona: Chronik eines globalen Verbrechens - an. Ohne die hanebüchenen Entscheidungen auf Regierungsebene wäre uns auch dieses Problem erspart geblieben, weshalb «Corona» sehr schlecht als Sündenbock für Gewalt in Schulen taugt.

DIE ZEIT

zeit.de, 12.07.2024

Deutsch? "Egal, egal!"

Jedes vierte Kind muss die erste Klasse wiederholen, fast alle haben einen Migrationshintergrund, viele sprechen kaum Deutsch. An einer Grundschule in Ludwigshafen stellt sich die Frage: Wie kann man so lernen?

Ein jüngeres, dem unteren sehr ähnliches Beispiel

Gesamtschullehrerin berichtet von gescheiterter Integration

«Im Ramadan bitten mich die muslimischen Schüler, dass die nicht-muslimischen Schüler ihre Trinkflaschen wegpacken, damit sie nicht verführt werden. Nicht-muslimische Schüler essen plötzlich kein Schweinefleisch mehr, weil die muslimischen Schüler es ihnen madig machen.»

«Für die meisten [muslimischen] Schüler sind Schläge zu Hause normal. Ein Schüler sagte mir neulich: ‹Wenn mein Vater schlägt, ist das nicht so schlimm, aber wenn meine Mutter schlägt, schon.› Als ich fragte, warum, antwortete er: ‹Weil meine Mutter ins Gesicht schlägt, mein Vater macht es wenigstens dort, wo man es nicht sieht.› Diese Normalität erschreckt mich.»

«Pubertät, Identitätsfindung und ungesundes Halbwissen über die eigene Religion ist eine explosive Mischung. Muslimische Schüler suchen ihre Identität über ihre Religion und das ist problematisch, denn sie missionieren dabei andere. Muslimische Schüler sind oft intolerant.»

«Viele Eltern hören nicht auf deutsche Lehrer, sondern auf Autoritäten aus ihrem Kulturkreis, die ihnen sagen, dass es nicht in Ordnung ist, wenn man sein Kind schlägt. [...] Einige bitten mich, ihr Kind zu schlagen, wenn es nicht spurt. Da muss ich dann erstmal erklären, dass unser Grundgesetz das verbietet.»

Gesamtschullehrerin Julia Wöllenstein aus Kassel in einem Interview mit der Bild-Zeitung im April 2019 über ihre 9. Klasse mit fast 90% Migrationshintergrund

Quelle: bild.de, Lehrerin über Integration in der Schule: «Einige Eltern bitten mich, ihr Kind zu schlagen», 10.04.2019

Quellen:

1. bz-berlin.de, Streit in Hort eskaliert Achtjähriger schlitzt Mitschüler (7) den Unterarm auf!, 18.05.2024
2. nius.de, Gesamtschule nahe Frankfurt: Weil Ramadan ist, sollen Fünftklässler nicht mehr im Unterricht trinken, 13.03.2024
3. cicero.de, Kita ohne Schweinefleisch - Ein merkwürdiges Demokratie-Verständnis, 25.07.2019
4. focus.de, Fall in Österreich: Kindergarten-Leitung verbietet Nikolaus-Besuch - Eltern empört, 21.11.2023
5. bild.de, An deutschen Schulen: Kinder konvertieren aus Angst zum Islam, 23.04.2024
6. welt.de, In Bayern gibt's ab Herbst das Schulfach «Islamischer Unterricht», 23.02.2021
7. tag24.de, Skrupellos: Flüchtlingskinder treten Siebenjährigen krankenhausreif, 21.08.2018
8. bild.de, Video vom Bahnsteig ging viral: Angriff auf Täter (14) nach blutiger Kopfstoß-Attacke, 03.10.2023
9. bild.de, Körperverletzung, Raub, Erpressung: Gewalttäter an Hamburgs Schulen immer jünger, 18.03.2024
10. rbb24.de, Fünf Polizei-Einsätze pro Schultag: Gewalt an Berliner Schulen nimmt zu, 18.03.2024
11. br.de, Mehr Gewalt an Bayerns Schulen: «Das Klima wird rauer», 18.03.2024

Schweden: Von der Idylle zum gefährlichsten Land Europas

Maria Malmer Stenergard, seit 2022 Schwedens Migrationsministerin und Mitglied der bürgerlich-konservativen Partei «Moderata samlingspartiet», erklärte Ende 2023 im Interview mit der Zeitung Welt, warum man eine angebliche Wende in der Asylpolitik vornehme: «Es gab einen Grund, warum 163'000 Menschen im Jahr 2015 quer durch Europa in das kleine Schweden am Rande Europas reisten, um hier Asyl zu beantragen. Das lag daran, dass wir uns mit großzügigen Regeln für die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen und Staatsbürgerschaft, aber auch mit unserem Sozialleistungssystem hervorgetan haben.» Deutschen sollte das bekannt vorkommen, ebenso wie dies: «In Schweden wohnen die Asylbewerber heute in ihren eigenen Unterkünften, und wenn ihre Anträge abgelehnt werden, passiert nicht viel; sie erhalten einen Brief, in dem steht, dass sie zurückkehren sollen, aber in Wirklichkeit bleiben die Kinder in der gleichen Schule und sie arbeiten weiterhin. Ich glaube nicht, dass dies die Rückkehr erleichtert.» Deshalb verspricht Maria Malmer Stenergard eine strengere Einwanderungspolitik: «Wenn wir die Entwicklung in den Randgebieten, in denen leider auch die Kriminalität Fuß gefasst hat, umkehren wollen, müssen wir die Zuwanderung von Asylbewerbern noch lange Zeit auf einem sehr niedrigen Niveau halten. Im Ausland geborene Menschen haben ein erhöhtes Risiko, kriminell zu werden. Am meisten beunruhigt mich aber, dass das Risiko bei Einwanderern der zweiten Generation noch größer ist. Dies deutet auf eine Entfremdung hin, die nicht nur vererbt, sondern vertieft wird. Sie wurde über Jahrzehnte aufgebaut und es wird sehr lange dauern, sie zu beseitigen. Wir haben gerade erst damit begonnen.» [1]

Stellvertretend für die Geisteshaltung, die zu der Misere führte, sei Märta Stenevi, bis 2021 schwedische Ministerin für Gleichstellung und Wohnungsbau sowie Mitglied der dortigen Grünen Partei, angeführt. 2021 erklärte sie in einem Podcast-Interview, schwedische Männer müssten ihre Macht aufgeben, aber auch weiße, in Schweden geborene Frauen müssten dies tun: «Wenn im Ausland geborene Frauen an Macht gewinnen sollen, müssen weiße, im Inland geborene Frauen verschwinden.» [2]



Am 10. April 2024 wurde der 39-jährige Familienvater Mikael Janicki in der Unterführung eines Stockholmer Vororts erschossen. Dies geschah vor den Augen seines 12-jährigen Sohnes auf dem Weg ins Schwimmbad. Seine Schwester Aneta Demir sagte: «Es fühlt sich so an, als hätten die Gangs in unserem Land die Macht übernommen. Dass sie genau wissen, was sie alles tun dürfen und dass wir uns ihnen anpassen müssen. Wenn sie erwischt werden, zahlt sich das Verbrechen für sie trotzdem aus. Es gibt keine abschreckenden Strafen, die sie zum Nachdenken bringen würden.»

Gewalteskalation

Der laxe Umgang mit Neuankömmlingen führte zu einer Gewaltwelle, die in den letzten Jahren über Schweden rollte: «Schweden ist gefährlichstes Land Europas», titelte die Bild-Zeitung im Oktober 2021. In fünf Jahren habe das Land 217 Schussopfer zu beklagen gehabt. «In der EU werden durchschnittlich acht Personen pro Million Einwohnern Opfer tödlicher Gewalt. In Schweden lag die Zahl 2020 bei zwölf Personen pro Million Einwohnern. Wenn es um die Opfer von Schusswaffentaten geht, ist der Unterschied zwischen Europa und Schweden noch größer. In der EU sterben durchschnittlich 1,6 Personen pro Million Einwohnern an Schussverletzungen – in Schweden sind es vier Personen, also fast dreimal so viele», belegte eine Untersuchung eines schwedischen Ausschusses zur Vorbeugung von Kriminalität. Die meisten Schießereien in Schweden sind auf Bandenkriminalität zurückzuführen. Diese Banden bekriegen sich meist in den Trabantenstädten von Stockholm, Göteborg und Malmö. [3]

Nach 2021 eskalierte es noch weiter: «Im Jahr 2022 forderten die Auseinandersetzungen krimineller Banden in Schweden 62 Todesopfer, so viele wie nie zuvor. In Norwegen waren es vier, in Dänemark ebenfalls, in Finnland zwei. Allein im Monat September des Jahres 2023 starben elf Menschen, ein trauriger Rekord. 53 Mordopfer wurden im Jahr 2023 insgesamt gezählt», so der Deutschlandfunk. Gegen die ausufernde Bandengewalt in den Städten wurde sogar die Armee zur Hilfe gerufen. Ein Novum in der schwedischen Geschichte.





Image ramponiert

Der Deutschlandfunk weiter: «Sowohl Täter als auch Opfer werden immer jünger – bereits 14-Jährige werden für Mordaufträge gewonnen. Vor allem zwei Banden rivalisieren sich. Deren Köpfe befinden sich längst im Ausland. Das schwedische Image ist schwer ramponiert. Nur jede vierte tödliche Schießerei in Schweden kann aufgeklärt werden, heißt es in einem Polizeibericht aus dem Jahr 2022. Und laut einer kürzlich im Auftrag der Stockholmer Handelskammer durchgeführten Umfrage glauben acht von zehn befragten schwedischen Unternehmen, dass es aufgrund der anhaltenden Gewalt schwieriger werden wird, ausländische Fachkräfte, Investoren und Touristen ins Land zu holen.» [4] Das Kind scheint also schon längst in den Brunnen gefallen und wie ernst die versprochene Verschärfung der Einwanderungsregelungen umgesetzt werden wird, steht in den Sternen. Im Mai 2024 kommentierte das ZDF die Lage in Schweden: «Remigrationsfantasien aber werden das Problem wohl auch hier nicht lösen.» [5]

Nur, warum eigentlich nicht? Immerhin nannte mittlerweile sogar der schwedische Ministerpräsident «‹politische Naivität›, eine unverantwortliche Einwanderungspolitik und gescheiterte Integration als Gründe» für die anhaltende Bandengewalt. [6] ***(tk)***

Schwedens Polizei zu Flüchtlingskriminalität  spiegel.de, 21.01.2016

Code 291 - "Nichts soll nach außen dringen!"

Gibt es in Schweden eine generelle Ansage an die Polizei, Verbrechen im Zusammenhang mit Flüchtlingen geheim zu halten? Ein Bericht legt das nahe. Vor Kurzem waren ähnliche Vorwürfe bei sexuellen Übergriffen auf einem Musikfestival laut geworden.

Ein ähnliches Muster der Verschleierung wie in Deutschland (siehe S.16 f.)**: Informationen zu Verbrechen und Gewalt, die Flüchtlinge betreffen, wurden bei der schwedischen Polizei einem Bericht zufolge mit dem Geheimhaltungscode «291» versehen. Dieser Code bedeute, dass es sich um Informationen handle, die unter keinen Umständen an Presse und Öffentlichkeit gelangen sollten.**

Quellen:
1. welt.de, Schweden: «Unsere Migrationspolitik war von Naivität geprägt», 06.12.2023
2. aftonbladet.se, Är Miljöpartiet på väg att bli ett vänsterparti?, 04.01.2021
3. bild.de, Statistik beweist: Schweden ist gefährlichstes Land Europas, 25.10.2021
4. deutschlandfunk.de, Wie Schweden einen Weg aus der Bandengewalt sucht, 17.01.2024
5. zdf.de, Jugendliche zu Morden erpresst? - Wie Schweden gegen Bandenkriminalität kämpft, 21.06.2024
6. stern.de, Integration sei schuld an Schwedens Bandengewalt, sagt der Regierungschef. Ein Experte widerspricht, 06.10.2023

«Es geht mir so auf die Nerven, dass so viele weiße Bürgis bei Fridays For Future rumlaufen. [...] Es ist einfacher für die Menschen gewesen, sich mit Greta Thunberg zu identifizieren, weil man dann direkt so denkt ‹Eine von uns›. Weil wir so eine eklig weiße Mehrheitsgesellschaft haben, war es dann einfacher zu sagen, ‹Das sind auch alles unsere Kinder, weil wir unsere Kinder als weiß definieren›.»

Sarah-Lee Heinrich, von Oktober 2021 bis Oktober 2023 eine Bundessprecherin der Grünen Jugend, im November 2019 in einem Online-Talkformat

Quelle: funk.net, Fridays for Future: zu weiss? I KARAKAYA TALK, 18.11.2019



Foto: Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen from Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:LDK_Bielefeld_25.-26.6.2022_(52173942154).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

«Eine spezifisch deutsche Kultur ist, jenseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar.»

Aydan Özoğuz, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, 2017 im Tagesspiegel

Quelle: faz.net, «Deutsche Leitkultur nicht identifizierbar», 31.08.2017

Foto: TRIALON/Kläber (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gregor_gysi_20050705_3.jpg)

«Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, dass die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.»

Gregor Gysi, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der Linken, in einem Online-Video vom 24. Mai 2015

Quelle: youtube.com, Gregor Gysi zum Thema: Schöner leben ohne Nazis, 11.03.2015

Foto: Hans Herrmann Weinen (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Renate_Schmidt.jpg) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en

«Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir [...] verhältnismäßig wurscht.»

Renate Schmidt, Familienministerin Deutschlands von 2002 bis 2005

Quelle: 14. März 1987 im Bayerischen Rundfunk



Julia U. Schramm
@laprintemps
Folgen

"Sauerkraut, Kartoffelbrei - Bomber Harris, Feuer Frei!"

#bombergate #twitterdemo

Antworten Retweeten Favorisieren Mehr

RETWEETS 3 FAVORITEN 7

06:02 - 17. Feb. 2014

Julia Schramm, einst «Fachreferentin für Hate Speech» bei der Amadeu Antonio Stiftung (siehe S.33,78,79 u. 80 f.), ließ auf Twitter die Forderung nach einer erneuten Bombardierung Deutschlands durch den den Royal-Air-Force-Offizier «Bomber» Arthur Harris anklingen. Dieser hatte im Zweiten Weltkrieg zahlreiche deutsche Städte mit geplanten Feuerstürmen in Schutt und Asche gelegt, was hunderttausende Menschenleben kostete.

Auf einen Blick

Der politische und gesellschaftliche «Kampf gegen Rechts» hat im Deutschland der Gegenwart einen hohen Stellenwert und erreichte kürzlich mit dem (versuchten) Verbot des Compact-Magazins ein neues Allzeithoch.

Zuvor schaffte es eine mehr oder minder harmlose Grölerei von Sylter Partygästen auf den Rang eines internationalen «Skandals» und hinsichtlich einer Zusammenkunft rechter Persönlichkeiten in Potsdam log man sich einen rechtsextremistischen Geheimplan herbei.

Bei kaum etwas wird das Messen mit zweierlei Maß und die ideologische Durchtriebenheit so offenkundig wie bei der Bekämpfung von «rechter» Gesinnung. Es scheint eine zutiefst anti-deutsche Haltung dahinterzustecken, die ethnische Homogenität als Problem ansieht.

Der «Kampf gegen Rechts» - oder gegen die Opposition?

«Ich habe heute das rechtsextremistische ‹Compact-Magazin› verboten. Es agitiert auf unsägliche Weise gegen Jüdinnen und Juden, gegen Muslime und gegen unsere Demokratie. Unser Verbot ist ein harter Schlag gegen die rechtsextremistische Szene.» Mit diesen Worten verkündete die deutsche Ministerin für Inneres und Heimat, Nancy Faeser, am 16. Juli 2024 einen weiteren staatlichen Durchgriff im heroischen «Kampf gegen Rechts». [1] Faeser schoss hinterher: «Das Verbot zeigt, dass wir auch gegen die geistigen Brandstifter vorgehen, die ein Klima von Hass und Gewalt gegenüber Geflüchteten und Migranten schüren und unseren demokratischen Staat überwinden wollen. Unser Signal ist ganz klar: Wir lassen nicht zu, dass ethnisch definiert wird, wer zu Deutschland gehört und wer nicht. Unser Rechtsstaat schützt all diejenigen, die wegen ihres Glaubens, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe oder auch wegen ihrer demokratischen Haltung angefeindet werden.» [1]

«Jeden Stein umdrehen»

Volker Boehme-Neßler, Professor für öffentliches Recht an der Universität Oldenburg, sah die Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums gegen Compact an. Juristisch betrachtet, sagt er, stünden ihm die «Haare zu Berge». Die Verfügung sei auf dem Niveau eines Jurastudenten im ersten Semester geschrieben. [2] Auch herkömmlicher Rechtsextremismus, wie man ihn sich vorstellt, z.B. klare Anstachelung zur Gewalt, ist in dem Dokument nicht aufzufinden. Nancy Faeser hatte im Februar 2024 versprochen: «Wir wollen bei Rechtsextremisten jeden Stein umdrehen.» [3] Und doch war dem Compact-Magazin kaum etwas Problematisches nachzuweisen, nachdem man wohl



Demonstration in Stuttgart, Januar 2024, als Folge des angeblichen «Geheimtreffens» von AfD und Identitären in Potsdam

DIE ZEIT
Rechtsextremes Treffen in Potsdam
zeit.de, 15.01.2024

Juristische Verbände warnen vor "zweiter Wannseekonferenz"

Richter und Anwälte warnen nach dem Treffen von Potsdam davor, Rechtsextreme zu unterschätzen. Massendeportationen aus Deutschland dürfe es nie wieder geben.

Der Vergleich hinkt, denn in unseren Geschichtsbüchern wird in erster Linie nicht die Vertreibung der Juden aus Deutschland angeprangert, sondern der Mord an ihnen.

alle Steine umgedreht hatte. Die Anzeichen verdichten sich, dass das Compact-Verbot schlicht grundgesetzwidrig und ein irrsinniger Alleingang der Innenministerin war.

Das wird nicht zuletzt durch die kurz vor Redaktionsschluss bekannt gewordene Tatsache unterstrichen, dass das Bundesverwaltungsgericht Leipzig das von Faeser erklärte Verbot im Eilverfahren vorläufig aussetzte. «Damit kann das Blatt unter bestimmten Auflagen vorerst wieder erscheinen. Eine endgültige Entscheidung wird im Hauptsacheverfahren fallen. Das Gericht meldete vor allem Zweifel an der Verhältnismäßigkeit des Verbots an.» [4] Immerhin scheint das Rechtsverständnis noch nicht vollends verloren.

Kampf gegen Andersdenkende?

Nichtsdestotrotz: Die Häufigkeit, mit der sich öffentlich über irgendwelche (ver-



➔ meintlich) «rechtsextremistischen» Vorfälle empört oder vor dem vielzitierten «Rechtsruck» in Deutschland und Europa gewarnt wird, sowie die Rhetorik dieser Wortmeldungen, erwecken den Eindruck, dass auf Deutschlands Straßen tagtäglich Menschen mit Migrationshintergrund durch ethnisch Deutsche zusammengeschlagen, ausgeraubt, vergewaltigt und ermordet werden. Wir haben jedoch bisher dargelegt, dass die Dynamik vielmehr mit umgekehrten Vorzeichen vonstatten geht (siehe S.62 ff.), und dass jene, die der Migration Vorschub leisten, aus zutiefst ideologischen Motiven handeln (siehe S.5 ff.).

Man kann den vorliegenden Informationen zufolge mit Fug und Recht behaupten: Es handelt sich um eine Agenda. Da verwundert es kaum, dass die Unterstützer dieser Agenda (und jene, die ihnen naiv hinterherlaufen) die Kritiker mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln verstummen lassen wollen. Denn es fällt auch beim besten Willen schwer, die von Innenministerin Faeser hervorgebrachten Beschuldigungen substanziell zu untermauern – das zeigt auch das vorerst gekippte Verbot.

Inwiefern wird «ein Klima von Hass und Gewalt gegenüber Geflüchteten und Migranten» geschürt, wenn z.B. das Compact-Magazin auf die Kriminalstatistik verweist, die eine Überrepräsentation von Migranten aufzeigt, und auf dieser Basis fordert, die Migrationspolitik restriktiver zu gestalten? Inwiefern will man «unseren demokratischen Staat überwinden», wenn man die verantwortlichen Politiker ermahnt, bestehendes Recht durchzusetzen? Dabei geht es insbesondere um eine (angemessene) Ahndung von migrantischen Straftätern und um die Unterlassung rechtswidriger migrationspolitischer Akte wie das Dulden von Nicht-Asylberechtigten im Inland. An welcher Stelle wurden im Compact-Magazin Menschen wegen ihrer «demokratischen Haltung an[ge]feindet»? Oder wurden Begriffe wie «Demokratie» und weitere ohne unsere Kenntnis neu definiert?

Einwanderung als Staatsräson?

Hinweise darauf gibt es durchaus, wenn dieses Gedankengut nicht sogar schon längst feste Handlungsgrundlage staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure ist. So stellte die damalige Bundesfamilienministerin Katarina Barley im September 2017 eine «Erklärung für mehr Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft» vor. [5] Das begleitende «Impulspapier der Migrant*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft» fordert die «Aufnahme eines neuen Staatsziels ins Grundgesetz als Art. 20b». Diese Grundgesetzesänderung solle dem besagten Artikel 20 doch bitte die folgende Passage hinzufügen: «Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration aller Menschen.» [6] Die Unterzeichner des Impulspapiers erklären: «Dadurch wird in der Verfassung verankert, dass Deutschland ein vielfältiges Einwanderungsland ist und alle staatlichen Ebenen zur Umsetzung dieses Staatsziels verpflichtet sind.» Das bedeutet nichts anderes, als dass die Realisierung der Umgestaltung der deutschen Gesellschaft zu einer multiethnischen als Staatsräson im Grundgesetz festgeschrieben werden soll. Auch solle diese Maßnahme «einen Rückfall in frühere Zeiten» verhindern. [7] Gemeint sind vermutlich jene «früheren Zeiten», in denen die deutsche Nation ethnisch noch weitaus weniger «bunt» war.

Und wo man eine Agenda fährt, die die Verdrängung einer ethnisch einigermaßen homogenen Gruppe zum Ziel hat, da weiß man natürlich auch um möglichen Widerstand. Daher verlautbaren die Urheber zugleich: «Interkulturelle Öffnung bedeutet auch, Rassismus und Diskriminierungen nachdrücklich zu ächten und zu sanktionieren, gerade vor dem Hintergrund, dass sich das gesellschaftliche Klima rapide verschlechtert.» [8]

«Nation neu definieren»

Schon im August 2015, als die sogenannte «Flüchtlingskrise» gerade anlief, stieß der damalige Bundespräsident Joachim Gauck in einem Interview mit der Tageszeitung General-Anzeiger Bonn in dieselbe Richtung vor.

95-jährige Holocaust-Leugnerin muss für ein Jahr in Haft

NDR

Stand: 26.06.2024 20:04 Uhr

Die 95-jährige Ursula Haverbeck bestreitet, dass in Auschwitz massenhaft Menschen ermordet wurden. Unter Tumulten hat das Hamburger Landgericht nun das Urteil für die Holocaust-Leugnerin verkündet.

Cum-Ex-Verfahren gegen Olearius eingestellt: "Ein Rückschlag"



Stand: 24.06.2024 18:43 Uhr

Der frühere Chef der Hamburger Privatbank M.M.Warburg, Christian Olearius, ist eine der bekanntesten Figuren im bundesweiten Cum-Ex-Skandal um kriminelle Bankgeschäfte in Milliarden-Höhe. Nach neun Monaten darf der Ex-Bankier die Anklagebank nun verlassen: Das Bonner Landgericht stellte das Strafverfahren gegen ihn ein.

So werden im «besten Deutschland, das es jemals gegeben hat» (Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier) die Prioritäten gesetzt.



Wir wollen bei Rechtsextremisten jeden Stein umdrehen. Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen.

Nancy Faeser am 13. Februar 2024 auf «X»

Was ist «Verhöhnung» des Staates? Eine Definition davon gibt es nicht, es handelt sich auch nicht um einen juristischen Begriff. Und dennoch arbeiten Faeser und ihr Innenministerium genau nach diesem nebulösen Maßstab, der eigentlich keiner sein darf. Stichwort: Meinungsfreiheit.



Was an diesem Beispiel und sonst auch immer wieder zutage tritt, ist die feindlich gesinnte, teils gar hasserfüllte Haltung gegenüber Deutschland als Nation mitsamt seinem ethnisch deutschen Volk, welche sich die Linken auf der Straße mit vielen Politikern teilen.

Hate on Display / Anti-Antifa Images

General Hate Symbols



Ein durchgestrichenes Symbol der linksextremen und gewalttätigen «Antifa» gilt für die pro-israelische Lobby-Organisation «Anti Defamation League» (Doppelausgabe 58/59) als «Hass-Symbol», wie man auf ihrer Webseite erfährt. Es werde von «White Supremacists» (grob übersetzt: weiße Vorherrschaft befürwortende Rassisten) gegen ihren politischen Gegner auf der Linken eingesetzt. Linke Demagogie gegen vermeintliche «Rechte» wird von der ADL wiederum grob vernachlässigt – ein Doppelstandard, den man auch aus Deutschland kennt.

Auf die Frage, ob Flüchtlinge und Zuwanderer auch eine Chance für Deutschland seien, sagte Gauck: «Ich sehe das so, ja. Und ich glaube, dass die Diskussion über die Chancen der Zuwanderung an Fahrt gewinnen wird, wenn sich noch mehr Menschen als bisher von dem Bild einer Nation lösen, die sehr homogen ist, in der fast alle Menschen Deutsch als Muttersprache haben, überwiegend christlich sind und hellhäutig [...] Ich meine, wir müssen Nation neu definieren: als eine Gemeinschaft der Verschiedenen, die allerdings eine gemeinsame Wertebasis zu akzeptieren hat.» [9]

Dass man «Nation» als «eine Gemeinschaft der Verschiedenen» definieren muss, widerspricht im Grunde genommen der fast neun Jahre später getroffenen Aussage von Nancy Faeser, die da sagte: «Wir lassen nicht zu, dass ethnisch definiert wird, wer zu Deutschland gehört und wer nicht.» [1] Faeser meinte wohl eigentlich, dass nicht die ethnisch Deutschen selbst, sondern stattdessen die politische Kaste definiert, wie die «deutsche Nation» ethnisch zusammengesetzt ist. Demokratisch wirkt das auch nicht. Es sei denn, man versteht heute eben etwas anderes unter dem Wort «demokratisch».

Feuern aus allen Rohren

Wie energisch eben jenes Ziel einer «Gemeinschaft der Verschiedenen» durch die politischen Entscheider verfolgt wird, lässt sich anhand der Häufigkeit und Intensität erkennen, mit der Kritiker dieser Agenda bekämpft werden. Die eingangs angesprochene versuchte Zerschlagung von Compact reiht sich in eine Fülle von Diffamierungskampagnen, Gesetzesinitiativen, juristischen Urteilen und öffentlichen Bekenntnissen ein. Nicht die leiseste Fehläußerung darf sich ein deutscher Bürger heute noch im öffentlichen Raum erlauben, wenn es um die «Heilige Kuh Migration» und die damit verbundene «rechte Gesinnung» geht.

«Der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke ist wegen des Verwendens einer verbotenen NS-Parole zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Das Landgericht in Halle an der Saale verhängte gegen Höcke eine Geldstrafe in Höhe von insgesamt 13'000 Euro – 100 Tagessätze von je 130 Euro. [...] Höcke hatte bei der Rede im Mai 2021 am Ende gesagt: ‹Alles für unsere Heimat, alles für Sachsen-Anhalt, alles für Deutschland›. Beim dritten Teil des Dreiklangs handelt es sich um eine verbotene Parole der paramilitärischen ‹Sturmabteilung› der NSDAP.» [10] Die Verurteilung erscheint etwas voreingenommen, da man bei zahlreichen anderen Gelegenheiten über diesen Satz hinwegsah, als wäre er völlig harmlos – was er eben auch ist. Der Spiegel bspw. druckte diesen Satz als Überschrift einer Kolumne in seiner Ausgabe 37/2023 ab, änderte diese Überschrift online aber nach dem Höcke-Urteil. [11] Auch die CDU-Politikerin Dorothee Bär verwendete die drei Worte «Alles für Deutschland» auf «X». [12] Die Frau des Fußballspielers Mats Hummels, Cathy Hummels, tat es Bär gleich – natürlich auch, ohne angeklagt zu werden. [13]

DDR 2.0?

Der Tagesspiegel schrieb 2021: «Jahrzehnte lang prangte eine verbotene Parole der Nationalsozialisten am Haus der Freiwilligen Feuerwehr in Jänschwalde. [...] ‹Alles für Deutschland› stand da und zwar seit 1935 – mit einer kurzen Unterbrechung. Mehr als 80 Jahre lang ist das keinem aufgestoßen. [...] Erst in den 70ern oder Anfang der 80er-Jahre [...] seien die DDR-Behörden auf den Spruch aufmerksam geworden [...]: ‹Jänschwalde gehörte damals zum Kreis Guben und die SED-Kreisleitung oder der Rat des Kreises ordnete die Entfernung des Slogans an.› Allerdings wohl nicht, weil er eine SA-Parole war, vielmehr habe man sich an dem Wort ‹Deutschland› gestört: ‹Zu dieser Zeit sprach man ja nur noch von DDR und BRD.› [...] Nach der Wende 1989 und in der Euphorie über die deutsche Einheit fanden die Jänschwalder ihren alten Spruch wie-







«Liebe Leute, macht euch locker, die ‹Umvolkung› ist längst abgeschlossen. Der Zug ist abgefahren. Es gibt keine deutsche Nation von reinen Abstammungsdeutschen. Es hat sie nie gegeben.»

Die türkisch-stämmige Ferda Ataman (Bündnis 90/Die Grünen), früher Journalistin, heute Deutschlands Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, in ihrem Buch «Ich bin von hier. Hört auf zu fragen!» von 2019

Quelle: sueddeutsche.de, Deutschland ist mehr als Dieter, Heinz und Manfred, 28.06.2019

Rechtes Gedankengut bei den Grünen?

Ferda Ataman bewegt sich auf dünnem Eis, wenn sie den Begriff «Umvolkung» auf kaum abwertende bis gar befürwortende Weise verwendet. Die von ihr nicht selten geschwungene «Nazikeule» (siehe unterer Teil der Seite) **könnte ihr nämlich selbst schnell um die eigenen Ohren fliegen.**

Screenshot von Wikipedia

Umvolkung

„**Umvolkung**" (oder auch „**Ethnomorphose**") ist ein Begriff aus der nationalsozialistischen Volkstumspolitik, der in den eroberten Ostgebieten beim Gewinn von Lebensraum im Osten zum Tragen kam und in engstem Zusammenhang mit dem Generalplan Ost steht. Er meinte einerseits die Re-Germanisierung von Volksdeutschen, die sich in der slawischen Umgebung

➔ der gut. Und ließen ihn an jener Stelle aufmalen, wo er früher in fetten Lettern aus Beton geprangt hatte. Und wieder gingen 30 Jahre ins Land, ehe jemandem auffiel, dass hier eine Nazi-Parole an einem öffentlichen Gebäude stand.» [14]

Befinden sich die Deutschen also längst in einer «DDR 2.0», ohne es bemerkt zu haben? Allerdings ergeht es den Österreichern nicht viel besser: Da reicht es dann beispielsweise schon aus, an Hitlers Geburtstag auf Facebook ein Foto seiner angeblichen Lieblingsspeise - Eiernockerl mit grünem Salat - hochzuladen. Das Urteil nach dem NS-Verbotsgesetz: «[E]ine auf Bewährung ausgesetzte Gefängnisstrafe von zehn Monaten und eine Geldstrafe von 6300 Euro.» [15] Dem österreichischen Facebook-Nutzer half auch sein Status als staatsdienender Polizist nicht, einer Verurteilung zu entgehen. Hier hört der Spaß auf und fängt der (oft übereifrig-absurde) Aktivismus an. So berichtete puls24.at in diesem Zusammenhang: «Eiernockerl sind am 20. April besonders verpönt. Die Wiener Kabarett-Bühne ‹Kulisse› streicht die Speise heute deshalb von ihrer Speisekarte und nutzt den Tag, um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen: ‹Eiernockerl? Heute leider nicht!›, heißt es auf den Social-Media-Profilen des ‹Kulturbeisls› in Wien-Hernals. Es folgen die Hashtags ‹neveragain›, ‹Antifaschismus› und ‹gegenrechtehetz›.» [16]

Links hui, rechts pfui

Unabhängig von den zuvor genannten Beispielen lässt sich feststellen: Eine rechte politische Einstellung, die grundsätzlich einmal vollkommen legitim ist, wird heutzutage reflexartig mit Nationalsozialismus und Faschismus gleichgesetzt, ganz so, als heiße man automatisch alle Taten gut, die jemals von Rechten begangen wurden. Blickt man hingegen auf die andere Seite des politischen Spektrums, so verhält es sich gänzlich anders. Links oder gar linksextrem zu sein, gehört mittlerweile schon fast zum guten Ton; man gibt sich als Menschenfreund und moralischer Weltbürger zu erkennen. Die Grausamkeiten, die unter

Jan Böhmermann forderte zum «Nazis keulen» auf - alles nur Satire?

«Liebe 3Sat-Zuschauer, bitte nicht vergessen: Nicht immer die Nazikeule rausholen, sondern vielleicht auch mal ein paar Nazis keulen.»

Der Comedian Jan Böhmermann in seiner ZDF-Sendung, Februar 2024

Quelle: youtube.com, «Nazis keulen»: Böhmermann ruft zur Tötung von FPÖ-Politikern auf, 17.02.2024

Die Definition von «keulen» auf Google



/keúlen/

schwaches Verb TIERMEDIZIN

Nutztiere töten, um Tierseuchen zu verhindern oder einzudämmen

«Oft wird rassistische Hetze auch als Satire oder Humor getarnt oder im Nachhinein als Ausrede benutzt, es sei ja nur witzig gemeint gewesen.»



Die Amadeu Antonio Stiftung in einer Broschüre aus dem Jahr 2016

Quelle: Amadeu Antonio Stiftung, Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien - Handlungsempfehlungen, 2016, S.5

DER TAGESSPIEGEL

„Nazis keulen" Staatsanwaltschaft eröffnet kein Verfahren gegen Böhmermann

Mainzer Staatsanwaltschaft sieht keinen Anfangsverdacht für eine strafbare Handlung. Sie ordnet Jan Böhmermanns Schlusswort als Satire ein.

tagesspiegel.de, 23.04.2024

Linke dürfen mehr

Meinungsfreiheit sollte für links wie für rechts gelten, und auch grenzwertige Aussagen können in deren Rahmen liegen. Deutlich wird der Doppelstandard aber, wenn Aussagen, die von rechter Seite auch unter dem Deckmantel «Satire» nicht zulässig wären, ungestraft bleiben, wenn sie von links kommen.





«Meist wird emotionaler Hass als rationale Argumentation verpackt.»

Die Amadeu Antonio Stiftung in einer Broschüre aus dem Jahr 2016 in Bezug auf «Rechte»

Quelle: Amadeu Antonio Stiftung, Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien - Handlungsempfehlungen, 2016, S.5

Können die Amadeu Antonio Stiftung und ähnlich gepolte Linke den Balken im eigenen Auge nicht erkennen?

Screenshot von Wikipedia

Kritische Weißseinsforschung

Kritische Weißseinsforschung (englisch *Critical Whiteness Studies*) ist ein transdisziplinäres Studienfeld und beschreibt kulturelle, historische und soziologische Aspekte von Menschen, die sich unter Verweis auf ihre Hautfarbe als weiß identifizieren. Ebenso geht es um die soziale Konstruktion von Weißsein als Statuszeiger. Anders als die klassische

dem sozialistisch-kommunistischen Banner millionenfach verübt wurden, scheinen dem keinen Abbruch zu tun. Zumindest braucht man sich nicht ansatzweise Sorgen zu machen, wenn man diese politische Einstellung öffentlich kundtut. Selbst linksextremistische Parolen, die sich aufgrund ihrer unverkennbaren - und wohl beabsichtigten - Zweideutigkeit mindestens an der Grenze zur Volksverhetzung bewegen, können ohne Konsequenzen präsentiert werden: So demonstrierte die Antifa-Jugend in Aachen im Januar 2024 mit einem Banner mit der Aufschrift «AfDler töten. Nazis abschieben!». Die Aachener Staatsanwaltschaft stellte ihre Ermittlungen ein, weil der Punkt hinter dem betreffenden Satz (im Kontrast zum Ausrufenzeichen) klarmachen würde, dass es sich nicht um eine Aufforderung handele, sondern um einen Vorwurf, dass die Politik der AfD Menschen töte. Dass die AfD keine Regierungsverantwortung besitzt, schien keine Rolle zu spielen. [17]

Doch selbst wenn eine Parole rein theoretisch als strafbarer Aufruf zu werten wäre, muss man als Linker meist nichts befürchten: Dass im Rahmen von links-grünen Demonstrationen schon unzählige Male offen ein aggressiver Systemwechsel hin zum Kommunismus eingefordert wurde, ist so indiskutabel, dass es eigentlich keinerlei Belege bräuchte. Der Sorgfalt halber sei dennoch ein Beispiel von einer Antifa-Gegendemo in Konstanz vom April 2019 angeführt. Dort hieß es auf einem Banner: «Unsere Alternative zu Deutschland: Kommunismus» und «AfD angreifen». [18] Linke kommen also sowohl mit einem offenen Bekenntnis zum Vorhaben, die «freiheitliche demokratische Grundordnung» der Bundesrepublik Deutschland zugunsten einer erwiesenermaßen für Dutzende Millionen Todesopfer verantwortlichen politischen Ideologie abzuschaffen, ungestraft davon, als auch mit einer Parole, die man als Aufruf zur Gewalt gegen eine demokratisch gewählte politische Partei, ihre Politiker, Mitglieder und Sympathisanten verstehen kann. Außerdem ist alleine bei den üblichen jährlichen Ausschreitungen von Linksextremen am 1. Mai in Berlin mehr reale Gewalt festzustellen als bei allen bisherigen AfD- oder Pegida-Demonstrationen. [19] «Wir wollen dieses Regime stürzen», war wiederum eine Aussage des Compact-Chefredakteurs Jürgen Elsässer und eine absolute Schlüsselstelle der Verbotsverfügung gegen Compact. [20] Elsässer verstand die Aussage laut eigenen Angaben im demokratischen Sinne, also als Forderung eines Regierungswech-





Georg Restle
@georgrestle

Wer um das Mädchen und seine Angehörigen nicht trauert, ist kein Mensch. Aber ich würde einen Mörder, dessen Motive wir noch nicht kennen auch nicht mit Mördern gleichsetzen, die aus Rassismus morden.

2:34 nachm. · 6. Dez. 2022

Nachdem in Illerkirchberg nahe Ulm 2022 ein 14-jähriges Mädchen von einem 27-jährigen Eritreer aus einer benachbarten Asylbewerberunterkunft erstochen worden war, schrieb der ARD-Journalist George Restle dies auf «X». So kürte er den sicherlich wenig durchdachten Messermord von einem Migranten zu einem etwas besseren Mord im Vergleich zu dem «aus Rassismus». Wenige Tage nach dem brutalen Mord an einem unschuldigen Mädchen macht dieser pietätlose Versuch politischer Instrumentalisierung einfach nur sprachlos.

Screenshot von der offiziellen Webseite des Deutschen Bundestags nach dem gescheiterten AfD-Antrag «Demokratie erhalten - Bundesweites Verbot der ‹Antifa› prüfen» am 19. Juni 2020

Abgelehnter Antrag der AfD

Die AfD verlangte in ihrem abgelehnten Antrag (19/13521), dass sich das Parlament zu einem „antiextremistischen Grundkonsens“ bekennt und anerkennt, „dass der gesellschaftlichen Polarisierung nur effektiv begegnet werden kann, indem man sich gemeinsam und in glaubhafter Form gegen alle extremistischen Strömungen rechter, linker oder islamistischer Art einsetzt“.

Für einen „glaubwürdigen Kampf der Politik gegen gewalttätigen politischen Extremismus“ sollte sich der Bundestag daher der Vorlage zufolge von „jeglichen Strömungen“ distanzieren, die das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip sowie das staatliche Gewaltmonopol ablehnen. Insbesondere sollten sich die Abgeordneten dazu nach dem Willen der AfD-Fraktion auch von Strömungen wie der „Antifa“ oder „Antifaschistischen Aktion“ distanzieren. (che/sto/ste/19.06.2020)

Laut eigener Webseite stimmte der Bundestag mit einer «breiten Mehrheit» gegen einen Anti-Extremismus-Antrag der AfD, der im Wesentlichen nur verlangte, dass auf allen politischen Seiten dieselben Standards angelegt werden.



sels. Bei ihm scheint die Regierung aber nicht bereit, wie bei Antifa-Organisationen «Anwalt des Teufels» zu spielen.

Sylt und Potsdam

Wie es in Deutschland knallt, wenn in dieser aufgeladenen Atmosphäre ein «rechtsextremistischer» Funken das Gasgemisch zum Explodieren bringt, hat uns der «Sylt-Skandal» eindrücklich gezeigt. Was war geschehen? Es hatten sich tatsächlich einige Gäste einer Feier auf der beliebten Urlaubsinsel dazu hinreißen lassen, zu dem Partylied «L'amour toujours» von Gigi D'Agostino «Deutschland den Deutschen, Ausländer raus» zu skandieren. Ein mehr schlechter als - im wahrsten Sinne des Wortes - rechter «Hitlergruß» von einem der Feiernden machte den Skandal perfekt. [21]

Schlimmer geht es kaum im antifaschistischen Deutschland, und daher beherrschte dieses Thema auch mehrere Wochen die Schlagzeilen - inklusive Sondersendungen, Meinungsschlachten auf Twitter, Stellungnahmen der höchsten deutschen Politiker und einem internationalen medialen Echo. Auf die «Übeltäter» prasselte ein «Shitstorm» herein, während man versuchte, ihr Berufs- und Privatleben nachhaltig zu (zer)stören. Manch einer vermutete eine bedrückte Stimmung in der Stern-Redaktion, als das Blatt kürzlich titelte: «Nach rassistischem Gesang auf Sylt: Studentin behält Uniplatz.» [22] Auch Bundeskanzler Olaf Scholz meldete sich zu Wort: «Solche Parolen sind eklig. Sie sind nicht akzeptabel. Und darüber darf es kein Vertun geben. Und deshalb ist es auch richtig, dass all unsere Aktivitäten darauf gerichtet sind, genau zu verhindern, dass das eine Sache ist, die sich verbreitet.» [23] Die Grünen-Politikerin Ricarda Lang konnte die Geschehnisse «kaum ertragen». [24]



«Meinungsfreiheit» sei ein rechtspopulistischer Kampfbegriff und würde sich deshalb gut als «Unwort des Jahres» anbieten, heißt es im Kommentar des MDR-Autors René Martens. Dass in den Zwangsgebühren-finanzierten Öffentlich-Rechtlichen auf eine vollständige Abbildung des Meinungsspektrums verzichtet wird, zeigt sich immer deutlicher.

Im deutschsprachigen Raum ist der österreichische Onlinesender «AUF1» konkurrenzlos, was Aufmachung und Anzahl der täglichen Video-Beiträge betrifft. Wer Lust hat auf qualitative, unabhängige Berichterstattung zu den Themen, die der Mainstream verschweigt, ist auf der Webseite «auf1.tv» und dem Telegramkanal «t.me/auf1tv» genau richtig.

Wieder mal ruft die DDR

Die Amadeu Antonio Stiftung wiederum, die laut eigener Aussage «ermutigt, berät und Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus fördert» [25], ließ auf «X» verlautbaren: «Jetzt wo wir alle dieses unsägliche #Sylt-Video unzählige Male in der Timeline hatten: Dieser widerliche Rassismus lässt sich auch verurteilen, ohne das Video weiter zu verbreiten. Dieser ekelhafte Ohrwurm braucht nicht noch mehr Reichweite, als er ohnehin schon hat.» [26] Von der

tagesschau

Inland ▸ Gesellschaft ▸ Faeser verbietet rec



EXKLUSIV Rechtsextremistisches Magazin

Faeser verbietet "Compact"

Stand: 16.07.2024 06:38 Uhr

Nach Informationen von *ARD-Hauptstadtstudio* und *SWR* verbietet das Bundesinnenministerium das rechtsextremistische "Compact"-Magazin des Publizisten Elsässer. Damit verschwindet das erfolgreichste und reichweitenstärkste Organ der Neuen Rechten.

Von Michael Götschenberg und Holger Schmidt, ARD-Sicherheitsexperten



AFFÄRE UM GASTBEITRAG

Faeser verweigert Auskunft zu Antifa-Verein

Von: RALF SCHULER
18.02.2022 - 23:36 Uhr

In der Affäre um einen Gastbeitrag von Innenministerin Nancy Faeser (51, SPD) in einem Antifa-Blatt verweigerte Faeser nun jede weitere Auskunft.

CDU-Politiker Alexander Throm (53) wollte von Faesers Ministerium wissen: Teilt das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Meinung der Bayerischen Verfassungsschützer, dass der Antifa-Verein „VVN-BdA", für den Faeser geschrieben hatte, „eine bundesweit agierende, linksextremistisch beeinflusste Organisation" ist?

Antwort des Ministeriums: Man werde sich nicht äußern, eine Aussage könnte die Sicherheit Deutschlands gefährden! „Im Hinblick auf den Verfassungsgrundsatz der wehrhaften Demokratie (...) hält die Bundesregierung die Informationen der angefragten Art für so sensibel, dass selbst ein geringfügiges Risiko des Bekanntwerdens unter keinen Umständen hingenommen werden kann."

Da sitzt jemand in einem sehr zerbrechlichen Glashaus: Innenministerin Nancy Faeser bezeichnete das Compact-Magazin als «rechtsextremistisch» und verbot es. Sie selbst hatte einen Gastartikel für ein Blatt eines laut dem bayerischen Verfassungsschutz «linksextremistischen» Vereins verfasst. Als es zur Frage kam, ob der bundesweite Verfassungsschutz die Einschätzung der bayerischen Kollegen teilt, wurde einfach abgeblockt.


Quelle: Telegram/Horizont (YT: _horizont_)

Amadeu Antonio Stiftung stammt auch eine Broschüre mit dem Titel «Ene, mene, muh – und raus bist du!», die über «Demokratiebildung in Kitas» und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus «informiert». [27] Die Publikation führt ein Fallbeispiel zur Veranschaulichung des Umgangs mit «Rechtsextremismus» in Kindergärten an, in welchem impliziert wird, dass Kleider und Zöpfe bei dem im Beispiel beschriebenen Mädchen eines der hervorzuhebenden Erkennungsmerkmale eines «rechtsextremen völkischen Elternhaus[es]» seien.

Es passt ins Bild, dass die Gründerin und langjährige Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung die jüdischstämmige Anetta Kahane war: Denn als Tochter des kommunistischen Journalisten Max Kahane arbeitete sie acht Jahre lang als Inoffizielle Mitarbeiterin (IM) für die DDR-Staatssicherheit (Stasi). [28] Nach Bekanntwerden dieser Tatsache im Jahr 2002 konnte sie jedoch noch 20 Jahre lang ungehindert ihre Stiftung leiten und dabei deutschlandweit gegen politische Gegner aus dem «rechten Spektrum» auf eine Art und Weise vorgehen, die in der Tat an die Methoden ihres früheren Arbeitgebers, der Stasi, erinnert.

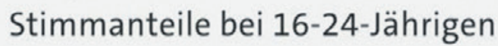


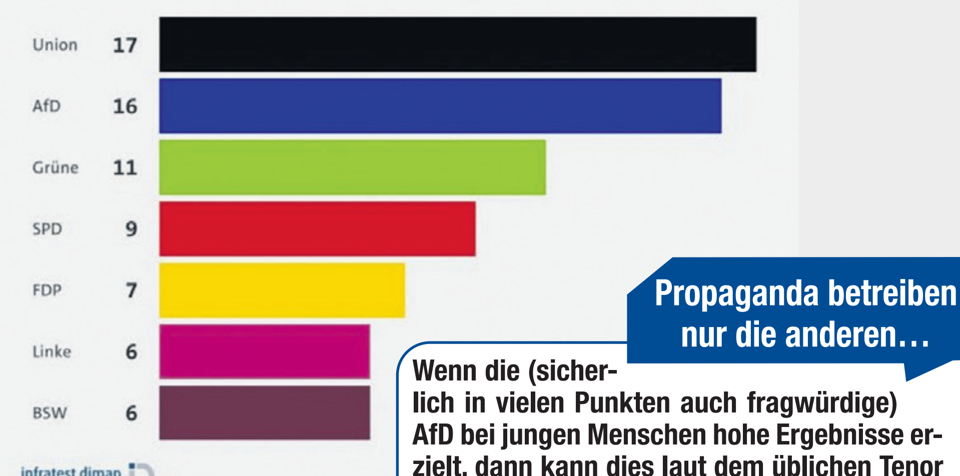
BR

Warum die AfD auf TikTok so erfolgreich ist

Keine Partei hat auf der Social-Media-App TikTok mehr Likes als die AfD. Sie weiß, auf welche Mechanismen Jugendliche anspringen. Das kann Auswirkungen auf das Wahlverhalten haben.

br.de, 03.05.2024





Propaganda betreiben nur die anderen…

Wenn die (sicherlich in vielen Punkten auch fragwürdige) AfD bei jungen Menschen hohe Ergebnisse erzielt, dann kann dies laut dem üblichen Tenor der Mainstream-Medien natürlich nichts damit zu tun haben, dass viele Schüler, Auszubildende und Studenten sich jeden Tag mit einer bedrohlicheren und weniger wünschenswerten Lebensrealität auseinandersetzen müssen, sondern damit, dass die AfD die sozialen Medien einfach besser versteht und junge Leute deshalb erfolgreich(er) manipuliert.

Potsdamer Konferenz

Nicht zu vergessen ist darüber hinaus die von Staat und Medien zum «Geheimtreffen» hochstilisierte Zusammenkunft von AfD-Politikern und anderen Persönlichkeiten aus der rechten Szene zum Zwecke eines persönlichen Austausches über politische Angelegenheiten, zu denen naheliegenderweise auch das Thema Migration gehörte. Das «Faktenchecker»-Portal Correctiv, das auch finanzielle Zuwendungen von staatlichen Stellen und George Soros (siehe S.21 f.) erhält, redete gar von einem «Geheimplan gegen Deutschland», der «nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland» zum Ziel haben würde. [29] Interessant sind hier die sprachlichen Feinheiten: Wenn man – ungeachtet dessen, ob dies inhaltlich dem «Plan von Potsdam» entspricht oder nicht – eine signifikante Zahl an Migranten aus Deutschland ausweisen würde, dann wäre das eine Aktion «gegen Deutschland» als Ganzes – so, als würde die Identität Gesamt-Deutschlands durch diese Menschen charakterisiert werden bzw. das Land ohne sie wirtschaftlich zugrunde gehen (das Gegenteil dürfte wahrscheinlicher sein, siehe S.50 ff.).

In dem Correctiv-Artikel und der nachfolgenden Debatte darum wurde gelogen, dass sich die Balken biegen: Der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau, der an dem Treffen teilgenommen hatte, klagte erfolgreich gegen eine Falschbehauptung über ihn im besagten Correctiv-Artikel. Anschließend behauptete der Gründer und Geschäftsführer von Correctiv, David Schraven, in einem FAZ-Artikel fälschlicherweise, das Landgericht Hamburg hätte den «Kern unseres Artikels bestätigt», nämlich, «dass bei diesem Geheimtreffen über einen Masterplan gesprochen wurde, mit dem ‹Remigration› betrieben werden sollte». [30] Die Berliner Zeitung ergänzte: «Correctiv behauptete indes auch in einer Pressemitteilung, das Gericht habe die Inhalte des Potsdam-Artikels ‹bestätigt›. Die gleiche Formulierung fand sich seinerzeit in einem Sondernewsletter mit Spendenaufruf – verbunden mit dem Hinweis, das sei ‹besonders wichtig›.» Doch das Gericht untersagte Schraven anschließend diese Aussage mit dem Kommentar «Die so verstandene Tatsachenbehauptung ist unwahr.» [30] ***(fp/tk)***

Quellen:

1. bmi.bund.de, Harter Schlag gegen die rechtsextremistische Szene: Bundesinnenministerin Nancy Faeser verbietet das Magazin «COMPACT», 16.07.2024
2. berliner-zeitung.de, Was der Hausmeister von Compact mit dem Verbot des Magazins zu tun hat, 20.07.2024
3. x.com, @NancyFaeser, 13.02.2024
4. mdr.de, Eilverfahren Bundesverwaltungsgericht setzt «Compact»-Verbot vorläufig aus, 14.08.2024
5. bmfsfj.de, Dr. Katarina Barley stellt Erklärung für mehr Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft vor, 06.09.2017
6. Impulspapier der Migrant*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft, 2017, S.2
7. Ebenda, S.9
8. Ebenda, S.1
9. bundespraesident.de, Interview mit der Tageszeitung General-Anzeiger Bonn, 25.08.2015
10. tagesschau.de, Thüringer AfD-Chef: Höcke wegen NS-Parole zu Geldstrafe verurteilt, 14.05.2024
11. spiegelkritik.de, Spiegel: «Alles für Deutschland», abgerufen am: 13.08.2024
12. x.com, @DoroBaer, 02.02.2018
13. bild.de, «Alles für Deutschland»-Post: Keine Ermittlungen gegen Cathy Hummels, 21.05.2024
14. tagesspiegel.de, Jahrzehnte keinem aufgefallen: NS-Schriftzug von Brandenburger Feuerwehrhaus entfernt, 16.03.2021
15. rnd.de, Österreich: Strafe für Foto von Hitlers angeblicher Lieblingsspeise, 12.04.2021
16. puls24.at, Eiernockerl an Hitlers Geburtstag? Kult-Bühne ändert extra Speisekarte, 20.04.2023
17. zeit.de, Keine Anklage wegen «AfDler töten.», 10.06.2024
18. suedkurier.de, Demo bei Weidel-Besuch: Bilder und Videos vom Wahlkampfauftakt der AfD in Stockach, 07.04.2019
19. rbb24.de, Knapp 40 Ermittlungsverfahren eingeleitet - 34 Personen vorübergehend festgenommen, 02.05.2024
20. berliner-zeitung.de, Was der Hausmeister von Compact mit dem Verbot des Magazins zu tun hat, 20.07.2024
21. tagesschau.de, Rassistische Parolen bei Feier auf Sylt: Staatsschutz ermittelt wegen Volksverhetzung, 24.05.2024
22. stern.de, Keine Exmatrikulation: Nach rassistischem Gesang auf Sylt: Studentin behält Uniplatz, 20.06.2024
23. youtube.com, Scholz nennt rechtsextremistische Gesänge in Nobelbar auf Sylt «eklig» | AFP, 24.05.2024
24. tagesschau.de, Aufgenommen in Bar auf Sylt: Große Empörung über rassistisches Partyvideo, 24.05.2024
25. x.com, @AmadeuAntonio, abgerufen am: 22.07.2024
26. x.com, @AmadeuAntonio, 24.05.2024
27. amadeu-antonio-stiftung.de, Ene, mene, muh - und raus bist du!, 2018
28. de.wikipedia.org, Anetta Kahane, abgerufen am: 22.07.2024
29. correctiv.org, Geheimplan gegen Deutschland, 10.01.2024
30. berliner-zeitung.de, «Geheimtreffen» in Potsdam: Correctiv-Chef David Schraven gesteht Falschbehauptung, 19.06.2024



Proteste in Großbritannien: So wird mit zweierlei Maß gemessen


So ging Keir Starmer, der aktuelle Premierminister Großbritanniens, 2020 für «Black Lives Matter» auf die Knie.

Ende Juli 2024 suchte Axel Muganwa Rudakubana, ein 17-jähriger Schwarzer, dessen Eltern aus Ruanda nach England eingewandert waren, einen Tanzkurs für Kinder auf und begann, auf die dort Anwesenden einzustechen. Sowohl Kinder als auch Erwachsene, die sich schützend vor sie stellten, zählten zu den Opfern. Es gelang dem Jugendlichen dem offiziellen Narrativ zufolge, drei kleine Mädchen zu töten und acht weitere Kinder sowie zwei Erwachsene teils schwer zu verletzen. Eifrig, doch vergeblich, suchte man nach dem Motiv des Mörders. Einige Briten witterten einen islamistischen Hintergrund, der sich jedoch nicht bestätigte. Rudakubana galt bis zu seiner abscheulichen Attacke als ruhig und war Teil einer Theatergruppe. [1] Außerdem war er Jahre zuvor in einem Werbevideo für die wohltätige Organisation «Children in Need» als schwarzer «Doctor Who» zu sehen. [2] Sieben Jahre später sollte er kaltblütig auf Kinder einstechen, die noch jünger waren als er damals.

Dieses Verbrechen ist kein Einzelfall, sondern reiht sich in eine lange Liste schockierender Taten ein. Migrantengewalt in Großbritannien steht der in Deutschland (siehe S.62 ff.) in nichts nach und gehört daher zum traurigen Alltag. Bei besonders schockierenden Fällen wie dem eben beschriebenen entlädt sich der ganze Ärger. Dann scheint zumindest für kurze Zeit das Maß der Toleranz erschöpft und eine «Genug ist genug»-Stimmung kommt auf. Ein willkommener Anlass für die Medien, die Aufmerksamkeit weg vom eigentlichen Verbrechen hin zu den Demonstranten zu verlagern. International relevant wurde es für die Presse nämlich erst, als wütende Bürger, die einen islamistischen Hintergrund des Täters witterten, sich vor Moscheen versammelten. Obwohl der schwarze Täter zum Zeitpunkt seines unmenschlichen Verbrechens minderjährig war, sah man sich gezwungen, seine Identität preiszugeben, um die Ausbreitung von «Fake News» zu verhindern und die Demonstranten der Verbreitung von Desinformation zu überführen. Doch zu diesem Zeitpunkt war es längst zu spät. Die Stimmung war bereits übergekocht. Es entstanden Bilder, die für Politik und Medien wie gerufen kamen: Weiße, britische Bürger, die lautstark brüllend marschierten und wüteten, verdrängten nicht nur den eigentlichen Auslöser der Proteste, sondern auch die Tatsache, dass migrantische Islamisten teils mit Stöcken und Schwertern auf Demonstranten losgingen und diese brutal zusammenschlugen. [3]

Kampf gegen rechts

Schon nach wenigen Tagen war in den Köpfen der durchschnittlichen Medienkonsumenten das Bild verankert, weiße Rassisten hetzten aus einer bloßen teuflischen Laune heraus aggressiv gegen Ausländer. Die Medien waren voll von empörten Berichten über die «rechtsextremen Ausschreitungen» von «Ultranationalisten». [4] Die britische Polizei gab sich derweil allergrößte Mühe, sämtliche Bürger, die es mit ihren Unmutsäußerungen juristisch «zu weit» trieben, mit aller Härte zu bestrafen – nicht nur auf der Straße, sondern auch und vor allem im Internet. Der Guardian titelte: «Britische Polizei überwacht TikTok auf Beweise für Straftaten bei rechtsextremen Ausschreitungen». [5] Die britische Regierung veröffentlichte auf «X» ein Video mit dem Orwell'schen Kommentar «Denk nach, bevor du postest». In dem Video selbst wurden die Bürger gewarnt: «Du kannst strafrechtlich verfolgt werden, wenn du Online-Material veröffentlichst, welches zu Gewalt oder Hass anstachelt. Du kannst auch strafrechtlich verfolgt werden, wenn du diese Inhalte teilst. Deine Online-Handlungen können Konsequenzen haben.» [6] Bei all der Strafverfolgung fielen die Urteile manchmal gar härter aus als jene für handfeste Gewaltverbrecher. So wurde beispielsweise David Spring, ein 61-jähriger Rentner, der sich an einer Demonstration beteiligte, dabei die Polizei beleidigte und «Wer zur Hölle ist Allah?» rief, zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. [7] Zum Vergleich: Es kommt immer wieder zu Fällen, bei denen Gewalttäter zu unverhältnismäßig kurzer Gefängnis- oder bloßer Bewährungsstrafe verurteilt werden [8], was nicht nur ein englisches oder

deutsches, sondern gesamt-westliches Phänomen zu sein scheint. [9] Offenbar gilt «rassistischen Verbrechern» im westlichen Justizsystem ein besonderes Augenmerk.

Auch Stephen Parkinson, der Generalstaatsanwalt von Großbritannien, meldete sich hinsichtlich der zunehmend ausufernden Proteste zu Wort und verkündete, offensichtlich in Richtung der ethnisch britischen Demonstranten: «Der Straftatbestand der Aufstachelung zum Rassenhass beinhaltet die Veröffentlichung oder Verbreitung von beleidigendem oder verletzendem Material, das Rassenhass auslösen soll oder kann. Wenn Sie das also retweeten, publizieren Sie es erneut und begehen damit möglicherweise diese Straftat. Wir haben engagierte Polizeibeamte, die die sozialen Medien durchforsten. Ihre Aufgabe ist es, nach solchem Material zu suchen und die Verantwortlichen dann zu identifizieren, zu verhaften und so weiter.» [10] Während die britische Polizei fleißig die sozialen Medien nach den kleinsten sprachlichen Entgleisungen durchforstete, wartete sie auf der Straße mit Einsatzwagen auf, die mit speziellen Kameras zur Gesichtserkennung ausgestattet waren. Etwas, das man als Westeuropäer sonst nur aus China kennt. [11]

«Hier, um euch zu beschützen»

Verfolgte man lediglich die mediale Berichterstattung, so hatte man den Eindruck, dass die Opfer-Täter-Verteilung klar war: die weißen Briten in der Rolle der gewalttätigen rechtsextremen Schläger und die Menschen mit Migrationshintergrund als harmlose Opfer der verbalen und tätlichen Angriffe «von rechts». Doch so einfach war es ganz und gar nicht: Immer wieder tauchten Videos im Netz auf, die offenbar muslimische Mobs zeigten, wie sie wahlweise weiße Briten jagten und in eine Baustellen-Grube prügelten [12], Autos die Scheiben einschlugen [13] oder deren Reifen zerstachen. [14] Ungeachtet der zahlreich auf Video dokumentierten Gewaltexzesse schien ein regelrechter Schulterschluss zwischen den migrantischen Mobs und den britischen Polizisten im Kampf gegen die «rechten» Demonstranten zu bestehen.



Britische Demonstranten schaukeln auf einem TikTok-Video einen mit einer Gesichtserkennungs-Kamera ausgestatteten Polizeiwagen so stark hin und her, dass sich der lange Teleskop-Arm stark verbiegt und der Wagen schließlich davon fährt. Die britische Polizei ließ kaum etwas unversucht, um die Demonstranten persönlich zu identifizieren und sie für ihre «Missetaten» strafrechtlich zu verfolgen.

Dass letztere Gleiches taten, soll nicht unterschlagen oder negiert werden; vielmehr geht es um die erneut zutage tretende Doppelmoral: Ein Polizist wurde beispielsweise dabei gefilmt, wie er sich im Namen der gesamten Polizei bei einer Gruppe muslimischer Demonstranten anbiederte: «Ich möchte nur, dass ihr versteht, dass wir nicht gegen euch sind. Wir sind hier, um euch zu beschützen.» [15] Ein anderes Video zeigt einen Polizisten – offenbar selber mit Migrationshintergrund – wie er Muslime darum bittet, ihre «Waffen in der Moschee zu lassen, um Interaktionen mit der Polizei und mögliche Verhaftungen zu vermeiden». [16]

Wohl um dem Entstehen politisch unerwünschter Bilder von brutalen migrantischen Straßenschlägern entgegenzuwirken, wandte sich gar der Polizeipräsident der Grafschaft West Midlands mit einer Videobotschaft an die muslimische Gemeinschaft: «Salam Alaikum. [...] Falls es Vorkommnisse gibt, wo z.B. die extreme Rechte auftaucht und protestieren möchte, beachten Sie bitte, dass ausschließlich die Polizei sich der Sache annimmt. [...] Ich muss meinen großen Dank ausrichten an die Gemeindeältesten und Moschee-Vertreter, die eine Schlüsselrolle spielten, mir Unterstützung, Informationen und, am wichtigsten, Anleitung gaben in Bezug darauf, welche Auswirkung die Proteste auf die Gemeinden hatten. Ich stehe Ihnen beiseite und ich bitte Sie, es der Polizei zu überlassen, sich um diese Angelegenheiten zu kümmern. [...] Shukran [arabisch für: Danke].» [17]

Doppelmoral

Offenbar war diese Botschaft hauptsächlich darauf ausgerichtet, die aggressiven islamischen Mobs davon abzuhalten, mit (Waffen-)Gewalt gegen die «rechten» Demonstranten vorzugehen. Wenn die Polizei sich schon dazu gezwungen sieht, ein solches Signal zu geben, dann scheint diese Befürchtung nicht aus der Luft gegriffen. Doch statt sich darauf zu fokussieren, die entsprechenden Täter festzunehmen, die sich mit Fäusten oder Macheten dazu berufen fühlen, die migrationskritischen Demonstranten in die Schranken zu weisen, belässt man es dabei, sie mit freundlichen Worten zu beschwichtigen.

Diese Doppelmoral fiel natürlich auch Beobachtern auf, und so taufte Elon Musk den britischen Premierminister Keir Starmer kurzerhand «Two-tier Keir» (in etwa: Zwei-Klassen-Keir). [18] Keir Starmer, der seit Juli 2024 das Amt des Premierministers Großbritanniens innehat, verurteilte die Proteste verständnislos: Er wolle «Härte gegen rechtsextreme Randalierer zeigen» [19] und kündigte dafür ein «stehendes Heer von Beamten» an. [20] «Ich garantiere Ihnen, dass Sie es bereuen werden, wenn Sie sich an dieser Unordnung beteiligen, sei es direkt oder dadurch, dass Sie diese Aktion online anheizen», fauchte er in Richtung seiner ethnisch britischen Landsleute. [21] Im Jahr 2020 hingegen kniete Starmer unterwürfig und in Solidarität mit den weltweit extrem gewaltsamen, offen umstürzlerischen und pro-kommunistischen «Black Lives Matter»-Aufständen (Ausgabe 36) nieder. [22] ***(fp/tk)***

Quellen:
1. independent.co.uk, Southport stabbings: What we know about suspect Axel Rudakubana as identity revealed, 01.08.2024
2. telegraph.co.uk, Southport murder suspect appeared in BBC Children in Need video, 02.08.2024
3. bild.de, England-Krawalle eskalieren: Muslimischer Mob überfällt britische Kneipe, 06.08.2024
4. sueddeutsche.de, Rechte Gewaltausbrüche in Großbritannien, mehrere Menschen verletzt, 04.08.2024
5. theguardian.com, UK police monitoring TikTok for evidence of criminality at far-right riots, 07.08.2024
6. x.com, @GOVUK, 08.08.2024
7. yourlocalguardian.co.uk, Sutton man, 61, who chanted 'who the f*** is Allah' jailed, 13.08.2024
8. postbulletin.com, Rochester man given 180 days in jail for raping girls, 30.01.2023
9. slate.com, Why Society Goes Easy on Rapists, 30.05.2019
10. x.com, @SkyNews, 07.08.2024
11. context.news, UK government to expand facial ID to fight rioters - will it work?, 07.08.2024
12. x.com, @stillgray, 05.08.2024
13. x.com, @janirasanen, 08.08.2024
14. express.co.uk, UK riots: Moment masked man «stabs Sky News van tyre» as reporter forced off air, 06.08.2024
15. youtube.com, Die Wahrheit über England, 09.08.2024, Minute 05:21
16. telegraph.co.uk, Review as police liaison filmed telling group to «discard» weapons in mosque, 05.08.2024
17. tiktok.com, tiktok.com, 06.08.2024
18. theguardian.com, Elon Musk calls PM «two-tier Keir» over police response to UK riots, 06.08.2024
19. freitag.de, Großbritannien: Premier Keir Starmer will Härte gegen rechtsextreme Randalierer zeigen, Ausgabe 32/2024
20. tagesschau.de, Angriffe von Rechtsextremen: Britische Regierung will hart durchgreifen, 05.08.2024
21. youtube.com, Starmer tells far right thugs «you will regret» violence as unrest grips cities, 04.08.2024
22. news.sky.com, George Floyd death: Labour leader Sir Keir Starmer takes a knee in support of Black Lives Matter movement, 09.06.2020



Massenmigration als Teil einer anti-weißen Agenda?

Zum Ende dieser Ausgabe, die einen umfangreichen Überblick über die nachweislich geplante Massenmigration gibt, ihre Hintergründe beleuchtet und Drahtzieher benennt, soll das Thema in einen größeren Kontext eingeordnet und eine breitere Perspektive eröffnet werden. Die Destabilisierung durch Kriege, gefolgt von Einladungssignalen westlicher Politiker und der Öffnung von Migrationsrouten, das abgekartete Spiel zwischen NGOs und Schleppern, das Chaos im Inland durch die «Migrationswaffe», all dies könnten nur Bestandteile dessen sein, was Drahtzieher wie Nicolas Sarkozy und der inzwischen verstorbene Peter Sutherland bereits anklingen ließen (siehe S.6). Während man nämlich betäubt wird mit dem Versprechen, es gäbe keine Rassenpolitik mehr, Rassen würden vielmehr nicht einmal existieren, sind Bekenntnisse zur «Rassenvermischung» bereits Beweis genug, dass höchstrangige Entscheidungsträger weiterhin in genau diesen Kategorien denken. Und obwohl uns das laufend suggeriert wird, ist auch handfester Rassismus bei den Vertretern des «modernen» Zeitgeistes à la Sarkozy nicht verschwunden.

Auf der offiziellen Webseite der deutschen Bundesregierung können wir nachlesen, für sie habe «die Bekämpfung von Rassismus und jeder anderen Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit höchste Priorität». [1] Da überraschte es doch, als die Bundestagsvizepräsidentin Katrin-Göring Eckhardt sich im Juni dieses Jahres auf «X» darüber freute, dass die deutsche Nationalmannschaft nicht nur aus «weißen deutschen Spielern» bestand (siehe S.17). Damit grenzte sie eine Gruppe ethnisch ein und rückte sie in ein negatives Bild. Die Bundesregierung, zu der Katrin-Göring Eckhardt gehört, hat so etwas jedoch eindeutig als «gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit» gebrandmarkt.

Soziales Konstrukt?

Als Katrin-Göring Eckhardts Grünen-Partei 2020 den Begriff «Rasse» aus dem Grundgesetz streichen wollte, schrieben Robert Habeck und Aminata Touré, damals Vizepräsidentin des schleswig-holsteinischen Landtags, das Wort manifestiere «eine Unterteilung von Menschen in Kategorien, die dem Anspruch und Geist unseres Grundgesetzes, ‹Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich›, widersprechen». [2] Warum nahm Katrin-Göring Eckhardt dann aber bei dem EM-Spiel


Foto: Envato Elements

eine solche Unterteilung vor, die dem linken Glaubenssatz, Rassen und Völker seien «soziale Konstrukte» ohne reale Grundlage, fundamental widerspricht?

Auch ihre Parteikollegin Sarah-Lee Heinrich, die 2019 von einer «eklig weißen Mehrheitsgesellschaft» sprach (siehe S.74), steht im totalen Widerspruch zu Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, der 2020 schrieb: «Den Vorstoß der Grünen, den Begriff der Rasse aus dem Grundgesetz zu streichen, begrüße ich sehr. ‹Rasse› ist ein soziales Konstrukt, das geradezu darauf ausgelegt ist, Menschen abzuwerten und zu diskriminieren.» [3] Wenn weiße Menschen aber aufgrund ihrer Rasse von Grünen-Politikern wie Sarah-Lee Heinrich und Katrin-Göring Eckhardt abgewertet und diskriminiert werden, dann ist der Rassismus nicht verschwunden, sondern nur anders verpackt worden. Auch von einem Ende der Kategorie «Rasse» ist keine Spur, sonst könnte es ja gar keine «eklig weiße Mehrheitsgesellschaft» oder «weiße deutsche Spieler» geben.

Wie können Kevin Kühnert (siehe S.12), Sebastian Striegel (siehe S.11), Ferda Ataman (siehe S.78) oder Axel Steier (siehe S.63) überhaupt von «Volkstod» oder «Umvolkung» sprechen, wenn ein politisch sehr ähnlich eingestellter Robert Habeck 2018 sagte «Es gibt kein Volk, und es gibt deswegen auch keinen Verrat am Volk» (siehe S.51)? Wie will man ein Volk, welches gar nicht existiert, töten oder einer «Umvolkung» aussetzen? Fragen über Fragen.

Von der eigentlich gepredigten Farbenblindheit konnte auch keine Rede sein, als eine studentisch betriebene Stelle gegen rassistische Diskriminierung an der Berliner Humboldt-Universität in ihrer Stellenausschreibung verlautbarte: «Wir bitten daher weiße Menschen, von einer Bewerbung für diese Beratungsstelle abzusehen.» [4]

Der entrechtete Weiße?

Auf internationaler Ebene lassen sich zig weitere Beispiele für den modernen, politisch korrekten Rassismus, der allerdings nicht mehr so genannt werden darf, feststellen. «Wir verurteilen nachdrücklich […] Akte und Bekundungen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz […]», liest man in der New Yorker Erklärung von 2016, die die Grundlage des UN-Migrationspakts darstellt. [5] Seitdem haben unzählige Phänomene im Westen Einzug gehalten, die diesem Dokument widersprechen: Die «Kritische Weißseinsforschung» und die «Kritische Rassentheorie», welche trotz allerlei postmoderner Ablenkungsmanöver (Ausgabe 55) weißen Menschen inhärent negative Eigenschaften zuschreiben und genau deshalb gegen die New Yorker Erklärung verstoßen, haben an zahlreichen westlichen Fakultäten Fuß gefasst. [6,7] Unter dem Deckmantel der Wissenschaft wirft die «Kritische Rassentheorie» – in Europa wie den USA – weißen Menschen tiefgreifende moralische und charakterliche Mängel vor, z.B. einen

«Unconscious Bias» (Unbewusste Voreingenommenheit) gegenüber Menschen anderer Hautfarben und Religionen.

Aus der korrekten, allerdings meist gemiedenen deutschen Übersetzung der «Critical Race Theory» – also «Kritische Rassentheorie» – geht erneut hervor, dass das Thema «Rasse» nicht verschwunden ist, sondern den Schülern, Studenten und Lehrkräften sogar bewusst werden und im Gedächtnis bleiben soll. Müsste man im «modernen» Zeitgeist nicht vielmehr annehmen, eine akademische Laufbahn, während der man nie mit dem Begriff «Rasse» konfrontiert wird, würde wirklich unvoreingenommene und vorurteilsfreie Menschen produzieren?

Welt ohne Unterschiede?

Es handelt sich also um eine Abwertung von einer bestimmten Gruppe aufgrund ihrer Hautfarbe – ergo: Rassismus – so sehr auch von Vertretern dieses akademischen Zweigs versucht wird, um diese Tatsache herumzureden. Liest man sich tiefer in diese immer populärer werdenden Gedankengebäude hinein, stellt man folgendes fest: Da Weiße laut «Kritischer Rassentheorie» per se nicht Opfer von Unterdrückung oder Rassismus sein können, wird ihnen der Opferstatus abgesprochen, was in letzter Konsequenz eine Entrechtung von Weißen bedeutet. Wenn z.B. der Tagesspiegel «Es gibt keinen Rassismus gegen Weiße» titelt [8], dann grenzt er eine gesamte Ethnie von dem Recht aus, das er anderen Ethnien zugesteht, nämlich Diskriminierung und Rassismus gegen einen selbst anzuprangern. Man stelle sich vor, ein Gesetzbuch würde in Paragraphen zu spezifischen Verbrechen eine bestimmte Volksgruppe als Geschädigte einfach ausklammern. Etwas, das im Apartheid-Südafrika geschah – einem Staat, der im heutigen Zeitgeist als eines der bösartigsten Regime des 20. Jahrhunderts gilt. Auf diesem Weg befindet man sich allerdings, wenn man die «Kritische Rassentheorie» zu Ende denkt (Ausgabe 55). Eine Welt ohne rassische Unterschiede stellt man sich wohl anders vor.

«Rasse und Ethnie sind soziopolitische Konstrukte. Menschen haben keine biologischen Rassen, zumindest nicht auf der Grundlage moderner biologischer Kriterien für die Identifizierung von geografischen Rassen oder Unterarten», schreibt das britische Wissenschaftsjournal Nature in seinen Leitlinien. [9] Es bedurfte wohl einiger geistiger Verrenkungen, als Nature 2024 titelte: «Wie die weiße Vorherrschaft zu einem globalen Gesundheitsproblem wurde» und in dem Artikel von «weißen Menschen» sprach, die es laut den eigenen Kriterien als gesonderte Kategorie nicht gibt. [10]

Diskriminierung weltweit

Ein Gericht in Südafrika – einem Land, das den Migrationspakt unterschrieb – stellte 2022 fest, dass der eindeutig genozidal klingende Gesang «Tötet den Buren [weiße Bevölkerung Südafrikas]» unter die Meinungsfreiheit falle und zulässig sei. [11] 2024 macht Deutschland vereinzelte «Ausländer-Raus»-Gesänge von betrunkenen Weißen auf Sylt zur Staatsaffäre (siehe S.80).

Der Schweizer Tages-Anzeiger titelte 2022 feierlich in Bezug auf das oberste Gericht der USA: «Die alten, weißen Männer sind nicht mehr in der Überzahl». – «Lange, viel zu lange sahen die amerikanischen Gerichte nicht aus wie Amerika: zu weiß, zu männlich, zu alt», las man da. [12] Man stelle sich einmal eine gegenteilige Schlagzeile vor: US-Gerichte seien «zu schwarz, zu weiblich, zu jung». Der Schweizer Reggaeband «Lauwarm» wurden derweil geplante Auftritte bei «Fridays For Future» untersagt, da ihre Sängerin Dreadlocks trägt, die sie nicht abschneiden will. [13] Wenn allein Weißen «kulturelle Aneignung» unterstellt werden kann, dann widerspricht das dem Ansatz, jeden Menschen, unabhängig von seiner Hautfarbe, in eine große, unterschiedslose Menschheitsfamilie einzuordnen, fundamental. Wenn Weiße dann gegen die abwertende Diskriminierung ihrer (nicht vorhandenen?) Ethnie Einspruch erheben, wird dieser Akt innerhalb der «Kritischen Rassentheorie» als «White Fragility» (Weiße Zerbrechlichkeit) verurteilt. Man hat es also sowohl mit Entmündigung als auch mit Entrechtung von Weißen zu tun.

Die Schweizer Hochschule ETH Zürich erklärte 2022 den Oktober zum «Black History Month» und sperrte prompt Weiße von der Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen aus. Die Veranstaltungen würden «bewusst getrennt für Menschen, die von Rassismus betroffen sind, und für Menschen, die keinen Rassismus erleben». Denn nur so könnten Menschen, «die sich selbst Rassismus ausgesetzt fühlen, ihre Erfahrungen frei und ohne Angst vor negativen Folgen in einem sichereren Raum mitteilen». Allerdings durften sich Weiße in anderen Räumen zusammenfinden, um ihr Weißsein kritisch zu hinterfragen: «Für Menschen, die keinen Rassismus erleben, aber Verbündete gegen Rassismus werden wollen, bieten wir die Möglichkeit für einen respektvollen, aber möglicherweise kontroversen Dialog, in einem mutigeren Raum.» [14] An der kalifornischen Universität Berkeley wurde eine private Wohngemeinschaft außerhalb des Campus für «einkommensschwache Studenten der ersten Generation, Einwanderer und marginalisierte farbige Studenten» eingerichtet, um einen «Safe Space» zu kreieren. Weiße haben dort keinen Zutritt. [15] Apartheid-Südafrika lässt grüßen.



Noel Ignatiev, jüdischer Geschichtsprofessor am Massachusetts College of Art, veröffentlichte im Jahr 2002 einen Artikel im offiziellen Magazin der Elite-Universität Harvard mit dem Titel «Schafft die weiße Rasse ab».

Nach dem Tod von Noel Ignatiev am 9. November 2019 schrieb Mark Levine, ebenfalls jüdischer Geschichtsprofessor an der Universität Kalifornien, ihm Tribut zollend: «Die Abschaffung des Weißseins war noch nie so dringend wie heute – Noel Ignatiev hat uns gezeigt wie»

Was steckt dahinter?

Was all diese Beispiele gemeinsam haben, ist erstens der Doppelstandard, die Nicht-Existenz von Rassen zu behaupten, während man offensichtlich parallel eine Unterscheidung zwischen Weißen und Nicht-Weißen trifft. Zweitens ist es der singuläre Fokus auf Weiße, die fast alleinig Opfer des neuen, modernen Rassismus werden.

Nicolas Sarkozy und Peter Sutherland sprachen von «Rassenvermischung» und

Foto: Juan Fernando Bastos (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Susan_Sontag_by_Juan_Bastos.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

> **«Die weiße Rasse ist der Krebs der menschlichen Geschichte.»**
>
> *Susan Sontag, jüdische Sozialistin, Schriftstellerin, Essayistin, Publizistin und Regisseurin aus den USA in ihrem Essay «What's Happening In America?» von 1967*

Quelle: musicandliterature.org, Benjamin Moser's Sontag: Her Life and Work, 24.09.2019

➔ Zerstörung der «Homogenität der Völker» (siehe S.6). Die Rassenpolitik hat eben nicht mit dem Dritten Reich aufgehört, wie man uns seit Ende des Zweiten Weltkrieges weismachen will. Sie wurde nur umgedreht. Während das Dritte Reich laut offizieller Geschichtsschreibung auf der absoluten Reinheit der Rasse bestanden hat, besteht die neue globale Marschrichtung auf der absoluten Mischung aller Rassen, aller Menschen und Nationen. In dieser Agenda ist die Massenmigration ein elementares Puzzleteil, denn die Überflutung einer bestimmten Region mit fremden Völkern beinhaltet nun einmal auch die Auflösung der dortigen Völker. Während sich die Bevölkerung in manchen Regionen der Welt vermehrt, dezimiert sie sich in anderen. Oder wird sie etwa dezimiert? Letztendlich scheint Massenmigration nämlich nur ein Mittel zur Erreichung eines vorgesehenen Endziels der «Rassenvermischung» und der Abschaffung der «Homogenität der Völker» zu sein.

Globale Verschiebung

Allerdings ist nicht zu übersehen, dass man weißen Menschen in diesem erkennbaren globalen Plan eine besondere Aufmerksamkeit negativer Sorte zukommen lässt. Davon zeugen neben den gerade aufgezeigten Fällen von eklatantem Rassismus auch die demographischen Entwicklungen: «Im weltweiten Durchschnitt bringt jede Frau heutzutage 2,5 Kinder zur Welt – nur noch halb so viele wie Anfang der 1850er-Jahre», hieß es in Spektrum der Wissenschaft vom Juni 2016. Mithin hat sich die sogenannte «Bevölkerungsexplosion» also stark verlangsamt. Nur nicht in Afrika: «Die große Ausnahme ist Afrika. Dort gebiert jede Frau durchschnittlich 4,7 Kinder, und die Bevölkerung wächst fast dreimal schneller als im Rest der Welt. [...] Der unvorhergesehene Zuwachs stammt fast ausschließlich aus Afrika.» Die Erklärung: Mitte der 90er-Jahre wurden Familienplanungsprogramme dort gezielt gestoppt. «Kritik am Bevölkerungswachstum galt nun als politisch inkorrekt und als Zeichen von mangelndem Kulturverständnis.»

Denn nun sollte ja plötzlich die «Migrationswaffe» geladen werden: Während Europa bis zum Jahr 2100 etwa 100 Millionen Menschen verloren haben wird, wird die Bevölkerung Afrikas regelrecht «explodieren», so Spektrum der Wissenschaft. Schätzungen zufolge wird sie bis 2100 um sage und schreibe 3,1 Milliarden zunehmen und sich damit mehr als verdreifachen (auf 4,4 Milliarden, also die Hälfte der heutigen Bevölkerung des gesamten Planeten).

Mitunter etwas steigende Geburtenraten in den europäischen Ländern sind zumeist auf Migranten oder sogar eingebürgerte Migranten zurückzuführen, wie etwa in der Schweiz: Schon für 2008 habe sich dort laut dem Online-Portal Statista «eine sehr hohe Geburtenzahl» abgezeichnet. Zwischen 2006 und 2016 stieg die Fertilitätsrate von 1,44 auf 1,51 lebendgeborene Babys pro Frau. [16] Doch wer sind die neugeborenen «Schweizer»? «Rodrigo Javier Perez kam am 2. September dieses Jahres zur Welt», hieß es 2009 auf der Webseite familienleben.ch. «Der Bub ist das 1000. Baby, das im laufenden Jahr in der Frauenklinik des Kantonsspitals Winterthur das Licht der Welt erblickte.»

Der Abschied vom Weißen

«Der weiße Mann und die weiße Frau werden weltweit zu einer immer kleineren Minderheit», sagte der Sozialforscher Meinhard Miegel vor einigen Jahren dem Magazin Cicero: «Um 1900 war jeder dritte Erdenbürger Europäer. Ein Viertel der Menschheit lebte damals auf unserem Kontinent. Heute ist es noch ein Achtel. Um 2050 werden es vielleicht noch sieben Prozent [weniger als ein Vierzehntel] sein. Auch in Nord- und Südamerika sowie Australien werden europäischstämmige Menschen auf längere Sicht zur Minderheit werden.» Der weiße Mann werde «aus der dominierenden Position, die er noch vor hundert Jahren innehatte, verdrängt. Die ethnische Gruppe der Weißen tritt in den Hintergrund.» [17] – «Das Maß an rassisch-ethnischer Transformation in den Vereinigten Staaten ist verblüffend», zitierte ein Autor der Welt 2015 eine Studie zum Thema. «Im Jahr 1980 war die Bevölkerung der USA zu 80% weiß. Heute ist dieser Anteil auf 63% zurückgegangen, und im Jahr 2060 wird er Hochrechnungen zufolge auf weniger als 44% fallen.» Was die Studie beschreibt, sei der «Abschied vom weißen Amerika». [18]

Aber was soll daran so schlimm sein, wenn die Weißen verschwinden? Die Antwort gab der heute als politisch höchst korrekt angesehene Vordenker eines vereinten Europas, Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, der ebenso eine «eurasisch-negroide



Ein Bild, das der ständig unterstellten Machtposition der «alten weißen Männer» eigentlich diametral entgegensteht. Was steckt hinter dem Abstieg der technologisch fortgeschrittensten Völker dieses Globus?

Zukunftsrasse» vorhersah (siehe S.5 ff.). Für ihn waren Europa und Nordamerika Herz und Motor der menschlichen Zivilisation. Kalergi sprach gar von Europas «technischer Weltmission». Tatsächlich eroberten und missionierten Europa und Nordamerika mit ihrer Kultur und Technologie den Planeten: «Mit der Neuzeit beginnt die große Kulturmission Europas. Das Wesen Europas ist der Wille, die Welt durch Taten zu verändern und zu verbessern. Europa strebt bewusst aus der Gegenwart in die Zukunft», schrieb Kalergi 1925 in seinem Buch «Praktischer Idealismus». Der Technik verdanke Europa «seinen Vorsprung vor allen anderen Kulturen. Erst durch sie wurde es zum Herrn und Führer der Welt. Europa ist eine Funktion der Technik. Amerika ist die höchste Steigerung Europas.» Kurz: Tatsächlich hat erst Europa die Welt technisch zivilisiert. Ohne Europa und die Europäer sowie ihre amerikanischen «Cousins» gäbe es heute noch keine Bücher, Autos, Flugzeuge, Züge und ein Internet natürlich auch nicht – jedenfalls nicht auf dem uns bekannten Niveau. «In Zehntausenden von Jahren», glaubte Kalergi, «wird die Geschichte eingeteilt werden in eine vortechnische und in eine nachtechnische Epoche. **Der Europäer – der bis dahin längst ausgestorben sein wird** – wird von jener künftigen Menschheit als Vater der technischen Weltwende wie ein Erlöser gepriesen werden.»

Weiße als Sündenbock

Was unwahrscheinlich ist. Denn mit seiner Existenz könnte auch die Erinnerung an den «Weißen Mann» ausgelöscht werden. Weil sie der Migration im Wege stehen, spricht man ja jetzt schon von den «wütenden alten weißen Männern», denen man künftig wohl kaum ein Denkmal errichten wird. So schrieb Die Welt: «Nach wie vor gelten heterosexuelle männliche und weiße Familienväter, die womöglich auch noch einer geregelten Arbeit nachgehen, als Verursacher allen Elends dieser Welt. [...] Diese Lektion wurde dem weißen Mann inzwischen so gut eingebimst, dass er alles sein will, nur nicht männlich und weiß. Um der Erbsünde zu entgehen, liebt der Mann von heute Elternauszeit, Baumwollwindeln, Yoga, Buddhismus, Therapiestunden, vegetarisches Essen, sanfte Medizin und Doppelnamen.» [19] – «Es ist der weiße heterosexuelle Mann, der von den Gender-Ideologen gesellschaftlich wie das eigentliche Gift der Menschheit vorgeführt wird, und an diesem Gesellschaftsspiel beteiligen sich im öffentlichen Diskurs keineswegs nur Frauen, sondern auch viele weiße Hetero-Männer», meinte auch die Journalistin Bettina Röhl. [20]

Hochrangige amerikanische Akademikerin: Ohne Multikulturalismus wird Europa nicht überleben

«Ich denke, es gibt einen Wiederanstieg des Antisemitismus, weil Europa an diesem Zeitpunkt noch nicht gelernt hat, multikulturell zu sein. Und ich denke, wir werden teilhaben an den Geburtswehen dieser Umwandlung, die stattfinden muss. Europa wird nicht mehr aus monolithischen Gesellschaften bestehen, wie es noch im vorigen Jahrhundert der Fall war. Juden werden eine zentrale Rolle dabei spielen. Es ist eine ungeheure Umwandlung, die Europa machen muss. Sie gehen jetzt in den multikulturellen Zustand über und man wird es den Juden übelnehmen wegen ihrer führenden Rolle. Aber ohne diese führende Rolle und ohne diese Umwandlung wird Europa nicht überleben.»

Barbara Lerner Spectre, Gründungsdirektorin des schwedischen Instituts «Paideia - The European Institute for Jewish Studies», 2010 gegenüber einem israelischen Sender

Quelle: youtube.com, 2000 – BARBARA– SPECTRE: We make You multikulti, 30.11.2014

Barbara L Spectre

@Barbara_Spectre


we can't let lone nutters get in the way of progress #illridewithyou #endwhitepeople #socialjustice #stopracism #wearetheworld

6:52pm - 17 Dec 14

Barbara Spectre hatte im November und Dezember 2014 unter dem genozidalen Hashtag #endwhitepeople (etwa: «Weißen Menschen ein Ende setzen») auf Twitter kommuniziert. Sie ist die Ehefrau von Philip Spectre, der ab 1967 15 Jahre lang Rabbi in Ashkelon, Israel, von 1982-99 Exekutivdirektor des Konservativen Judentums (Masorti-Bewegung) sowie sieben Jahre lang oberster Rabbiner der Großen Synagoge von Stockholm war.

Wie tiefgreifend und weitreichend das Verschwinden der Weißen für die gesamte Menschheit wäre, kann man dem Kalergi-Buch ebenfalls entnehmen: «Schöpfer dieses technischen Zeitalters» sei nämlich das geniale Volk der «Promethiden» (nach Prometheus, griechisch: «der Vorausdenkende»), der «germanisierten Europäer», gewesen. Womit natürlich nicht ausschließlich die «Deutschen» gemeint waren, und schon gar nicht in den deutschen Grenzen von heute, sondern die ihnen nahestehenden und verwandten Völker, wie beispielsweise auch die Schweizer, Skandinavier, Franzosen und Briten. Auf dem Erfindergeist dieser Völker beruhe die moderne Kultur.

Der Feuerbringer

Laut der griechischen Mythologie war der Titan Prometheus der Feuerbringer der Menschheit. Wie alle Wesen war er zwar der Herrschaft von Zeus unterworfen, bei einem Tieropfer für Zeus habe er ihn jedoch über's Ohr gehauen und ihm nur die wertlosen Teile auf den Altar gelegt, das genießbare Fleisch aber für «die Menschen, seine Schützlinge» mitgenommen. Zur Strafe dafür habe Zeus den Menschen das Feuer genommen, aber Prometheus habe es entwendet und den Menschen zurückgegeben. Als «Feuerbringer und Lehrmeister» war Prometheus «der Urheber der menschlichen Zivilisation». [21] Heute scheint es aber darum zu gehen, dieses «Promethiden-Volk» der «germanisierten Europäer» aufzulösen und damit das «Feuer» der Zivilisation auszutreten. Nach dem Ersten Weltkrieg plädierte Kalergi leidenschaftlich für ein «Paneuropa» und schließlich für ein «vereintes Europa», weil er sich damit ein Ende der ewigen Grenzstreitigkeiten und natürlich der ständigen Kriege erhoffte. Von Kalergi stammt praktisch die gesamte paneuropäische Ideologie und Begeisterung für ein vereintes Europa.

Obwohl er sehr viel über Rassen zu wissen schien und hellsichtig sogar eine «eurasisch-negroide Zukunftsrasse» vorhersah,



➔ übersah er dabei wohl (absichtlich?), dass in einem Europa ohne Grenzen dessen geistiger Kern und «Motor der Menschheit», sein «Promethiden-Volk», aufgelöst werden würde. Wenn sich die Zellen eines Organismus auflösen, ist dieser schließlich auch nicht mehr lebensfähig. Und wie bei einem Auto, bei dem man den Motor ausbaut, muss das natürlich auch fatale Folgen für die menschliche Zivilisation haben. Der Menschheit das Feuer beziehungsweise das Licht auszublasen, ist ein Angriff auf die Menschheit selbst.

Motor der Menschheit?

In der mittlerweile schon achtjährigen Geschichte unserer Zeitung war an diversen Stellen schon von einem gegen die gesamte Menschheit gerichteten «Hybriden Krieg» oder der sozialistischen sowie lebensfeindlichen Agenda 2030 die Rede. Wenn es Kräfte gibt, die gegen die gesamte Menschheit arbeiten, dann könnte die Stigmatisierung von Weißen einen besonderen Zweck erfüllen. Dass das Verschwinden der Weißen wohl auch ein Problem für die gesamte Menschheit darstellen dürfte, wurde von Kalergi nicht ausreichend in seine Gedanken miteinbezogen. Michael Klonovsky, deutscher Journalist und Schriftsteller, dem man wohl folgendes Zitat zuschreiben kann, brachte es hingegen auf den Punkt: «Wenn man sämtliche Schöpfungen des weißen Mannes von diesem Planeten entfernte, besäßen seine Ankläger weder Zeit noch Mittel, ja nicht einmal Begriffe, um ihn mit Vorwürfen zu überhäufen.» [22]

Womit wir trotz der thematischen Tiefe der vorliegenden Ausgabe weiterhin nur an der Oberfläche eines noch größeren Bildes kratzen, das in kommenden Ausgaben zur Ergründung vorgesehen ist. Die Urheber und Drahtzieher des Plans, der Welt die «Promethiden» zu nehmen, den Planeten zu entzivilisieren, ihn im Chaos aufzulösen und nach eigenen Ideen neu aufzubauen, haben wir in der vorliegenden Ausgabe erst zum Teil beim Namen genannt. Es gäbe jedoch noch weit mehr Vertreter ihrer Sorte zu benennen. ***(tk/gw)***

Quellen:

1. bundesregierung.de, Für eine wirksame, nachhaltige Antirassismus-Politik, 19.06.2023
2. sueddeutsche.de, Grüne wollen das Wort «Rasse» aus dem Grundgesetz streichen, 12.06.2020
3. antisemitismusbeauftragter.de, Dr. Felix Klein für Streichung des Begriffs «Rasse» aus dem Grundgesetz, 10.06.2020
4. tagesspiegel.de, Berliner Beratungsstelle gegen Diskriminierung überarbeitet Anzeige, 26.08.2021
5. Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 19. September 2016, New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten
6. de.wikipedia.org, Kritische Weißseinsforschung, abgerufen am: 19.08.2024
7. de.wikipedia.org, Critical race theory, abgerufen am: 19.08.2024
8. tagesspiegel.de, Der große Unterschied: Es gibt keinen Rassismus gegen Weiße, 07.06.2020
9. nature.com, Research Ethics, abgerufen am: 28.06.2023
10. nature.com, How white supremacy became a global health problem, 07.06.2024
11. Judge rules that «Kill the boer - Kill the farmer» is not hate speech, 25.08.2022
12. tagesanzeiger.ch, Supreme Court: Die alten, weißen Männer sind nicht mehr in der Überzahl, 08.04.2022
13. nzz.ch, Sängerin mit Dreadlocks darf wegen ihrer Frisur nicht bei Fridays for Future auftreten, 24.03.2022
14. jungefreiheit.de, Züricher Hochschule sperrt Weiße aus, 05.10.2022
15. legalinsurrection.com, No Whites Allowed: Private Housing At UC-Berkeley Bans White People From Common Areas, 21.08.2022
16. de.statista.com, Zusammengefasste Geburtenziffer in der Schweiz von 2006 bis 2016 (Geborene Kinder je Frau)
17. cicero.de, Meinhard Miegel im Interview - «Der Weiße wird verdrängt», Artikel von 2005
18. welt.de, Bevölkerungswandel: Das Ende des weißen Amerikas, 04.03.2015
19. welt.de, Wenn weiße Männer am Ende ihrer Weisheit sind, 22.11.2012
20. Tichys Einblick, online, 08.09.2015
21. westendverlag.de, Fortschritt - Leben und Sterben einer Chimäre, 04.08.2024
22. x.com, @KyleBarkmann, 06.03.2020